

*Probleme der Neuordnung des Boden-,
Wasser-und Forstrechtes
in der Türkischen Republik
unter Berücksichtigung
der landwirtschaftlichen Entwicklung*

*Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der juristischen Doktorwürde
der Rechts-und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg im Breisgau*

*vorgelegt von
Hasan Tahsin Akalin
aus Ankara*

1966

*Probleme der Neuordnung des Boden-,
Wasser-und Forstrechtes
in der Türkischen Republik
unter Berücksichtigung
der landwirtschaftlichen Entwicklung*

*Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der juristischen Doktorwürde
der Rechts-und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg im Breisgau*

*vorgelegt von
Hasan Tahsin Akalin
aus Ankara*

1966

Dekan: Prof. Dr. Horst Ehmke

Erstberichterstatter: Prof. Dr. Joseph H. Kaiser

Zweitberichterstatter: Prof. Dr. Dr. Kurt Mantel

Drittberichterstatter: Prof. Dr. Theodor Dams



V o r w o r t

Die vorliegende Arbeit wurde als Forschungsauftrag des Ministeriums für Öffentliche Arbeiten und der Generaldirektion für Wasserwirtschaft der Türkei am Institut für Öffentliches Recht der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg i.Br. angefertigt.

Die Arbeit hat als Ansatzpunkte der Untersuchung die Neuordnung des Boden-, Wasser- und Forstrechtes in der Türkischen Republik gewählt; eine Reform erscheint auf diesen Gebieten dringend erforderlich, weil die Rechtsgrundlagen in der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft der Türkei unzureichend sind. Die Untersuchung will einen Beitrag zur Realisierung der bestehenden Bestrebungen leisten, auf den genannten Gebieten zu einer Neuordnung zu kommen.

An dieser Stelle möchte ich meinen verehrten Lehrern Herrn Prof. Dr. jur. Joseph H. Kaiser und Herrn Prof. Dr. oec. publ. Dr. jur. Dr. h. c. Kurt Mantel danken, die mich in meiner Arbeit in mannigfacher Weise unterstützt haben.



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41543128_0058

I n h a l t

Seite

Einleitung	7
------------	---

Erster Teil

Lage und Entwicklung auf den Gebieten der Landwirtschaft sowie der Wasser- und Forstwirtschaft

A. In der Landwirtschaft

I. Allgemeine Angaben

1. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	8
2. Wertschöpfung und Produktionsleistung	14
3. Außenhandel	21
4. Anwendung landbautechnischer Fortschritte	26
5. Hemmnisse und Voraussetzungen zukünftiger Entwicklung	30

II. Lage und Entwicklung auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Bodenbewirtschaftung

1. Natürliche Gegebenheiten	34
2. Bodennutzung	36
3. Betriebsgröße, Parzellierung, Besitzverhältnisse	42
4. Arbeitsverhältnisse	50

B. In der Wasser- und Forstwirtschaft

I. Wasserwirtschaft

1. Bedeutung für die türkische Landwirtschaft	54
---	----

	Seite
2. Organisation der Wasserwirtschaft	56
3. Aufgaben	59
II. Forstwirtschaft	
1. Entwicklung und heutiger Stand	65
2. Das Wirken der Forstverwaltung	67
3. Organisation der Forstwirtschaft	74
4. Waldbestand, Nutzform und Besitzverhältnisse	79
5. Vorrat, Zuwachs und Holzverbrauch	81
6. Waldbrände und Aufforstung	82
7. Lösung der forstwirtschaftlichen Probleme	85

Zweiter Teil

Frühere und heutige Verhältnisse auf den Gebieten des Boden-, Wasser- und Forstrechtes und Vorschläge ihrer Neuordnung

A. Verhältnisse in Vergangenheit und Gegenwart

I. Bodengesetzgebung

1. Im Osmanischen Reich	
a) Der Zeitraum von 1299 - 1839	88
b) Der Zeitraum von 1839 - 1923	97
2. In der Türkischen Republik	
a) Ziele der Reformbestrebungen	112
b) Wirtschaftliche, soziale und politische Beweggründe für die türkische Bodenreform	114
c) Ergebnisse der Reformbestrebungen	116

	Seite
d) Zustandekommen des Bodenreformgesetzes von 1945	118
e) Ziele des Gesetzes	121
f) Das Zuteilungsverfahren	123
g) Enteignungs- und Entschädigungsverfahren	128
3. Das türkische ZGB im Hinblick auf das Bodenrecht	130
II. Wassergesetzgebung	
1. Allgemeines	134
2. Rechtsverhältnisse am Oberflächenwasser	137
3. Rechtsverhältnisse am Grundwasser	140
4. Grundgedanken der Wassergesetzgebung	142
III. Forstgesetzgebung	
1. Allgemeines	144
2. Inhalt des Forstgesetzes von 1937	145
3. Inhalt des Forstgesetzes von 1956	147
a) Definition des Waldes, seine Aufteilung, Verwaltung und Kontrolle	147
b) Katastermäßige Festlegung der Waldgrenzen für den Staatswald	149
c) Behandlung der Walddörfer	153
d) Regelung des Waldschutzes	156
e) Bestimmungen über die Schutzwälder und Nationalparks	158
f) Bewirtschaftung und Holzverkauf	160
g) Stellung der Körperschaftswälder	163
h) Stellung der Privatwälder	164
i) Allgemeine Bestimmungen	165
j) Übergangsbestimmungen	170

B. Vorschläge für ein Neuordnung

I. Bodengesetzgebung

- | | |
|---|-----|
| 1. Allgemeines | 172 |
| 2. Bedeutung und Aufgaben der Bodenreform | |
| a) Ziele | 174 |
| b) Mittel und Wege | 175 |
| ba) Maßnahmen, die sich auf den Bodenbesitz beziehen | 176 |
| bb) Maßnahmen, die sich auf die Bodenbewirtschaftung beziehen | 183 |

II. Wassergesetzgebung

- | | |
|--|-----|
| 1. Allgemeines | 187 |
| 2. Rechtliche Ordnung des Wasserhaushaltes | 187 |

III. Forstgesetzgebung

- | | |
|-------------------------------|-----|
| 1. Allgemeines | 189 |
| 2. Änderungen zum Forstgesetz | 191 |

Schlußbemerkung	196
-----------------	-----

E i n l e i t u n g

Seit Jahrzehnten befindet sich die Türkei in einem komplizierten Entwicklungsprozeß. Das Ergebnis dieses Prozesses wird wesentlich dadurch bestimmt werden, wie weit es gelingt, die Agrarprobleme des Landes zu lösen.

Umfassende Reformen sind unumgänglich. Sie drängen sich auch im Hinblick auf die Assoziierung mit der EWG auf. Um in der Türkei wirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen, die denen der EWG-Staaten entsprechen, ist es notwendig, zunächst einmal das Agrar-, Forst- und Wasserrecht neu zu ordnen.

Diese Arbeit befaßt sich daher mit den rechtlichen Problemen der türkischen Agrar-, Forst- und Wasserwirtschaft. Besondere Betrachtung sollen die bislang in diesen Bereichen durchgeführten gesetzlichen Maßnahmen erfahren, wobei vor allem deutlich gemacht wird, warum diese Maßnahmen in ihrer Gesamtheit meist unwirksam geblieben sind. Die im Anschluß an diese Ausführungen folgenden Vorschläge zur rechtlichen Neuordnung sollen einen Beitrag zur Lösung der gegenwärtig in diesen Bereichen bestehenden rechtlichen Probleme leisten.

Erster Teil

Lage und Entwicklung auf den Gebieten der Landwirtschaft sowie der Wasser- und Forstwirtschaft

A. In der Landwirtschaft

I. Allgemeine Angaben

1. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Mit dem Ende des ersten Weltkrieges brach das sechshundert-jährige Osmanische Reich (1299 - 1922), ein Vielvölkerstaat, zusammen. An seine Stelle trat nach Beendigung des Griechisch-Türkischen Krieges (1919 - 1922) die Türkische Republik. Der Friedensvertrag von Lausanne (24.7.1923) war für die Türkei ein diplomatischer Erfolg, denn er bestätigte ihre Unabhängigkeit und Freiheit.

Das türkische Staatsgebiet - einschließlich 9 465 qkm Seen und Sümpfe - umfaßt eine Fläche von 780 567 qkm. Knapp 3 % davon (23 623 qkm) liegen auf dem europäischen Festland (Thrakien), 97 % (756 953 qkm) auf asiatischem Boden (Anatolien) ¹⁾.

Die politische Grenze zwischen der Türkei und dem Iran wurde im Vertrag von Kasri-Sirin im Jahre 1639 festgelegt. Sie ist 470 km lang. Im Nordosten grenzt das Land auf einer Länge von 590 km an die Sowjetunion; dieser Grenzverlauf wurde im Vertrag von Moskau und Kars im Jahre 1921 fixiert. Die Grenzlegung im Süden (378 km) zwischen der Türkei und dem Irak geht auf das 1926 mit England geschlossene Abkommen von Ankara

1) Vgl. Schroeder, K., Türkei, Bonn 1958, S. 1 - 5.
Vgl. République Turque, Présidence du Conseil, Office Central des Statistique: "Annuaire Statistique 1959", Ankara 1959, Nr. 380, S. 2 und 11.

zurück. Die Festlegung der syrisch-türkischen Grenze, die eine Länge von 789 km hat, wurde 1939 endgültig geregelt. Die angrenzenden Staaten im Westen und Nordwesten des europäischen Teiles der Türkei sind Griechenland und Bulgarien (Grenzlänge 404 km). Die Gesamtlänge der Landgrenze beträgt 2 631 km, die zur See hin offene Grenze 7 126 km ¹⁾.

Die Bevölkerungszahl der Türkei beträgt nach der letzten Volkszählung im Jahre 1960 27,830 Millionen. Somit ergibt sich eine durchschnittliche Bevölkerungsdichte von 36 Personen auf 1 qkm. Dieser Durchschnitt wird durch die Naturgegebenheiten, namentlich die Niederschlagsmenge, in manchen Gebieten erheblich über- oder unterschritten ²⁾. Wie die Zahlen nachstehender Tabelle verdeutlichen, lebt der größte Teil der Bevölkerung auf dem Lande.

Wachstum der Gesamtbevölkerung und Anteil der Landbevölkerung ³⁾					
Jahr der Volks- zählung	Gesamtbe- völkerung in Mill.	Landbe- völkerung in Mill.	Landbe- völkerung in %	Bevölkerungs- dichte pro qkm	Jährliche Wachstum in Tsd.
1927	13,660	10,354	82	18	300
1935	16,158	12,355	80	21	320
1940	17,821	13,475	79	23	330
1945	18,790	14,103	78	24	312
1950	20,947	16,409	78	27	635
1955	24,065	17,906	74	31	650
1960 ⁴⁾	27,830	19,845	71	36	740

1) "Annuaire Statistique", Ankara 1959, S. 2.

2) Darkot, B., Wirtschaftsgeographie der Türkei, Istanbul 1963, S. 47 - 50; Boeker, P., Futterbau und Viehwirtschaft in der Türkei, in: Zeitschrift für Ausländische Landwirtschaft, Jg. 3, Heft 4, Frankfurt/M. 1964, S. 341.

3) "Annuaire Statistique", Ankara 1959, S. 70 und 71.

4) Die allgemeinen Statistiken der Türkei erscheinen in der Regel nur alle fünf Jahre. Die Ergebnisse der Volkszählung z.B., die nach 1960 erst wieder 1965 durchgeführt wurde, sind noch nicht veröffentlicht.

Die Stadtbevölkerung betrug 1960 fast 8 Mill. oder 29 %, die Landbevölkerung dagegen über 19,8 Mill. oder 71 %. Die Gesamtbevölkerung ist seit 1923 auf das Doppelte angestiegen. Betrug die jährliche Zuwachsrate nach dem ersten Weltkrieg bis 1950 2 %, so ist sie jetzt eher auf 3 % zu schätzen ¹⁾. Diese Entwicklung wurde dadurch begünstigt, daß das türkische Strafrecht bis 1961 keine medizinische oder soziale Indikation geburtenregelnder Mittel kannte und das soziale bzw. militärische Prestigedenken die demographische Expansion gefördert haben. Heute wird eine Änderung der einschlägigen Gesetzgebung angestrebt, um eine Dämpfung des Bevölkerungswachstums zu erreichen, das das wirtschaftliche Wachstum hemmt.

Entsprechend dem hohen Bevölkerungszuwachs ist auch das Arbeitskräfteangebot in der Türkei sehr groß. Der Überschuß an Arbeitskräften gegenüber den vorhandenen Arbeitsplätzen betrug 1962 1,5 Mill. ²⁾. Um diese Mißstände zu beseitigen, müßte man zunächst dafür Sorge tragen, daß den überschüssigen Arbeitskräften, die in der Landwirtschaft nutzlos beschäftigt sind, ein Überwechseln in andere Zweige der Wirtschaft, besonders in die Industrie, ermöglicht wird. Da aber in der Türkei keine ausreichende Industrialisierung durchgeführt wird, wird es auch in den kommenden Jahren nicht möglich sein, die offene Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft zu beseitigen.

Aus nachstehender Tabelle ist zu ersehen, daß die erwerbstätigen Personen 45 % der Gesamtbevölkerung ausmachen. Der Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten Erwerbspersonen betrug 1961 77,4 % und liegt damit an der Spitze aller europäischen Länder ³⁾.

1) Vgl. Tinbergen, J., Probleme der modernen Türkei, in: Bustan; Österreichische Zeitschrift für Kultur, Politik und Wirtschaft der islamischen Länder, Wien 1964, Heft 4, S. 24.

2) Erster fünfjähriger Entwicklungsplan der Türkei 1963 - 1967, Ankara 1963, S. 454.

3) Aschoff, G., Agrarpolitik und landwirtschaftliche Genossenschaften in der EWG, Karlsruhe 1961, S. 34.

Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft, der Industrie und auf dem Dienst- leistungssektor (in Tausend) ¹⁾				
Sektoren	1961	1962	1963	in Prozenten 1961
Landwirtschaft ²⁾	9 800	9 860	10 000	77,4
Industrie	1 180	1 250	1 340	9,8
Öffentl.u.priv. Dienstleistungen	1 570	1 630	1 780	12,8
Insgesamt	12 550	12 740	13 120	100,0

Die nicht bewältigte Bevölkerungsexplosion hemmt die Weiterentwicklung der türkischen Wirtschaft ³⁾. Bezieht man die auf dem Lande lebende Bevölkerung auf den für die Landwirtschaft geeigneten Boden, so ergibt sich, daß in der Türkei Bodenmangel herrscht. Die Hektarerträge sind außerordentlich gering; sie reichen nicht aus, der bäuerlichen Bevölkerung einen ausreichenden Lebensstandard zu gewähren. Daraus hat sich - in Verbindung mit der mangelnden Industrialisierung der ländlichen Räume - neben einer versteckten auch eine wachsende offene Arbeitslosigkeit entwickelt, sie weist allerdings starke jahreszeitlich bedingte Schwankungen auf (s. Tabelle).

- 1) Erster fünfjähriger Entwicklungsplan der Türkei 1963 - 1967, Ankara 1963, S. 444, 445 und 446; vgl. Sözeri, S., Der Wirtschaftsbau der Türkei nach dem Zweiten Weltkrieg, Kiel 1955, S. 16.
- 2) Die bei der Landwirtschaft angegebene Zahl enthält nicht die durchschnittliche Arbeitslosenziffer pro Jahr.
- 3) Vgl. Avcioglu, D., Ist das Wachstum?, in: Forum, Ankara 1959, S. 13; vgl. GATT Programme for Expansion of International Trade, Trade in Agricultural Products, Report of Committee II on, Country Consultations, Geneva 1962, S. 433 und 434.

Die Entwicklung der offenen Arbeitslosigkeit
auf dem Lande (in Tsd.) ¹⁾

Jahr	Juli	Januar
1955	400	7 400
1960	800	8 300

Wenn auch der Anteil der von der Landwirtschaft lebenden Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung rückläufig ist, so wies die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen in den letzten Jahren noch eine geringe Zunahme auf.

Der Transfer von Menschen, die mit geringem Nutzeffekt in der Landwirtschaft beschäftigt sind, in effektivere Wirtschaftszweige, muß gefördert werden. Schätzungsweise müssen von den fast 10 Mill. Erwerbstätigen in der türkischen Landwirtschaft rd. 3,5 Mill. im Laufe von eineinhalb Jahrzehnten in andere Berufsgruppen eingegliedert werden. Dies muß bei gleichzeitiger Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erfolgen ²⁾.

Es besteht kein Zweifel, daß seit der Gründung der Türkischen Republik im sozialen und kulturellen Bereich eine breite Aufwärtsentwicklung stattgefunden hat. In den Jahren 1923 - 1927 lag die Anzahl derjenigen, die lesen und schreiben konnten, bei 10,6 % ³⁾ und die Zahl der Schüler belief sich in den Jahren 1934 - 1935 auf insgesamt 350 000; bis 1960 ist der

1) Vgl. Erster fünfjähriger Entwicklungsplan der Türkei 1963 - 1967, Ankara 1963, S. 445.

2) Im ersten fünfjährigen Entwicklungsplan der Türkei 1963 - 1967 wird eine Abwanderung aus der Landwirtschaft in Höhe von 2,6 Mill. Arbeitskräften innerhalb von fünf Jahren angenommen. Barkan dagegen nimmt eine Abwanderung von 1 Mill. Bauernfamilien mit rd. 6 Mill. Menschen an. (Siehe hierzu Barkan, Ö.L., Das Bodenreformgesetz und die Grundprobleme einer Agrarreform, in: Wirtschaftszeitschrift der Volkswirtschaftlichen Fakultät zu Istanbul, Bd. 6, Istanbul 1945, S. 88.)

3) Erster fünfjähriger Entwicklungsplan der Türkei 1963 - 1957, Ankara 1963, S. 8; Boeker, P., Futterbau und Viehwirtschaft in der Türkei, in: Zeitschrift für Ausländische Landwirtschaft, Jg. 3, Heft 4, Frankfurt/M. 1964, S. 341.

Prozentsatz der Lese- und Schreibkundigen auf 40,1 angestiegen und die Zahl der Schüler betrug 3 340 000 ¹⁾. Wenn man aber bedenkt, daß sich die Bevölkerung bis 1963 verdoppelt hat, daß die Zahl der Analphabeten 59,9 % betrug und daß von den 9,6 Mill. Schulpflichtigen nur 3,7 Mill. in die Schule gingen, erkennt man, daß die Türkei von dem Ziel, das sie sich auf den Gebieten der Erziehung und Ausbildung gesetzt hat, noch weit entfernt ist. Da der dargestellte Umschichtungsprozeß so rasch wie möglich erfolgen muß, kann die Vermittlung des hierfür erforderlichen Fachwissens an die Bevölkerung nicht von den allgemeinen Grundschulen allein geleistet werden. Aus diesem Grunde muß versucht werden, in den Industriebetrieben selbst eine Ausbildungsmöglichkeit zu schaffen.

Rund 1,5 Mill. der im volksschulpflichtigen Alter Stehenden besuchen nicht die Schule. Das augenblickliche Erziehungsgesetz Nr. 222 ist der finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Lage des Landes nicht mehr angepaßt. Eine besonders große Kluft besteht zwischen der Erziehung auf dem Dorf und in der Stadt. Außerdem muß den Dorfschullehrern bei ihrer Ausbildung die sozialökonomische Lage gezeigt und die kulturelle Tradition vor Augen geführt werden.

In der Türkei herrscht Lehrermangel. Auf 65 Schüler entfällt im Durchschnitt ein Lehrer. Noch katastrophaler sieht es bei den landwirtschaftlichen Schulen aus. Ein Lehrer muß 25 - 30 Dörfer versorgen ²⁾. Trotzdem unternimmt die Türkei im Rahmen des von ihr aufgestellten Entwicklungsplanes große Anstrengungen auf den Gebieten der Kultur und der Bildung. In allen öffentlichen und privaten Betrieben und in den Militärkasernen werden Weiterbildungsmöglichkeiten geboten. Besonders das Landwirtschaftsministerium strebt im Rahmen seines Arbeitsplanes eine Ausweitung der landwirtschaftlichen Ausbildung an.

1) OECD, Education and Development; Country Report; The Mediterranean Regional Project "Turkey", Paris 1965, S. 59.

2) Vgl. Erster fünfjähriger Entwicklungsplan der Türkei 1963 - 1967, Ankara 1963, S. 26.

Die Wirtschaftsstruktur der Türkei unterscheidet sich von der europäischer Länder durch ihren niedrigen Industrialisierungsgrad. 1961 waren 77 % der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft tätig bei einem Anteil am Volkseinkommen von nur 42 % gegenüber 67 % 1927 und 52 % 1950 ¹⁾.

2. Wertschöpfung und Produktionsleistung

Trotz dieser Schrumpfung ist die Landwirtschaft nach wie vor an der Steigerung des Volkseinkommens wesentlich beteiligt, wie aus nachfolgender Tabelle hervorgeht.

Anteil von Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen am Nationaleinkommen (in Prozenten) ²⁾ (1927 - 1961)						
Sektoren	1927	1938	1948	1950	1958	1961
Landwirtschaft	67	48	53	52	44	42
Industrie	10	16	14	16	22	23
Dienstleistungen	23	36	33	32	34	35
Nationaleinkommen	100	100	100	100	100	100

Verhältnis zwischen Nationaleinkommen, Pro-Kopf-einkommen und landwirtschaftlicher Produktionsleistung ³⁾ (1938 = 100)						
	1927	1938	1945	1950	1958	1961
Nationaleinkommen	53	100	77	121	213	226
Pro-Kopf-Einkommen	65	100	69	101	129	125
Landwirtschaftliche Produktionsleistung	57	100	74	116	199	205

- 1) Vgl. Erster fünfjähriger Entwicklungsplan der Türkei 1963 - 1967, Ankara 1963, S. 9; vgl. OECD, Education and Development; Country Reports; The Mediterranean Regional Project, "Turkey", Paris 1965, S. 33.
- 2) Erster fünfjähriger Entwicklungsplan der Türkei 1963 - 1967, Ankara 1963, S. 9.
- 3) Erster fünfjähriger Entwicklungsplan der Türkei 1963 - 1967, Ankara 1963, S. 8.

Wenn auch der Anteil der Landwirtschaft am Sozialprodukt zurückgeht, ist sie doch immer noch der dominierende Wirtschaftszweig. Gerade deshalb ist ihr Zustand unbefriedigend und sind Reformmaßnahmen notwendig.

Einkommen pro Kopf der türkischen Bevölkerung 1)			
Jahr	Pro-Kopf-Einkommen auf der Grundlage der Preise v. 1961 T.L.	Die Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens (1950 = 100)	Die Zunahme des Nationaleinkommens (1950 = 100)
1950	1 181	100	100
1951	1 316	111	115
1952	1 391	118	125
1953	1 507	128	139
1954	1 332	113	126
1955	1 393	118	135
1956	1 445	122	145
1957	1 492	126	154
1958	1 511	128	160
1959	1 530	130	167
1960	1 539	130	173
1961	1 469	124	170

Die Zunahme der Bevölkerung kompensiert fast den Zuwachs am Bruttosozialprodukt. Aus diesem Grunde ist, angesichts der niedrigen Pro-Kopf-Einkommen, eine stärkere Kapitalbildung schwer möglich.

Das Pro-Kopf-Einkommen und Anteil der Beschäftigten in der Türkei und in anderen OECD-Ländern 1962 2)					
Pro-Kopf-Einkommen			Prozentuale Aufteilung der Beschäftigten nach Bereichen		
Länder	T.L.	in Prozent	Landwirt.	Industrie	Dienstleistung
Türkei	1790	100,0	75	10	15
Jugoslawien	2079	116,1	57	17	26
Portugal	2250	125,7	44	29	27
Spanien	2700	150,8	42	32	27
Griechenland	3420	191,1	53	19	28
Italien	6210	346,9	28	41	31
Frankreich	11880	663,7	21	40	39
England	13302	743,1	4	48	48
USA	25407	1419,4	9	33	59

1) Erster fünfjähriger Entwicklungsplan der Türkei 1963 - 1967, Ankara 1963, S. 15.

2) OECD, Education and Development, Country Reports, The Mediterranean Regional Project "Turkey", Paris 1965, S. 30.

Von den angeführten Ländern weist die Türkei das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen auf, wobei es bezeichnend ist, daß 75 % der Beschäftigten in der Landwirtschaft und nur 10 % in der Industrie tätig sind. Das zeigt, wie sehr die Türkei von der Landwirtschaft abhängt.

Bereits in den Anfangsjahren der Republik kämpfte die Türkei unter denkbar ungünstigen Bedingungen um ihre Fortentwicklung und ihren Aufschwung. Es gelang ihr, ihre Außenschulden ohne auswärtige Hilfe zu begleichen und keine neuen Schulden einzugehen. Das Handelsvolumen erreichte einen relativ großen Umfang, die zum Export bestimmten Agrarerzeugnisse wurden auf den auswärtigen Märkten zu günstigen Preisen verkauft. Im Austausch wurden die benötigten Industriegüter eingeführt. Bis zur Weltwirtschaftskrise herrschte in der Türkei kein spürbarer Drang zur Industrialisierung. Obendrein war sowohl beim Staat als auch in der Privatwirtschaft das Kapital knapp. Als sich die Türkei schließlich zur Industrialisierung entschloß ¹⁾, übernahm sie selbst den Aufbau der Grundstoffindustrie.

Trotz der Schwierigkeiten während der Weltwirtschaftskrise und des zweiten Weltkrieges konnte mit Hilfe hoher Stauern innerhalb von 15 Jahren in diesem einst reinen Agrarland eine relativ beachtliche Industrie aufgebaut werden ²⁾.

Der zweite Weltkrieg brachte der Türkei wesentliche wirtschaftliche Nachteile. Obwohl sie nicht am Kriegsgeschehen beteiligt war, mußten erhebliche Mittel für die Landesverteidigung aufgebracht werden. Der Außenhandel stockte, auf den Märkten herrschte Warenmangel und die Inflation breitete sich aus. Dieser Zustand hielt in den Nachkriegsjahren noch eine Zeitlang an.

Schutzzölle für die einheimische Industrie verhinderten u.a. die Einfuhr landwirtschaftlicher Produktionsmittel. Dadurch blieb die Landwirtschaft weiterhin für Jahre der überkommenen

1) Vgl. Sözeri, S., Der Wirtschaftsaufbau der Türkei nach dem Zweiten Weltkrieg, Kiel 1955, S. 21.

2) Vgl. OECD, Handbuch, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn 1959, S. 205.

Agrartechnik verhaftet. Als Investitionsgüter wieder eingeführt wurden, stieg die Konsumgütererzeugung und die Versorgung der Landwirtschaft mit modernen Maschinen, Geräten, Düngemitteln usw. an ¹⁾.

Die Investitionen in die Landwirtschaft wurden begleitet von einem Ausbau der Verarbeitungsindustrie, der Errichtung wichtiger Staudämme und der Einführung der Lagerhaltung.

In den Jahren 1950 - 1954 nahm die türkische Wirtschaftspolitik auf dem In- und Auslandsmarkt eine sehr liberale Haltung ein, denn die Agrarproduktion des Landes hatte sich gegenüber der Vorkriegszeit von allen OECD-Ländern am schnellsten ausgedehnt. Bis zum Jahre 1958/59 erreichte sie den Index 189 (Vorkriegsstand = 100) ²⁾. Auch in den fünfziger Jahren war die Produktionssteigerung erheblich und mit der anderer OECD-Länder durchaus vergleichbar.

Bruttoprodukt der Landwirtschaft ³⁾ 1958/1959 in % von 1951/1952 (Zweijahresdurchschnitt)		
Länder	zu jeweiligen Preisen	zu konstanten Preisen (1954=100)
Türkei	290	130
Griechenland	226	140
Österreich ⁴⁾	140	131
Frankreich (1957/1958)	138	110
Deutschland ⁴⁾	138	110
Italien	127	127
England ⁴⁾	118	114

1) Vgl. Uhrenbacher, "Türkei"; ein wirtschaftliches Handbuch, Berlin 1957, S. 51.

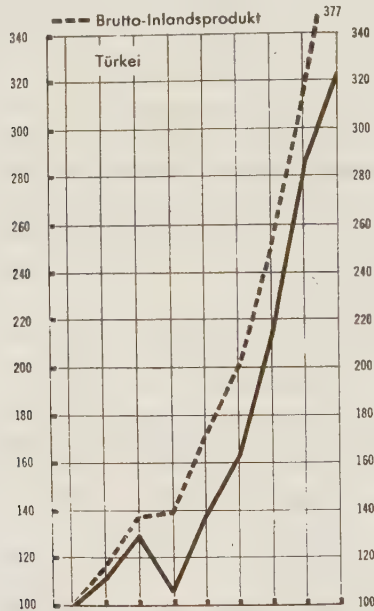
2) OECD, Ausgewählte Probleme der Agrarwirtschaft, vierter Bericht, Bd. 1, Bonn 1961, S. 312; vgl. Uhrenbacher, W., Türkei; ein wirtschaftliches Handbuch, Berlin 1957, S. 48 und 49.

3) OEEC, Trends in Agricultural Policies since 1955, Fifth Report on Agricultural Policies in Europe and North America, Paris 1961, S. 16.

4) Einschließlich Forstwirtschaft und Fischerei.

Indices des Brutto-Inlandproduktes und
des landwirtschaftlichen Bruttoproduktes
in jeweiligen Preisen (1951 = 100) .1)

----- Brutto-Inlandsprodukt
_____ Bruttoprodukt der Landwirtschaft



Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion beruht hauptsächlich auf dem Anstieg der pflanzlichen Erzeugnisse. Die tierischen Erzeugnisse waren dagegen an der gesamten Produktionssteigerung nur in relativ geringem Maße beteiligt (s. Tabelle).

1) OEEC, Trends in Agricultural Policies since 1955, Fifth Report on Agricultural Policies in Europe and North America. Paris 1961, S. 14.

Entwicklung der landwirtschaftlichen Erzeugung (volumenmäßig) ¹⁾ Vorkriegsstand = 100					
	1947/48	1950/51	1953/54	1956/57	1957/58
Landwirtschaftliche Erzeugung insgesamt					
Türkei.....	103	124	171	167	171
OEEC-Gebiet.....	83	110	126	130	132
Tierische Erzeugung					
Türkei.....	109	112	162	131	121
OEEC-Gebiet.....	75	104	118	129	133

Die Zunahme beruht auf dem tatsächlichen Ansteigen des Ernteertrages und nicht, wie im vierten Bericht der OEEC behauptet wird ²⁾, auf einem höheren Anstieg der Preise für pflanzliche Erzeugnisse gegenüber denen für tierische Produkte. Auf die pflanzlichen Erzeugnisse entfallen zur Zeit 70 - 75 % der gesamten landwirtschaftlichen Erzeugung, während die tierischen Produkte nur mit 25 - 30 % beteiligt sind ³⁾.

Bei der Aufgliederung der gesamten Produktion fällt die Bedeutung des Getreides auf. Mehr als 40 % der pflanzlichen Erzeugnisse entfallen auf das Getreide. Unter den verschiedenen Getreidesorten steht der Weizen mit 25 % an der Spitze ⁴⁾.

1) OEEC, Ausgewählte Probleme der Agrarwirtschaft, vierter Bericht, Bd. 1, Bonn 1961, S. 312.

2) Vgl. OEEC, Ausgewählte Probleme der Agrarwirtschaft, vierter Bericht, a.a.O., S. 312.

3) Vgl. OEEC, Ausgewählte Probleme der Agrarwirtschaft, vierter Bericht, a.a.O., S. 312.

4) Vgl. OEEC, Ausgewählte Probleme der Agrarwirtschaft, vierter Bericht, a.a.O., S. 312.

Die für den Weizenanbau bestimmte Fläche wurde von 1938 - 1957 um 90 % ausgedehnt (s. Tabelle).

Getreideanbaufläche in 1000 ha ¹⁾								
Jahr	Weizen	Gerste	Hafer	Roggen	Mais	Reis	Sonst.	Insges.
1938	3830	1959	248	455	469	20	333	7 314
1954	6405	2500	348	613	720	46	639	11 271
1957	7157	2630	384	655	709	70	473	12 078
1962	7800	2800	410	670	667	81	537	12 965
1963	7850	2850	400	693	670	55	498	13 016

Getreideerzeugung in 1000 t ¹⁾								
Jahr	Weizen	Gerste	Hafer	Roggen	Mais	Reis	Sonst.	Insges.
1938	4278	2836	274	407	598	46	314	8 303
1954	4900	2400	325	440	914	110	553	9 624
1957	8300	3650	475	700	750	115	608	14 598
1962	8450	3500	450	690	800	165	563	14 618
1963	10000	4288	500	900	990	130	593	17 400

Neben dem Getreide spielen die Früchte (insbesondere Trockenfrüchte) mit mehr als 12 %, die Baumwolle mit 7 % und der Tabak mit 2,5 % der Gesamterzeugung eine erhebliche Rolle. Der Anteil tierischer Produkte an der Gesamterzeugung ist dagegen gering: Hammelfleisch und Rindfleisch 12 %, Milch 12 % ²⁾. Der Anteil der einzelnen Produkte unterliegt erheblichen Schwankungen. Dies gilt besonders für den Getreideanbau.

- 1) OEEC, Agrarstruktur, Marktregelung, Preisstützung in Europa und Nordamerika, dritter Bericht, Bonn 1959, S. 193; die beiden Tabellen enthalten nur Angaben bis 1957. Deshalb wurden für die folgenden Jahre herangezogen: Republic of Turkey, Prime Ministry. State Institute of Statistics. Agricultural Structure and Production (1961 - 1963), Ankara 1965, Publication No. 469, S. 10.
- 2) OEEC, Ausgewählte Probleme der Agrarwirtschaft, vierter Bericht, a.a.O., S. 312.

3. Außenhandel

Der türkische Außenhandel leidet seit Jahren unter Devisenmangel ¹⁾, der auf einem Zurückbleiben der Exporte gegenüber den Importen beruht.

Das Schwergewicht im Außenhandel liegt bei den Agrarprodukten. Sie stehen mit etwa 80 % der Exporterlöse an der Spitze der Ausfuhr Güter.

Ausfuhr der Türkei (1960-1962) in Mill.Dollar ²⁾				
Produkt	1960	1961	1962	%Satz 1961
1. Landwirtschaftliche Erzeugnisse.....	238,0	274,1	257,6	79,1
davon				
a) Getreide und Hülsenfrüchte	14,5	14,7	14,4	-
b) Industriepflanzen und forstliche Produkte.....	119,2	150,5	137,9	-
c) Viehwirtschaft,- Jagd- und Fischereiprodukte	25,8	35,6	34,1	-
2. Industrie.....	63,0	54,0	47,9	15,5
3. Bergbau.....	19,7	18,6	19,5	5,4
Insgesamt.....	320,7	346,7	325,0	100,0

An der Entwicklung der Ausfuhr sind die einzelnen Agrarprodukte wie folgt beteiligt:

- 1) Mit dem Devisenmangel hat die Türkei seit dem Jahre 1936 zu kämpfen; vgl. dazu: Bismarck-Osten, F.v., Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der türkischen Volkswirtschaft, Kieler Studien, Bd. 16, Kiel 1951, S. 14.
- 2) Das Gesetzblatt der Türkischen Republik (türk: T.C. Resmi Gazete), Nr. 11329, Ankara 1963, S. 13 und Erster fünfjähriger Entwicklungsplan der Türkei 1963 - 1967, Ankara 1963, S. 517.

Ausfuhren nach Waren in Mill.US-Dollar ¹⁾					
Erzeugnisse	1958	1959	1960	1961	1962
Obst	56,4	68,6	77,4	72,8	90,5
Tabak	84,3	91,8	65,5	87,1	96,1
Baumwolle	22,9	54,1	48,6	57,8	64,5
Zucker	1,7	1,9	17,5	17,4	8,3
Wolle, Haare und Mohair	7,5	20,4	14,5	16,8	11,9
Tierfuttermittel	6,2	10,4	10,6	9,7	13,4
Hülsenfrüchte	2,5	8,9	8,0	7,4	4,1
Getreide	10,7	39,7	6,2	6,0	1,3
Schlachtvieh	1,2	4,5	7,1	14,7	18,9
Sonstige Waren	24,5	33,5	38,5	43,0	51,7

Der Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse hat seit 1958 zugenommen. Die Ausfuhr von Tabak, seit jeher wichtigstes Exportgut, hat seit einigen Jahren einen unbeständigen Verlauf genommen ²⁾. Ursache ist hauptsächlich der Geschmackswechsel, der nach dem zweiten Weltkrieg eintrat. Diesem Wandel kann die Türkei nur dadurch begegnen, daß sie selbst Virginia-Tabak anbaut ³⁾. Der Nachfrageausfall nach Orienttabaken, insbesondere in den westeuropäischen Ländern wird noch durch eine Nachfragesteigerung aus dem asiatischen Bereich ausgeglichen werden können, da es sich beim Orienttabak um einen ausgesprochenen Luxusartikel handelt und der niedrige Lebensstandard in Asien vorerst aber keine Nachfragesteigerung erwarten läßt.

Neben dem Tabak nahm die Weizenausfuhr vor Jahren noch eine bedeutende Stellung ein. Bis 1940 führte die Türkei größere Mengen Weizen aus; in der Zeit von 1942 - 1951 mußte dagegen

1) OECD, Turkey, Economic Surveys by the OECD, Paris 1963, S. 36.

2) Vgl. OECD, Turkey, Economic Surveys by the OECD, Paris 1963, S. 35.

3) OECD, Problem of Development, Exports and Invisible Receipts in Turkey, A Report by Baade, Paris 1961, S. 10.

Weizen eingeführt werden. Seit 1952 wurde der Weizenexport wieder aufgenommen, nachdem die Weizenanbaufläche erheblich ausgedehnt worden war. "Damals war die Türkei im Begriff", schreibt Baade, "der größte Getreideexporteur der OECD-Länder zu werden. Das Getreide war zwei Jahre lang das Exportprodukt, das in der Devisenbilanz alle anderen übertraf, insbesondere auch die traditionellen Produkte (Tabak und Trockenfrüchte). Aber dann folgte eine Reihe von Mißernten, welche die Türkei zwangen, amerikanische Hilfe bei der Deckung ihres Konsumbedarfs in Anspruch zu nehmen" ¹⁾. Die jährlichen Ernteschwankungen beim Weizen, die durch die natürlichen Verhältnisse bedingt sind ²⁾, erklären den unbeständigen Verlauf beim Export: ein plötzliches Ansteigen von 1957 auf 1959 einerseits, ein starker Rückgang von 1959 auf 1960 andererseits.

Die Regierung sucht das Exportproblem durch eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und durch Förderung des Exports zu lösen, wie durch Einschaltung des Amtes für Bodenerzeugnisse (T.M.O.) ³⁾. Seine Hauptaufgabe besteht in der Koordinierung von Vorschlägen der Handelskammer und landwirtschaftlichen Verkaufsgenossenschaft. Daneben hat dieses Amt für eine ausreichende Vorratshaltung zu sorgen, um Ernteschwankungen auszugleichen.

1963 wurde das Assoziierungsabkommen zwischen der EWG und der Türkei unterzeichnet und ratifiziert. Seine Bedeutung wird ersichtlich, wenn man die Anteile des türkischen Außenhandels mit den in der folgenden Tabelle angeführten Ländergruppen betrachtet.

-
- 1) Baade, F., Die Deutsche Landwirtschaft im Gemeinsamen Markt, Schriftenreihe zum Handbuch für europäische Wirtschaft, Heft 4, Bonn 1958, S. 52.
 - 2) OEEC, Agrarstruktur, Marktregelung, Preisstützung in Europa und Nordamerika, dritter Bericht, Bonn 1959, S. 195.
 - 3) Das Amt für Bodenerzeugnisse (T.M.O.) wurde im Jahre 1938 aufgrund des Gesetzes Nr. 3491 errichtet.

Prozentuale Aufteilung pro Jahr des
türkischen Außenhandels (1964-1965) ¹⁾

Länder der OECD	%
EWG	30
EFTA	19
Kanada/USA	24
Andere	2
Zusammen	75
Zweiseitige Abkommen	15
Andere	10
Insgesamt	100

In den Abkommen wurde ein stufenweiser Übergang vereinbart. Um die Entwicklung der türkischen Volkswirtschaft weiter zu fördern und damit die türkische Wirtschaft auf die Verhältnisse nach der Übergangszeit vorzubereiten, muß sowohl die Industrialisierung als auch die Rationalisierung in der Landwirtschaft weiter vorangetrieben werden. Aus diesem Grunde hat die Europäische Investitionsbank ein Darlehen mit besonders günstigen Zins- und Rückzahlungsbedingungen in Höhe von 175 Mill. Dollar bereitgestellt ²⁾.

Die Vorteile des Assoziierungsabkommens für die türkische Landwirtschaft beruhen hauptsächlich in der Möglichkeit, den Absatz für landwirtschaftliche Spezialprodukte zu vergrößern (Tabak, Rosinen, Feigen und Tafelnüsse) und in einer Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft und in anderen Bereichen durch den Zustrom von ausländischem Kapital und in der Förderung des technischen Wissens, welches u.a. durch das freie Niederlassungsrecht der Arbeitnehmer

- 1) Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Weltwirtschaft am Jahreswechsel 1964/65, Bd. 1, Europa-Amerika, Köln 1965, S. 169.
- 2) EWG/Türkei, Assoziierungsabkommen mit der Türkei unterzeichnet, in: Agra Europe, 4. Jg., Nr. 37, III, Bonn, Paris, London, Rom vom 16.9.1965, S. 7.

verbreitet werden kann ¹⁾.

Es ist jedoch die Gefahr denkbar, daß trotz der Assoziierung und der Kapitalhilfen die überkommene Agrarstruktur in der türkischen Volkswirtschaft bestehen bleibt. Auch darf nicht übersehen werden, daß die Konkurrenz aus anderen EWG-Ländern bei einigen landwirtschaftlichen Produkten erheblich ist.

Obwohl die landwirtschaftliche Produktion in stetigem Ansteigen begriffen ist, sinkt der relative Anteil der landwirtschaftlichen Produkte an der Ausfuhr ständig. Er betrug 1959 49,9 % der gesamten Ausfuhr, 1960 45,7 % und sank 1961 auf 44,8 %. Als Gründe hierfür können angeführt werden:

a) Die wachsende Bevölkerung (etwa 3 % jährlich) fängt einen immer größeren Anteil der landwirtschaftlichen Produktion selbst auf.

b) Die Verarbeitung von Baumwolle wird in zunehmendem Maße in der Türkei selbst vorgenommen. Auch die Ölfrüchte werden immer häufiger an Ort und Stelle verwertet. So brauchen die Rohprodukte nicht mehr ausgeführt zu werden.

c) Mit Ausnahme der Angorawolle werden alle landwirtschaftlichen Rohprodukte auf dem Weltmarkt immer weniger verlangt, so daß die Exportaussichten ständig abnehmen oder die Preise liegen, wie bei Baumwolle und Tabak, zu niedrig, teilweise sogar unter den Produktionskosten. Trotz sinkender Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse bleiben die Inlandpreise relativ hoch, so daß es immer schwieriger wird, dem Ausland gegenüber konkurrenzfähig zu bleiben ²⁾.

d) Der Abschluß des EWG-Vertrages hat für die Türkei zunächst wieder zu einem Exportausfall geführt, was jedoch durch die Assoziierung zum Teil wieder ausgeglichen worden ist.

1) Durch das Assoziierungsabkommen ist die Türkei verpflichtet, die Gesetze bezüglich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer, der Niederlassungsfreiheit, des freien Dienstleistungsverkehrs, der Verkehrspolitik und der Wettbewerbsregelung den EWG-Ländern anzugleichen.

2) Das Gesetzblatt der Türkischen Republik (türk: T.C. Resmi Gazete), Nr. 11329, Ankara 1963, S. 82.

4. Anwendung landbautechnischer Fortschritte

Die türkische Landwirtschaft hat sich dennoch weiterentwickelt, insbesondere aufgrund der Lage im Außenhandel, der industrialisierungs- und ernährungspolitischen Maßnahmen der Regierung. Zu nennen sind vornehmlich staatliche Versuchsfarmen und Forschungsinstitute, die dazu bestimmt sind, dem Bauern die modernen landwirtschaftlichen Methoden zugänglich zu machen; die Marktorganisation, welche die Preise der landwirtschaftlichen Produkte beeinflussen und den Bauern mit Subventionen und Krediten helfen, sowie vor allem die Förderung des Einsatzes von ertragssteigernden Produktionsmitteln und Arbeitshilfsmitteln.

Trotzdem wird eine Steigerung der türkischen Agrarproduktion nicht nur durch die ungünstige Agrarstruktur, sondern auch durch den äußerst geringen Einsatz an produktionssteigernden Mitteln erschwert. Diese Mittel beziehen sich:

1. auf die Anwendung von Düngemitteln,
2. auf die Verwendung besseren Saatgutes,
3. auf die Verbesserung der Schädlingsbekämpfung,
4. auf die bessere Bodenbearbeitung durch erhöhten Maschineneinsatz.

Der geringe Verbrauch der Kunstdüngemittel ist in erster Linie auf die geringe Finanzkraft der landwirtschaftlichen Betriebe und auf das ungünstige Vertriebssystem für künstliche Düngemittel zurückzuführen. Zahlreiche Zwischenhandelsstufen verteuern die künstlichen Düngemittel erheblich. Der Verbrauch von tierischem Dünger ist ebenfalls sehr niedrig. Dies beruht auf dem besonderen Weidesystem, bei dem die Tiere nicht in Ställen gehalten werden und darauf, daß infolge des Brennstoffmangels ein großer Teil der tierischen Düngemittel als Brennstoff verwendet wird ¹⁾.

1) Vgl. OEEC, Ausgewählte Probleme der Agrarwirtschaft, vierter Bericht, Bd. 1, Bonn 1961, S. 311.

Eine völlig unzureichende Saatgutkontrolle hat einen starken Krankheitsbefall, insbesondere des Getreides, zur Folge ¹⁾. Der gegenwärtige Fünfjahresplan (1963 - 1967) strebt deshalb Maßnahmen an, damit etwa 75 % des Saatgutes kontrolliert werden können ²⁾.

Desgleichen ist von einer Schädlingsbekämpfung kaum etwas festzustellen. Die türkische Regierung beabsichtigt daher, die Schädlingsbekämpfung selbst in die Hand zu nehmen, um besonders der Heuschreckenplage Herr zu werden. Diese staatliche Aktion soll dazu beitragen, die Methoden der Schädlingsbekämpfung bei der Bauernschaft zu verbreiten.

Die Betriebe sind im allgemeinen sehr dürftig mit Maschinen und Geräten ausgerüstet. Die vorhandene Ausrüstung ist zudem weitgehend veraltet und leistungsschwach ³⁾. Ein verstärkter Einsatz von Landmaschinen aller Art wird nicht nur durch die geringe Kapitalkraft der Betriebe beeinträchtigt, sondern auch durch die für eine Mechanisierung ungünstige Zersplitterung der Nutzflächen und das reichliche Vorhandensein billiger Arbeitskräfte bzw. den hohen Arbeitskräfteeinsatz in den Familienbetrieben. Seit 1953 versucht die Regierung, die technische Ausstattung in der Landwirtschaft zu fördern, vor allem durch Gewährung günstiger Anschaffungskredite und Zollbefreiung importierter Landmaschinen. Bis heute sind keine wesentlichen Verbesserungen eingetreten.

-
- 1) Nach Meinung von Christiansen-Weniger gehen jährlich 30 % der türkischen Weizenernte durch Pflanzenschädlinge verloren. Siehe dazu: Baade, F., Brot für ganz Europa, Grundlagen und Entwicklungsmöglichkeiten der europäischen Landwirtschaft, Hamburg und Berlin 1952, S. 96.
 - 2) Erster fünfjähriger Entwicklungsplan der Türkei 1963 - 1967, Ankara 1963, S. 178.
 - 3) In diesem Zusammenhang erwähnt Bodur, daß der Holzpflug und der Dreschschlitten noch fast in allen Betrieben anzutreffen sind. (Agrargeographische und wirtschaftliche Verhältnisse der türkischen Landwirtschaft, Diss. Gießen 1962, S. 43.)

Entwicklung der Mechanisierung in der Landwirtschaft 1)					
Maschinen u. Geräte	1940	1948	1955	1962	1963
Stelzpflüge	345450	445851	550248	616165	661140
Karrenpflüge	69306	70505	84871	113415	120255
Drehpflüge	17315	14170	43767	72581	63951
Schlepper	1066	1756	41030	43747	50844
Schlepper- Scharpflüge	933	1119	28842	32331	33417
Schlepper- Scheibenpflüge	371	353	13038	14812	18645
Milchzentrifugen	13530	33080	72326	77817	85842
Motorpumpen	111	253	10010	32640	37839
Schwingpflüge	---	132378	315133	384215	358687

Der Einsatz der Maschinen erfolgt nicht sehr rationell. Außerdem mangelt es vielfach an der erforderlichen Pflege. Dafür ist vorwiegend der niedrige Ausbildungsstand der Landwirte verantwortlich.

Die türkische Wirtschaft ist in ihrer Entwicklung von der Landwirtschaft weitgehend abhängig, so daß angenommen werden darf, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Stagnation von den zu geringen Investitionen in der Landwirtschaft herührt. Die allgemeinen Investitionen sind von 1950 - 1964 fortwährend gestiegen, ihr Anteil am Volkseinkommen jedoch schwankt seit Jahren zwischen 12 und 16 % ²⁾.

1) OEEC, Ausgewählte Probleme der Agrarwirtschaft, vierter Bericht, Bd. 1, Bonn 1961, S. 319. Diese Tabelle enthält nur Angaben bis 1955. Deshalb wurden für die folgenden Jahre herangezogen: Republic of Turkey, Prime Ministry, State Institute of Statistics, Agricultural Structure and Production (1961 - 1963), Ankara 1965, Nr. 469, S. 13.

2) Erster fünfjähriger Entwicklungsplan der Türkei 1963 - 1967, Ankara 1963, S. 16.

Die folgende Tabelle zeigt, daß die in die Landwirtschaft investierten Mittel, die 1963 ca. 13 % der Gesamtinvestitionen ausmachten, in keinem Verhältnis zum Anteil am Volkseinkommen (41 %) stehen ¹⁾.

Staatliche und private Investitionen im Jahre 1963 in Mill. T. L. ²⁾			
	Privatsektor	Staatl.Sektor	Summe
Landwirtschaft	400	826	1 226
Bergbau	105	367	472
Industrie	1 445	716	2 161
Energiewirtschaft	20	533	553
Verkehr	60	1 357	1 417
Touristik	50	107	157
Wohnungsbau	1 757	344	2 101
Gesundheitswesen	15	194	209
Erziehung	10	675	685
Handel	10	79	89
Sonstige	-	560	560
Insgesamt	3 872	5 758	9 630

Obwohl sich die staatlichen Investitionen in die Landwirtschaft - absolut gesehen - erhöht haben, hat sich der Anteil an den gesamten Bruttoinvestitionen 1964 von 26 % auf 22 % verringert ³⁾.

Die Investitionstätigkeit ist unzureichend. Hierfür gibt es zwei entscheidende Gründe. Der erste Grund liegt in der starken Zunahme der türkischen Bevölkerung von etwa 3 % pro Jahr, die nur eine geringe Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens bewirkt.

-
- 1) Erster fünfjähriger Entwicklungsplan der Türkei 1963 - 1967, Ankara 1963, S. 9.
 - 2) Gesetzblatt der Türkischen Republik (türk: T.C. Resmi Gazete), Nr. 11329, Ankara 1963, S. 17.
 - 3) OECD, Ausgewählte Probleme der Agrarwirtschaft, vierter Bericht, Bd. 1, Bonn 1961, S. 317; Economic Surveys by the OECD, "Turkey", Paris 1964, S. 26.

Der zweite wichtige Grund für die wirtschaftliche Rückständigkeit sind die genannten geringen Investitionen in der Landwirtschaft. Wo sie getätigt werden, sollten sie für die Steigerung der Hektarerträge verwendet werden, nicht für eine weitere Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzfläche, da hierfür geeignete Bodenreserven nicht mehr vorhanden sind. Die bisherige Steigerung der Agrarproduktion beruhte auf der Ausdehnung der Nutzfläche; die Hektarerträge konnten nicht gesteigert werden, weil die zur Erhaltung des Bodens, zur Bewässerung und Entwässerung und zur Düngung erforderlichen Investitionen nicht im ausreichenden Umfang vorgenommen wurden. Besonders in der Pflege des Bodens, der neu bewässert wurde, zeigten sich Mängel an Erfahrung und das Fehlen technischer Geräte.

5. Hemmnisse und Voraussetzungen zukünftiger Entwicklung

Trotz der eingetretenen Besserung ist die Entwicklung der türkischen Landwirtschaft auch weiterhin durch folgende Tatsachen gehemmt:

- a) Durch die bei einem großen Teil der Landwirtschaft bestehende niedrige Produktivität je Flächeneinheit;
- b) durch das niedrige Pro-Kopf-Einkommen infolge geringer Produktivität je Arbeitskraft, ein Hauptgrund für die unzulängliche Spartätigkeit und für die geringen privaten Investitionen.

Deshalb entwickelte sich die Wirtschaftspolitik im Inneren und Äußeren allmählich auf eine staatliche Kontrolle hin, wobei der Staatshaushalt im großen Stil inflationistischen Charakter annahm. Dies hatte zur Folge, daß die Versorgung der Landwirtschaft mit den notwendigen Maschinen, Geräten und anderen Mitteln stark zurückging. Insbesondere war es die Expansionspolitik - in der Absicht eingeführt, die türkische Wirtschaft zu modernisieren - die die Preise der

nichtlandwirtschaftlichen Produkte im Verhältnis zu den landwirtschaftlichen Produktionspreisen so in die Höhe trieb, daß die Entwicklung und die Produktion der Landwirtschaft auch durch diese Preise sehr gestört wurden.

Der Milderung der Auswirkungen der Inflation sollte das türkische Marktordnungssystem für landwirtschaftliche Produkte dienen. Es verfolgt zwei grundsätzlich verschiedene Ziele. Einmal soll der Verbraucher vor Preissteigerungen geschützt werden, zum anderen sollen die Preise so festgesetzt werden, daß sich der Lebensstandard der Bauern nicht verschlechtert. Je nachdem, welcher Preisverlauf bei den einzelnen Produkten festzustellen ist, wird entweder ein Höchst- oder ein Mindestpreis festgelegt.

Bei Getreide wird seit 1958 (Programm für die wirtschaftliche Stabilität) eine Höchstpreispolitik betrieben, um die Konsumenten vor einer inflationistischen Entwicklung zu schützen. Lediglich bei einer erheblichen Änderung des Weltmarktpreises wird eine Berichtigung vorgenommen. Bei Brot, Fleisch, Milch, Obst und Gemüse wird ebenfalls eine Verbraucherschutzpolitik (Höchstpreise) betrieben. Hier ist allerdings zu beachten, daß die örtlichen Verwaltungsbehörden für die Festsetzung der örtlichen Preise maßgebend sind.

Bei Tee, Tabak und Zuckerrüben wird dagegen ein Mindestpreis vorgeschrieben, durch den einerseits die Produktion angeregt (Tee, Zuckerrüben) und andererseits ein starker Preisrückgang (Tabak) verhindert werden soll. Die Mindestpreisschutzpolitik (Agrarschutzpolitik) hat bei zahlreichen Produkten zu großen Überhängen geführt. Deshalb sah sich die Regierung veranlaßt, eine Absatzförderung zu betreiben. Sie hat erkannt, daß dies ein wichtiger Faktor zur Förderung der Landwirtschaft darstellt.

Im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung ist damit zu rechnen, daß große Teile der bis jetzt in der Landwirtschaft Tätigen in der Industrie Arbeit aufnehmen werden, so daß sich auch daraus eine Steigerung der Nachfrage nach Nahrungsmitteln ergeben wird.

Das Ansteigen der Bevölkerungszahl und des Einkommens in der Nachkriegszeit haben schon eine starke Erhöhung der Nachfrage auf dem Nahrungsmittelsektor gezeigt (s. Tabelle).

Verbrauch bei den hauptsächlichen Nahrungsmitteln (kg je Kopf und Jahr) ¹⁾			
Erzeugnis	Vorkriegsstand	1957/58	1963
Brotgetreide (in Mehl)....	159,3	180,0	196,0
Futtergetreide (in Mehl)..	30,4	18,6	36,0
Kartoffeln	5,9	22,7	39,0
Zucker (raffiniert).....	7,4	11,4	12,8
Fette (in Reinfette).....	8,0	6,5	7,5
Fleisch (Schlachtgewicht).	14,8	14,8	15,2
Eier (Schaleneier).....	2,1	1,7	2,3
Fisch (Anlandegewicht)....	1,2	3,0	2,2
Vollmilch	39,4	32,0	-
Gemüse	31,8	76,4	79,2
Fruchstobst(einschließlich Zitrusfrüchte)	54,6	70,2	118,3

Der Kalorienverbrauch ist angestiegen ²⁾. Die Verbrauchssteigerung betrifft in erster Linie Getreide und Kartoffeln ³⁾. Die Türkei zählt zu den Ländern mit dem höchsten Getreide-

-
- 1) OEEC, Ausgewählte Probleme der Agrarwirtschaft, vierter Bericht, Bd. 1, Bonn 1961, S. 314 und Erster fünfjähriger Entwicklungsplan der Türkei 1963 - 1967, Ankara 1963, S. 150.
 - 2) Vor dem Kriege wurden je Kopf und Tag 2 560 Kalorien, im Jahre 1957/58 2 864 Kalorien verbraucht. Vgl. OEEC, Ausgewählte Probleme der Agrarwirtschaft, vierter Bericht, Bd. 1, Bonn 1961, S. 313.
 - 3) Vgl. OEEC, Agrarstruktur, Marktregelung, Preisstützung in Europa und Nordamerika, dritter Bericht, Bonn 1959, S. 194.

verbrauch. Das Anwachsen des Volkseinkommens und das rasche Ansteigen der städtischen Bevölkerung läßt eine Änderung in den Konsumgewohnheiten der Bevölkerung erwarten, insbesondere eine stärkere Nachfrage nach tierischen Erzeugnissen. Der Fleischverbrauch ist 1963 gegenüber dem Vorjahr um 0,5 kg pro Kopf auf 15,2 kg gestiegen. Für 1967 wird ein Pro-Kopf-Verbrauch von 17,7 kg erwartet ¹⁾.

Die türkische Landwirtschaft muß in der Lage sein, die schnell wachsende Bevölkerung ausreichend zu versorgen. Dabei ist einem steigenden Versorgungsniveau Rechnung zu tragen. Allein um das gegenwärtige Versorgungsniveau zu halten, ist eine jährliche Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion um mindestens 3 % nötig ²⁾. Gleichzeitig muß die Landwirtschaft auf die Produktion von tierischen und höherwertigen pflanzlichen Erzeugnissen besonderes Gewicht legen.

Die türkische Landwirtschaft hat im Rahmen der Gesamtwirtschaft von jeher eine führende Rolle gespielt. Aufgrund der Struktur der Volkswirtschaft wird sie diese Rolle zweifellos noch lange beibehalten, auch wenn ihr Anteil am Nationalprodukt schrumpft. Um der Landwirtschaft die für die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei erforderliche Rolle zukommen zu lassen, müssen umfassende Maßnahmen zu ihrer Förderung ergriffen werden. Sie werden große Anstrengungen erfordern.

-
- 1) Vgl. Erster fünfjähriger Entwicklungsplan der Türkei 1963 - 1967, Ankara 1963, S. 150.
 - 2) Vgl. OECD, Turkey, Economic Surveys by the OECD, Paris 1963, S. 11.

II. Lage und Entwicklung auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Bodenbewirtschaftung

1. Die natürlichen Gegebenheiten

Die Türkei ist ein Hochland. Über die Hälfte des Gebietes (55 %) liegt höher als 1 000 m über dem Meer. Die Landschaftsformen sind sehr vielfältig. Hügellandschaften wechseln mit ausgesprochenen Gebirgslandschaften ab. Ausgedehnte Ebenen sind im wesentlichen auf die Mündungen der Flüsse (Tiefebenen) und auf einige Gebiete in Zentralanatolien beschränkt (Hochebenen) ¹⁾.

Anatolien ist von hohen Gebirgswällen eingeschlossen: vom Schwarzmeer-Randgebirge im Norden und vom Taurus im Süden. Zwischen diesen Randgebirgen erstrecken sich die breiten Ebenen Zentralanatoliens, die sich, vom Verlauf der Gebirgsketten eingeengt, nach Osten hin verjüngen und ein Hochland bilden, deren Ebenen zwischen 1 300 bis 2 000 m über dem Meer liegen. Zentralanatolien selbst kann ebenfalls als Hochland bezeichnet werden, denn es hat eine Höhe, die zwischen 800 und 1 000 m über N.N. liegt. Es ist in sich reich gegliedert. Im Gebiet um Konya weist es eine große abflußlose Senke auf, die zum Boden eines jungmiozänen Binnenmeeres wurde. Ein Rest dieses Meeres ist der Tuzgöl (Salzsee) ²⁾. Die Schwarzmeer-Randgebirge und das Taurusgebirge verhindern den Durchgang von Regenfronten nach Zentralanatolien.

-
- 1) Vgl. Tanoglu, A., Türkische geographische Zeitschrift, Nr. 9 - 10, Istanbul 1947, S. 3.
Nach den Berechnungen von Tanoglu beträgt die mittlere Meereshöhe der Türkei 1 131 m, die durchschnittliche Meereshöhe Europas dagegen nur 330 m, die Asiens 1 050 m. Die Berechnung des Landes nach Meereshöhe ergibt für die Gebiete von
- | | | |
|------|-----------------|--------|
| von | 0 - 500 m | 17,5 % |
| von | 500 - 1 000 m | 27,0 % |
| von | 1 000 - 1 500 m | 30,0 % |
| von | 1 500 - 2 000 m | 15,5 % |
| über | 2 000 m | 10,0 % |

- 2) Vgl. Uslu, S., Untersuchungen zum anthropogenen Charakter der zentralanatolischen Steppe, Bd. 12, Gießen 1960, S. 23.

Die in Westanatolien liegenden Gebirge verlaufen nicht parallel zum Ägäischen Meer; ihre Täler öffnen sich vielmehr nach Mittel-anatolien. Deshalb bieten sie für den Nord-Süd-Verkehr nur be-grenzte Durchgangsmöglichkeiten. Außerdem zerteilen Flüsse und Bäche das Gebirge, darunter der Büyük Menderes, der Küçük Men-deres, der Gediz und der Bakircay in Westanatolien, der Seyhan und der Ceyhan in Südanatolien mit großen alluvialen Ablage-rungen, im Osten der Aras (Araxes) und die beiden Quellflüsse des Euphrat, Karasu und Muratsu und im Südosten der Tigris. Im Nordosten gibt es nur kleine nach Norden fließende Flüsse, die aus den Randgebirgen kommen. Von ihnen ist der Coruh der größte. Sie bilden keine Küstenebenen. Eine Ausnahme machen die in das Schwarze Meer mündenden Flüsse Yeşil und Kizilir-mak, die ihre Deltas weit in das Meer hinausschieben und die fruchtbaren Küstenebenen von Çarşamba und Bafra bilden. An der Nordwestecke des Landes mündet der Sakarya in das Schwarze Meer.

Dieser Morphologie entspricht die Vielfalt der klimatischen Kleinformen, welche für die ökonomischen Quellen des Landes, die Bevölkerungsverteilung, die soziale Struktur und den Le-bensstandard von großer Bedeutung ist.

In Anatolien herrscht Kontinentalklima. Eine Ausnahme bilden die Meeresküsten und Flußtäler, wo jede Art von Klima beobach-tet werden kann. Die Niederschläge nehmen ab, je weiter man von der Küste aus ins Landesinnere vordringt. Proportional hierzu steigen die Temperaturunterschiede zwischen den Jahres-zeiten. Darüber hinaus weisen die Niederschläge jahreszeitlich große Unterschiede auf. Aus diesem Grunde werden weite Gebiete des Landes, besonders die Zentralanatoliens, in Form einer Trockenlandwirtschaft bewirtschaftet, wobei die Höhe der jähr-lichen Ernteerträge stark von den Witterungseinflüssen ab-hängt ¹⁾.

1) Vgl. Tümertekin, E., Landwirtschaft in den trockenen Ge-bieten, Istanbul 1957, S. 43; Christiansen-Weniger, F., Gefährdung Anatoliens durch Trockenjahre und Dürrekata-strophen, in: Zeitschrift für Ausländische Landwirtschaft, Jg. 3, Heft 2, Frankfurt/M. 1964, S. 143.

Neben diesen ungünstigen klimatischen Bedingungen bieten die Oberflächenformen mit ihren zahlreichen starken Geländeneigungen und die Beschaffenheit des Bodens Angriffsmöglichkeiten für Erosionen. Das natürliche Gleichgewicht zahlreicher Landschaften ist damit so gestört, daß der Ackerbau ohne gleichzeitigen Bodenschutz nicht mehr möglich ist.

2. Bodennutzung

Entsprechend Bodenqualität und Klima und der damit gegebenen natürlichen Produktionsbedingungen ist die Türkei in neun landwirtschaftliche Zonen aufgeteilt. In Bezug auf die Landwirtschaft haben sie folgende charakteristische Merkmale: (s. Karte) ¹⁾

- a) Zentralanatolien (auf der Karte Gebiet 1, 8 und 9), das ein kontinentales Klima aufweist, ist das bedeutendste Getreideanbaugebiet der Türkei.
- b) Das ägäische Meeresgebiet (2): gemischte Landwirtschaft. Führende Handelsprodukte sind: Baumwolle, Qualitätstabak, Trockenfrüchte (Feigen, Rosinen), Gemüse, Oliven und Frischobst.
- c) Das Gebiet des Marmarameeres (3): die landwirtschaftlichen Verhältnisse ähneln denjenigen an der Küste des Ägäischen Meeres; außerdem kommen hinzu: Weizen-, Gerste- und Maisanbau.
- d) An der Mittelmeerküste (4) werden hauptsächlich angebaut: Baumwolle, Zitrusfrüchte, Erdnüsse, Reis und Bananen. Zu erwähnen ist, daß sich der Bauer dort, wo keine günstige Bewässerung vorhanden ist, auf Getreideanbau spezialisiert hat.

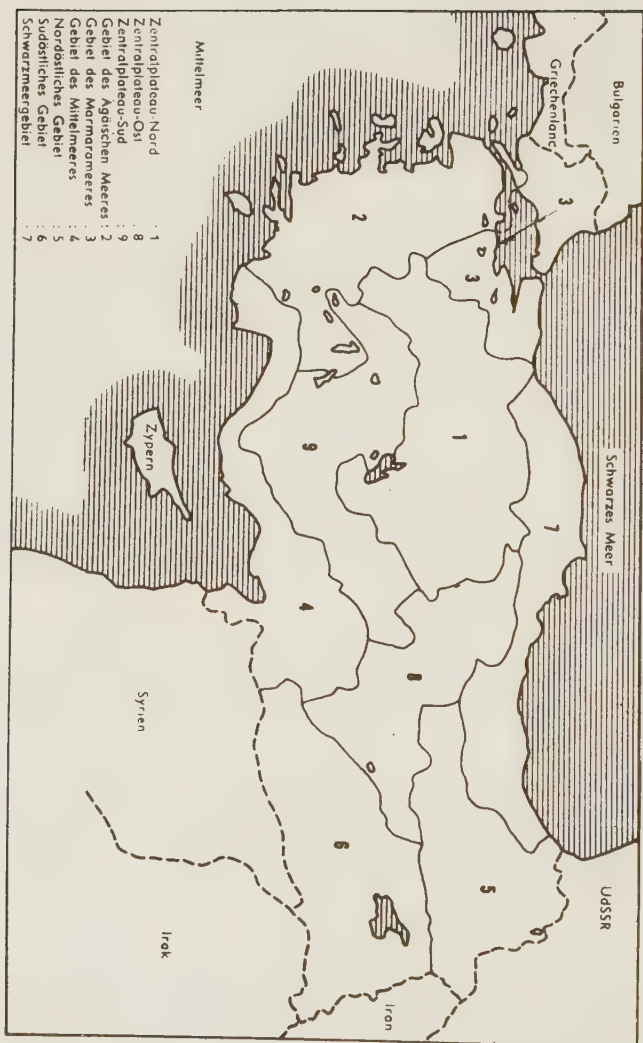
1) OECD, Ausgewählte Probleme der Agrarwirtschaft, vierter Bericht, Bd. 1, Bonn 1961, S. 306 und 307; Vgl. FAO, Mediterranean Development Project "Turkey", Country Report, Rom 1959, Kapitel III, S. 1 - 10; Vgl. Darkot, B., Wirtschaftsgeographie der Türkei, Istanbul 1963, S. 69.

e) Das nordöstliche Gebiet (5): Hochebene, auf der Viehzucht und Getreideanbau vorherrschend sind.

f) Das östliche Gebiet (6): man findet nur vereinzelt den Anbau von Pistazien, Baumwolle, Tabak und Getreide sowie Viehzucht.

g) Das Schwarzmeergebiet (7): die natürlichen Verhältnisse erlauben den Anbau von Zitrusfrüchten, Tee, Tabak, Mais und Trockenfrüchten (Nüsse).

Landwirtschaftliche Gebiete



Durch die ungünstigen natürlichen Produktionsbedingungen und das Fehlen von Hilfsmitteln sowie durch die traditionelle Gebundenheit der Bevölkerung, dominiert der Getreideanbau, in erster Linie der Anbau von Weizen. Eine Ausnahme bildet nur das Gebiet am Schwarzen Meer, wo statt Weizen Mais erzeugt wird.

Auf den ersten Blick scheint ein Gebiet von 78 Mill. ha im Verhältnis zur Bevölkerungszahl von 28 Mill. recht groß zu sein, jedoch ist die für die Landwirtschaft geeignete Fläche relativ klein. Deshalb wurde in den letzten Jahren versucht, neue landwirtschaftliche Nutzflächen zu erschließen und die Mechanisierung voranzutreiben, um dadurch den Mangel an Land zu beheben. Dies ist zwar nicht gelungen, aber es ist eine Änderung in der Bodennutzung eingetreten.

Um die jährlich wachsende Bevölkerung ernähren zu können, wurde die Ackerfläche von 13 Mill. ha 1938 auf 23 Mill. ha 1962 ausgedehnt. Die Hektarerträge blieben fast konstant, in den letzten zwei Jahren sind sie sogar gesunken. Wenn man für die durchschnittlichen landwirtschaftlichen Erträge von 1948-1952 den Index 100 annimmt, so betrug die Produktion 1957 - 1961 152,6. Im selben Zeitraum belief sich die Ausdehnung der angebauten Flächen, wie aus nachfolgender Tabelle ersichtlich ist, auf 50 % ¹⁾. Somit scheint der Zuwachs der landwirtschaftlichen Produktion zum großen Teil von der Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzfläche abzuhängen. Nach Price soll jedoch etwa ein Drittel der Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung der zunehmenden Technisierung, der Verwendung besseren Saatgutes und Düngers und den neuen Methoden der Schädlingsbekämpfung zuzuschreiben sein ²⁾. Gegen eine Zunahme der Hektarerträge wirkte die Ausdehnung des Ackerlandes durch den Umbruch großer Teile der sehr trockenen, meistens an Abhängen

1) Vgl. Das Gesetzblatt der Türkischen Republik (türk: T.C. Resmi Gazete), Nr. 11329, Ankara v. 8.2.1963, S. 23.

2) Price, M.P., Die Türkei; Vergangenheit und Gegenwart, Nürnberg 1958, S. 175 und 176.

gelegenen Steppenweiden ¹⁾ und die in überstürztster Weise vergrößerte Ackerfläche, die in weiten Landstrichen die Bodensubstanz zerstörte. Die unachtsam durchgeführte Vergrößerung der Anbauflächen zog eine Wasser- und Winderosion von gefährlichem Ausmaß nach sich ²⁾.

Aufteilung der landwirtschaftlichen Nutzfläche ³⁾								
Jahr	Gesamte Nutzfläche	Ackerflächen						
		Bebaute Fläche	ins-Brachen	gesamt	Weidefläche	Weinbau	Olivenanbau	Gartenbau
A. (in Mill. ha)								
1938	55,6	8,5	4,7	13,2	41,0	0,4	0,3	0,7
1948	53,7	9,5	4,4	13,9	38,3	0,5	0,3	0,7
1956	53,9	14,6	7,9	22,5	29,5	0,7	0,5	0,7
1962	53,9	15,1	8,0	23,1	28,6	0,8	0,6	0,8
B. (in v.H.)								
1938	100	15,2	8,4	23,6	73,7	0,8	0,6	1,3
1948	100	17,5	8,3	25,8	71,3	0,9	0,7	1,3
1956	100	27,0	15,0	42,0	54,7	1,2	0,9	1,2
1962	100	29,0	17,0	46,0	40,5	1,3	1,0	1,2

An der Vergrößerung der Ackerfläche war das bebaute Land mit 6,6 Mill. ha (von 8,5 auf 15,1 Mill. ha) und das Brachland mit 3,3 Mill. ha (von 4,7 auf 8,0 Mill. ha) beteiligt.

Im Gegensatz zur vergrößerten Ackerfläche verkleinerte sich, wie die Tabelle zeigt, die Weidefläche. Sie ging von 41 Mill. ha im Jahre 1938 auf 28,6 Mill. ha im Jahre 1962 zurück, während in diesem Zeitraum die Zahl der Ziegen und Schafe von

- 1) Baade, F., Landwirtschaft und Industrialisierung in den Entwicklungsländern, Beihefte der Konjunkturpolitik, Heft 6, Berlin 1960, S. 16.
- 2) Vgl. Weniger, F.C., Äcker und Steppe von Vernichtung bedroht; katastrophale Folgen der Erosion in Anatolien, in: Das Parlament, Ausgabe vom 24.8.1960, Bonn 1960, S. 7.
- 3) OECD, Ausgewählte Probleme der Agrarwirtschaft, vierter Bericht, Bd. 1, Bonn 1961, S. 308. Die dort enthaltene Tabelle bringt nur Angaben bis 1956; deshalb wurden für die folgenden Jahre herangezogen: Republic of Turkey, State Institute of Statistics, 1941 - 1962, The Summary of Agricultural Statistics, Publication No. 447, Ankara 1963, S. 3.

39,413 Mill. auf 53,689 Mill. stieg ¹⁾).

Oakes hält eine weitere Vermehrung der Anbaufläche in der Türkei für ausgeschlossen. Er errechnete für die von der Erosion nicht bedrohte Nutzfläche eine Ausdehnung von 16,4 Mill. ha ²⁾. Geht man von der Gesamtackerfläche des letzten Erhebungsjahres (1962 23,1 Mill. ha) aus, dann sind also immerhin 6,7 Mill. ha ständig erosionsgefährdet.

Baade hat diese unachtsame Umwandlung der Weideflächen als "Raubbau" bezeichnet ³⁾. Wie Darkot anführt, schlägt Baade vor, 20 % der Steppe Mittelanatoliens (das sind 4 Mill. ha der landwirtschaftlichen Anbaufläche) in Weideland umzuwandeln, weil dort eine Aufforstung nicht möglich ist, große Weiden aber einer weiteren Erosion vorbeugen könnten ⁴⁾. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß die Regierung Menderes damals gefordert hatte, die Anbaufläche müßte grundsätzlich durch Umbruch von Weiden ausgedehnt werden. Im Laufe der Entwicklung verlor jedoch die Regierung die Übersicht, so daß es in den Waldgebieten zu unkontrollierten Rodungen durch die landhungrigen Bauern kam.

-
- 1) Republic of Turkey, Prime Ministry Central Statistical Office, 1936 - 1958, The Summary of Agricultural Statistics, Publication No. 388, Ankara 1959, S. 11; Republic of Turkey, State Institute of Statistics, 1941 - 1962, The Summary of Agricultural Statistics, Publication No. 447, Ankara 1963, S. 11. Die Angaben der Statistik aus dem Jahre 1963 weichen, soweit dies kontrollierbar ist, von neueren Angaben ab. Z.B. Boeker, kommt (in seinem Artikel "Futterbau und Viehwirtschaft in der Türkei" in: Zeitschrift für Ausländische Landwirtschaft, Jg. 3, Heft 4, Nov. 1964, S. 346) für das Jahr 1960/61 auf eine Zahl von 59,095 Mill. Schafe bzw. Ziegen, während die oben genannte türkische Statistik von 1963 nur 57,253 Mill. auführt. Neuere Statistiken sind noch nicht verfügbar.
 - 2) Vgl. Oakes, H., The Soils of Turkey (FAO Ankara 1964), Ankara 1957, S. 11. Oakes ermittelte den Wert bei der Ausarbeitung einer Bodenkarte.
 - 3) Baade, F., Die Strukturprobleme der Entwicklungsländer am Beispiel der Türkei, in: Wasser und Nahrung, Heft 3, Düsseldorf 1959, S. 160 (Bild).
 - 4) Vgl. Darkot, B., Wirtschaftsgeographie der Türkei, Istanbul 1963, 3. Auflage, S. 81; FAO, Mediterranean Development Project, "Turkey", Country Report, Rom 1959, Kapitel III, S. 39, Abschnitt 227.

Heute denkt die türkische Regierung weder daran, die Ackerflächen zu vergrößern, noch einen Teil der Ackerflächen in Weideflächen zurückzuverwandeln. Der laufende Fünfjahresplan hat lediglich das Ziel, das Brachland (8 Mill. ha) einer intensiveren Bewirtschaftung zu unterwerfen.

Außerdem wurden Vorschläge unterbreitet, einen Teil der Waldfläche der landwirtschaftlichen Nutzfläche zuzuführen. Es ist aber unwahrscheinlich, daß sich die Vorschläge verwirklichen lassen, denn nach den forstwirtschaftlichen Statistiken beträgt die gegenwärtige Waldfläche nur 10,5 Mill. ha (13,5 %); in Wirklichkeit ist diese Fläche wahrscheinlich noch kleiner. Eine weitere Verminderung des Waldes erscheint daher nicht zweckmäßig.

3. Betriebsgröße, Parzellierung, Besitzverhältnisse

In der Türkei wird der Boden überwiegend von Klein- oder Familienbetrieben bewirtschaftet ¹⁾. Die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen und der bäuerlichen Familien stieg in den letzten zehn Jahren um 30 %. Trotz der noch stärkeren Ausdehnung der Anbaufläche ist die durchschnittliche Wirtschaftsfläche einer türkischen Bauernfamilie immer noch um 25 - 30 % zu klein ²⁾. Daraus ist zu ersehen, daß in der Türkei seit Jahren das Problem des kaum lebensfähigen landwirtschaftlichen Familienbetriebes besteht. Wie es zu diesen kaum lebensfähigen landwirtschaftlichen Familienbetrieben kam, soll kurz erörtert werden.

1) Vgl. Darkot, B., Wirtschaftsgeographie der Türkei, Istanbul 1963, 3. Auflage, S. 85.

2) Vgl. Cakman, A., Zehnjähriger Entwicklungsplan der Landwirtschaft, hrsg. von der Fakultät für Staatswissenschaften, Ankara 1961, Nr. 41, S. 109; vgl. auch Acil, F., Landwirtschaftliche Betriebe und ihre Eigenschaften in der Türkei, Ankara 1958, S. 9.

Das Osmanische Reich hatte das absolute islamische Eigentumsrecht am ländlichen Grundeigentum durch eine sozialrechtliche Lehnnsordnung ersetzt. Dadurch wurden die Rechte des Eigentümers zugunsten der Gesellschaft eingeschränkt, weil die unbehinderte Freiheit am ländlichen Grundeigentum nicht nur Gefahren für die unmittelbar Beteiligten, sondern auch für die Allgemeinheit mit sich brachte ¹⁾. Nach 1839 setzte sich in der Türkei allmählich die islamische und extrem liberale Wirtschaftsanschauung durch, die dem Eigentümer ein uneingeschränktes und ausschließliches Verfügungsrecht über seinen Landbesitz einräumte. Diese Entwicklung fand in der Annahme des schweizerischen ZGB im Jahre 1926 endgültig einen gesetzlichen Abschluß.

Durch den extremen Liberalismus hinsichtlich des ländlichen Grundeigentums nahmen die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in der türkischen Landwirtschaft, erwachsen aus Besitzteilung, Vererbung, Belastung und Grundstücksverkehr, einen unglücklichen Verlauf. Dies führte einerseits zu einer ständigen Verkleinerung der landwirtschaftlichen Betriebe, andererseits aber auch zur Herausbildung eines Großgrundbesitzes, so daß die Größe des Landbetriebes den Bedingungen der modernen Landwirtschaft nicht angepaßt war, weil der Betrieb entweder viel zu klein oder überdurchschnittlich groß war.

Die Großgrundbesitzer besaßen eine solche wirtschaftliche und politische Macht, daß sich die Kleinbauern gegen sie nicht wehren konnten. Diese Verhältnisse sind bis auf den heutigen Tag erhalten geblieben.

Zusammenfassend kann man als Ursachen für die Zersplitterung der landwirtschaftlichen Betriebe nennen: die Boden- und Klimabedingungen, der Bevölkerungszuwachs, die unzureichende Möglichkeit, außerhalb der Landwirtschaft Arbeit zu finden und

1) Vgl. Barkan, Ö.L., Reform in der Bodenrechtsgeschichte und Bodengesetz von 1858, in: Reformation, Istanbul 1940, S. 321; Canko, K., Die Agrarverfassung und die Bodenreform der Türkischen Republik, Diss. Freiburg i.Br. 1962, S. 35.

das liberale Erbteilungsrecht, das im allgemeinen besitzzerkleinernd wirkte.

Bei der Ausarbeitung der Bodenreformgesetze im Jahre 1938 wurde auch eine statistische Erhebung über den Umfang der Betriebe vorgenommen, bei der nachfolgende Einteilung zugrunde gelegt worden ist. Betriebe:

- a) von 1 - 500 Dekar: Kleinbetriebe
- b) von 500 - 5 000 Dekar: Mittelbetriebe
- c) über 5 000 Dekar: Großbetriebe

Diese Einteilung wurde dann in das Gesetz von 1945 und 1950 (Art. 6) zur Landbeschaffung für die Bauern als Maßstab übernommen. Aus dieser Erhebung ergab sich folgendes Bild:

Aufteilung der Betriebe nach Größenordnung im Jahre 1938 ¹⁾					
Betriebsgröße (in ha)	Zahl der Betriebe	%-Satz	Anbaufl. (in ha)	%-Satz	Durchschnittl. Betriebsgröße (in ha)
I. üb. 500 ha: Großbetriebe	418	0,01	640 000	3,70	1 500
II. v. 50-500 ha: Mittelbetriebe	5 764	0,23	1 720 000	9,95	300
III. v. 0,1-50 ha: Kleinbetriebe	2493000	99,75	14918 000	86,35	6
Insgesamt	2 499 182	100	17278 000	100	-

Nach Meinung Tanoglus ist in dieser Tabelle die Größe der Anbaufläche nur sehr grob geschätzt, denn damals betrug die Gesamtnutzfläche nur 13,2 Mill. ha; in der Tabelle beträgt sie aber 17,2 Mill. ha ²⁾. Trotzdem kann man für das Jahr 1945 feststellen, daß mindestens 86 % der Anbaufläche auf die Kleinbetriebe fiel.

- 1) Barkan, Ö. L., Das Bodenreformgesetz und die Grundprobleme einer Agrarreform, in: Wirtschaftszeitschrift der Volkswirtschaftlichen Fakultät zu Istanbul, Istanbul 1945, Bd. 6, Nr. 1 - 2, S. 85.
- 2) Vgl. Tanoglu, A., Das Problem des Landbevölkerungswachstums der Türkei, in: Wirtschaftszeitschrift der Volkswirtschaftl. Fakultät zu Istanbul, Istanbul 1945, Bd. 6, Nr. 1-2, S. 49.

Außerdem hat eine Untersuchung im Jahre 1952 über die Aufteilung der Betriebe nach ihrer Betriebsgröße folgendes Bild ergeben:

Aufteilung der Betriebe nach Größenordnung im Jahre 1952 ¹⁾						
	Betriebs- größe(in ha)	Familienzahl in 1000	Zahl der Betriebe	%-Satz	Anbau- fl. in 1000ha	Durch- schnittl. Betriebs- größe
von	0,1 - 2,0	58,2	773 000	30,6	836	1,1
von	2,1 - 5,0	128,4	797 000	31,5	2 790	3,5
von	5,1 - 7,5	56,4	336 000	13,3	2 097	6,2
von	7,6 - 10,0	37,2	216 000	8,6	1 915	8,9
von	10,1 - 15,0	34,2	168 000	6,7	2 108	12,4
von	15,1 - 20,0	22,2	92 000	3,6	1 648	18,2
von	20,1 - 30,0	19,8	68 000	2,7	1 712	25,1
von	30,1 - 50,0	13,2	39 000	1,5	1 520	39,9
von	50,1 - 70,0	1,8	17 000	0,7	1 015	59,5
über	70,0	2,4	21 000	0,8	3 811	181,6

Diese Tabelle zeigt, daß in der Türkei in dem fraglichen Jahr 3 730 800 Bauernfamilien lebten, die sich auf insgesamt 2 527 000 Betriebe verteilen. Von diesen Betrieben haben 1 527 000 eine Größe von 0,1 bis 5 ha Nutzfläche, das sind 62,1 % aller Betriebe, in denen 1 860 600 Bauernfamilien leben müssen, wobei jedoch noch zu beachten ist, daß eine Familie im Durchschnitt sechs Personen umfaßt. Das bedeutet, daß etwa die Hälfte der Bauernfamilien über eine unzureichende Lebensgrundlage verfügt ²⁾, weil diese Gruppe nur 18,6 % der Nutzfläche, das sind 3,6 Mill. ha, bewirtschaftet.

1) Statistical Resumes, Ankara, Dezember 1953, Nr. 12, S. 1. Seither ist keine Veröffentlichung über die Betriebsgrößen mehr erfolgt.

2) Vgl. Aktan, R., Die Produktivität in der türkischen Landwirtschaft, Ankara 1958, S. 29.

Wenn man die Maßstäbe, welche die Bodenreformgesetze von 1950 (Nr. 5618 Art. 6) den Betrieben zugrunde legen, auf Kleinbetriebe anwendet, so ist das Ergebnis wesentlich ungünstiger. Im Jahre 1938 gab es 2 493 000 Kleinbetriebe in der Türkei, das sind 99,75 %. Nach der Erhebung des Jahres 1952 betrug ihr Anteil noch immer 98,5 % (2 489 000 Betriebe). Auf die übrigen 1,5 % der Betriebe, das sind 38 000, entfielen 1938 jedoch 24,8 % der gesamten Anbaufläche. Ihre durchschnittliche Betriebsgröße betrug somit 120 ha.

Die Maßstäbe für die Größenordnung der Betriebe, auf denen die Bodenreformgesetze basieren, haben zu einer Verfälschung des tatsächlichen Betriebsumfangs geführt. Danach spielen die Mittelbetriebe zwischen 50 - 500 ha keine Rolle. Nach der Terminologie der Bodenreformgesetze sind alle Betriebe unter 50 ha "Kleinbetriebe". Es ist jedoch zu sagen, daß diese Bezeichnung nur den Betrieben bis 5 ha zukommt, so daß für das Jahr 1952 nur 62 % der Betriebe (15 700 000 Betriebe) als zu klein anzusehen sind und nicht 98,5 %, wie die Bodenreformgesetze meinen.

Für die Gruppe unter 5 ha und für die Landlosen ist deshalb die Durchführung der Bodenreform von entscheidender Bedeutung und gerade diese Gruppe sollte zuerst mit genügend Land ausgestattet werden.

Die Gruppe von 5 - 50 ha umfaßt 36,4 % der Betriebe, das sind 919 000, die 11 Mill. ha Nutzfläche bearbeiten. Das sind 56 % der gesamten türkischen Nutzfläche. Diese Betriebe kann man als echte Mittelbetriebe betrachten, die das Rückgrad der türkischen Sozialordnung bilden.

Die Lage, insbesondere die der Kleinbetriebe, wird noch erschwert durch die starke Besitzzersplitterung. Nach der Landwirtschaftszählung von 1950 betrug die durchschnittliche Zahl der Felder, die ein Betrieb bewirtschaftete, 6,9 Felder, insgesamt 125 000; 5,4 % hatten eine geringere Parzellenzahl zu bewirtschaften. Bei 515 000 Betrieben lag der Besitz auf über zehn Parzellen verstreut (vgl. Tabelle).

Bodenzersplitterung in der türkischen Landwirtschaft von 1950 1)				
Zahl der Felder	Zahl der Familien	in %	Zahl der Fel- der insgesamt	in % der gesamten landw. Fläche
1	125 000	5,4	125 000	0,8
2	238 000	10,4	476 000	3,0
3	277 000	12,3	831 000	5,3
4	270 000	11,9	1 080 000	6,9
5	254 000	11,3	1 270 000	8,1
6	217 000	9,5	1 302 000	8,3
7	144 000	6,3	1 008 000	6,4
8	155 000	6,8	1 240 000	7,9
9	80 000	3,5	720 000	4,6
10	140 000	6,2	1 400 000	8,9
11	50 000	2,2	550 000	3,4
12	62 000	2,7	744 000	4,7
13 und mehr	262 000	11,5	4 979 000	31,7
Insgesamt	2 274 000	100	15 725 000	100
Nur Tierhalter 48 000				
Total Fam. 2 322 000 Durchschnittliche Felderzahl für eine Fam. 6,9.				

Die Zersplitterung hat aber gleichzeitig zur Folge, daß die Felder der Bauern in der Regel weit vom Hof entfernt und über die gesamte Gemarkung zerstreut liegen, wodurch sich die Wegzeiten stark erhöhen.

Eine bedeutende Rolle der Kleinbetriebe kommt auch in ihrem Anteil an der landwirtschaftlichen Produktion zum Ausdruck. Da in der türkischen Landwirtschaft noch die extensive Betriebsführung vorherrschend ist, soll diese Tatsache am Beispiel der Getreideproduktion dargestellt werden:

Verteilung des Weizenanbaus auf die Betriebe (1952) 2)			
Betriebe (in ha)			Weizenmenge (in ha)
von	0,1	bis 5 ha	80,5 v.H.
"	5	" 10 "	12,4 v.H.
"	10	" 20 "	4,7 v.H.
"	20	" 30 "	1,2 v.H.
"	30	" 50 "	0,3 v.H.
"	50	" 70 "	0,4 v.H.
über 70 ha			0,5 v.H.

1) Statistical Resumés, Ankara, Dezember 1953, Nr. 12, S. 1.

2) OECD, Agrarstruktur, Marktregelung, Preisstützung in Europa und Nordamerika, dritter Bericht, Bonn 1959, S. 192.

Die Kleinbetriebe bis 5 ha bewirtschaften 80,5 % der gesamten Weizenanbaufläche des Landes. Die Betriebe mit einer Weizenanbaufläche zwischen 5 und 10 ha verfügen über 12,5 % der Weizenanbaufläche. Das bedeutet, daß annähernd 93 % des Weizens von den Kleinbetrieben (bis 10 ha), die etwa 84 % der gesamten landwirtschaftlichen Betriebe ausmachen, angebaut werden.

Die liberale Erbverfassung hatte aber in manchen Teilen der Türkei nicht nur negative Folgen. Canko hat darauf hingewiesen, daß sie auch ein Ansporn zur Selbständigkeit und zur Betriebsvergrößerung war ¹⁾. So ging die Tendenz zur Vergrößerung der Betriebe nach dem zweiten Weltkrieg auf Privatinitiative zurück, die auf der Grundlage der liberalen Erbverfassung und des freien Grundstücksverkehrs verwirklicht werden konnte ²⁾.

Eigentumsverhältnisse ³⁾		
Gruppen der landwirtschaftl. Bevölkerung	Landwirtschaftliche Familien (in tausend)	(in v.H.)
Eigentümer	1 686	72,6
Teileigentümer	499	21,5
Teilpächter	57	2,5
Pächter	14	0,6
Wohnpächter	10	0,4
Verschiedene	5	0,2
Unbekannt	3	0,1
Insgesamt	2 274	97,9
nur Viehzüchter	48	2,1
Insgesamt	2 322	100,0

1) Canko, K., Die Agrarverfassung und die Bodenreform der Türkischen Republik, Diss. Freiburg i.Br. 1962, S. 41.

2) Canko, K., a.a.O., S. 41 (Canko hat diese Tatsache insbesondere für das Marmara-, Ägäis- und Adanagebiet festgestellt).

3) République Turque, Présidence du Conseil, Office Central de Statistique: "Annuaire Statistique", Ankara 1959, Publication No. 380, S. 238.

Die Zahlen stammen aus einer Erhebung im Jahre 1950. Neuere Statistiken hierüber sind noch nicht erschienen, doch dürfte sich an den aufgeführten Werten inzwischen kaum etwas geändert haben.

Aus der Tabelle ist zu entnehmen, daß in der Türkei fast drei Viertel aller auf dem Lande wohnenden Familien Eigentümer eines Betriebes sind. Das restliche Viertel der Bauernfamilien sind Teileigentümer, Teilpächter, Pächter und Wohnpächter usw., wobei der Hauptanteil auf die Teileigentümer fällt. Nach dem Eigentum ist das Teileigentum die weitverbreitetste Besitzart; es ist dadurch gekennzeichnet, daß häufig ein Teileigentümer den ganzen Betrieb allein bewirtschaftet und an die übrigen Teileigentümer des Betriebes Abgaben entrichtet.

Teilpächter und Pächter einerseits und Wohnpächter andererseits unterscheiden sich dadurch, daß der Wohnpächter neben der landwirtschaftlichen Nutzfläche auch die Wohn- und Betriebsgebäude gepachtet hat, was bei den zwei anderen Gruppen nicht der Fall ist.

Der Unterschied zwischen Teilpächter und Pächter ist durch den Modus in der Festlegung der Pacht gekennzeichnet. Beim Pächter wird die Höhe des Pachtzinses in einem absoluten Betrag festgelegt. Der Teilpächter dagegen muß einen prozentualen Anteil seines jährlichen Ertrages an den Eigentümer abführen.

Der Pachtzins kann dabei in Form von Geld oder Naturalien entrichtet werden. Nach und nach verliert letzteres immer mehr an Bedeutung.

Das relativ große Gewicht des Teilpachtwesens wirkt sich auf die betreffenden landwirtschaftlichen Betriebe nachteilig aus, weil von jeder Ertragssteigerung, die durch die unternehmerische Leistung des Teilpächters erbracht wird, der Eigentümer einen in der Höhe entsprechenden Anteil bekommt.

Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß die oben erläuterten Regelungen bei den Eigentums- und Pachtverhältnissen nicht gesetzlich festgelegt sind. Es gibt hier also keine Gesetze oder Verwaltungsbestimmungen. Darüber hinaus sind diese Regelungen auch keineswegs einheitlich. Sie können von einem Gebiet zum anderen oder sogar innerhalb eines Gebietes erheblich schwanken.

4. Arbeitsverhältnisse

Dem Vorherrschen der Kleinbetriebe entspricht die weite Verbreitung der Familienarbeitsverfassung. Arbeitskräfte ohne eigenen Betrieb werden nur von den Großbetrieben beschäftigt und dann meist nur als Saisonarbeiter ¹⁾.

Im Jahre 1955 betrug die Zahl der auf dem Lande lebenden Familien 2 876 673 oder insgesamt 17 137 420 Menschen, wovon 12 205 272 Erwerbspersonen waren ²⁾. Inzwischen hat sich die Zahl der Erwerbspersonen im landwirtschaftlichen Bereich um 11 % vermindert. Von den angegebenen 2,8 Mill. Bauernfamilien sind 410 000 nicht selbständige Landarbeiter (landlose Bauern). Letztgenannte Zahl ist irreführend, wenn man die Tatsache einrechnet, daß viele Kleinbauern noch nebenbei Lohnarbeit auf den größeren Gütern verrichten. Sie werden in der Türkei vielfach als bäuerlicher Idealtyp betrachtet. Man darf aber nicht die Nachteile übersehen, die durch diese Nebenbeschäftigungen entstehen, die insbesondere in einem häufigen Arbeitsplatzwechsel und in dem schlechten Ausbildungsstand zu suchen sind ³⁾.

Ein weiteres Kennzeichen der Arbeitsverhältnisse auf dem Lande ist die große Bedeutung der Saisonarbeit. Sie führt zu einer Wanderung der Arbeitskräfte von einem Gebiet zum anderen.

-
- 1) Vgl. Bodur, S., Agrargeographische und wirtschaftliche Verhältnisse der türkischen Landwirtschaft, Diss. Gießen 1962, S. 40. Nach Bodur beträgt der Anteil der nicht selbständigen Bauern am Lohn etwa 3 %.
 - 2) République Turque, Présidence du Conseil, Office Central de Statistique: "Annuaire Statistique" (Istatistik Yilligi), Ankara 1959, Publication No. 380, S. 78, 90 und 91. Nach dem Fünfjahresplan (1963 - 1967) waren alle Erwerbspersonen 9,8 Mill. (77,4 %) landwirtschaftliche Erwerbspersonen (von 15 Jahren aufwärts). Vgl. Erster fünfjähriger Entwicklungsplan der Türkei (1963 - 1967), Ankara 1963, S. 445 und 446.
 - 3) Canko, K., Die Agrarverfassung und die Bodenreform der Türkischen Republik, Diss. Freiburg i.Br. 1962, S. 70. Cankos Auffassung geht hier zurück auf: M. Weber, Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Tübingen 1924, S. 445.

Man nennt diese Saisonarbeiter "Nomaden"; sie wohnen während der Dauer der Arbeit bei ihrem Arbeitgeber und kehren nach Beendigung der Beschäftigungszeit in ihre Heimatdörfer zurück. Diese "Nomaden" verdingen sich hauptsächlich in der Zeit mühsamer Bodenbestellung, während der Baumwollernte in Südanatolien; außerdem stehen sie für den Waldbau, den Oliven-, Wein- und Tabakbau am Ägäischen- und am Schwarzen Meer als Arbeitskräfte zur Verfügung.

Nach einer Statistik aus dem ersten Fünfjahresplan betrug die Zahl der arbeitslosen Landarbeiter 1,5 Mill. Diese Zahl liegt höher, wenn man die nicht geringe Anzahl von Bauern hinzuzieht, die Land besitzen, ihre Felder nur im Sommer bebauen können und während der Wintermonate arbeitslos werden.

In der türkischen Landwirtschaft ist ein hoher Überschuß an Arbeitskräften vorhanden. Die Kleinbetriebe können bei ihrer jetzigen Struktur ihre Arbeitskräfte nicht genügend beschäftigen. Nach einer Erhebung werden für das Jahr 1952 8,3 Mill. Arbeitskräfte gezählt. Im gleichen Jahr betrug die Anbaufläche 19,5 Mill. ha, so daß auf 100 ha etwa 43 Arbeitskräfte entfielen. Wird die Brachfläche, die kaum Arbeit erfordert, nicht berücksichtigt, so entfallen auf 100 ha 62 Arbeitskräfte, d.h. auf die durchschnittliche Betriebsgröße von 5,3 ha (ohne Brachfläche) 3,3 Arbeitskräfte.

Die räumliche Verteilung der in der Landwirtschaft tätigen Menschen, auf 100 ha Anbaufläche bezogen, ist sehr unterschiedlich. Die niedrigste Zahl weist Zentral- und Südanatolien mit 15 bis 35 Erwerbspersonen auf. An den Küsten des Marmarameeres, der Ägäis und des Mittelmeeres schwankt die Zahl zwischen 35 und 100 Beschäftigten. Die Gebiete an der Ostküste des Schwarzen Meeres, in denen Intensivkulturen vorherrschen, zeigen eine äußerst hohe Zahl; sie liegt bei 125 bis 300 Arbeitskräften. In Südost- und Ostanatolien liegt die Zahl der Erwerbspersonen bei etwa 125 bis 215 ¹⁾.

Obwohl sich die äußeren Bedingungen in der Landwirtschaft verbessert haben, verhindert das Festhalten an alten Vorstellungen

1) Vgl. Bodur, S., Agrargeographische und wirtschaftliche Verhältnisse der türkischen Landwirtschaft, Diss. Gießen 1962, S. 42.

und Bräuchen eine beträchtliche Erhöhung der Arbeitsleistung. In der Landwirtschaft wird die Feldarbeit meist nicht von Männern, sondern vornehmlich von Frauen verrichtet. Zum größten Teil sind dafür historische Gegebenheiten verantwortlich. Daneben spielt auch die Kinderarbeit eine bedeutende Rolle. Beides führt zu schweren sozialen Schäden ¹⁾.

Die amtliche Statistik gibt keine Auskunft über die soziale Stellung der in der Landwirtschaft tätigen Menschen. Nur aus dem Jahre 1955 liegen Angaben von Türkay hierüber vor. Hier wird unterschieden zwischen den Familienarbeitskräften (Betriebsinhaber und mithelfenden Familienangehörigen) und den Arbeitskräften, die nicht Familienangehörige sind.

Anzahl der Bauern nach ihrer Stellung im Betrieb (1955) 2)			
Stellung	Männer	Frauen	Insgesamt
1. Arbeitgeber	3 680	620	4 300
2. Selbständige Bauern, die nicht Arbeitgeber sind	2 289 158 52,7 %	196 904 3,9 %	2 486 062 26,6 %
3. Mithelfende Familienangehörige	1 777 835 40,9 %	4 721 847 94,8 %	6 499 682 69,7 %
4. Familienfremde Arbeitskräfte	253 506 5,8 %	55 723 1,1 %	309 227 3,3 %
5. Ohne Angabe	16 798	1 510	18 308

Daneben arbeiten rd. 96 % der in der türkischen Landwirtschaft tätigen Menschen im Familienbetrieb. Die große Bedeutung der Frauenarbeit zeigt sich darin, daß rd. 95 % der Frauen bei der Arbeit im Familienbetrieb mithelfen. Bei den nicht seßhaften Arbeitskräften stehen jedoch die Männer im Vordergrund.

1) Vgl. Calgüner, C., Die Arbeiter in der türkischen Landwirtschaft, Ankara 1943, S. 11.

2) Türkay, O., Ländliche Bevölkerung und Siedlung in der Türkei, in: Zeitschrift der Fakultät für Staatswissenschaft, Ankara 1957, Bd. 12, Nr. 1, S. 41.

Die nicht seßhaften Landarbeiter können in drei Gruppen untergegliedert werden ¹⁾, wobei die Dauer des Arbeitsvertrages als Maßstab herangezogen werden soll:

1. Jahresarbeiter
2. Monatsarbeiter
3. Tagelöhner.

Canko erwähnt noch eine vierte Gruppe, nämlich die Fahrer und Techniker ²⁾. Doch machen sie innerhalb der Landwirtschaft keine Sondergruppe aus, da die Dauer ihres Arbeitsvertrages nicht abweichend von den obigen drei Gruppen geregelt ist. Außerdem spielt diese Gruppe innerhalb der nicht seßhaften Landarbeiter überhaupt keine Rolle.

Die umherwandernden Landarbeiter bekommen in der Regel Stundenlöhne, wobei starke regionale Abweichungen in der Höhe des Lohnes bestehen. Der Stundenlohn wird in Gebieten, in denen Sonderkulturen verbreitet sind, die zum Teil mit großer Sorgfalt gepflegt werden müssen, durch einen Leistungszuschlag ergänzt.

Der Arbeitslohn der Frau ist etwa halb so hoch wie der des Mannes ³⁾.

1) Vgl. Raschid, Die türkische Landwirtschaft als Grundlage der türkischen Volkswirtschaft, Berlin und Leipzig 1932, S. 112.

2) Canko, K., Die Agrarverfassung und die Bodenreform der Türkischen Republik, Diss. Freiburg i.Br. 1962, S. 68.

3) Canko, K., a.a.O., S. 71.

B. In der Wasser- und Forstwirtschaft

I. Wasserwirtschaft

1. Bedeutung für die türkische Landwirtschaft

Im Jahre 1959 stellte der damalige türkische Landwirtschaftsminister N. Ökmen fest, daß die Sicherung der Ernährung weitgehend davon abhängt, ob es gelingt, die Wasserversorgung der türkischen Landwirtschaft sicherzustellen ¹⁾.

Die geographische Lage der Türkei bedingt die vielen Formen der Wasserversorgung des Landes. Die Niederschläge verteilen sich in recht unterschiedlichen Mengen auf die einzelnen Gebiete. So beträgt die jährliche Niederschlagsmenge am Mittelmeer (im Süden des Landes) durchschnittlich 800 mm, in Zentralanatolien nur ca. 350 mm (Kontinentalklima). Einem durchschnittlichen Mittel von 1 300 mm am Schwarzen Meer stehen 500 mm in Ostanatolien gegenüber ²⁾.

Daneben ist noch bemerkenswert, daß die Niederschläge in der Regel sehr heftig sind, so daß es zu erheblichen Erosionsschäden kommt. Bei solchen Regengüssen fallen dann Niederschläge zwischen 50 und 100 mm innerhalb von 24 Stunden. Insbesondere in Thrazien, Süd- und Westanatolien kommen diese Platzregen äußerst häufig vor ³⁾.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Schäden an, die allein in zwei Jahren durch Hochwasser entstanden sind.

-
- 1) Vgl. Ökmen, N., Die Sicherung der Ernährung hängt vom Wasser ab, in: Wasser und Nahrung, Heft 3, Düsseldorf 1959, S. 124.
 - 2) Die Durchschnittswerte sind grob errechnet nach der Tabelle in: République Turque, Présidence du Conseil, Institut National de la Statistique, Annuaire Statistique de la Turquie, 1963, Publication No. 490, S. 30.
 - 3) Jung, L., Beobachtungen und Untersuchungen über Bodenerosion in Thrazien und Westanatolien, in: Zeitschrift für Kultur und Technik, 3. Jg., Berlin und Hamburg 1962, S. 337.

Die Hochwasserschäden in den verschiedenen
Gebieten für das Jahr 1959 - 1960 ¹⁾

Gebiete	Höhe der Schäden in Mill.türk.Pfund	
	1959	1960
Mittelmeergebiet	10,1	9,3
Schwarzmeergebiet	8,9	6,5
Thrazien	9,3	2,2
Zentralanatolien	1,6	2,1
Ost- und Südanatolien	0,8	1,2
Insgesamt	30,7	21,3

Daraus entstanden für die türkischen Wasserwirtschaft folgende Aufgaben:

- a) Die Nutzung des jährlichen Wasseranfalls muß möglichst über das ganze Jahr verteilt werden (Speicherung, Verbauungssystem).
- b) Die anfallende Wassermenge muß räumlich verteilt werden (Bewässerung und Entwässerung).
- c) Weiterhin muß eine Hochwasserkontrolle durchgeführt werden, um der Erosion zu begegnen.
- d) Außerdem bedarf die Trinkwasserversorgung insbesondere in den Landgemeinden einer Verbesserung.

Diese Aufgaben hängen sachlich eng miteinander zusammen; sie müssen deshalb koordiniert bewältigt werden.

Zur römischen Zeit gab man der Lösung der wasserwirtschaftlichen Probleme eine große Bedeutung; später aber wurden diese Fragen völlig vernachlässigt ²⁾. Erst seit etwa dreizehn Jahren ist man wieder um eine Verbesserung der wasserwirtschaftlichen Situation bemüht ³⁾. Durch die jahrhundertelange

- 1) Generaldirektion für Wasserwirtschaft Ankara (DSI), Das Überschwemmungsjahr 1959, Ankara 1961, Nr. 413, S. 2 und das Überschwemmungsjahr 1960, Ankara 1963, Nr. 413, Heft 15/16, S. 4.
- 2) Vgl. Sentürk, F., Die Bewässerungsanlagen in Anatolien, in: Wasser und Nahrung, Heft 3, Düsseldorf 1959, S. 170.
- 3) Das Gesetz vom 25.12.1953 über die Gründung einer Wasserwirtschaftsdirektion (Gesetzblatt der Türkischen Republik Nr. 6200, Ankara 1953).

Vernachlässigung der wasserwirtschaftlichen Probleme wurde das ökologische Gleichgewicht des Landes zerstört. Dieses Gleichgewicht wieder herzustellen, ist ein Problem von großer Bedeutung.

2. Organisation der Wasserwirtschaft

In den Zeiten des Osmanischen Reiches unterstand die Wasserwirtschaftsverwaltung nicht der Zentralregierung, sondern die Provinzialregierungen waren dafür allein zuständig. Besonders bemerkenswert ist, daß die Nutzung des Wassers - entsprechend der Bewirtschaftung des Bodens - auf dem Prinzip des Lehens basierte.

Doch nach und nach wurde die Wassernutzung aus dem Lehnssystem herausgelöst, die für die Nutzung des Trinkwassers und für Fragen der Bewässerung zuständig waren. Daneben sorgten sie auch für erforderliche Maßnahmen bei Hochwasserkatastrophen, was bisher noch nie getan worden war. Die Wasserverbände befaßten sich zwar weder mit Schutzmaßnahmen noch mit der Bekämpfung des Hochwassers, aber immerhin bemühten sie sich um die Beseitigung bzw. um die Minderung der entstandenen Schäden.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts machte sich hinsichtlich der Wasserverwaltung eine zentralistische Tendenz bemerkbar, die im Jahre 1880 zur Gründung einer wasserwirtschaftlichen Kommission beim Ministerium für Öffentliche Arbeiten führte, das 1870 gegründet worden war. Dieser Kommission unterstanden die Hafenanlagen und die Be- und Entwässerung.

Weitere Impulse erhielt die Wasserwirtschaft durch die Gründung der Technischen Hochschule in Istanbul im Jahre 1883. Das einzige Projekt, das die Wasserwirtschaftskommission vollendete, war die Bewässerung der Konya-Ebene in Zentralanatolien (1905 - 1913).

Nach dem ersten Weltkrieg bis zur Gründung der Türkischen Republik im Jahre 1924 wurden keine wasserwirtschaftlichen Maßnahmen mehr ergriffen. Danach wurde wiederum eine Wasserwirtschaftskontrolle beim Ministerium für Öffentliche Arbeiten eingerichtet. Diese Stelle sollte weitere zwölf Außenstellen errichten. Aufgrund der geringen zur Verfügung stehenden Geldmittel konnten bis 1929 jedoch nur fünf geöffnet werden.

Die neue Kommission nahm sich zunächst die Lösung folgender Aufgaben vor: Die Trinkwasserversorgung von Ankara, die Bewässerung der Ebenen um Ankara und Bursa, ferner die Entwässerung der Sümpfe bei Tarsus und Aynaz. Da die Arbeiten aber damals ohne vorherige gründliche Studien in Angriff genommen wurden und die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel (100 Mill. türkische Pfund) zu gering waren, konnten nur wenige der geplanten Projekte nach dem zweiten Weltkrieg vollendet werden ¹⁾.

In der Zwischenzeit stellte eine amerikanische Firmengruppe Untersuchungen über die Wasserprobleme der Türkei an, worin die großen Gefahren des Hochwassers und der Bodenerosion deutlich gemacht wurden. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen veranlassten die türkische Regierung abermals, neue Anstrengungen zur Lösung der Wasserfrage zu unternehmen.

Doch sie wurden durch den Mangel an Fachleuten, durch die lückenhafte Kenntnis der Zusammenhänge der verschiedenen wasserwirtschaftlichen Probleme und durch die ungeeignete Verwaltungsorganisation erschwert. Um den umfangreichen Fragenkomplex zu klären, wurde im Jahre 1951 in Ankara der sogenannte "Groß-Wasserkongreß" abgehalten, der nach dreijähriger Vorbereitungszeit schließlich zur Schaffung der Generaldirektion für Wasserwirtschaft führte ²⁾.

1) Vgl. Karatekin, N., Die wasserwirtschaftliche Aufgabe, in: "Groß-Wasserkongreß", Übersetzung von Büyük Su Kongresi, hrsg.: Generaldirektion für Wasserwirtschaft, Ankara 1955, Nr. 16, S. 123.

2) Das Gesetzblatt der Türkischen Republik vom 25.12.1953, Nr. 6200.

Die Generaldirektion für Wasserwirtschaft, die in vierzehn technische Referate aufgegliedert ist, untersteht heute dem Ministerium für Energie- und Naturquellen. Um eine wirksame Arbeit leisten zu können, wurde die Türkei in dreizehn Gebietsdirektionen aufgeteilt, denen - je nach den Verhältnissen in den einzelnen Gebieten - bis zu 41 Bezirksdirektionen unterstellt sind.

Der Generaldirektion für Wasserwirtschaft sind außerdem folgende vier Wasserbetriebsgesellschaften angeschlossen ¹⁾:

die Bewässerungsgesellschaft der Konya-Ebene,
die Bewässerungsgesellschaft der Menemen-Ebene,
die Girlevik Elektrizitätsgesellschaft,
die Trinkwasserversorgungsgesellschaft Ankara.

Das schon erwähnte Gesetz Nr. 6200 weist der Generaldirektion für Wasserwirtschaft folgende Aufgaben zu ²⁾:

Schutzmaßnahmen bei Hochwassergefahr,
Bewässerung und Entwässerung (Überwachung der bewässerten Flächen, Trockenlegung von Sümpfen),
Energiegewinnung aus Wasserkraft,
Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung,
Regulierung der Flußläufe und Förderung der Binnenschifffahrt,
Pflege der zur Durchführung dieser Aufgaben erforderlichen Anlagen,
Förderung der wasserwirtschaftlichen Forschung.

Zwar haben sich die organisatorischen Verhältnisse wesentlich verbessert, aber der Ausbau des hydrographischen Dienstes ist noch immer nicht weit genug fortgeschritten.

1) Vgl. Generaldirektion für Wasserwirtschaft (DSI), Kartographisches Bulletin der Generaldirektion für Wasserwirtschaft, Ankara 1962, S. 2.

2) Gründungsgesetz Nr. 6200 der Generaldirektion für Wasserwirtschaft, Art. 2.

3. Aufgaben

Um die Überwindung der vielen Schwierigkeiten zu erleichtern, wurden in bestimmten Gebieten (insgesamt 26), die zu Forschungszwecken besonders geeignet schienen, Untersuchungen über die wasserwirtschaftliche Lage unternommen, dessen Ergebnis war folgendes:

Von der potentiellen Wassermenge standen nur ein Achtel zur Nutzung bereit; die bewässerten Flächen umfaßten nur 1,3 Mill. ha von insgesamt 23,1 Mill. ha landwirtschaftlicher Ackerfläche, die weitgehend der Bewässerung bedurft hätten ¹⁾. Diese Zahlen zeigen, daß in der Türkei die planmäßige Wasserbewirtschaftung erst am Anfang steht.

In einer ersten Aufbaustufe sollte deshalb die bewässerte Fläche auf 3,5 Mill. ha ausgedehnt werden; außerdem sollten 71 500 ha entwässert und 184 470 ha vor Hochwasser gesichert werden ²⁾. Der riesige Umfang der Arbeiten, die auf dem Gebiet des Hochwasserschutzes erforderlich sind, kann durch den Hinweis deutlich gemacht werden, daß von den fließenden Gewässern (Flüsse, Becken, künstliche Becken, Wildbecken) an rd. 260 000 km gearbeitet werden muß. Es ergeben sich somit - rein theoretisch - mehr als 1 km Wasserlauf auf 39 km Landfläche.

Das wichtigste Problem, das es in der türkischen Wasserwirtschaft zu lösen gilt, ist jedoch das der Bodenerosion. Die Oberflächenformen, die klimatischen Verhältnisse und die Beschaffenheit des Bodens in Anatolien bieten - wie schon erwähnt wurde - günstige Voraussetzungen für die Erosion durch Wasser und Wind. Durch die zahlreichen Formen der Waldzerstörung, durch unzweckmäßige Bodenbewirtschaftung und starke

-
- 1) Generaldirektion für Wasserwirtschaft (DSI), Kartographisches Bulletin der Generaldirektion für Wasserwirtschaft, Ankara 1962, S. 15.
 - 2) Generaldirektion für Wasserwirtschaft (DSI), Kartographisches Bulletin der Generaldirektion für Wasserwirtschaft, Ankara 1962, S. 15.

Beweidung wurde die Erosion so stark gefördert, daß es schließlich zu einer untragbaren Situation kam. In den letzten zehn Jahren wurde die Entwicklung in der Landwirtschaft ohne irgendwelche Rücksicht auf die Erhaltung oder den Schutz des Bodens vorangetrieben, was zu weiteren Bodenerstörungen führte.

Wie wichtig die Maßnahmen zur Bodenerhaltung sind und wie eng die ackerbaulichen Probleme mit der gesamten Wirtschaftsstruktur der Türkei zusammenhängen, ist in eindringlichen Worten von Baade ¹⁾ und Schmidt ²⁾ dargelegt worden. Wenn es nicht gelingt, die Ausdehnung der Erosion zu verhindern bzw. die von der Erosion schon heimgesuchten Flächen wieder fruchtbar zu machen, wird der Lebensstandard in der Türkei mit großer Wahrscheinlichkeit nicht erhöht werden können. Deshalb ist es verwunderlich, daß erst seit 1954 Maßnahmen zur Bekämpfung der Erosion ergriffen wurden.

Für die Bekämpfung der Erosion sind vier Organisationen zuständig. Dazu zählen neben der Generaldirektion für Wasserwirtschaft, die Boden- und Wasserdirektion, die Generalforstdirektion und der Naturschutzverein ³⁾. Um das Ausmaß der Bodenerosion darzustellen, sollen die Untersuchungen von Yamanlar herangezogen werden:

-
- 1) Vgl. Baade, F., Die Strukturprobleme der Entwicklungsländer am Beispiel der Türkei, in: Wasser und Nahrung, Heft 3, Düsseldorf 1959, S. 153.
 - 2) Vgl. Schmidt, H., Die Errichtung einer Musterprovinz zur Umgestaltung der türkischen Land- und Forstwirtschaft, in: Wasser und Nahrung, Heft 3, Düsseldorf 1959, S. 164.
 - 3) Vgl. Uyanik, M., Naturschutz in der Türkei, in: Natur und Landwirtschaft, Heft 1, Jg. 34, Köln 1959, S. 152.

Das Ausmaß der Bodenerosion in der Türkei anhand einiger Beispiele ¹⁾									
Flußseinzugs- gebiet	Schwache Erosion in km ²	in %	Mittlere Erosion in km ²	in %	Starke Erosion km ²	%	Seen u. Felsen- gegenden km ²	%	Summe km ²
Firat	1440	7	3780	18	14190	69	1120	6	20530
Kizilirmak	324	12	999	37	1377	51	--	-	27000
Sakarya	21134	51	10500	23	8142	20	1324	6	41100
Gediz	340	5	1550	25	4340	67	200	1	6430
Insgesamt	23238		16829		28049		2644		95060

Die obenstehende Tabelle zeigt, daß 69,37 % der untersuchten Flächen von der Erosion in gefährlichem Maße angegriffen sind. 37,24 % davon haben zur völligen Unfruchtbarkeit geführt. Obwohl die Untersuchung nur 25. % (= 19,5 Mill. ha) der gesamten türkischen Bodenfläche erfaßt, kann das Ergebnis als typisch für die ganze Türkei gewertet werden ²⁾.

Jung hat darauf hingewiesen, daß die Bodenerosion nicht nur durch die erhebliche Ausdehnung der Ackerfläche und die Viehwirtschaft verursacht wird, sondern auch durch die Art, wie die Ackerfläche bearbeitet wird ³⁾.

Nicht allein auf die Erosionsbekämpfung, sondern auch auf die Bewässerung des Landes muß ein größeres Gewicht gelegt werden. In den letzten zehn Jahren wurden pro Jahr durch-

- 1) Yamanlar, O., Untersuchung der Erosion, in: Veröffentlichung der Generaldirektion für Wasserwirtschaft (DSI), Flußseinzugsgebiet Gediz und Sakarya, Nr. 40, Ankara 1957, S. 9 und Yamanlar, O., Untersuchung der Erosion, in: Veröffentlichung der Elektrizitätsgeneraldirektion (EIE), Ankara 1957, S.7, Flußseinzugsgebiet Kizilirmak und Firat.
- 2) Demirel, S., Bewässerungssymbiosum und Erosionsseminar, in: Veröffentlichung der Generaldirektion für Wasserwirtschaft (DSI), Nr. 106, VI, Ankara 1959, S. 154.
- 3) Jung, L., Beobachtungen und Untersuchungen über Bodenerosion in Thrazien und Westanatolien, in: Zeitschrift für Kulturtechnik, Jg. 3, Berlin und Hamburg 1962, S. 343.

schnittlich nur 7 000 ha zusätzlich in die Bewässerung mit einbezogen. Auch wenn es gelingen sollte, in den nächsten Jahren 70 000 ha zusätzlich zu bewässern, ist dies nur ein sehr kleiner Schritt zur Bewässerung aller in Frage kommenden Flächen. Wenn in der Türkei die Bewässerungsfläche je 1 000 Einwohner so groß sein sollte wie in Rot-China, so müßten jährlich 250 000 ha neu bewässert werden ¹⁾.

Genaue Unterlagen über die bewässerten Flächen sind nicht vorhanden; die Bewässerungsmaßnahmen sind regional sehr unterschiedlich. Nach der amtlichen Angabe der Generaldirektion für Wasserwirtschaft wurden in der Zeit von 1936 - 1960 vom Staat insgesamt 585 001 ha Fläche bewässert ²⁾.

Daneben wurden, durch von den Bauern selbst geschaffenen Anlagen, die zum Teil jedoch äußerst primitiv waren, weitere 747 531 ha bewässert, so daß in der fraglichen Zeit insgesamt 1,3 Mill. ha in die Bewässerung einbezogen wurden ³⁾.

Der laufende fünfjährige Entwicklungsplan sieht die Bewässerung von 515 000 ha bis zum Jahr 1967 vor. Damit werden dann insgesamt 1,8 Mill. ha bewässert sein, das sind rd. 8 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche ⁴⁾.

Doch selbst die bewässerten Flächen erfüllen meist nicht die Erwartungen, weil das Wasser nicht in der rechten Weise genutzt wird. Überdies werden die Flächen, die bewässert werden sollen, meist nicht genügend präpariert, so daß oft nach kurzer Zeit den bewässerten Flächen die Versalzung droht ⁵⁾.

- 1) Vgl. Baade, F., Die Beziehungen zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Entwicklung, in: Landwirtschaft und Industrialisierung in den Entwicklungsländern, Beiheft der Konjunkturpolitik, Heft 6, Berlin 1960, S. 18.
- 2) Generaldirektion für Wasserwirtschaft (DSI), Kartographisches Bulletin der Generaldirektion für Wasserwirtschaft, Ankara 1962, S. 32.
- 3) République Turque, Présidence du Conseil, Institut National de la Statistique, Annuaire Statistique de la Turquie 1963, Publication No. 490, Ankara 1965, S. 215.
- 4) Erster fünfjähriger Entwicklungsplan der Türkei 1963 - 1967, Ankara 1963, S. 175.
- 5) Weniger, F.C., Acker und Steppe von Vernichtung bedroht, katastrophale Folgen der Erosion in Anatolien, in: Das Parlament, Bonn, 24.8.1960, S. 7.

Die Produktivität dieser Böden wird noch dazu durch die un- zweckmäßige Nutzung verringert. Die Landwirte bauen auf den bewässerten Flächen die gleichen Produkte an wie vorher. Eine der Bewässerung entsprechende Umstellung der Bodennutzung erfolgt meist nicht. Auch dadurch, daß es für die Wasser- nutzung keine gesetzliche Regelung gibt, leistet die Be- wässerung nicht das, was man von ihr erwarten könnte.

Für manche Regionen der Türkei spielt dagegen die Entwässe- rung eine bedeutende Rolle. In den letzten zehn Jahren wur- den in 34 Regionen rd. 80 231 ha Sümpfe der landwirtschaft- lichen Nutzung zugänglich gemacht ¹⁾.

Wie schon erwähnt, müssen die wasserwirtschaftlichen Pro- bleme als zusammenhängend betrachtet werden. Das zeigt sich deutlich bei den Stauungen von Flüssen zur Gewinnung elek- trischer Energie. Die Staubecken sollen der Bewässerung und gleichzeitig der Hochwasserbekämpfung dienen. Die Energie- gewinnungsmöglichkeiten werden auf rd. 53 Mill. KWh geschätzt²⁾. Davon wird im Augenblick eine ganz unbedeutende Menge erzeugt. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß nur 5,6 Mill. Menschen (25 % der Gesamtbevölkerung) in den Genuß des elek- trischen Stroms kommen, wovon allein 30 % auf die Städte Anka- ra und Istanbul entfallen.

Ein weiteres, nicht nur wasserwirtschaftliches, sondern auch soziales Problem ist die Trinkwasserversorgung, die bis heute noch völlig unzureichend ist. Bis 1960 fiel die Trinkwasser- versorgung ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich der Städte.

Zur Finanzierung und technischen Beratung wurde eine spezielle Bank (İller Bankası) geschaffen. In den Dörfern war die Trink- wasserversorgung überhaupt nicht geregelt. Dort war jeder ein- zelne Bewohner selbst dafür verantwortlich. Das Gesetz Nr.7478

1) Generaldirektion für Wasserwirtschaft (DSİ), Kartographi- sches Bulletin der Generaldirektion für Wasserwirtschaft, Ankara 1962, S. 30.

2) Erster fünfjähriger Entwicklungsplan der Türkei 1963 - 1967, Ankara 1963, S. 379.

regelte im Jahre 1960 die Zuständigkeit hinsichtlich der Trinkwasserversorgung neu. Es bestimmt, daß in Dörfern unter 3 000 Einwohner die Generaldirektion für Wasserwirtschaft (DSI) für die Trinkwasserversorgung verantwortlich ist. Aber von den insgesamt 59 432 Dörfern haben bis heute erst 27 193 eine zentrale Wasserversorgung. Also haben 56 % aller türkischen Dörfer keine zentrale Trinkwasserversorgung (s. Tabelle).

Trinkwasserversorgung in den türkischen Städten und Dörfern 1962 1)

	Anzahl
Städte mit Trinkwasserversorgung	406
Städte ohne Trinkwasserversorgung	598
Dörfer mit Trinkwasserversorgung	27 193
Dörfer ohne Trinkwasserversorgung	31 239

Von den 1 004 türkischen Städten haben 554 mehr als 3 000 Einwohner. Diese sind nach dem obigen Gesetz für ihre Wasserversorgung selbst verantwortlich. Dafür steht ihnen die erwähnte Iller Bankasi zur Verfügung. Bei den übrigen Städten muß die Generaldirektion für Wasserwirtschaft die Trinkwasserversorgung sichern.

Noch dringender ist das Problem der Abwässerbeseitigung. Nur in Istanbul und Ankara ist eine Kanalisation wenigstens zum Teil vorhanden. In allen anderen Städten und Dörfern ist die Kanalisation völlig unbekannt. Zur Zeit besteht in 60 Städten die dringende Notwendigkeit für eine Kanalisation. Dafür wären rd. 1,2 Milliarden türkische Pfund notwendig. Für die beiden Städte Istanbul und Ankara sind allein 2,5 Milliarden türkische Pfund erforderlich 2).

Die großen Aufgaben in der Wasserwirtschaft erfordern Investitionskapital von solcher Höhe, daß es von der Türkei nicht allein aufgebracht werden kann. Für die wirtschaftliche Ent-

1) Erster fünfjähriger Entwicklungsplan der Türkei 1963 - 1967, Ankara 1963, S. 416.

2) Erster fünfjähriger Entwicklungsplan der Türkei 1963 - 1967, Ankara 1963, S. 420.

wicklung des Landes ist jedoch die Lösung der wasserwirtschaftlichen Fragen von entscheidender Bedeutung; ohne eine geregelte Wasserwirtschaft kann der Lebensstandard der Bevölkerung nicht gehoben werden. Deshalb sollten bei den zahlreichen Entwicklungsplänen den Wasserfragen eine stärkere Bedeutung zugemessen werden als bisher.

II. Forstwirtschaft

1. Entwicklung und heutiger Stand

Die türkische Forstwirtschaft sieht sich einer Fülle von schwierigen Problemen gegenüber, die rasch gelöst werden müssen, weil davon die Existenzbedingungen eines großen Teils des türkischen Volkes abhängen. Die vielen Probleme in der erst 100 Jahre alten türkischen Forstwirtschaft sind von zahlreichen ausländischen und einheimischen Autoren wiederholt deutlich gemacht worden ¹⁾. Die türkischen Wälder bilden die Grundlage für die Erhaltung der Agrarkultur, insbesondere der Wasserwirtschaft und Fruchtbarkeit des Bodens. In den Bergen sind sie ein Schutz gegen Erosion und Lawinen. Besonders die Landwirtschaft, aber auch Leben und Wirtschaft überhaupt hängen in vielen Gebieten der Türkei von der Erhaltung des Waldes ab.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die türkischen Wälder von Jahr zu Jahr abnehmen und allmählich verschwinden. Obwohl die türkische Forstdirektion sich ein deutliches Ziel gesetzt und technische und administrative Maßnahmen einge-
leitet hatte, wurde all dies durch folgende zusammenwirkende

1) Vgl. Inal, S., Die heutigen Hauptprobleme der türkischen Forstwirtschaft und Wege zu ihrer Lösung, Vortrag gehalten in der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br. am 22.2.1963, veröffentlicht in: Veröffentlichungen der Forstlichen Fakultät der Universität Istanbul, Vorträge über die türkische Forstwirtschaft, gehalten in Deutschland, Nr. 986/84, Istanbul 1962, S. 6.

Gegenkräfte zunichte gemacht:

1. Mangelndes Interesse des türkischen Volkes an der Erhaltung und Pflege der Wälder;
2. die in der Forstwirtschaft erlassenen Gesetze und Verordnungen sind starken politischen Schwankungen unterworfen, was eine unbeständige Forstpolitik zur Folge hat;
3. das Nichtbeachten der Gesetze und Verordnungen durch die Bevölkerung und manchmal auch durch den Staat selbst.

Das wirtschaftliche Interesse des Osmanischen Reiches an den Wäldern wurde erst mit der politischen Neuordnung (Reformation-Tanzimat) von 1839 deutlich ¹⁾. Der ständige Druck, dem das schon geschwächte Osmanische Reich von innen und außen ausgesetzt war, zwang den Staatsrat, nach allen Möglichkeiten Ausschau zu halten, um der durch wachsende Kriegskosten geleerten Staatskasse eine neue Einkommensquelle zu erschliessen. So wurde 1840 erstmalig das Nutzungsrecht an Waldgebieten an Interessenten gegen Zahlung einer entsprechenden Summe an den Staat abgegeben. Eine Rolle fiel hierbei der Geistlichkeit zu, denn nach der osmanischen Agrarverfassung (Lehnsordnung) und den religiösen Gesetzen (Stiftungen) gehörte der Wald zu den Naturgütern, deren Nutzung - wie die des Wassers - jedem für seinen Lebensbedarf durch Gott zusteht (cibali mübaha) ²⁾. Der jahrelange Streit wurde schließlich zugunsten der Staatskasse beendet. Die Meinung jedoch, daß das Nutzungsrecht am Wald Naturrecht sei, ist noch heute im Volk verbreitet.

-
- 1) Vgl. Kutluk, H., Historisches Dokument der türkischen Forstwirtschaft, Nr. 56, Istanbul 1948, S. 153.
 - 2) Vgl. Diker, M., Die Forstwirtschaft in der Türkei, gestern, heute, morgen, Ankara 1947, S. 14; Mayer-Wegelin, H., Waldnutzung und Forstwirtschaft in der Türkei, in: Forstarchiv, Hannover 1942, S. 1.

2. Das Wirken der Forstverwaltung von 1857 - 1869

Das Osmanische Reich hatte im Krimkrieg gegen Rußland (1853 - 1856) dank der Hilfe der europäischen Großmächte England und Frankreich (Napoleon III.) die Oberhand behalten und 1856 in Paris - vertreten durch Sultan Abdülaziz - an der Friedenskonferenz teilgenommen. Sultan Abdülaziz bemerkte auf seiner Reise durch Frankreich, wie gut dort die Wälder gepflegt waren und wie viel Geld sie dem französischen Staat einbrachten. Er beschloß, es den Franzosen gleich zu tun, und begann mit dem Aufbau einer türkischen Forstorganisation. Um die gesetzten Ziele verwirklichen zu können, wurde 1869 die erste Verordnung über die Forstverwaltung herausgegeben ¹⁾. Zugleich wurde - entsprechend der Bewirtschaftung des Bodens - eine zehntpflichtige Steuer auf forstwirtschaftliche Produkte erhoben.

Aufgrund der 1869 in Kraft getretenen osmanischen Forstordnung wurde eine Forstverwaltung eingerichtet, welche dem Finanzamt unterstellt war. Sie hatte sich mit der Verwaltung und Bewirtschaftung des Staatswaldes zu befassen. In dieser Zeit fand auch die osmanische Lehnordnung ihr Ende, die einen wenig liberalen und sozialen Charakter trug. Da die Stellung des Waldes in dem neuen osmanischen Bodenrecht von 1858 nicht eindeutig geklärt wurde, konnte jeder den Wald nach seinem Gutdünken nutzen, wie z.B. roden, Einschläge vornehmen oder das Vieh in den Wald treiben, wo es Schaden an jungen Bäumen anrichtete. Es gab nur eine Ausnahme: es war verboten, die vom Staat für den Schiffsbau und die Kriegsausrüstung ausgewählten Wälder - wobei nicht feststand, welche

1) Kutluk, H., Forstspezialisten in der Türkei: Tassy, Bircogne, in: (türk.) Orman ve Av, Ankara 1943, S. 150.
Die wesentliche Vorarbeit zur osmanischen Forstordnung leisteten französische Fachleute, die als Sachverständige im Conseil des travaux publics mitwirkten, der nach dem Krimkrieg mit der Ausarbeitung und Durchführung von Reformen betraut wurde. Es waren im besonderen Tassy, Bricogne, Godchaux und Simon, die von 1857 - 1878 in der Türkei mitgearbeitet haben.

Wälder dies sind - zu betreten und dort Holz zu schlagen. Die Anwendung dieser Forstordnung brachte Probleme mannigfacher Art mit sich. In dieser Situation hätte die dringlichste Aufgabe der osmanischen Forstverwaltung darin bestehen müssen, die Grenzen festzulegen und die Wälder planmäßig zu bewirtschaften. Die Maßnahmen der osmanischen Forstverwaltung hatten nur negative Folgen, da der Staat seinen Sinn allein auf Geldgewinne gerichtet hatte, und so bei der Nutzung der Wälder nicht die Auswirkungen auf die Landwirtschaft, das Klima, den Boden und die Wasserwirtschaft ins Auge faßte.

Von 1869 bis 1908

Wenn auch alle Maßnahmen dieser Zeit darauf ausgerichtet waren, Geld aus der Nutzung der Wälder zu ziehen, so liegt doch hier der Anfang einer Ordnung für die bis dahin gänzlich unregelmäßig forstlichen Verhältnisse. So erklärte die Forstordnung von 1869 alle bis dahin von Dritten in Besitz genommenen Wälder ausdrücklich zu Staatseigentum. Jedoch mußte der Staat der an ihren Rechten festhaltenden bäuerlichen Bevölkerung im Staatswald mancherlei unentgeltliche Holznutzung zugestehen, was im § 5 der damaligen Forstordnung ausdrücklich festgelegt worden war.

Beträchtliche Wunden wurden in die Wälder geschlagen, als 1893 eine besondere Organisation für Bergbau und Forstwirtschaft geschaffen wurde, die alsbald Einnahmen aus der Waldnutzung zu ziehen suchte. In zahllosen lang- und kurzfristigen Verträgen wurden Nutzungskonzessionen gegen Zahlung von Pachtgeld vergeben. Es entwickelte sich rasch ein Stand von Holzunternehmern, die das Ausschachten der Wälder ebenso gut verstanden wie das Ausnutzen der Bevölkerung für ihre eigenen Zwecke.

Von 1908 bis 1937

Die osmanische Forstordnung von 1869 war noch nach der Gründung der Türkischen Republik, nämlich bis 1937 gültig. Ihre beiden Hauptgrundsätze waren:

1. Im Namen des Staates möglichst großen Nutzen aus den Wäldern zu ziehen;

2. die Staatswälder zu schützen.

Dem ersten Grundsatz blieb der Staat treu. Der zweite, nämlich die Wälder zu schützen, blieb nur ein Wunsch. Es gab kein Programm zur Aufforstung, Pflege und Erhaltung des Waldes. Infolgedessen wurde der Wald weiterhin ausgebeutet und zerstört. Die notwendige Reform wurde jedoch bald nach der Gründung der Türkischen Republik mit Hilfe einer Notverordnung beschlossen.

Im Jahre 1937 wurde dann ein neues Forstgesetz erlassen, bei dem nicht wie vorher die Bewirtschaftung des Waldes stets nur als Erwerbszweck angesehen wurde, sondern die Aufgabe der Versorgung des Volkes in den Vordergrund trat.

Die Notverordnung Nr. 7 von 1923 der neuen Republik, die aus der Reihe der Notgesetze der kritischen Anfangszeit stammte, betraf den bäuerlichen Gemeindewald. Viele arme Bauern waren von der Nutzung des Waldes abhängig, da das ihre einzige Quelle zur Sicherung ihres Daseins bildete. Das zeigte, wie eng in vielen Fällen der Lebensstandard der völlig verarmten türkischen Bauern mit der Waldnutzung zusammenhängt. Um den lebenswichtigen Holzbedarf des Bauern zu decken, wurde nach der Verordnung von 1920 den bis 20 km von einem Wald entfernten Ortschaften die unentgeltliche Holzentnahme für den Eigenbedarf und Kleinverkauf von bestimmten Flächen - je Bauernfamilie wurden zwei ha gerechnet - erlaubt. Außerdem wurden noch weitere Verordnungen erlassen, die sich hauptsächlich mit sozialen Fragen bei der Waldnutzung befaßten (z.B. Holzabgaben an Kriegsoffer und Umsiedler) ¹⁾.

Der Staat errichtete und vergrößerte Städte und Dörfer, verbesserte das Straßen- und Eisenbahnnetz und begann, eine eigene Industrie aufzubauen. Diese gewaltigen Vorhaben verbrauchten sehr viel Holz. So wurden in diesen Jahren eine Menge von

1) Vgl. Savas, K., Die Waldweide in der Türkei, Mittl. Institut für Forstpolitik, Tharandt und Dresden 1941, S. 12.

Konzessionen vergeben: vielen Privatunternehmern und Gesellschaften wurden aus dem Staatswaldbesitz ausgedehnte - noch unerschlossene - Wälder zur vorübergehenden Nutzung überlassen ¹⁾. Nach 1930 fiel das Gebiet nebst allen investierten Erschließungs- und Holzbearbeitungsanlagen der Staatsforstverwaltung wieder zu. Der Staat nutzte also das geschäftliche Interesse der privaten Unternehmungen aus, um seinen großen Holzbedarf decken zu können. Gleichzeitig aber wurde - der Staat hatte die große Bedeutung des Waldes inzwischen voll erkannt - das erste Forstgesetz ausgearbeitet ²⁾.

Am 1. Juni 1937 trat das türkische Forstgesetz Nr. 3116 in Kraft. Mit diesem Gesetz wurden Verwaltung und Bewirtschaftung der türkischen Wälder auf eine neue sichere Grundlage gestellt. Das Forstgesetz Nr. 3116 bezeichnete den Wald als Nationalgut und kündigte Schritte zur Gründung und Entwicklung einer modernen Forstwirtschaft an. Es strebte die Erhaltung und Pflege der Wälder an, ferner die Lösung der mit der Forstwirtschaft und den Waldbesitzverhältnissen zusammenhängenden Probleme. Damit befaßte sich - zum ersten Male in der Geschichte der Türkei - ein Forstgesetz mit der Gesamtheit der forstlichen Probleme.

Die türkische Forstwirtschaft setzte sich drei Ziele ³⁾:

-
- 1) Vgl. Die türkische Zingal-AG. Ein Beitrag zur Holzindustrie und Waldexploration in der Türkei, in: Zeitschrift für Weltforstwirtschaft, Berlin 1933, S. 554 und Der Wald der Türkei, seine Geschichte und Bewirtschaftung, in: Zeitschrift für Weltforstwirtschaft, Berlin 1934, S. 323.
 - 2) Vgl. Bernhard, R., Entwurf eines Forstgesetzes für die Türkei, in: Zeitschrift für Weltforstwirtschaft, Berlin 1933, S. 554.
 - 3) Der damalige Landwirtschaftsminister M. Erkmen faßte das Ziel des Forstgesetzes in folgenden Sätzen zusammen: "Vor allen Dingen und auf alle Fälle gilt es, den Wald zu schützen und zu vermehren. Der Wald als Rohstoffquelle ist so zu schützen, daß er den Bedarf des Landes auf die reichlichste, zuverlässigste und beständige Weise deckt, ohne daß seine Lebenskraft und sein indirekter Nutzen für die Wirtschaft, Landwirtschaft, Volksgesundheit und Landesverteidigung irgendwie geschmälert wird." (Zitiert in: Mayer-Wegelin, H. Entwicklung und Stand der türkischen Forstwirtschaft, in: Forstarchiv, Jg. 21, Heft 4/6, Hannover 1950, S. 47.)

1. Schutz des Waldes und Klärung aller Waldbesitzverhältnisse und Waldnutzungsrecht;

2. Nutzung des Waldes auf der Grundlage eines festen Planes;

3. Pflege und ausreichende Vergrößerung des Waldbestandes.

Das im gleichen Jahr erlassene Forstverwaltungsgesetz (Nr. 3204) schuf eine moderne und arbeitsfähige Forstverwaltung.

Aber das Forstgesetz Nr. 3116 konnte sich nicht gegen die gesetzeswidrige und planlose Ausbeutung der Wälder und auch nicht gegen die Gewohnheiten der konservativ eingestellten Bevölkerung durchsetzen, die sich nicht im geringsten um die Anweisungen der Forstdirektion kümmerte. So konnte das neue Forstgesetz sein oberstes Ziel, den Wald zu schützen, nicht verwirklichen. Der Wald blieb nach wie vor eine Nutzungsquelle für jedermann. Nach Art. 1 Abs. 2 des Forstgesetzes war es den im Wald oder am Waldrand wohnenden Bauern weiterhin möglich, den Wald zu nutzen. Privatwaldbesitzer konnten ihre Waldstücke verkleinern und in Ackerland umwandeln ¹⁾.

Einige Bestimmungen des Forstgesetzes erwiesen sich in der Praxis als nicht gut anwendbar. Die Folge waren überstürzte und unklare Anordnungen, die viel Verwirrung stifteten. Zunächst mußten selbst Unklarheiten des Gesetzestextes beseitigt werden; so änderte man erst einmal die großzügige Formulierung des Gesetzes Nr. 3444 von 1938, das den in Waldnähe liegenden Dörfern ein bevorzugtes Nutzungsrecht einräumte. Schließlich mußten durch neue Forstgesetze (Nr. 4767 und 4785 von 1945) weitere Fragen des Waldschutzes sowie der Feststellung des Waldeigentums geregelt werden. Das Forstgesetz Nr. 4785 wurde im Geiste eines absoluten Etatismus

1) Im Forstgesetz Nr. 3116 von 1937, Art. 1 Abs. 2, heißt es: "Alle Röhrichte und Böden, die nicht für Hoch- und Niederwald geeignet sind, oder Böden, die mit Dornenhecken bedeckt sind, Buschwälder, Parks und alle privaten Baumbestände von weniger als 5 ha zählen nicht als Wald." (Übersetzung des Verfassers.)

geschaffen. Fast alle Wälder wurden sofort verstaatlicht ¹⁾, ohne die Zustimmung der Besitzer und Gemeinden abzuwarten. Diese einseitige Maßnahme der Verstaatlichung des Waldes, der für 9 Mill. Bauern die Ernährungsgrundlage bildete, rief eine starke Reaktion hervor. Aufgebrachte Bauern verbrannten und zerstörten große Teile der Wälder. Um die Unzufriedenheit zu beseitigen, die durch diese Maßnahme bei den Waldbesitzern hervorgerufen worden war, wurde das Forstgesetz Nr. 4785 von 1945 - 1956 zweimal hintereinander geändert; Gemeinde- und Privatwälder wurden durch das Gesetz Nr. 5658 und 5653 schließlich den früheren Eigentümern zurückgegeben.

Diese letzten Maßnahmen reichten nicht aus. Der Bevölkerungszuwachs und der dadurch steigende Konsumbedarf durchbrachen die Grenzen der bis dahin landwirtschaftlich genutzten Flächen auf Kosten des Waldes. Um die wirtschaftliche Entwicklung der Dörfer im Walde und am Waldrand zu fördern, wurde - insbesondere unter dem Druck innenpolitischer Maßnahmen - das Forstgesetz neu bearbeitet und am 8.9.1956 unter der Nummer 6831 in Kraft gesetzt.

Aufgrund der Richtlinien der neuen türkischen Verfassung, die nach Ende der Revolution vom 27.5.1960 am 9.7.1961 (Nr. 334) in Kraft traten, mußte das Forstgesetz Nr. 6831 von neuem geändert werden. Die Vorbereitungen sind dazu noch nicht abgeschlossen.

Das türkische Forstgesetz wurde in den zwanzig Jahren, in denen es galt, fünfmal geändert. Dabei wurde auch der Begriff "Wald" fünfmal neu festgelegt. Jedesmal wurden die zu "Nichtwald" zählenden Flächen vergrößert; jedesmal wurde nach einer Möglichkeit gesucht, die vorhandenen Waldgrenzen

1) Im Art. 1 des Forstgesetzes Nr. 4785 von 1945 steht: "Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes werden die Wälder, die Privatpersonen, juristischen Personen, Stiftungen, Gemeinden, Dörfern und öffentlichen Institutionen gehören, verstaatlicht. Diese Wälder sind ohne Absprache und Bedingungen dem Staat zu übereignen." (Übersetzung des Verfassers.)

einzuengen, z.B. durch die Abtrennung des Buschwaldes vom Wald.

Durch die entstandene Verwirrung sind deshalb die Eigentumsverhältnisse bei 67 % des türkischen Waldbestandes bis heute noch nicht eindeutig geklärt worden. Die Grenz- und Besitzverhältnisse hingen bislang davon ab, wie der Begriff "Wald" gerade definiert war. Im Falle der Übertretung der Forstgesetze mußte man erst nach der gerade gültigen Definition für "Wald" suchen, um entscheiden zu können, ob es sich um Waldfrevel handelte oder nicht. Diese Unsicherheit in der Auslegung ist bis heute nicht behoben.

Wie die nachfolgenden Ausführungen zeigen, nahm die Anzahl der Dörfer, die direkt und indirekt Nutzen aus dem Wald zogen, unter dem Druck der innenpolitischen Verhältnisse zu. Aus Mangel an Walderschließungs- und Transportmöglichkeiten konzentrierten sich die Bemühungen zur Deckung des Holzbedarfs zuerst auf die nahegelegenen Wälder. Durch die großen Einschläge rückte die Waldgrenze immer mehr von den bewohnten Gegenden weg. Nach dem Gesetz Nr. 3116 von 1937 waren alle Dörfer, die höchstens 5 km vom Waldrand entfernt lagen, nutzungsberechtigt; später mußte die Grenze für das Nutzungsrecht auf 10 km erweitert werden; außerdem wurde das Nutzungsrecht auch auf die den Staatswäldern nahe liegenden kleinen Städte bis zu 2 500 Einwohner ausgedehnt; aber mit Einschränkungen, daß nur bedürftige Bewohner den Wald nutzen durften ¹⁾.

Aufgrund dieser neuen Bestimmungen erhielten 20 233 am Wald gelegene Dörfer - das sind insgesamt 9 Mill. Menschen oder 68 % der gesamten türkischen Landbevölkerung - das Recht zur Waldnutzung. Wenn man die Städte mit weniger als 2 500 Einwohner, die auch nutzungsberechtigt waren, noch mitrechnet, so ergibt sich eine Zahl, die fast der Hälfte der türkischen Gesamtbevölkerung entspricht.

Die türkische Forstverwaltung konnte angesichts der ständigen Änderung des türkischen Forstgesetzes die drei aufgestellten Ziele - nämlich Schutz des Waldes, sinnvolle Nutzung und Auf-

1) Forstgesetz Nr. 3444 vom 24.6.1938, Art. 1 und Forstgesetz Nr. 6831 vom 8.9.1956, Art. 31 und 32.

forstung der Wälder - nicht durchsetzen. Außerdem wurden unter dem Druck der Innenpolitik in den letzten zehn Jahren viermal Amnestiegesetze erlassen, so daß Forstfrevler unbestraft blieben.

Die hauptsächlichen Folgen all dieser Mißstände: Verlauf der Waldgrenzen, Besitzverhältnisse und Umfang des Nutzungsrechts sind heute noch nicht eindeutig geklärt. Außerdem wecken und verstärken diese Mißstände das Mißtrauen des Volkes dem Staat gegenüber. Immer wenn in der Türkei ein neues Forstgesetz erschien, setzte eine Welle neuer Waldvernichtungen ein durch Holzdiebstähle, vorsätzlich angelegte Waldbrände und dergleichen mehr.

3. Organisation der Forstwirtschaft

Die auf zentralisierter Grundlage basierende staatliche Forstverwaltung ist am 4.6.1937 aufgrund des Gesetzes Nr. 3204 errichtet worden. Später wurde die Organisation durch das Gesetz Nr. 3203 und die Gesetze Nr. 3445, 3818, 3904 und 4777 weiter ausgebaut. Noch heute ist die staatliche Forstverwaltung in eine Zentral- und in Provinzialverwaltungen aufgeteilt (s. folgende Seiten I. und II. Schema).

Die oberste Forstbehörde der Zentralverwaltung ist die dem Landwirtschaftsministerium unterstellte Generalforstdirektion. An der Spitze der Generalforstdirektion stehen ein Generaldirektor und zwei Vizegeneraldirektoren, die einen technischen Ausschuß von sieben Personen neben sich haben. Diesem Ausschuß ist ein zweiter Ausschuß, die Planungskommission, angegliedert. Außerdem gibt es einen juristischen Beirat und ein Sekretariat für zivile Landesverteidigung.

Die Generalforstdirektion behandelt in Zusammenarbeit mit dieser Kommission alle technischen und administrativen Fragen. Die Kommissionen können Gesetzesvorlagen einbringen. Die wichtigsten Aufgaben werden jedoch von den vier Hauptabteilungen

und den zwanzig Unterabteilungen wahrgenommen. Die erste Hauptabteilung behandelt die Probleme des Waldschutzes und Waldbesitzes. Sie ist in vier Unterabteilungen aufgegliedert. Wie wichtig die Abteilung "Waldschutz" ist, geht schon aus den vorher genannten Zahlen über den planlosen Holzeinschlag und den Holzdiebstahl hervor. Die Abteilung "Kartierung und Kataster" steht ihr an Wichtigkeit nicht nach. Die Festlegung der Waldgrenzen gehört zu den vordringlichsten Aufgaben, weil in der Türkei noch wenige exakte Flächendaten vorliegen. In der Frage der Vermessung spielt auch die Unterabteilung "Forsteinrichtung" aus der III. Hauptabteilung eine große Rolle. Die Abteilung "Vertragswesen" ist mit der Abwicklung länger zurückliegender Konzessionen über Holznutzung beschäftigt.

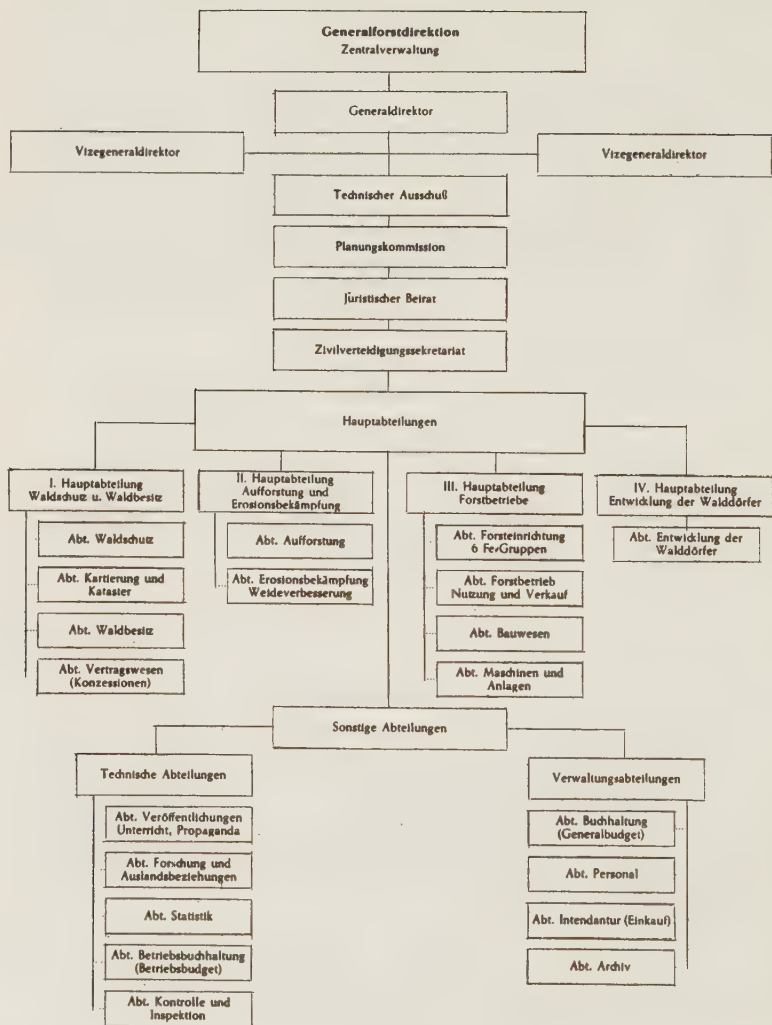
Die II. Hauptabteilung ist für die Aufforstung, die Bodennutzung und Erosionsbekämpfung zuständig. Außerdem sorgt sie für die Verbesserung der Viehweiden außerhalb des Waldes.

Die III. Hauptabteilung gliedert sich ebenfalls in vier Unterabteilungen: "Forsteinrichtung", "Forstbetrieb" (Nutzung und Verkauf), "Bauwesen" und "Maschinen und Anlagen", unter denen "Forsteinrichtung" und "Forstbetrieb" einen besonderen Platz einnehmen.

Die IV. Hauptabteilung ist für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Walddörfer zuständig. Diese neugegründete Abteilung wurde durch das Gesetz Nr. 6831 ins Leben gerufen. Bisher wurden in 4 264 Dörfern Untersuchungen durchgeführt, aber keines von den betreffenden Dörfern wurde an eine Stelle verlegt, an der es dem Wald keinen Schaden mehr hätte zufügen können. Eine Verlegung wäre aufgrund der Untersuchungen jedoch nötig gewesen. Für 20 333 Dörfer stehen die Untersuchungen noch aus. Dies zeigt am deutlichsten, wie groß der Umfang der bestehenden Aufgaben ist.

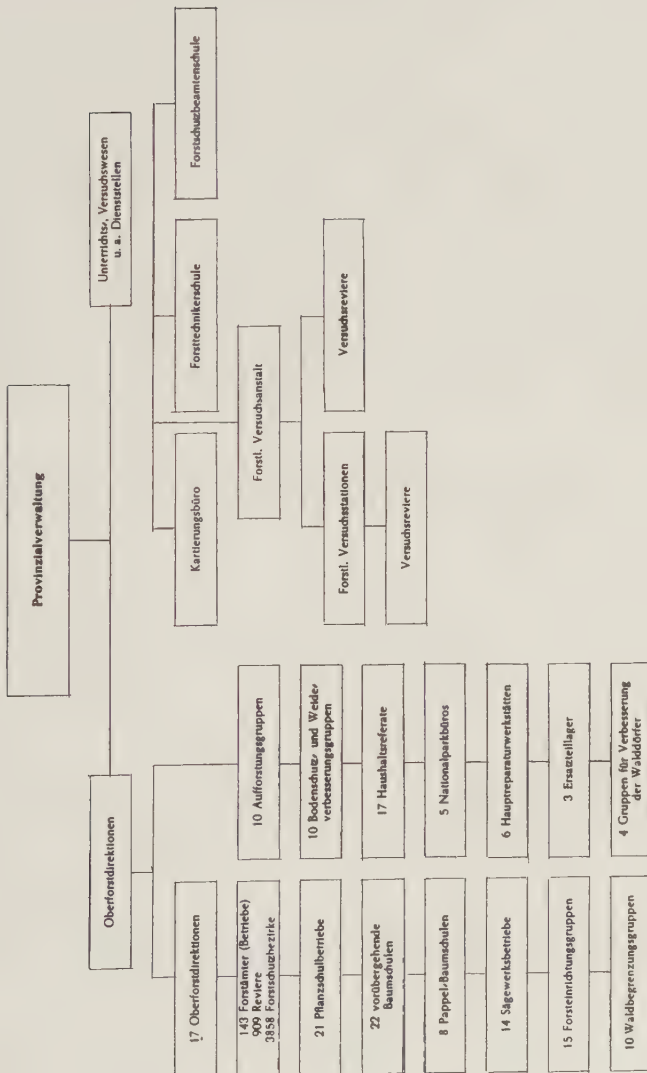
Die Provinzialverwaltung gliedert sich in zwei Teile: in die Oberforstdirektion und in das Unterrichtswesen, Forschungswesen und ein Kartierungsbüro (s. II. Schema).

I. Schema ¹⁾



1) Statistischer Jahresbericht der Generalforstdirektion der Türkei, Ankara 1963, S. 11 und 12.

II. Schema ¹⁾



¹⁾ Lit. 3

1) Statistischer Jahresbericht der Generalforstdirektion der Türkei, Ankara 1963, S. 13.

Insgesamt sind siebzehn Oberforstdirektionen auf die einzelnen Gebiete der Türkei verteilt. Diese sind wiederum in 143 Forstämter, 909 Forstreviere und 3 858 Forstschutzbezirke aufgegliedert. Außerdem unterstehen den Oberforstdirektionen insgesamt 21 Pflanzschulen, 22 provisorisch eingerichtete Baumschulen, acht Pappel-Baumschulen, 14 Sägewerksbetriebe, 15 Forsteinrichtungsgruppen und zehn Waldvermessungsgruppen. Jedem Oberforstdirektor sind ein Finanzdirektor und mehrere Abteilungsleiter als Mitarbeiter unterstellt (ähnlich wie in der Organisation der Generalforstdirektion). Ihr Aufgabengebiet umfaßt den Forstschutz, die Aufforstung, die Forsteinrichtung und die Entwicklungshilfe für die Walddörfer. Außerdem gibt es sechs Hauptreparaturwerkstätten, drei Ersatzteillager, fünf Nationalparkbüros, zehn Bodennutzungs- und Weideverbesserungsgruppen und vier Gruppen für die Sozialhilfe an die Walddörfer.

Auf jede der Oberforstdirektionen entfallen mindestens fünf, höchstens 17 Forstämter. Der Verwaltungsbereich eines Forstamtes liegt bei etwa 75 000 ha.

Jedem Forstamt gehören fünf bis sieben Forstreviere an; jedes Forstrevier hat durchschnittlich 20 000 ha Waldgebiet zu verwalten. Jedes Forstrevier besteht aus fünf bis sieben Waldschutzbezirken von etwa 5 000 ha Waldfläche. Sie sind keine selbständigen Verwaltungsstellen, sondern hängen verwaltungsmäßig von den Forstrevieren ab. Ein Forstamt wird von einem Forstdirektor und seinem Stellvertreter geleitet. Zum Personal gehören mehrere Schreibkräfte und ein Buchhalter. Den großen Forstämtern ist noch ein Forstingenieur oder Revierförster zugeordnet. Die Forstreviere werden von einem Forstingenieur oder einem Revierförster verwaltet. Daneben gibt es einen Sekretär, einen Meßbeamten und mehrere Waldschutzbeamte, die in erster Linie forstpolizeiliche Aufgaben zu erfüllen haben.

4. Waldbestand, Nutzformen und Besitzverhältnisse

In der Türkei ist die geographische Lage der Wälder nicht gut. Hinzu kommen die Witterungsverhältnisse, die hier nicht im entferntesten so günstig sind wie in Mittel- und Nordeuropa. Außerdem wirken sich noch verschiedene topographische und morphologische Faktoren negativ auf das Wachstum und die Ausdehnung der Wälder aus. So ist Mittelanatolien mit einem Waldanteil von nur 2 % die waldärmste Region der Türkei; ihr folgt Ostanatolien mit 7 %, Westanatolien mit 21 % und Südanatolien mit 25 %. Im Küstenrandgebiet am Schwarzen Meer beträgt der Waldanteil 45 %. Mit 10,5 Mill. ha (13,7 % der Landesfläche) macht die Türkei heute den Eindruck eines extrem waldarmen Landes. Die Waldfläche pro Kopf der Bevölkerung beträgt 0,37 h. Vom gesamten Waldgebiet sind 0,3 Mill. ha unzugänglich ¹⁾.

Von den aufgeführten 10,5 Mill. ha Wald können nur 3,8 Mill. (36 %) als produktiv angesehen werden, die übrigen 6,7 Mill. ha oder 64 % sind unproduktiv ²⁾. Wenn außerdem die Hauptursachen nicht beseitigt werden, die zur latenten Zerstörung des Waldes führen, wird der prozentuale Anteil des Waldes an der Gesamtfläche der Türkei bald nicht mehr der Wirklichkeit entsprechen. Selbst wenn die gegenwärtige Statistik richtig wäre, würde der Waldanteil der Türkei gegenüber den anderen europäischen Ländern noch immer äußerst niedrig liegen (s. Tabelle).

Es ist leicht zu erkennen, daß die seit 1950 aufgeführten statistischen Zahlenwerte in Wirklichkeit weit niedriger liegen, da in allen neuen Forstgesetzen die Buschwälder nicht zum Wald gezählt werden, die Statistik aber in 10,5 Mill. ha Waldfläche 1,8 Mill. ha Buschwald mitrechnet ³⁾.

1) Republic of Turkey, Ministry of Agriculture General Directorate of Forestry, Forestry Statistics 1955 - 1959, Publ. No. 358, Ankara 1952, S. 23.

2) Republic of Turkey, Ministry of Agriculture General Directorate of Forestry, a.a.O., S. 23.

3) Vgl. Öztunalı, I., Die Buschwälder in unserem Lande. Ihre Bedeutung und die Möglichkeit sie in den Begriff "Wald" mit einzuschließen, in: Zeitschrift für Forst und Jagd (türk: Orman ve Av), Nr. 2, Ankara 1959, S. 5.

Der Waldbestand in der Türkei im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ¹⁾			
Länder	Waldfläche in Mill.ha	Bewaldungs- prozent	Waldfläche je Kopf ha
Türkei	10,5	13,7	0,37
Griechenland	2	15,2	0,30
W.Deutschland	7,1	28,8	0,13
Frankreich	11,4	21	0,27
Beneluxländer	0,95	13,7	0,05
Italien	5,6	19,2	0,12
Österreich	3,16	37,8	0,5
Schweiz	0,97	24	0,2

Die Wälder der Türkei werden planmäßig in folgenden Formen wirtschaftlich genutzt ²⁾.

Betriebsarten	Mill. ha	Gesamt %
Produktiver Hochwald	2,205	21) 48 %
Unproduktiver Hochwald	2,816	27
Produktiver Niederwald	1,661	15) 52 %
Unproduktiver Niederwald	3,898	37
Insgesamt	10,580	

Nach dieser Tabelle beträgt die unproduktive Waldfläche in der Türkei 6,7 Mill. ha; das sind 64 %. Der Wald befindet sich fast ausschließlich in den Händen des Staates, nur 1 % ist Privatwald und 2 % Gemeindewald.

-
- 1) Mantel, K., Die Forst- und Holzwirtschaft in der EWG und EFTA, Baden-Baden und Bonn 1960; aus den Seiten 76 - 162 zusammengestellt.
- 2) Vgl. FAO, Turkey Country Report, FAO Mediterranean Development Project, Rom 1959, Kapitel III, S. 43; Republic of Turkey, Ministry of Agriculture General Directorate of Forestry, a.a.O., S. 23.

5. Vorrat, Zuwachs und Holzverbrauch

Der Vorrat der türkischen Hochwälder beträgt 661 Mill. cbm, davon entfallen 476 Mill. cbm auf Nadelholz und 185 Mill. cbm auf Laubholz. Umgerechnet auf Hektar ergeben sich folgende durchschnittliche Werte: 72,4 cbm/ha Gesamtfläche an Wald; davon Hochwald: 119 cbm/ha; Niederwald dagegen nur 21 cbm/ha. Die großen Vorratsunterschiede zwischen Hochwald und Niederwald sind zum Teil Ausdruck für die großen Zerstörungen in Niederwäldern ¹⁾.

Der jährliche Zuwachs an Holz ist in der Türkei relativ gering. Er beträgt pro Waldfläche im Durchschnitt 0,8 cbm (im produktiven Hochwald 1,0 cbm; im Niederwald 0,6 cbm). Zum Vergleich sei Deutschland mit 3,9 cbm angeführt ²⁾. Für das Jahr 1958 meldete die FAO, wie dies auch von Mantel bemerkt wird ³⁾, einen Zuwachs von 16,5 Mill. cbm, d.h. also fast doppelt so viel wie im Jahr zuvor ⁴⁾. Die türkische Generalforstdirektion errechnete für das gleiche Jahr aber nur einen Bruttozuwachs von 7,933 Mill. cbm ⁵⁾.

Dagegen betrug der Durchschnittswert des jährlichen Einschlags im Zeitraum von 1950 - 1954 laut FAO 1,5 Mill. cbm Nutzholz und 9,6 Mill. cbm Brennholz, insgesamt also 11,1 Mill. cbm. Im Jahre 1956/57 belief sich der Holzeinschlag auf 6,919 Mill. cbm und 1961 auf 9,7 Mill. cbm ⁶⁾. Rechnet

-
- 1) Vgl. Inal, S., Die natürlichen Bedingungen und der heutige Zustand der türkischen Wälder, in: Veröffentlichung der Forstlichen Fakultät der Universität Istanbul, Nr. 986/84, Istanbul 1962, S. 27 und 28.
 - 2) Inal, S., Die natürlichen Bedingungen und der heutige Zustand der türkischen Wälder, a.a.O., S. 29.
 - 3) Mantel, K., Die Forst- und Holzwirtschaft in der EWG und EFTA, Baden-Baden und Bonn 1960, S. 166.
 - 4) FAO, Turkey Country Report, FAO Mediterranean Development Project, Rom 1959, Kapitel III, S. 45.
 - 5) Inal, S., Die natürlichen Bedingungen und der heutige Zustand der türkischen Wälder, a.a.O., S. 28.
 - 6) Statistischer Jahresbericht der Generalforstdirektion der Türkei, Ankara 1963, S. 30 und 31.

man die illegalen Einschläge mit, so betrug der gesamte Holzeinschlag in der Türkei 20 Mill. cbm. Die Einschläge sind also insgesamt dreimal so hoch wie der jährliche Zuwachs.

Vom gesamten Holzeinschlag waren 19,5 % Nutzholz und 80,5 % Brennholz, was beweist, daß die Wälder in der Türkei nicht wirtschaftlich genutzt werden und daß mit dem Brennholz außerordentlich verschwenderisch umgegangen wird. Der durchschnittliche Jahresverbrauch der Dörfer an Brennholz beträgt 78 %; die Städte und die außerhalb der Wälder gelegenen Dörfer dagegen verbrauchen nur 22 % ¹⁾. Man kann daraus ersehen, daß die im und am Wald liegenden Dörfer dreimal so viel Brennholz verbrauchen wie die gesamte übrige Türkei. Diese Situation zeigt ein beängstigendes Mißverhältnis zwischen Holzbedarf und Holzangebot.

6. Waldbrände und Aufforstung

Die Waldzerstörung in der Türkei ist noch immer im wesentlichen auf Waldbrände zurückzuführen. Zu diesem Ergebnis kommt man, wenn man den durch Waldbrand angerichteten Schaden mit dem durch illegalen Holzeinschlag verursachten vergleicht. Z.B. in den Jahren 1945 - 1947, also innerhalb zweier Jahre, verbrannten 350 421 ha Wald; die vernichtete Holzmasse betrug 7,1 Mill. cbm. Durch illegalen Einschlag ist dagegen in 17 Jahren (1945 - 1961) lediglich ein Schaden von 4 Mill. cbm entstanden ²⁾. Das zeigt, daß der Schaden durch Waldbrände in diesen zwei Jahren doppelt so hoch war wie der durch illegalen Einschlag im Zeitraum von 17 Jahren.

1) Inal, S., Die natürlichen Bedingungen und der heutige Zustand der türkischen Wälder, a.a.O., S. 32.

2) Statistischer Jahresbericht der Generalforstdirektion der Türkei, Ankara 1963, S. 17.

In den letzten Jahren aber ging der Verlust durch Waldbrände zurück ¹⁾, doch entfällt noch immer ein Drittel der Waldfläche, die in Europa durch Brände verwüstet wird, auf die Türkei ²⁾. Für den weitaus größten Teil der Waldbrände ist Brandstiftung die Ursache. Da die sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen der 9 Mill. Bewohner der Walddörfer außerordentlich schlecht sind, verbrennen und roden sie den Wald, um Acker- und Weideland zu gewinnen ³⁾.

Zur Wiederherstellung einer bodensichernden Pflanzendecke, zur Verbesserung der Wasserverhältnisse und zur Deckung des gestiegenen Holzbedarfs muß der Wald auf 20 - 25 % der Gesamtfläche der Türkei ausgedehnt werden. Die Aufforstungsmaßnahmen in der Türkei konzentrieren sich daher auf zwei Ziele:

1. Wiederbewaldung ursprünglich bewaldeter Flächen;
2. Aufforstung von Flächen außerhalb der natürlichen Waldgrenzen.

In der Praxis wird die Wiederbewaldung innerhalb der Waldgrenzen als vorrangig betrieben, weil hierbei das Klima und der Boden nicht die Schwierigkeiten bereiten, die einer Aufforstung z.B. bereits versteppter Gebiete im Wege stehen. Eine Aufforstung außerhalb der Waldgebiete wird darüber hinaus noch dadurch erschwert, daß die Waldgrenzen katastermäßig noch nicht vollständig festgelegt sind; es laufen etwa 10 000 Prozesse über Waldbesitzstreitigkeiten ⁴⁾.

-
- 1) Republic of Turkey, Ministry of Agriculture General Directorate of Forestry, a.a.O., S. 33.
 - 2) Vgl. Schmidt-Colinet, W., Türkei zwischen Steppe und Wald; der Wald ist der Hüter der Landwirtschaft, Sonderdruck aus: Holzzentralblatt, Nr. 139, Stuttgart 1957, S. 1.
 - 3) Vgl. Schmitschek, E., Allgemeine Fragen des Forstschatzes der Türkei, in: Zeitschrift für Weltforstwirtschaft, Berlin 1952, S. 58.
 - 4) Vgl. Inal, S., Die natürlichen Bedingungen und der heutige Zustand der türkischen Wälder, a.a.O., S. 9.

Durch die Aufforstung erstrebt man, Einfluß auf die klimatischen, morphologischen und wasserwirtschaftlichen Verhältnisse des Landes zu nehmen. Daneben sind noch die gesundheitlichen, sozialen und psychologischen Auswirkungen auf die Bevölkerung, hauptsächlich bei Planungen in der Nähe großer Städte von gewisser Bedeutung.

Auf dem allgemeinen Forstkongreß vom 12. - 21. Juli 1960 in Ankara wurde geplant, 5,5 Mill. ha Waldfläche, das sind 30 % des unproduktiven Hochwaldes und 70 % des unproduktiven Niederwaldes sofort wieder aufzuforsten. Will man in der Türkei den Waldanteil auf 25 % der Gesamtfläche steigern, so müßte man eine zusätzliche Fläche von 9,5 Mill. ha aufforsten. Dazu käme noch die Wiederbewaldung von 250 000 ha abgebrannter und 421 000 ha gerodeter Flächen, also insgesamt 15,7 Mill. ha.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Aufforstungsmaßnahmen in der Türkei, die bis Ende 1961 außerhalb und innerhalb des Waldes durchgeführt wurden:

Die Aufforstung in der Türkei 1)			
(in ha)			
Jahr	Aufforstung innerhalb des Waldes	Aufforstung außerhalb des Waldes	jährliche Waldzerstörung
1946-1949	12 736	1 261	
1950	3 300	311	
1951	13 105	296	
1952	1 303	295	
1953	86	392	
1954	1 336	383	
1955	2 639	567	35 000
1956	4 423	234	
1957	5 785	750	
1958	8 503	647	
1959	15 016	893	
1960	10 521	1 298	
1961	7 730	2 292	
Summe	86 483	9 619	

1) Statistischer Jahresbericht der Generalforstdirektion der Türkei, Ankara 1963, S. 76 und 79.

Tatsächlich konnten bis heute nur 86 483 ha innerhalb und 9 619 ha außerhalb des Waldes aufgeforstet werden; ein Beweis, wie weit das Erreichte hinter dem Erforderlichen zurücksteht.

7. Lösung der forstwirtschaftlichen Probleme

Schon im Jahre 1937 wurden durch das Gesetz Nr. 3116 die drei Grundziele ¹⁾ in der türkischen Forstwirtschaft festgelegt. Trotzdem konnten weder das Forstgesetz Nr. 3116, das innerhalb von 20 Jahren fünfmal geändert wurde, noch das heute gültige Forstgesetz Nr. 6831, feste Grundlagen für einen wirksamen Forstschutz in der Türkei schaffen. Da die Maßnahmen zum Schutz des Waldes nicht durchgeführt werden konnten, kam es zu einer illegalen Nutzung der Wälder, die ein großes Ausmaß annahm, wodurch das ökologische Gleichgewicht der Natur zerstört wurde. Als natürliche Folgen der Entwaldung droht sich die soziale und wirtschaftliche Lage des Landes zu verschlechtern.

Die Möglichkeiten eines wirksamen Forstschutzes in der Türkei könnten wie folgt umrissen werden:

Um die fortschreitende Entwaldung in der Türkei aufzuhalten und um den durch den Menschen verursachten Schaden zu verhindern, müßten zunächst die primitiven Wirtschaftsformen in den 20 233 Walddörfern modernisiert werden. Eine moderne Bodennutzungsform kann das Gleichgewicht in der Natur wieder herstellen. Land- und Viehwirtschaft können sich organisch miteinander verbinden ²⁾.

Die Forstwirtschaft hat einiges unternommen, damit sich die Walddörfer entwickeln können. Dazu gehören Maßnahmen, die das planlose Roden der Wälder zur Landgewinnung unterbinden. In

1) Siehe vorne S. 71.

2) Vgl. Uslu, S., Untersuchungen zum anthropogenen Charakter der zentralanatolischen Steppe, Bd. 12, Gießen 1960, S. 55.

diesem Rahmen müssen zwei Probleme gelöst werden. Die Waldbauern müßten ihr Neuland durch Umsiedlung erhalten können ¹⁾ und die zahllosen Familien, die weit verstreut in den Wäldern wohnen, sollten in Siedlergruppen in einem Dorf zusammengefaßt werden.

Die Festlegung der Waldgrenzen und die Katastrierung sollte bald abgeschlossen werden. In den 25 Jahren kam es zu keiner Klärung. Die mit der Grenzlegung beauftragten Kommissionen untersuchten die Waldflächen an Hand der immer wieder veränderten Forstgesetze nur unter dem Gesichtspunkt, ob es sich in diesem oder jenem Falle um Staats- oder Privatbesitz handelte. Gelänge es, zwischen Staatswald und Privatwald deutlich zu unterscheiden, käme man auch zu genaueren Ergebnissen. Aber das Zuendebringen dieser Arbeit bedeutet jedoch noch keine Garantie für einen wirksamen Waldschutz. Deshalb ist außerdem eine Abgrenzung zwischen land-, forst- und viehwirtschaftlich genutzten Flächen sowie ein Ausgleich zwischen diesen Landwirtschaftsbereichen in der Bodennutzung nötig. Diese Abgrenzung besteht bis jetzt noch nicht.

Die weitere Voraussetzung für den Waldschutz in der Türkei ist die Herabsetzung des Holzverbrauchs. Wie schon erwähnt wurde, hat die Türkei im Jahre einen Holzverbrauch, der dreimal so hoch ist wie die jährliche Zuwachsrate. Diese Tatsache zeigt, wie schnell die Entwaldung fortschreitet. Das heißt, daß die Grundlagen für wirksame Einsparungen zuerst beim Brennholzverbrauch geschaffen werden müssen. Dazu sind folgende Maßnahmen notwendig: In den Dörfern muß der Verbrauch für jede Familie geregelt werden. Es muß sichergestellt werden, daß statt offener Kamine brennstoffsparende Öfen verwendet und daß diese Öfen als einmalige Hilfe zur Verfügung gestellt werden. Wenn es die Verkehrsverhältnisse zulassen, müssen die Bauern auch Braun- und Steinkohle statt Brennholz verwenden.

1) Vgl. Jung, L., Bodenkunde und Bodenerhaltung, in: Zeitschrift für Kulturtechnik, Heft 6, Gießen 1962, S. 337; Saatcioglu, F., Der Kampf zwischen Wald und Ackerbau in unserem Lande und die Notwendigkeit der Binnensiedlung, Ankara 1951, S. 34.

Gleichzeitig muß auch eine wirksame Forstschutzpolitik durchgeführt werden. Das kann aber nur im Rahmen eines Raumordnungsplanes verwirklicht werden, der sich auf wissenschaftliche Grundlagen stützt und dem zivilisatorischen Stand des Landes angepaßt ist. Damit die erwähnten Ziele auf dem Gebiet des Waldschutzes erreicht werden können, sind zuerst die beiden folgenden Maßnahmen zu ergreifen:

1. Das Forstgesetz muß neu gefaßt werden;
2. der Verwaltungsaufbau muß stabilisiert werden.

Zweiter Teil

Frühere und heutige Verhältnisse auf den Gebieten des Boden-, Wasser- und Forstrechtes und Vorschlä- ge ihrer Neuordnung

A. Verhältnisse in Vergangenheit und Gegenwart

I. Bodengesetzgebung

1. Im Osmanischen Reich

a) Der Zeitraum von 1299 - 1839

In der Entwicklung des Bodenrechts im Osmanischen Reich sind zwei Zeiträume zu unterscheiden: der erste von der Gründung des Osmanischen Reiches (1299) bis zur Bodenreform im Jahre 1839; der zweite von 1839 bis zur Gründung der Türkischen Republik (1923).

Im Jahre 1839 wurde die osmanische Agrarverfassung, die soziale Züge aufwies, durch die Bodenreform aufgehoben. Neben verschiedenen anderen Gründen war besonders der Einfluß dafür ausschlaggebend, die die liberalen europäischen Anschauungen auf allen Gebieten auf das Osmanische Reich ausübten. Die Bodenreform des Osmanischen Reiches war nicht, wie dies in verschiedenen europäischen Staaten der Fall war, das Ergebnis einer aus dem Volke kommenden revolutionären Bewegung, welche die Bauern zu Millionen aus der Leibeigenschaft befreite oder die sozialen Klassenunterschiede aufgehoben hätte. In der türkischen Geschichte wurde die Bodenreform - wie auch die anderen Reformen, die eine Lösung sozialer Probleme beabsichtigten - von oben nach unten, also unter Leitung des Staates auf Weisung des Herrschers (Sultan), durchgeführt. Die vom osmanischen Staat betriebene Agrarpolitik verhinderte ein Aufkommen des Großgrundbesitzes; deshalb erweckte der Staat im Volk auch nicht den Wunsch nach Revolution und Kampf für soziale Verbesserungen, da er die Struktur der Bauernbevölkerung auf eine demokratische Grundlage stellte.

Für die Schaffung einer Agrarreform - auch heute noch eine dringende Notwendigkeit - ist in einem typischen Agrarland, wie die Türkei es darstellt, die Kenntnis der Agrarverfassung des Osmanischen Reiches und ihre Auswirkung auf die gesamte landwirtschaftliche Struktur von großer Bedeutung. Diese Notwendigkeit einer Agrarreform liegt darin begründet, daß die Rechtslage der Landwirtschaft in der türkischen Republik immer noch nicht geklärt ist, obwohl seit der osmanischen Agrarreform 100 Jahre vergangen sind.

Die Hoheitsgewalt des Staates über den Grundbesitz im Osmanischen Reich hat sich durch die geschichtlichen, wirtschaftlichen, militärischen und sozialen Bedingungen im Gründungsjahr des Osmanischen Reiches (13. Jahrhundert) von selbst ergeben, denn der Einfluß der islamisch-arabischen Rechtsordnung auf den Staatsbegriff des Reiches war zu dieser Zeit ausschlaggebend ¹⁾. So lehnt sich die osmanische landwirtschaftliche Verfassung an die islamisch-arabische an, unter deren Einfluß in besonderem Maße der Eigentumsbegriff des Erbrechts und das Steuersystem der Landwirtschaft standen. In großen Teilen des Reiches hatte das Osmanische Reich das unbeschränkte Eigentumsrecht des Islams an ländlichem Grundeigentum durch eine sozialrechtliche Lehnordnung (Miri Arazi) ersetzt. Neben dem Staatseigentum bestand weiterhin das Privateigentum, das keinerlei Beschränkungen unterworfen war. Somit entsprach der Eigentumsbegriff des Osmanischen Reiches demjenigen der islamisch-arabischen Rechtsordnung ²⁾. Die aufgrund der sozialrechtlichen Lehnordnung durchgeführte Verstaatlichung des Privateigentums bei der Gründung des Osmanischen Reiches in weiten Teilen des Landes widersprach

1) Vgl. Barkan, Ö. L., Reform in der Bodenrechtsgeschichte und Bodengesetze von 1858, in: Reformation (Tanzimat), Istanbul 1940, S. 321 und 330.

2) Im einzelnen konnte das Privateigentum verkauft, belastet, verpachtet, verschenkt und frei geteilt werden. Außerdem waren keinerlei Formvorschriften bei der Eigentumsübertragung notwendig.

Vgl. Levy, R., The social Structure of Islam, Cambridge 1957, S. 13, 58, 308 und 309.

der islamischen Rechtsordnung, die insbesondere aus religiösen Gründen (Koran) auch im Osmanischen Reich große Bedeutung hatte.

Der Grundbesitz wurde gemäß der islamischen Agrarverfassung nach drei Kategorien unterschieden. Dieser Aufteilung und den daraus entnommenen Folgerungen ist auch das Osmanische Reich treu geblieben.

Die Dreiteilung des Grundbesitzes:

1. Ösriye Grund und Boden (zehntpflichtiger Boden),
2. Haraciye Boden (tributpflichtiger Boden),
3. Vakif Boden (Stiftungen).

Zehntpflichtiger Grund und Boden war absolutes Privateigentum von Personen, die dem Islam angehörten. Auf diesem Boden fand das Familiengesetz Anwendung. Er konnte frei geteilt, veräußert oder belastet werden. Der Eigentümer mußte nur die Ertragssteuer (Zekat) entrichten.

Tributpflichtige Böden, deren Eigentümer keine Mohammedaner waren, gehörten dem Staat. Deswegen konnte man für diesen Boden das Familiengesetz nicht anwenden; Veräußerungen und Vererbung waren Beschränkungen unterworfen. Die Besitzer dieses Bodens waren verpflichtet, an den Staat eine wesentlich höhere Bodensteuer (Harac) zu entrichten als die der zehntpflichtigen Böden: diese konnte bis zu einem Fünftel des Gesamtertrages ausmachen ¹⁾.

Stiftungen waren im Zeitalter des frühen Islam und besonders im Osmanischen Reich allgemein üblich. Sie entstanden durch Verstaatlichung der eroberten Gebiete. Der Staat gab nach und nach diese Böden Bauern zur Bewirtschaftung und Nutzung. Man unterscheidet zwei Arten von Stiftungen:

1. Die Stiftung von Privateigentum. Sie unterlag ganz bestimmten Voraussetzungen, die nicht zum Bereich des Bodenrechts gehörten. Hierbei konnte das Familienrecht Anwendung finden.

1) Vgl. Levy, R., The social Structure of Islam, Cambridge 1957, S. 13.

2. Die zweite Art von Stiftungen betraf den staatlichen Boden, der nur vom Sultan genutzt wurde und von ihm einer Stiftung überwiesen werden konnte. Die Einnahmen der Stiftungen dienten im allgemeinen der Pflege der Moscheen, der Armenfürsorge und öffentlichen Wohlfahrtsaufgaben.

Da durch die gewaltige Ausdehnung des Osmanischen Reiches sich die Ausgaben des Staates wesentlich erhöht hatten, reichten die Einnahmen aus den bereits erwähnten drei Bodenkategorien nicht mehr aus, so daß sich daraus wieder zahlreiche rechtliche, wirtschaftliche, soziale und militärische Probleme ergaben, zumal das islamische Recht sowohl die freie Veräußerung als auch die Realteilung der Böden erlaubte.

Daraus ergab sich einerseits eine Zersplitterung der landwirtschaftlichen Betriebe in unwirtschaftliche Kleinbetriebe, auf der anderen Seite eine Konzentration des Grundbesitzes in der Hand weniger. Außerdem wurde der Boden aufgrund des ungeeigneten Pachtsystems und des Fehlens unabhängiger Arbeitsverhältnisse unter denkbar ungünstigen Bedingungen bestellt.

Das nach 1339 aufgestellte Militärsystem, das in der Expansion des Reiches eine Rolle spielte, machte eine bessere Erfassung des Staatsgebietes und eine zweckmäßigere Verwaltung der Bauernschaft erforderlich. Die schon kurz erwähnten Bodenrechtskategorien wurden weiter entwickelt. Gleichzeitig wurde daneben eine in der Geschichte unter dem Namen "Miri Arazi" bekannte Bodenbesitzverfassung ins Leben gerufen, die man als eine Art osmanischen Feudalismus kennzeichnen könnte ¹⁾.

Das so entstandene Lehnssystem war nicht etwa eine unumgängliche Folge des islamischen Glaubens, sondern das Ergebnis einer Anpassung der religiösen Bestimmungen an die stark empfundene Notwendigkeit, die Staatseinnahmen zu steigern und das Heer zu vergrößern.

1) Der auf militärischen Grundsätzen aufgebaute Besitz und die Verwaltungsstruktur zeigten feudalen Charakter. Zu den dieses System vom europäischen Feudalismus unterscheidenden Besonderheiten s. Köprülü, B., Bodenrecht, Istanbul 1958, S. 11 ff.

Aufgrund dieses Systems ¹⁾ erhielt im Osmanischen Reich und in den neu eroberten Gebieten der Staat das Eigentumsrecht und das Kontrollrecht. Im heutigen Sinne bedeutet das eine Verstaatlichung des Grundbesitzes. Den ursprünglichen Besitzern beließ man das Land in der Größe einer Familienwirtschaft zur Bearbeitung und räumte ihnen über den Besitz ein zeitlich unbeschränktes und erbliches Nutzungsrecht durch eine Art Erbpachtvertrag ein. Die daraus entstandenen Folgen beschäftigten die bodenrechtliche und agrarpolitische Wissenschaft außerordentlich. Denn in der Tat brachte die Unterwerfung unter einen solchen rechtlichen Status für diejenigen, die den Boden bearbeiteten, einige Beschränkungen mit sich. Sie erschienen jedoch im Vergleich zum freien und unbeschränkten Eigentum nicht besorgniserregend. Die Verhältnisse blieben so, als ob der Boden, den der Bauer bearbeitete, dessen Eigentum wäre ²⁾. Zum Beispiel wurde der Pachtzins, der laut Vertrag geschuldet wurde, in Relation zur Ertragsfähigkeit des Bodens durch Naturalien entrichtet. Da die Steuern vorher in der gleichen Weise eingezogen worden waren, entstand auf diesem Gebiet keine Änderung. Außerdem konnte ein Betrieb als geschlossenes Unternehmen nur vom Vater auf den Sohn vererbt werden; deshalb fühlte man die Nachteile der gewöhnlichen Pacht nicht. In der Tat bearbeitete die Mehrzahl der Bauern in den Gebieten, auf die sich das Osmanische Reich ausdehnte, Land, das ihnen nicht gehörte, als ständige Pächter.

1) Vgl. Barkan, Ö. L., Die rechtlichen und finanzpolitischen Grundlagen der Agrarwirtschaft im Osmanischen Reich des XV. und XVI. Jahrhunderts, Istanbul 1945, S. 16.

2) Barkan, Ö. L., Reformation (Tanzimat), Istanbul 1940, S. 340. Sering, M., Die agrarischen Umwälzungen im außerrussischen Osteuropa, Leipzig 1930, S. 11. Nach Serings Meinung war der Bauer im Kolonatverhältnis rechtlich und wirtschaftlich nur ein Pächter. Im Lehnswesen aber dagegen erhielt er ein Eigentümerstatut. Auch findet man in diesem Lehnswesen Ähnlichkeiten mit dem altrömischen Kolonatverhältnis, das auf den Gebieten des ehemals byzantinischen Reiches auch noch galt, als die Osmanen diese Gebiete erobert hatten.

Da die Böden nach diesem Lehnssystem nur den Feudalherren gehörten, waren sie an eine im höchsten Maße zentralisierte Organisation gebunden. Aus diesem Grunde entstand kein Nachteil für die Bauern, die den Boden bearbeiteten. Insbesondere gab dieses neue Lehnssystem den Bauern, die keinen oder nur wenig Boden hatten, die Möglichkeit, gegen ein geringes Entgelt ein gleiches Nutzungsrecht zu erwerben. Daraus ergab sich, daß die Bauern, die als Pächter auf staatseigenen Böden angesiedelt waren, die einzelnen Rechte - wie ein unbeschränkter Eigentümer - nicht besaßen. So hatte der Bauer nicht die Freiheit, seinen Acker zu veräußern, zu teilen, einer Stiftung zuzuwenden, zu verpachten, nach seiner Wahl zu bebauen oder die Bebauungsart zu ändern. Wenn der Bauer die Pachtbedingungen nicht einhielt oder ohne einen triftigen Grund den Boden für mindestens drei Jahre hintereinander nicht bestellte, konnte ihm das Nutzungsrecht des Bodens entzogen werden. Wenn der Bauer seinen Boden verließ, dann konnte ihn der Lehnsherr notfalls mit Gewalt zurückholen lassen und ihm eine Buße auferlegen. Im Ergebnis wurde das Bestehen eines bloßen Nutzungsrechts der Böden und die Pächterstellung als juristische Fiktion aufgefaßt.

Die Verfügungsbefugnis des Pächters war diejenige des Privateigentümers. Die Beschränkungen waren jedoch so gering, daß es kaum wesentliche Unterschiede gegenüber dem Privateigentum gab. So war das Pachtverhältnis erblich, allerdings nur an einen Sohn. War kein männlicher Erbe vorhanden, so fiel das gepachtete Land an den Lehnsherrn zurück. Wollte eine Tochter oder die Mutter dieses Land pachten, so war dies grundsätzlich möglich; es mußte in diesem Falle jedoch ein neuer Vertrag geschlossen werden. Beim Übergang der Pacht auf einen männlichen Erben war ein derartiger Vertrag nicht notwendig. Das gepachtete Land blieb somit auf jeden Fall nutzungsrechtlich in den Händen der Familien ¹⁾.

1) Vgl. Sevig, V.R., Bodenrecht, Ankara 1953, S. 148.

Diese unlösbare Verbindung zwischen Bauer und Boden im Rahmen der Lehnordnung wurde insofern abgeschwächt, als durch eine Bestimmung der Lehnordnung dem Bauern die Möglichkeit gegeben wurde, den Boden an einen anderen Bauern mit Zustimmung des Lehnsherrn weiterzugeben. Auf diese Weise war der Bauer rechtlich nicht unlösbar an den Boden gebunden, wie das in Europa zur Zeit des Lehnswesens der Fall war. Der Pachtvertrag zwischen Lehnsherr und Bauer wurde damit aufgelöst. Mit dem neuen Pächter wurde dann ein neuer Vertrag geschlossen. Der neue Pächter trat also nicht in den bisher bestehenden Vertrag ein wie etwa der männliche Erbe.

Die Durchführung der Lehnordnung und die Verantwortung wurde vom politischen Herrscher auf den Lehnsherrn übertragen. In dem ihm unterstellten Gebiet war er damit beauftragt, den Staat im Bereich der Verwaltung, der Finanzpolitik und des Militärwesens zu vertreten. Der Lehnsherr war den Bauern gegenüber Vertreter des Staates und hatte auch hoheitliche Aufgaben zu erfüllen. Bei einer Analyse der Lehnordnung sind zwei Rechtsverhältnisse zu unterscheiden: einerseits zwischen der Regierung und dem Lehnsherrn, andererseits zwischen dem Lehnsherrn und den Bauern. Das erste Rechtsverhältnis war öffentlich-rechtlicher Natur. Die Regierung gab Böden an den Lehnsherrn. Als Gegenleistung verlangte sie bestimmte Einnahmen aus diesen Böden. Ein Lehnsherr, der seinen Verpflichtungen der Regierung gegenüber nicht nachkam, wurde bestraft oder entlassen.

Das zweite Rechtsverhältnis stellt die Beziehung zwischen Lehnsherrn und Bauern dar. Hier gibt es auch wiederum zwei Unterscheidungen im Rechtsverhältnis:

Der Lehnsherr schloß als Stellvertreter der Regierung mit dem Bauern einen Pachtvertrag ab und gab ihm dafür das betreffende Land zur Nutzung. Der Bauer bewirtschaftete den Boden und lebte davon. Dieses Rechtsverhältnis ist privatrechtlicher Natur. Der Lehnsherr erhob als Stellvertreter des Staates bei den Bauern bestimmte Steuern. Dieses Rechtsverhältnis gehört wiederum dem öffentlichen Recht an.

Entsprechend der Lehnordnung waren alle landwirtschaftlichen Betriebe auf Bauernfamilien verteilt. Die Größe des landwirtschaftlichen Betriebes, der einer Bauernfamilie gegeben werden sollte, wurde vom Lehnsherrn unter Berücksichtigung der jeweiligen örtlichen Gegebenheiten so festgesetzt, daß die Erhaltung und der Lebensunterhalt der Familie gewährleistet war. Über die Größe eines Betriebes ist leider nicht überliefert. Aber auf die Größe des Lehens kann aus der Einreihung in eine der Klassen geschlossen werden, in die die Lehen nach ihrem Jahresertrag eingeteilt wurden. Sie sind folgende:

a) "Has", das sind Böden mit einem jährlichen Ertrag von mehr als 100 000 Akce ¹⁾. Der Lehnsherr hatte die Pflicht, pro 5 000 Akce Ertrag einen Soldaten im Kriegsfall zu stellen.

b) "Zeamet", das sind Böden mit einem jährlichen Ertrag von 20 000 - 100 000 Akce. Der Lehnsherr hatte dieselbe Pflicht wie oben.

c) "Timar", das sind Böden mit einem jährlichen Ertrag von 3 000 - 20 000 Akce. Der Lehnsherr hatte für jeweils 3 000 Akce (außer den ersten 3 000 Akce) einen Soldaten zu stellen.

Nach diesem System konnte der Lehnsherr, der den staatseigenen Boden an die Bauernfamilien verteilte, das Land nicht als Familieneigentum übernehmen. Er konnte unverteilte Böden nicht selbst bestellen. Er konnte auch das wirtschaftliche Arbeiten des Betriebes nicht beeinflussen. Der Bauer hatte absolute Freiheit in der Arbeitsorganisation innerhalb seines Betriebes. Der Lehnsherr aber überwachte die Übergabe des Betriebes und die Kontinuität der Bestellung.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß dieses System seit seiner Begründung (1339) bis zu Sultan Selim II. (1566 - 1574) mit Erfolg angewendet wurde. Die Bauern, die in ausgedehnten Ge-

1) Sevig, V.R., Bodenrecht, Ankara 1953, S. 150.
Nach Sevig betrug der Wert von 100 000 Akce 1 000 Goldstücke im Jahre 1539 - 1541. Dieser Ertrag war zur Zeit des ersten Weltkrieges 60 000 Goldstücke wert.

bieten des Reiches unter diesem System lebten, blieben vor Verschuldungen und den ungünstigen Folgen der islamischen Realteilung bewahrt. Außerdem wurde die Entstehung von Pacht-, Leibeigenschafts- und Frondienstverhältnissen verhindert.

Das Ziel der Agrarverfassung des Osmanischen Reiches kann man folgendermaßen zusammenfassen: In keinem Fall die Aufspaltung des bäuerlichen Betriebes in kleine Teile zu gestatten; den Boden gegen jede Art natürlicher Schäden zu schützen; die Fähigkeit des Bauern, Steuern zu zahlen, nicht zu verringern; zu verhindern, daß der Bauer seinen Boden verläßt; die Gesamtheit der Landarbeiter zu schützen und die Verteidigung des Landes sicherzustellen. Aber trotz dieser sozialpolitischen Vorteile brachte das Lehnssystem - vom wirtschaftlichen und finanziellen Standpunkt aus gesehen - nicht immer befriedigende Ergebnisse. In der Zeit vom 17. bis zum 19. Jahrhundert wurde die Gründung von Kleinbetrieben bewußt gefördert, um dadurch die Selbstversorgung des Osmanischen Reiches zu erreichen.

Es konnte nicht verhindert werden, daß der Bauer den staats-eigenen Boden, den er - seit Generationen jeweils vom Vater übernommen - bearbeitete, allmählich als Eigentum ansah, zumal in manchen Gebieten des Osmanischen Reiches manche bäuerlichen Betriebe von Steuerabgaben befreit waren. Mit sinkender Staatsautorität befreite sich der Pächter immer mehr von der Bindung an den Staat und an seinen Pachtherrn, und gewann so mit der Zeit fast die Stellung eines Eigentümers. Diese Stellung entwickelte sich aber sowohl zeitlich als auch regional nicht einheitlich, sondern schwankte je nach der Autorität des Staates zwischen eigentumsrechtlichen und pachtrechtlichen Formen. Mit dem Nachlassen der staatlichen Autorität entwickelte sich andererseits das Miri Arazi-System in eine andere Richtung als ursprünglich vorgesehen, da einzelne Lehnsherren den Grund und Boden, den sie vom Staat nur zur Überwachung zugeteilt erhalten hatten, als ihr persönliches Eigentum betrachteten.

Aus diesen Gründen hat sich der landwirtschaftliche und soziale Charakter des Landes schließlich geändert. Die Behandlung der Bodenprobleme im Osmanischen Reich führte in vielen Gebieten

aufgrund der recht unterschiedlichen Rechtsauslegung und des Gewohnheitsrechts zu Ergebnissen, die erheblich voneinander abwichen. Es stellte sich heraus, daß die Bodenprobleme durch das Rechtssystem der Lehnordnung allein nicht gelöst werden konnten. Zudem beeinflussten diese schwierigen Probleme die landwirtschaftliche Steuerpolitik des Osmanischen Reiches, weil in den ersten Jahren nach Einführung der Lehnordnung die Art und die Höhe der Steuer die Bauern nur wenig belastete ¹⁾. Aber im Laufe der Zeit wurden die vorhandenen Steuern erhöht und neue hinzugefügt ²⁾. Hauptsächlich betraf dies die auf den Boden erhobene Ertragssteuer, welche jedes Jahr ohne Rücksicht auf die laufend ansteigenden Produktionskosten des Betriebes als eine feststehende Naturalsteuer vom Rohertrag erhoben wurde. Da der Produktionsertrag nahezu gleich blieb, die Betriebskosten und Arbeitslöhne aber stiegen, verarmte der landwirtschaftliche Betrieb immer mehr. In den Jahren, als das Osmanische Reich nach und nach zerfiel (18. - 19. Jahrhundert), trug das eigenmächtige und willkürliche Festlegen der Steuer durch den Lehnsherrn zum Untergang des Lehnssystems bei.

b) Der Zeitraum von 1839 - 1923

Die Versuche, das Lehnssystem im Laufe der Zeit zu verbessern, schlugen fehl. Zwei bedeutende Meinungen standen im Widerstreit miteinander: Auf der einen Seite die fanatischen Anhänger des Islams, die in der Schwächung des Glaubens die Ursache für den Niedergang des Osmanischen Reiches sahen und die die Lehnssord-

1) Barkan, Ö.L., Reformation (Tanzimat), Istanbul 1940, S. 345.

2) Die Ertragssteuer, die die Bauernschaft zu leisten hatte, betrug 12,5 % aller Ackererträge; die anderen Abgaben waren die Viehsteuer, eine Kopfsteuer auf bestimmte Nutztiere, weiter eine Grundsteuer auf Haus- und Bodenbesitz. Von den indirekten Steuern belastete vor allem die Salzsteuer die ländliche Bevölkerung. Siehe hierzu: Kienitz, F.K., Türkei; Anschluß an die moderne Wirtschaft unter Kemal Atatürk, Hamburg 1959, S. 74.

nung zugunsten der islamischen Agrarverfassung geändert sehen wollten. Auf der Gegenseite die Ansicht, daß man die liberale europäische Konzeption als Vorbild für alle staatlichen Einrichtungen des Osmanischen Reiches übernehmen sollte. In ihrer liberalrechtlichen Einstellung konnten die Befürworter einer Agrarordnung nach westeuropäischem Vorbild aber keine Vorschläge zu deren Verwirklichung machen.

Aus diesem Grunde wurde die Lehnordnung, die ihre Eigenständigkeit und Bedeutung eigentlich schon verloren hatte, nicht ganz fallen gelassen. Unter dem Einfluß dieser beiden Richtungen wurde 1839 mit der Agrarerform angefangen; man begann, die Erfassung zum Heeresdienst von der Lehnordnung zu trennen und das Steuersystem zu ändern.

Die Umwandlung der Lehnordnung sollte unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten erfolgen. Die Diskussion um ein neues Bodengesetz zog sich hin bis zum Jahre 1858.

Sultan Abülaziz hatte 1856 die Reform des islamisch-osmanischen Bodenrechts (Lehnordnung) zum Abschluß gebracht und die Arbeiten zu einem neuen Bodengesetz beschleunigt. Durch den Abschluß des Pariser Vertrages (1856), den das Osmanische Reich mit unterzeichnete, entstand eine engere Verbindung mit Europa. In diesem Vertrag wurde das Osmanische Reich verpflichtet, eine gewisse Liberalisierung in der Gesetzgebung durchzuführen. In diese Zeit fallen folgende erste Neuerungen des Agrarrechts:

Nachdem die Lehnordnung im Jahre 1839 aufgehoben worden war, bekamen alle Beamten ihre Gehälter von einer zentralen Regierungsstelle ausbezahlt. Die Grundsteuern wurden nicht mehr von den Lehnsherrn, sondern direkt vom Staat erhoben. Durch die Abschaffung der Lehnordnung war das alte Wehrsystem zusammengebrochen. Nach der neuen Ordnung mußte jetzt jeder Staatsbürger, ob Moslem oder nicht, der Wehrpflicht nachkommen.

Nach dieser Zeit begann die Regierung damit, staateigenen Boden direkt an die Bauern zu verpachten. Das Recht des Lehns-

herrn, Boden zu verpachten, wurde aufgehoben ¹⁾. Alte Pachtverträge zwischen Lehnsherrn und Bauern mußten schriftlich erneuert werden, um weiterhin wirksam zu bleiben ²⁾.

Für den Boden (verpachteter Boden und Privatboden) konnte nur noch eine Steuer erhoben werden. Die hinsichtlich des Privatbodens bestehende Differenzierung zwischen Ösriye-Steuer (zehntpflichtige Steuer) und Haraciye-Steuer (tributpflichtige Steuer), die sich danach richtete, ob der Besitzer des Betriebes Moslem war oder nicht, fiel weg. Im Grundeigentum von Privatleuten galt jetzt das Recht der Gleichheit, d.h. die Religionszugehörigkeit spielte keine Rolle mehr.

Ab 1839 wurde der Kreis der Erbberechtigten bei Lehnbesitz auf der Grundlage des islamischen Privatrechts erweitert, das Veräußerungs-, Verpfändungs- und Belastungsverbot für Staatboden zunächst erleichtert und dann gänzlich aufgehoben ³⁾.

Nach längerer Vorbereitungszeit wurde am 3.3.1855 eine Kommission eingesetzt ⁴⁾, welche die Gesetze Westeuropas zu übersetzen und daraufhin zu überprüfen hatte, ob sie eventuell für die Türkei geeignet seien. Einige Gesetze wurden übernommen oder türkischen Verhältnissen angepaßt. Schließlich wurde im Jahre 1858 aufgrund der Arbeiten dieser Kommission ein neues Bodengesetz herausgebracht, das die örtlichen Verhältnisse stärker berücksichtigte.

Die Grundsätze des Bodenrechts aus der islamischen und osmanischen Zeit prägten auch dieses Bodengesetz. Die Regierung behielt sich wie bisher das Recht zur Bodenbesteuerung vor. Dasselbe galt hinsichtlich des Verfügungsrechts über

1) Das osmanische Bodengesetz von 1858, Art. 129.

2) Vgl. Sevig, V.R., Bodenrecht, Ankara 1953, S. 199 und die osmanische Grundbuchverordnung von 1849, Art. 11.

3) Vgl. Barkan, Ö.L., Reform in der Bodenrechtsgeschichte und Bodengesetz von 1858, in: Reformation (Tanzimat), Istanbul 1940, S. 345.

4) Vgl. Sevig, V.R., Bodenrecht, Ankara 1953, S. 198.

staatseigenen Boden. Die Bewirtschaftungspflicht blieb weiterhin bestehen.

In diesem Gesetz wurde der gesamte Boden des Landes in fünf Gruppen eingeteilt ¹⁾:

1. Privateigener Grund und Boden;
2. staatseigener Grund und Boden;
3. privat- und öffentlich-rechtlicher Stiftungsboden;
4. Grund und Boden im öffentlichen Eigentum zum Gemeingebrauch oder als Verwaltungsvermögen;
5. herrenloses Land.

Diese Einteilung des Grund und Bodens ist bis zum heutigen Tage praktisch gültig geblieben. Zu den Bestimmungen über die einzelnen Bodengruppen ist folgendes zu sagen:

Obwohl das Gesetz von 1858 den Boden des Landes praktisch in fünf Teile aufgeteilt hatte, wurden nur die zweite, vierte und fünfte Gruppe im Gesetz ausführlich behandelt. Die erste und dritte Gruppe wurde im osmanischen Familienrecht dargestellt (Mecelle) ²⁾.

1. Privateigener Grund und Boden

Über diese Bodenkategorie gibt es im Gesetz von 1858 keine Bestimmungen. Sie befanden sich erst im osmanischen Privatrecht. Der Privateigentümer hatte drei Rechte an seinem Grund und Boden ³⁾: Nutzungsrecht, Nießbrauch, Verfügungsfreiheit. Art. 1192 des osmanischen Zivilrechts (Mecelle) bestimmte, daß der Berechtigte nach Belieben über seinen Besitz verfügen, d.h. daß er Nutzen ziehen kann aus dem Boden,

1) Bodengesetz von 1858, Art. 1, in: "Düstür", Bd. 1, Istanbul 1873, S. 165 und vgl. Mardin Ebül'ula, Bodenrecht, Istanbul 1947, S. 5.

2) Osmanische Gerichtshofentscheidung vom 4. August 1908 und 18. September 1891. Mecelle: ist das letzte Bürgerliche Gesetzbuch des Osmanischen Reiches, die letzte Entwicklungsstufe des islamischen Privatrechtssystems. Es erschien in der Mitte des 19. Jh. Es umfaßte 16 Bücher mit 1851 Artikeln. Dieses Gesetzbuch war bis 4.10.1926 in Kraft, dann wurde das Schweizer Zivilgesetzbuch von der Türkischen Republik übernommen. Dieses ist bis heute in der Türkei gültig.

3) Osmanisches Zivilgesetzbuch (Mecelle) von 1876, Bd. 10, Art. 1192.

daß er ihn verkaufen, verschenken, verpachten, vererben und sogar zerstören konnte. Im Falle, daß kein Erbe vorhanden war, konnte der Staat sofort als Erbe auftreten und die Nutzungsrechte neu verleihen.

Nach dem Bodengesetz von 1858 wurde das private Grundeigentum in vier Gruppen eingeteilt:

1. Staatseigener Grund und Boden, der durch Verkauf in Privateigentum übergegangen war. Zum Verkauf mußte ein öffentliches Interesse bestehen.
2. Land, das vor oder nach den Eroberungskriegen an Moslems vergeben wurde. Auf dieses Land wurde nach dem Gesetz eine Steuer von 10 % erhoben, genau wie früher auch, jedoch betrachtete die Regierung diese Steuer nicht als Einnahme, sondern verteilte sie an die Waisen und Armen. Auf diese Weise konnte die Regierung eine soziale Pflicht erfüllen.
3. Alle in Dörfern und Städten gelegenen Grundstücke bis zu 500 qm.
4. Grundstücke, die Nichtmohammedanern gehörten. Die Grundsteuer betrachtete die Regierung als Einnahme. Diese Steuer war in zwei Gruppen geteilt: die erste Gruppe war eine mobile Finanzmasse, die nach dem Ertrag des Bodens festgesetzt wurde; die zweite Gruppe war ein fester Steuersatz, der nach der Größe des Grundstückes erhoben wurde.

2. Staatseigener Grund und Boden ¹⁾

Der staatseigener Grund und Boden wurde Privatpersonen nur zum Nießbrauch auf der Grundlage eines Pachtvertrages überlassen, der den jeweiligen Verhältnissen entsprechend aufgesetzt wurde. Diese Pachtverträge waren die gleichen, wie sie in Rom auf lange Laufzeiten abgeschlossen wurden. Sie unterscheiden sich von gewöhnlichen Verträgen dieser Art wie folgt: Beim Tode des Pächters erlischt der Vertrag nicht, sondern

1) Das osmanische Bodengesetz von 1858, Art. 3 (Miri Arazi).

die Erben treten automatisch in den Vertrag ein. Ein gewöhnlicher Pachtvertrag dagegen erlischt beim Ableben des Pächters.

Die Regierung behielt sich das Recht vor, den verpachteten Boden einem geeigneten Pächter zu geben, wenn der Berechtigte diesen verwahrlosen ließ.

Es war selbstverständlich, daß zwischen den Besitzern von Staatsland und Privateigentümern ein Unterschied gemacht wurde. Der Privateigentümer konnte seinen Grund und Boden ohne Genehmigung der Regierung bewirtschaften und jede Art von Rechtsgeschäften vornehmen, während der Pächter von Staatsland ohne die Genehmigung des Sultans den Boden nicht bebauen, nicht verschenken und drei Jahre hintereinander nicht brachliegen lassen durfte. Er durfte ihn auch nicht nach Belieben einer neuen Nutzung zuführen, z.B. ein Feld in einen Obstgarten oder Weinberg umwandeln. Wenn er dies dennoch tat, hatte die Regierung das Recht, innerhalb von drei Jahren die Pflanzen wieder entfernen zu lassen. Wenn die Einspruchsfrist von drei Jahren verstrichen war oder der Besitzer mit Genehmigung der Regierung den Garten oder den Weinberg angelegt hatte, dann gehörten die Pflanzen nicht mehr zum Boden, sondern dem Besitzer, der nun für den Ertrag eine Extrasteuer zahlen mußte ¹⁾.

Die staatseigenen Ländereien waren auf verschiedene Weise erworben worden. Den Großteil seiner Ländereien gewann der Staat durch Eroberungskriege. Diese Gebiete wurden nicht aufgeteilt, sondern direkt dem Staatsschatz einverleibt. Weiter fielen alle Grundstücke, bei denen nicht festgestellt werden konnte, ob die letzten Eigentümer Moslems oder Nichtmoslems waren, an den Staat. Gleiches galt für die Grundstücke, deren Eigentümer nicht mehr vorhanden waren. Ödland, das im Namen der Regierung in fruchtbares Land umgewandelt worden war, fiel ebenfalls an den Staat.

Eine weitere Möglichkeit des Erwerbs waren Enteignungen von Privatbesitz oder Schenkungen von Privatland an den Staat.

1) Das osmanische Bodengesetz von 1858, Art. 31.

Das Recht der Übertragung des verpachteten Staatslandes beim Tode des Besitzers hatte sich im Laufe der Jahre mehrfach geändert und weiterentwickelt. Diese Entwicklung nahm folgenden Weg:

In der ersten Phase bis 1847 konnte beim Tode des Besitzers der Boden lediglich auf den Sohn übertragen werden. Von 1847 bis zum letzten osmanischen Bodengesetz 1858 konnte der Boden dem Sohn und der Tochter hinterlassen werden, jedoch mit dem Unterschied, daß die Tochter die Hälfte dessen bekam, was dem Sohn zustand. Nun konnten von 1858 an folgende Personen beim Tode des Besitzers Erben werden:

1. Die Kinder des Verstorbenen (Töchter und Söhne) zu gleichen Teilen,
2. der Vater des Verstorbenen,
3. die Mutter des Verstorbenen.

Die Ehefrau des Verstorbenen wurde in keiner Gruppe erwähnt, da sie keine Rechte am Boden besaß.

Im Jahre 1868 wurde das Erbrecht bei verpachtetem Staatsland weiterentwickelt, und in einem neuen Gesetz trat die Ehefrau des Verstorbenen erstmalig auch als Erbin auf. Letzte Änderung des Erbrechtes wurde 1912 vorgenommen. Dabei wurde das deutsche BGB zugrunde gelegt. Trotz der Übernahme des Systems des BGB unterscheidet es sich von diesem in folgenden Punkten:

Das BGB kennt keine Erbgrenze. Aber die das Gesetz ausarbeitende Kommission zog die Erbgrenze bei den Großeltern und deren Deszendenz.

Nach dem BGB sind die Eltern des Verstorbenen in zweiter Ordnung erbberechtigt, im osmanischen Bodengesetz gehören die Eltern zur ersten Kategorie mit einem fixen Anteil von einem Sechstel.

Die Bestimmungen im BGB über die Erbfolge betrafen nur das Familienerbrecht. Landwirtschaftlicher Boden, Fideikommißboden und Wälder wurden davon ausgenommen, sie unterlagen den jeweiligen örtlichen Bestimmungen der einzelnen deutschen Länder. Mit dieser Maßnahme verhinderte die damalige Rechts-

ordnung eine Zersplitterung des landwirtschaftlichen Bodens, der Wälder und des Fideikommißbodens ¹⁾.

Die Kommission für osmanische Gesetzgebung dagegen wollte das Familienerbrecht nicht nur generell übernehmen, sondern auch auf Böden und Wälder anwenden. Aus diesem Grunde wurde das Gesetz von den Bauern kritisiert, weil es die Aufsplitterung des Betriebes und der Wälder in kleine Teile förderte. Dieses Gesetz von 1912 und das osmanische Bodengesetz von 1858 über das Staatsland wurden am 4.10.1926 durch die Übernahme des schweizerischen ZGB außer Kraft gesetzt.

3. Privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Stiftungsboden

Es sollen an dieser Stelle keine eingehenden Erläuterungen der umfangreichen gesetzlichen Bestimmungen über die Stiftungseinrichtung im islamischen und osmanischen Recht gegeben werden. Lediglich das Bodenrecht soll kurz berührt werden, weil die Stiftungseinrichtungen nicht direkt zum Bodenrecht gehören.

Im Osmanischen Reich gibt es im allgemeinen zwei Arten von Stiftungen ²⁾. Zur ersten gehörte die Stiftung von Privateigentum, die bestimmten Voraussetzungen unterlag, die außerhalb des osmanischen Bodenrechts standen. Hier wurde das osmanische Familienrecht angewendet. Die zweite Art von Stiftungen betraf staatlichen Boden, der nur vom Sultan genutzt und allein von ihm als Stiftung abgegeben werden konnte. Diese zwei Arten von Stiftungen kann man wiederum in folgende drei Gruppen unterteilen:

a) Stiftungen, bei denen das Eigentums- und Verfügungsrecht dem Staat vorbehalten blieb; die Einnahmen jedoch an die Wohlfahrtseinrichtungen weitergegeben wurden. Lediglich diese Art von Stiftungen wurde im Bodenrecht erwähnt.

1) Vgl. Das Einführungsgesetz zum Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch, Art. 59, 62 und 64, welche unterdessen nicht mehr gültig sind. Siehe Parland, BGB, 20. Auflage, Berlin und München 1961, Anm. 1 zu Art. 59, 64 EG BGB und Anm. 3 zu Art. 62 EG BGB.

2) Vgl. Sevig, V.R., Bodenrecht, Ankara 1953, S. 227.

b) Stiftungen, bei denen das Eigentumsrecht und die Einnahmen aus dem Stiftungsboden dem Staat vorbehalten blieben; das Verfügungsrecht jedoch anderweitig vergeben werden konnte. Diese Art von Stiftungen wurde im osmanischen Bodenrecht nicht erwähnt.

c) Stiftungen, bei denen das Eigentumsrecht dem Staat erhalten blieb; Verfügungsrecht und Einnahmen jedoch anderweitig vergeben werden konnten. Auch diese Art von Stiftung wurde nicht im Bodenrecht erwähnt.

4. Grund und Boden im öffentlichen Eigentum zum Gemeingebrauch, oder als Verwaltungsvermögen (Metruk Arazi) ¹⁾

Nach dem osmanischen Bodengesetz von 1858, Art. 91 - 102, wurden diese Böden aus Gründen der Systematik in zwei Arten geteilt ²⁾:

1. Böden als öffentliches Gut; das sind öffentliche Wege, Parkanlagen, Märkte, Kaianlagen;
2. Böden, die nur für den Gemeingebrauch bestimmt sind, z.B. Wald, in welchem Brennholz geschlagen werden darf, Dreschplätze, Weideplätze und Almen.

Im osmanischen Bodengesetz von 1858 gab es verschiedenartige Bestimmungen über diese Böden. So durften auf öffentlichen Wegen und Plätzen keine Gebäude errichtet oder Bäume angepflanzt werden ³⁾; die seit langem von einer bestimmten Dorf- oder Stadtbevölkerung genutzten Wälder und Weiden durften

1) Das osmanische Bodengesetz von 1858, Art. 91 - 102.

2) Vgl. Forsthoff, E., Lehrbuch des Verwaltungsrechts I, 8. Auflage, Berlin und München 1961, S. 326; Turegg-Kraus, (Lehrbuch des Verwaltungsrechts, 4. Auflage, Berlin 1962, S. 176 f.) bezieht öffentliche Sachen auf:

a) solche, die für die Benutzung durch die Allgemeinheit bereitgestellt sind; es handelt sich um jene Sachen, die im Gemeingebrauch stehen und deren Benutzung keiner besonderen Zulassung bedarf.

b) Solche, die den Trägern der öffentlichen Verwaltung zur Erfüllung ihrer Aufgaben dienen. Dieser Kategorie gehören Sachen an, die den Zwecken der Verwaltung unmittelbar durch ihren Gebrauch dienen, also das Verwaltungsvermögen.

3) Das osmanische Bodengesetz von 1858, Art. 93.

nicht von einer anderen Dorf- oder Stadtbevölkerung genutzt werden ¹⁾; öffentliche Wege oder Plätze innerhalb oder außerhalb eines Dorfes oder einer Stadt - wie Sammelplätze für Wagenpferde oder für Vieh, Dreschplätze, Gebetsplätze - durften nicht Gegenstand rechtlicher oder tatsächlicher Verfügung werden. Nutznießer dieser genannten Plätze oder Wege konnte nur die Bevölkerung des jeweiligen Dorfes oder der jeweiligen Stadt sein. Böden, die mehreren Städten oder Dörfern gemeinsam gehörten, konnten auch gemeinsam benutzt werden, unabhängig davon, in welchem Gebiet die Böden lagen. Weideflächen durften nicht verkauft und nicht bebaut werden; sie waren als solche geschützt. Die Weideplätze, die der Bevölkerung in bestimmten Jahreszeiten als Ausweichplätze dienten, unterstanden denselben Beschränkungen wie die oben genannten Weideplätze, jedoch mit dem einen Unterschied, daß für diese Plätze eine Steuer erhoben werden konnte.

Die Böden im öffentlichen Eigentum waren nicht im Grundbuch eingetragen. Das Nutzungsrecht der Dorf- oder Stadtbevölkerung wurde jedoch häufig schriftlich bescheinigt; meistens genügte es aber, daß der Staat der Gemeinde die Erlaubnis zur Nutzung mündlich erteilte ²⁾.

Veräußerungsverträge über Liegenschaften aber mußten gemäß Art. 1 des geänderten Bodengesetzes vom 29.3.1913 schriftlich abgeschlossen werden. Neben dieser Vorschrift bestand jedoch noch nach Art. 167 des osmanischen Familiengesetzes die Möglichkeit, Geschäfte aufgrund mündlicher Vereinbarung abzuwickeln. Art. 167 des osmanischen Familiengesetzes (Mecelle) besagte: "Durch Angebot und Entgegennahme ist ein Kaufvertrag gültig abgeschlossen". Beide Gesetze hatten zunächst nebeneinander Gültigkeit, so daß der Kauf bzw. Verkauf schriftlich oder mündlich abgeschlossen werden konnte. Um die Gültigkeit von Kaufverträgen zu sichern, wurde es später Brauch, den Kaufvertrag vor Gerichten abzuschließen und dort bestätigen zu lassen. Dies galt bald für die Ver-

1) Das osmanische Bodengesetz von 1858, Art. 94 - 97 und 101.

2) Vgl. Köprülü, B., Bodenrecht I, Ankara 1958, S. 77.

äußerung aller Grundstücke - außer für Grundstücke in Staats- oder Stiftungseigentum. Es wurde als Vergehen angesehen, ohne schriftlichen und gerichtlich beurkundeten Vertrag auf Grund und Boden Eigentumsrechte auszuüben. Selbstverständlich ist heute diese Bestimmung durch das türkische Zivilgesetz geändert worden: zum Erwerb des Grundeigentums ist die Eintragung in das Grundbuch erforderlich (Art. 633) ¹⁾. Absatz 2 desselben Artikels läßt jedoch einige Ausnahmen zu. Bei Übereignung, Vererbung, Enteignung, Zwangsvollstreckung und richterlichem Urteil erlangt indessen der Erwerber schon vor der Eintragung das Eigentum.

Grund und Boden im öffentlichen Besitz unterliegt nicht der Verjährung. Diese Bestimmung ist im Familiengesetz (Mecelle) und im Bodengesetz von 1858 einheitlich festgelegt: "Bei Gerichtsverhandlungen über öffentliche Wege, Flüsse, Weiden u.ä. gemeinnützigen Eigentum gilt das Verjährungsrecht nicht" ²⁾.

Die öffentlichen Böden im Eigentum verschiedener Gebietskörperschaften sind nicht untereinander austauschbar, nicht veräußerlich. Privatboden darf Gebietskörperschaften nicht als öffentliches Eigentum übertragen werden. Zweck der Vorschrift ist die Gewährleistung kontinuierlicher Bebauung.

Böden im öffentlichen Eigentum können nicht verpfändet werden. Man kann also allgemein feststellen, daß die Grundsätze über den im öffentlichen Eigentum stehenden Grund und Boden denen im europäischen Recht ähneln ³⁾.

Es ist fraglich, ob die Bestimmungen des Gesetzes von 1858 über den öffentlichen Immobilienbesitz durch das türkische Zivilgesetz vom 4. April 1926 (Art. 641, der dem Art. 664 des schweizerischen ZGB entspricht) derogiert wurden. Wenn man das Bodengesetz von 1858 für Böden im öffentlichen Eigentum als sachlich überholt betrachtet, würde es schwer sein,

1) Türkisches ZGB vom 4. April 1926, Art. 633 und Schweizer ZGB vom 10. Dezember 1907, Art. 656 und die Erste türkische Gerichtshofentscheidung vom 2. November 1951, Nr. 4671/934.

2) Das osmanische Bodengesetz von 1858, Art. 102 und Das osmanische Zivilgesetzbuch (Mecelle) von 1876, Bd. 15, Art. 1675.

3) Vgl. z.B. für Deutschland § 3 Abs. II der GBO.

die heutigen Vorschriften über das öffentliche Eigentum, die mehr grundsätzlicher Art sind, als brauchbare Rechtsquellen zu benutzen. Das geltende ZGB geht nicht auf einzelne Fragen des Bodenrechts ein, und eine eingehende Regelung der Probleme um das öffentliche Grundeigentum besteht nicht.

In Art. 18 des türkischen ZGB von 1926 sollten einige Bestimmungen des osmanischen Bodengesetzes von 1858 weiterhin Gültigkeit haben, da bei Inkrafttreten des Zivilgesetzes die zu diesem Zeitpunkt gültigen dinglichen Rechte im Bodengesetz geregelt werden sollten. Aus diesem Grund war es nicht möglich, das osmanische Bodengesetz gänzlich außer acht zu lassen.

In Art. 912 des türkischen Zivilgesetzes, der dem Art. 944 des schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 10.12.1907 entspricht, heißt es: "Grundstücke, die dem öffentlichen Interesse dienen, werden in das Grundbuch nicht aufgenommen, außer wenn dingliche Rechte an diesem Grundstück bestehen." Aufgrund dieser Bestimmung brauchten Dreschplätze, Wiesen und Weiden usw. nicht in das Grundbuch aufgenommen zu werden. Dies galt auch noch nach dem osmanischen Bodengesetz. Dagegen besagt Art. 25, Nr. 2644 des türkischen Grundbuchgesetzes vom 22.12.1934, daß auch solche öffentlichen Grundstücke in das Grundbuch einzutragen sind. Außerdem sieht dieses Gesetz vor, daß für Veräußerung, Verpachtung und Übertragung öffentlicher Sachen, die dem Gemeingebrauch dienen, wie z.B. Wiesen und Weiden, die gemeinschaftlich genutzt werden, besondere Bestimmungen aufgestellt werden sollen. Es ist aber hierin bis heute nichts geschehen.

Bei der praktischen Anwendung stehen sich also die Bestimmungen des osmanischen Bodengesetzes und des türkischen Zivilgesetzes einerseits und des Grundbuchgesetzes andererseits gegenüber. Dies führte zunächst zu Schwierigkeiten in der Rechtsprechung, die dann durch spätere Grundsatzurteile teilweise behoben werden konnten.

Als Beispiel soll ein Fall in Deper, einem Dorf in der Provinz Afyon, herangezogen werden: das türkische Verteidigungsministerium beabsichtigte, auf den öffentlichen Wiesen des Dorfes einen

Flugplatz zu bauen. Das Dorf Deper wollte diese Änderung im Grundbuch des Grundbuchamtes Afyon als dingliches Recht der öffentlichen Hand eintragen lassen. Das Grundbuchamt prüfte den Antrag, lehnte ihn jedoch unter Berufung auf Art. 25 des Grundbuchgesetzes ab und fügte als Begründung hinzu, die in diesem Artikel vorgesehenen nachträglichen Bestimmungen seien noch nicht aufgestellt worden. Gegen dieses Urteil legte das Dorf Berufung bei der Grundbuch- und Katastralgeneraldirektion in Ankara ein. Die Generaldirektion lehnte den Antrag ab, weil es über die Eintragung keine Bestimmungen gäbe - das Urteil des Grundbuchamtes wurde also bestätigt - und weil nach Ansicht des Staates, die dem öffentlichen Gebrauch dienenden Grundstücke bei der Änderung des Verwendungszweckes automatisch dem Staat zufallen würden ¹⁾.

Diese verworrene Situation und die im Gesetz bestehenden Lücken stellen für das türkische Parlament bei Entscheidungen ein besonderes Problem dar. Aus diesem Grund werden - solange, bis ein einheitliches Bodengesetz in Kraft getreten ist - Entscheidungen aufgrund des Gewohnheitsrechtes, durch besondere Willenserklärungen oder in Anlehnung an Grundsatzurteile des Gerichtshofes gefällt. Einige der wichtigsten Entscheidungen des Gerichtshofes in diesem Zusammenhang sind:

1. Es ist nicht erlaubt, öffentliche Sachen, die dem Gemeingebrauch dienen - wie z.B. Wege und Weideplätze, die innerhalb der Gebietsgrenzen einer Gemeinde liegen - an einen Dritten zu veräußern, zu übertragen oder in das Grundbuch einzutragen ²⁾.

-
- 1) Entscheidung der Grundbuch- und Katastralgeneraldirektion der Türkei vom 11.4.1949, Nr. 11; siehe auch: Forsthoff, E., Lehrbuch des Verwaltungsrechts I, 8. Auflage, Berlin und München 1961, S. 338; Turegg-Kraus, Lehrbuch des Verwaltungsrechts, 4. Auflage, Berlin 1962, S. 186. Die Entwidmung ebenso wie die Widmung selbst ist ein adressatloser, rechtsgestaltender Verwaltungsakt, der an keine Form gebunden ist, aber ein konkretes Verhalten voraussetzt, aus dem sich der auf die Entwidmung gerichtete Wille des Verwaltungsträgers eindeutig ergibt.
- 2) Entscheid des Gerichtshofes vom 30.1.1936, I.H.D. Nr. 968/2964.

2. Die gemeinnützige Art einer öffentlichen Sache kann nicht durch die bloße Aussage von Sachverständigen geklärt werden; vielmehr muß über die Richtigkeit der Sachverständigenaussage ein Beweis erbracht werden ¹⁾.

3. Das Pfandrecht gilt, wie dies auch beim staatlichen Eigentum der Fall ist, nicht für öffentliche Sachen, die dem Gemeingebruch dienen ²⁾.

4. Solange die öffentliche Sache dem Gemeingebruch dient, ist es nicht möglich, sich auf das Verjährungsrecht zu berufen ³⁾.

Mehrere dieser Urteile des Gerichtshofes gehen mit den Bestimmungen konform, wie sie in diesem Zusammenhang im osmanischen Bodengesetz von 1858 enthalten waren. Damit hat die Frage, ob die Bestimmungen des osmanischen Bodengesetzes über öffentliche Sachen im Gemeingebruch doch gültig sind oder nicht, an Bedeutung verloren. Andererseits ist es aber unbedingt nötig, von dieser verworrenen Lage in der Rechtsprechung Abstand zu nehmen und neue allgemeingültige Grundlagen zu schaffen.

5. Herrenloses Land

Die im osmanischen Bodengesetz von 1858 in der fünften Kategorie genannten Böden sind ungenutzte, nicht nutzbare Böden oder Ödland. Im osmanischen Bodengesetz von 1858, Art. 5 und 6 und im osmanischen Familiengesetz (Mecelle) von 1876, Art. 1270 ist der Begriff Ödland folgendermaßen beschrieben: "Boden, der niemandem durch Pachtvertrag zur Nutzung überlassen wurde, der keinen grundbuchmäßigen Eigentümer hat oder keiner Dorf- oder Stadtgemeinschaft von altersher zur Nutzung zugeteilt ist;

1) Entscheid des Gerichtshofes vom 9.12.1938, I.H.D. Nr. 3450/2132.

2) Entscheid des Gerichtshofes (Vollstreckungs- und Konkursstelle) vom 21.3.1940, Nr. Es. 748, K. 1455.

3) Entscheid des Gerichtshofes vom 2.11.1951, I.H.D. Nr. 4671/934.

der Boden muß von einer Siedlung mindestens so weit entfernt sein, daß einekräftige Stimme nicht mehr zu hören ist, d.h. etwa 15 Meilen oder 10 Minuten zu Fuß. Um aus diesen Böden Erträge ziehen zu können, müssen sie erst fruchtbar gemacht werden."

Im osmanischen Bodengesetz gab es genügend Bestimmungen über herrenloses Land, nicht jedoch im türkischen Zivilgesetz. Letzteres weist über herrenloses Land nur folgende Artikel auf ¹⁾:

1. "Die herrenlosen und die öffentlichen Sachen stehen unter der Hoheit des Staates, in dessen Gebiet sie sich befinden.

2. An den öffentlichen Gewässern sowie an dem der Kultur nicht fähigen Lande, wie Felsen und Schutthalden, Firnen und Gletschern und den daraus entspringenden Quellen besteht unter Vorbehalt anderweitigen Nachweises kein Privateigentum.

3. (Das kantonale Recht stellt über) die Aneignung des herrenlosen Landes, die Ausbeutung und den Gemeingebrauch der öffentlichen Sachen, wie der Strassen und Plätze, Gewässer und Flußbetten, die erforderlichen Bestimmungen auf."

Der Artikel über herrenloses Land ist dem schweizerischen Zivilgesetz wörtlich entnommen. Nach Absatz 3 sollen die besonderen Bestimmungen nach kantonalem Recht geregelt werden. Da es jedoch in der Türkei kein kantonales Recht gibt, konnten die kantonalen Bestimmungen nicht übernommen werden. Die Schaffung von Einzelbestimmungen, wie dies auch im türkischen Artikel vorgesehen ist, blieb jedoch bis heute aus.

So wurde das osmanische Bodengesetz außer Kraft gesetzt, ohne daß man neue Einzelbestimmungen festlegte.

1) Türkisches Zivilgesetzbuch vom 4. April 1926, Art. 641 und schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907, Art. 664 Abs. 1, 2 und 3.

Die allgemeinen Bestimmungen über die osmanischen Bodengesetze und ihre wichtigsten Aspekte wurden schon kurz erklärt. Die Grundsätze der Bestimmungen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Die Vermeidung der Bodenzersplitterung;
2. die Übergabe des Bodens an den, der die Bewirtschaftung am besten durchführt;
3. die erschwerte Übertragbarkeit des Bodens.

Diese Prinzipien wurden in den letzten Jahren des Osmanischen Reiches vernachlässigt und durch das letzte osmanische Gesetz von 1858 und durch neu aufgenommene Bestimmungen noch mehr verwischt. Es fällt auf, daß die Untertanen des Osmanischen Reiches ihren Bodenbesitz als dem Staat gehörig und sich selbst als Pächter des Bodens betrachteten. Auf diese Weise wurde der Boden vor den Einflüssen des Familiengesetzes bewahrt. Andererseits hatte die Regierung das Verfügungsrecht und die Möglichkeit, den Boden nach eigenem Ermessen zu verwalten.

2. In der Türkischen Republik

a) Ziele der Reformbestrebungen

Im Jahre 1935 hatte die türkische Regierung zum ersten Mal in der Geschichte des Landes die Grundlagen zu einem Bodenreformgesetz in engstem Kreise diskutiert. In den beiden darauf folgenden Jahren erwähnte der Staatspräsident die Vorbereitungen zu dieser Bodenreform jeweils in seinen Paralaments-eröffnungsreden, wobei er den Standpunkt vertrat, daß es keine Bauern ohne eigenes Land mehr geben solle, und daß die riesigen Ländereien der Großgrundbesitzer reduziert werden müßten¹⁾.

¹⁾ Vgl. Barkan, Ö.L., Das Gesetz zur Bodenreform und Grundprobleme einer Agrarreform in der Türkei, in: *Révue de la Faculté des Sciences Économique de l'Université d'Istanbul* von F. Neumark, Bd. 6, Nr. 1 - 2, Istanbul 1945, S. 60.

Wie war es zu dieser Entwicklung gekommen? Der Anlaß hierzu ist besonders im Flüchtlingsproblem zu suchen, dem sich der türkische Staat nach dem ersten Weltkrieg gegenüber sah. Die Gebietsverluste nach dem verlorenen Krieg und die nach dem türkisch-griechischen Krieg (1919 - 1922) erfolgten gegenseitigen Enteignungen und Ausweisungen lösten einen regelrechten Flüchtlingsstrom nach dem kleinasiatischen Staatsgebiet aus. Da die Unterbringung der Flüchtlinge fast nur im Bereich der Landwirtschaft möglich war, war der Staat gezwungen, sich endlich einmal mit den Agrarproblemen zu befassen. Dies führte dazu, daß nicht nur den Flüchtlingen Boden zugewiesen wurden, sondern auch den ansässigen landlosen Bauern. Art. 25 des Budgetgesetzes aus dem Jahre 1926 sah für einheimische Bauern eine Höchstzuwendung von 20 ha Land bei einer Abzahlungszeit von zehn Jahren vor ¹⁾.

Neben dem Flüchtlingsproblem zwang noch ein anderes nationales Unglück den Staat, sich mit dem Agrarproblem zu befassen. Im Osten des Landes hatte eine Typhusepidemie große Teile der Bevölkerung hinweggerafft. Ländereien und Höfe waren verwaist, die Besitzverhältnisse an Grund und Boden folglich undurchsichtig und verworren. Der Staat mußte sich zwangsläufig mit der Klärung der Besitzverhältnisse befassen ²⁾.

Die Gesetze vom 2.6.1929 und vom 14.6.1934 schufen schließlich die rechtlichen Grundlagen für die Ansiedlung der Flüchtlinge und der landlosen einheimischen Bauern. Das hierfür benötigte Land sollte einmal von staatseigenen Gebieten, zum anderen vom Großgrundbesitz genommen werden. Die Großgrundbesitzer sollten bei angemessener Entschädigung nur teilweise enteignet werden. Zu diesem Schritt war man jedoch in den wenigsten Fällen gezwungen, da die staatlichen Ländereien für die Verteilung ausreichten.

Man kann allerdings nicht behaupten, daß es sich hier um eine durchgreifende Bodenreform gehandelt habe. Immerhin aber lassen

1) Vgl. Barkan, Ö.L., Das Gesetz zur Bodenreform und Grundprobleme einer Agrarreform in der Türkei, a.a.O., S. 60.

2) Vgl. Sevig, V.R., Bodenrecht, Ankara 1953, S. 277.

sich dahingehende Bestrebungen feststellen, so z.B. die Vermehrung der Zahl der Familienbetriebe mit eigenem Land und die Einschränkung des Großgrundbesitzes.

Es war nicht möglich, die Reformpläne bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges zu verwirklichen. Dazu fehlten dem Staat die finanziellen Mittel, qualifizierte Beamte und vollständige Kataster. Der Krieg selbst setzte den Reformbestrebungen ein vorläufiges Ende.

Trotz unzureichender Voraussetzungen zur Durchführung der Reformpläne konnten zwischen den beiden Weltkriegen etwa 750 000 ha an 180 698 Flüchtlingsfamilien und ca. 350 000 ha an 113 000 landlose bzw. bedürftige einheimische Bauern zugewiesen werden ¹⁾. Der Kaufpreis war gering, die Teilzahlungsbedingungen waren günstig. Die Zahl der landlosen oder landarmen Bauern nahm trotzdem zu; dies war der Tatsache zuzuschreiben, daß die Landverteilung in keinem Verhältnis zum Zuwachs der Landbevölkerung stand.

b) Wirtschaftliche, soziale und politische Beweggründe für die türkische Bodenreform

Die Struktur der türkischen Landwirtschaft wies einerseits Großbetriebe auf, die ihr Land selbst nicht bewirtschaften konnten und es teilweise an Pächter vergaben; andererseits gab es eine Vielzahl von Klein- und Kleinstbetrieben, die sich aufgrund fehlenden Kapitals nicht vergrößern konnten. Durch die Zunahme der Landbevölkerung wurde der Boden pro Familienbetrieb immer knapper. Oft reichten die Bodenerträge der Kleinbetriebe nicht mehr aus, den Lebensunterhalt zu decken. Eine günstige Relation zwischen Kapital, Arbeit und eigenem Boden kam nicht mehr zustande. Demgegenüber lagen große Ländereien des Staates einfach brach; diese Ländereien zu

1) Vgl. Köprülü, B., Bodenrecht, Istanbul 1958, S. 135 und 136.

nutzen und zu bewirtschaften, erforderte neue rechtliche Maßnahmen von der Regierung.

Eine Bodenreform sollte dazu führen, eine günstige Relation zwischen den drei Produktionsfaktoren Kapital, Arbeit und Land herbeizuführen und die unbeschäftigten Landarbeiter in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Man wollte damit einer Entwicklung Einhalt gebieten, die bis zum Ende des zweiten Weltkrieges ein bedenkliches Ausmaß angenommen hatte: die hohen Pachtzinsen veranlaßten den Bauern, auf jede Mehrleistung zu verzichten und nur noch für seinen eigenen Lebensunterhalt zu sorgen. Die Folgen waren sinkende Produktivität und sinkende Einkommen der Pächter.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sah man vor, dem Bauern das verpachtete Land als Eigentum zu überlassen. Dies sollte dann für den Bauern ein Anreiz sein, seine Anstrengungen zu vergrößern, wirtschaftlicher zu arbeiten und mehr zu produzieren.

Neben den wirtschaftlichen Gründen verlangten soziale Gegebenheiten nach einer Bodenreform. Die rasche Zunahme der Landbevölkerung hatte zu einer großen Arbeitslosigkeit geführt, die auch durch Abwanderungen der Landarbeiter in die Städte nicht behoben werden konnte. Die Arbeitslosigkeit zog sozusagen vom Land in die Stadt weiter, da die aus den Landgebieten abwandernden Arbeitskräfte von der Industrie, die sich nur zögernd entwickelte, nicht aufgenommen werden konnten. Neben der Schwierigkeit, einen Arbeitsplatz zu finden, stand die Sorge, eine Wohnung zu bekommen. Nur eine Bodenreform konnte hier Abhilfe schaffen. Man versuchte die Schwierigkeiten durch Schaffung von unteilbaren und unveräußerlichen Höfen und durch die Reduzierung oder auch gänzliche Beseitigung des Großgrundbesitzes zu meistern. Hierdurch sollte den neuen Besitzern landwirtschaftlicher Anwesen der Anreiz zu größeren Leistungen gegeben und die Abwanderung in die Städte verhindert werden.

Maßgebend für die Anstrengungen des Staates, durch eine Bodenreform für die Landbevölkerung günstige wirtschaftliche Bedingungen und soziale Sicherheit zu schaffen, waren nicht zuletzt politische Gesichtspunkte. Die Regierung versuchte, durch

aktive Mitwirkung an der Lösung des Agrarproblems den Bauernstand für sich zu gewinnen.

Die türkische Regierung erhielt die hauptsächlichen Anregungen aus dem Land selbst; aber man darf den Einfluß nicht unterschätzen, die die Agrarreform bzw. die Agrarrevolution in Rußland und in den "zwischeneuropäischen Staaten" ausübten ¹⁾.

c) Ergebnisse der Reformbestrebungen

Nach langjährigen Bemühungen gelang es der Regierung (M.K. Atatürk) in die Verfassung eine Bestimmung aufzunehmen, welche die Durchführung einer Bodenreform ermöglichte ²⁾.

Doch erst 1945 konnte das entsprechende Ausführungsgesetz beschlossen werden ³⁾. Dieses Gesetz sah Bestimmungen vor, mit deren Hilfe Land, das dem Staat, den Gemeinden, religiösen Stiftungen oder Großgrundbesitzern gehörte, an landlose oder landarme Bauern verteilt werden sollte. Alle diesem Kreis von Besitzern gehörenden Flächen über 500 ha konnten bei Bezahlung einer Entschädigung enteignet werden. Insgesamt wurden in der Zeit von 1947 - 1960 rd. 1,7 Mill. ha Boden verteilt (s. Tabelle).

Herkunft des in der Zeit von 1947 - 1960
verteilten Bodens ⁴⁾

1. Aus Staatsbesitz	1 610 714 ha
2. Aus dem Besitz der Provinzen	2 016 ha
3. Aus dem Besitz der Präfekturen	36 ha
4. Aus dem Besitz der religiösen Stiftungen	46 849 ha
5. Aus dem Besitz der Landwirt- schaftsbank	59 ha
6. Aus Privatbesitz	18 827 ha
Insgesamt	1 678 501 ha

1) Vgl. Dietze, C. v., Artikel: Agrarreformen und Agrarrevolutionen, in: Staatslexikon, Bd. 1, Freiburg i.Br. 1957, S.140.

2) Verfassung für die Türkische Republik von 1924, Art. 74.

3) Das Gesetz zur Landbeschaffung für die Bauern, 11.6.1945, Nr. 4753, Ankara 1945.

4) OEEC, Ausgewählte Probleme der Agrarwirtschaft, Bd.1, vierter Bericht

Hieraus entnimmt man, daß der größte Teil des abgegebenen Bodens aus dem Eigentum des Staates kam. Ein relativ hoher Anteil stammt von Großgrundbesitzern. Dem kommt ein besonderes Gewicht zu, wenn man bedenkt, daß die Enteignung der Großgrundbesitzer im März 1950 eingestellt worden ist. Zu diesem Zeitpunkt wurde die entsprechende Bestimmung aus dem Bodenreformgesetz außer Kraft gesetzt ¹⁾.

Das erlassene Bodenreformgesetz enthielt weiterhin Bestimmungen, die den Kleinbauern eine bessere Wirtschaftsführung ermöglichen sollte. Im einzelnen wurde vorgesehen, das Kapital der Kleinbetriebe zu erhöhen und zu festigen. Wenn es sich als notwendig erwies, wurde die Umsiedlung von Bauern aus dicht besiedelten Gebieten gefördert ²⁾.

Das Land und das eventuell vom Staat zur Verfügung gestellte Kapital wurde den Bauern nicht geschenkt. Die Rückzahlung sollte in zwanzig Jahresraten - vom sechsten Jahr nach Erhalt der Hilfeleistung an - erfolgen.

Man kann also die Bodenreform zumindest im wirtschaftlichen Bereich einen gewissen Erfolg nicht abstreiten. Dagegen sind die sozialen Ziele nicht erreicht worden. Das lag einmal an der bereits erwähnten Rücksichtnahme auf die Großgrundbesitzer, zum anderen aber auch daran, daß die Arbeits- und Pachtverhältnisse im Bodenreformgesetz nicht neu geregelt worden waren.

Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, daß seit dem Bodenreformgesetz des Jahres 1945 zwei Formen landwirtschaftlichen Grundeigentums bestehen: einmal das Privateigentum im Sinne des ZGB, das frei verfügbar ist, zum anderen das Grundeigentum, welches vom Staat unter bestimmten Voraussetzungen und Auflagen verteilt und daher nicht frei verfügbar ist.

1) Diese Entscheidung wurde von der Regierung Menderes getroffen, um die Großgrundbesitzer für die Regierungspolitik zu gewinnen. Das Gesetz vom 22.3.1950, Nr. 5618.

2) OEEC, Ausgewählte Probleme der Agrarwirtschaft, Bd. 1, vierter Bericht, Bonn 1961, S. 321.

d) Zustandekommen des Bodenreformgesetzes von 1945

Am 11.6.1945 wurde vom türkischen Parlament ein Gesetz mit dem Titel "Das Gesetz zur Landbeschaffung für die Bauern" verabschiedet. Dieser Verabschiedung gingen längere Beratungen voraus, da der Gesetzentwurf sowohl im Parlament als auch im betreffenden parlamentarischen Fachausschuß immer wieder zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten Anlaß gab, obwohl das Parlament grundsätzlich der Meinung war, eine Bodenreform müsse durchgeführt werden.

Die Grundgedanken der Regierung zur geplanten Bodenreform sollen im folgenden kurz erläutert werden.

Die Bodenreform sollte nach Wunsch der Regierung unteilbare, unveräußerliche und unbelastete Bauernhöfe schaffen, die ganz aus dem Kapital - und Warenverkehr - herausgenommen werden sollten ¹⁾. Ziemlich genau war die Vorstellung, die man im Parlament und im Fachausschuß von der Größe dieser Bauernhöfe hatte. Als unterste Grenze waren 3 ha, als oberste 50 ha vorgesehen und zwar jeweils unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse, wobei als grundsätzliche Richtschnur für den Umfang eines Hofes die Auffassung galt, daß der Ertrag aus Grund und Boden des Hofes die Ernährung einer Bauernfamilie sicherstellen müsse und vorhandene Arbeitskräfte voll ausgelastet sein sollten.

Grundsätzliche Beschlüsse wurden über die Veräußerung und Belastung des Hofes gefaßt. Danach war es dem Eigentümer des Hofes verboten, seinen Besitz zu verkaufen oder, auf welche Art auch immer, zu belasten. Nur durch eine gerichtliche Ausnahmegenehmigung konnte dieses Verbot in besonders gelagerten Fällen aufgehoben werden. Diese Bestimmungen sollten dazu führen, daß der Hof ungeteilt vom Erben übernommen werden konnte. Im Todesfall des Besitzers stellte das Gericht fest, wer von den Erben den Hof übernehmen sollte. Tüchtigkeit und Alter waren die Bewertungsmaßstäbe. Weibliche Erben, die einen Hof grundsätzlich

1) Vgl. Protokoll des türkischen Parlaments vom 14.5.1945, S.21.

nicht übernehmen konnten, wurden - falls sie darauf bestanden - mit geringen Geldbeträgen abgefunden.

Die Höfe, die aufgrund der Bodenreformgesetze erworben worden waren, mußten als Erbhöfe im Grundbuch eingetragen werden. Die staatliche Agrarbank war zur Aufsicht bei Kredit-Hypotheken-Verfahren, die die Erbhöfe betrafen, eingesetzt ¹⁾.

Durch die erwähnten Maßnahmen, nämlich durch die Schaffung von unteilbaren, unveräußerlichen und unbelasteten Bauernhöfen, beabsichtigte die Regierung, die in vielen Punkten nachteilige liberale Ordnung zu verbessern.

Wie oben erwähnt, rief der Gesetzentwurf über die Bodenreform starke Meinungsverschiedenheiten hervor. Dem Sitzungsprotokoll des türkischen Parlaments und dem Bericht des Fachausschusses ist zu entnehmen, daß eine Reihe von Einwänden erhoben wurde ²⁾.

Die kritischen Stimmen im Fachausschuß waren der Meinung, daß die Größe von Grund und Boden der Höfe sowie deren Verhältnisse hinsichtlich Kapital und Arbeitskräften nicht dauernd der sich wandelnden technischen und wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt werden könnten. Die Unteilbarkeit und die Unveräußerlichkeit eines Hofes stünde dem grundsätzlich entgegen. Außerdem wurde vorgebracht, daß die Wahl des Hoferten durch ein Gericht Streitigkeiten unter den Familienmitgliedern aufkommen lassen könnte. Das gegenseitige Einvernehmen und die Zusammenarbeit der Geschwister auf einem Hof seien unter den alten Rechtsverhältnissen dadurch gestärkt worden, daß jeder auf dem Hof gleichberechtigt gewesen war und einen Anteil an den Überschüssen der landwirtschaftlichen Produktion gehabt hatte. Außerdem erhielt später jeder in gleicher Weise sein Erbteil. Schließlich, so hieß es im Bericht des Fachausschusses, verstoße es gegen das türkische ZGB, wenn der Erbe des Hofes von Gerichten ausgewählt werde.

1) Vgl. Protokoll des türkischen Parlaments mit Regierungsvorschlag vom 14.5.1945, S. 21.

2) Sitzungsprotokoll des türkischen Parlaments vom 14.5.1945, Bericht des Fachausschusses, S. 9.

Die Einwände, die im Fachausschuß erhoben worden waren, führten dazu, daß der Regierungsvorschlag, der in vielen Punkten Parallelen zum deutschen Reichserbhofgesetz vom 29.9.1933 ¹⁾ und der Lehnordnung im Osmanischen Reich aufwies, abgeändert wurde. Man legte schließlich fest:

Das Verbot der Teilung, der Veräußerung und der Belastung soll auf 25 Jahre beschränkt bleiben; das Gericht soll den Alleinerben nur dann bestimmen dürfen, wenn sich die Erben untereinander nicht innerhalb von drei Monaten auf einen Hoferben geeinigt haben; jeder Miterbe soll ein Wohnrecht am Hof und Anteil am Wert des Hofes erhalten.

Das Gesetz mit 66 Artikeln wurde am 11.6.1945 verabschiedet. Danach wurde das Gesetz am 22.3.1950 unter der Nummer 5618 zum ersten Mal und am 20.5.1955 unter der Nummer 6603 zum zweiten Mal geändert.

Zuvor war im Jahre 1947 eine Einführungsordnung erlassen worden, die zehn Jahre später, am 22.3.1957 unter der Nummer 8751 modifiziert wurde.

Nach den letzten Änderungen umfaßt das Gesetz folgende Punkte:

Allgemeine Bestimmungen	Artikel	1 - 7
Zuteilungsverfahren	"	8 - 13
Enteignungen	"	14 - 33
Zuteilungsberechtigte	"	34 - 36
Umfang der Bodenzuteilung	"	37 - 44
Die Entschädigungsfrage	"	45 - 52
Die rechtlichen Bestimmungen über zugeteiltes Land	"	53 - 59
Sonstige und vorübergehende Bestimmungen	"	60 - 66

1) Abgedruckt bei Wöhrmann, Ö., Das Reichserbhofgesetz, 2. Auflage, Berlin 1934.

e) Ziele des Gesetzes

Das am 11.6.1945 nach zehnjähriger Vorbereitung verabschiedete Gesetz über die Landabgabe an Bauern (Nr. 4753) enthält in seiner letzten Form (Nr. 5618) folgende drei Grundbestimmungen¹⁾:

1. An landlose oder landarme Familien oder an solche Personen, welche die Bedingungen dieses Gesetzes erfüllen, darf Land vergeben werden. Der Boden muß eine ausreichende bäuerliche Existenz gewährleisten.
2. Einrichtungs-, Wiederherstellungs- und Betriebskapital, dazu lebendes und totes Inventar darf an bedürftige Bauern und an Personen vergeben werden, die aufgrund dieses Gesetzes Boden erhalten, oder an solche, die zwar über genügend Boden, aber nicht über ausreichende Produktionsgeräte verfügen.
3. Eine ununterbrochene Bewirtschaftung des zugewiesenen Bodens muß sichergestellt sein.

Um jedes Mißverständnis auszuschließen, wurden folgende Berufsbezeichnungen genau definiert: "Landwirt", "landwirtschaftlicher Arbeiter" und "in der Landwirtschaft beschäftigte Personen" ²⁾. Außerdem wurde in der letzten Änderung des Gesetzes festgelegt, wer zur bäuerlichen Familie gehört ³⁾.

Oberstes Ziel dieses Gesetzes ist es, zu erreichen, daß keine Bodenflächen unbearbeitet bleiben und keine Bauern ohne Land sind. Ein ähnliches Ziel hatte sich das türkische Dorfgesetz vom 18.3.1924 (Nr. 442) in Art. 44 gesetzt, in dem es hieß, daß landlosen Bauern innerhalb der Dorfgrenzen Land zu geben sei, das sie in Raten abzahlen könnten. Das Land, das an die Bauern verkauft wurde, war meist solches, das die Dorfgemeinde

-
- 1) Das Gesetz zur Landbeschaffung für die Bauern, Nr. 5618, Art. 1.
 - 2) Das Gesetz zur Landbeschaffung für die Bauern, Nr. 5618, Art. 2.
 - 3) Nach Art. 34 des Gesetzes (Nr. 5618) gehören zur bäuerlichen Familie: der Ehemann, die Ehefrau, ihre mit ihnen zusammenlebenden Kinder und Stief- oder Adoptivkinder.

vom Staat gekauft oder erhalten hatte. Aber der türkische Gerichtshof hat am 9.6.1928 entschieden, daß die Beschlüsse der Dorfgemeinden über das innerhalb ihrer Gemeindegrenzen liegende staatseigene Land für den Staat nicht bindend sind. Deshalb hat Art. 44 des Dorfgesetzes keine größere Bedeutung erlangt.

Um die kontinuierliche Bearbeitung der abgegebenen Böden sicherzustellen, sind in den Bestimmungen über die Landabgabe an Bauern einige wichtige Sanktionen enthalten. Wenn zugeteilte Böden von ihren Besitzern nicht persönlich (Selbstbewirtschaftung) und ohne zwingenden Grund drei Jahre hintereinander nicht bearbeitet werden, dann wird der Boden als brachliegend angesehen und durch Gerichtsbeschluß von der Regierung zurückgenommen ¹⁾. Diese Bestimmung ähnelt sehr dem letzten osmanischen Bodengesetz von 1858 Art. 68, jedoch mit dem einen Unterschied, daß im osmanischen Gesetz die Bearbeitung des Bodens nicht ausdrücklich durch den Eigentümer selbst erforderlich war.

Obwohl im oben genannten Gesetz die Bedingung aufgestellt war, daß das Land ausschließlich vom Besitzer selbst bewirtschaftet werden müsse, wurde nie geklärt, was unter "Selbstbewirtschaftung" - streng gefaßt - zu verstehen ist. Es wurde zwar eine allgemeine Einleitung zu diesem Gesetz am 4.6.1947 herausgegeben, die eine Definition des Begriffes "Selbstbewirtschaftung" enthielt, aber die gegebene Definition wurde in die neue Verordnung, die am 28.2.1957 unter der Nr. 8751 erschien, nicht wieder aufgenommen ²⁾.

Solche Versäumnisse müssen selbstverständlich nachgeholt werden, weil ein landwirtschaftlicher Betrieb nicht immer vom Eigentümer selbst, sondern von einem Verwalter bewirtschaftet wird. Die heutige Form des Gesetzes sieht eine Verpachtung,

1) Das Gesetz zur Landbeschaffung für die Bauern, Nr. 5618, Art. 56 und Einführungsordnung vom 28.2.1957, Nr. 8751, Art. 58.

2) Vgl. Das Gesetzblatt der Türkischen Republik, Ankara 22.3.1957, Nr. 9566.

eine Vermietung oder eine Bewirtschaftung durch andere nicht vor ¹⁾. Ausnahmebestimmungen gelten für solche Fälle, in denen der Eigentümer seinen Wehrdienst ableisten muß, minderjährig, längere Zeit krank oder entmündigt ist.

f) Das Zuteilungsverfahren

In Art. 34 des Gesetzes Nr. 5618 ist die Reihenfolge der Zuteilungsberechtigten wie folgt festgelegt:

1. Pächter, Mieter und deren Angehörige, die kein Grundeigentum haben;
2. Kleinbauern (einschließlich Familienangehörige), deren Boden zum Lebensunterhalt nicht ausreicht;
3. Veterinäre und Absolventen von Landwirtschaftsschulen, die Boden nicht oder in nur unzureichender Größe besitzen;
4. in der Landwirtschaft Beschäftigte, die kein Land haben;
5. mündige Angehörige von Bauernfamilien, die sich selbständig machen wollen;
6. Flüchtlinge, soweit sie bisher schon Bauern waren ²⁾;
7. Personen, die einer Erbengemeinschaft angehören und diese jetzt verlassen wollen ³⁾.

In Art. 36 des Gesetzes Nr. 5618 ist festgelegt, welche Voraussetzungen die Bewerber allgemein erfüllen müssen: sie müssen die türkische Staatsangehörigkeit und die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen, außerdem müssen sie sich verpflichten,

-
- 1) Das Gesetz zur Landbeschaffung für die Bauern, Nr. 5618, Art. 57.
 - 2) Das Siedlungsgesetz vom 14.6.1934, Nr. 2510 Art. 1, 3 und 6 versteht unter Flüchtlingen drei Personengruppen: Türken, die aus dem Ausland kommen; Personen, die innerhalb der Türkei ihren Wohnsitz gewechselt haben; Personen, die zwangsläufig angesiedelt worden sind (z.B. Nomaden).
 - 3) Näheres regelt Art. 9 des Gesetzes Nr. 4753.

den zugeteilten Boden selbst zu bewirtschaften.

Bei der Landverteilung auf die einzelnen der oben genannten Personengruppen wird nach folgender Regel vorgegangen ¹⁾.

1. Familien mit Kinder;
2. Familien mit Haus und Produktionsgeräten;
3. Familien mit Haus und unzureichenden Produktionsmitteln.

Für den Fall, daß sich innerhalb einer Personengruppe nur solche Bewerber befinden, die gleichberechtigt sind (z.B. von den Kleinbauern nur Familien mit Kinder), der abzugebende Boden aber nicht ausreicht, ist im Gesetz keine Regelung vorgesehen. Diese Frage wird nur im Art. 45 der am 28.2.1957 herausgegebenen allgemeinen Einleitung (Nr. 8751) behandelt, die hierfür eine Entscheidung durch Los vorschreibt.

In Art. 44 des Gesetzes Nr. 4753 ist festgelegt, welche Personen kein Land zugeteilt bekommen, nämlich Bauern, die z.T. enteignet worden sind, weil sie ihren Besitz nicht bewirtschaftet haben; Personen, die bereits zugeteiltes Land aufgrund der Bestimmungen des Gesetzes Nr. 5618 zurückgeben mußten; und Bauern, die schon vor Inkrafttreten des Gesetzes Nr. 4753 Boden erhalten und diesen seit Bestehen des Gesetzes in irgendeiner Form weitergegeben haben. Durch das Gesetz vom 20.5.1955 Nr. 6603, Art. 3 wurde die Bestimmung für den letztgenannten Fall gelockert, so daß die betreffenden Bauern unter bestimmten Voraussetzungen erneut Land erhalten können.

Im folgenden ist dargestellt, welche Böden zur Zuteilung herangezogen wurden. Bei der Beratung im Parlament wurden zwei Ansichten vorgebracht: auf der einen Seite wurde verlangt, daß das öffentliche Grundeigentum zur Verteilung herangezogen werden sollte, auf der anderen, daß der private Großgrundbesitz enteignet werden müsse:

In Art. 8 des Gesetzes Nr. 5618 wurde schließlich festgelegt, daß zur Zuteilung herangezogen wird:

1) Das Gesetz zur Landbeschaffung für die Bauern, Nr. 5618, Art. 35.

1. Staatseigentum, das nicht im Gemeingebrauch steht. Aufgrund von Art. 6 des Grundbuchgesetzes vom 22.12.1934 waren schon zahlreiche Bauern Eigentümer des staatseigenen Landes geworden, weil sie bisher brachliegende Böden von sich aus bewirtschaftet hatten. Das Gesetz zur Landbeschaffung für die Bauern hob diesen Artikel auf ¹⁾. Damit ging aber auch der Anreiz für viele Bauern verloren, durch die freiwillige Bewirtschaftung von Brachland Eigentum an Grund und Boden erwerben zu können.

2. Eigentum öffentlich-rechtlicher Körperschaften, für das keine Verwendung besteht. Aufgrund obigen Gesetzes wird eine Kommission zusammengestellt, die zu prüfen hat, ob das Land dieser Körperschaften zur Verteilung herangezogen werden kann ²⁾. Diese Bestimmung des Gesetzes hat für die Landeskultur nachteilige Auswirkungen, da zahlreiche Buschwälder an Bauern verteilt worden sind ³⁾. Die Buschwälder jedoch haben für den Bodenschutz erhebliche Bedeutung, weil sie eine gute Grundlage zur Wiederbewaldung sind.

3. Land, dessen Eigentümer nicht bekannt ist. In Art. 9 des Gesetzes sind die Voraussetzungen genannt, unter denen dieser Boden im Rahmen des Gesetzes zur Landbeschaffung für die Bauern verwendet werden kann. Danach muß der Eigentümer zunächst öffentlich aufgerufen werden. Wird der Eigentümer durch Aufruf nicht gefunden, so fällt das Land dem Staat zu und wird in das Grundbuch eingetragen ⁴⁾.

-
- 1) Das Gesetz zur Landbeschaffung für die Bauern, Nr. 5618, Art. 64.
 - 2) Einführungsordnung vom 22.3.1957, Nr. 8751, Art. 21, 22 und Änderungsgesetz vom 22.3.1950, Nr. 5618, Art. 3, 4, 5 und Weide-Normverordnung vom 13.3.1957, Nr. 8806.
 - 3) Das Forstgesetz vom 31.8.1956, Nr. 6831, Art. 1 hat die Buschwälder nicht mehr als Bestandteil des Waldes angesehen.
 - 4) Gemäß des Grundbuchgesetzes vom 22.12.1934, Nr. 2644 und gemäß des Übertragungsgesetzes vom 15.12.1934, Nr. 2613, Art. 22/H besteht diese Möglichkeit auch außerhalb des Gesetzes zur Landbeschaffung für die Bauern. Vgl. dazu auch die ähnliche Regelung im Deutschen Recht und zwar im § 946 ff, ZPO.

Aufgrund von Art. 27 des Gesetzes Nr. 4753 und aufgrund von Art. 6/c der Einführungsverordnung setzt die Übertragung des Eigentums auf den Staat voraus, daß ein gerichtliches Urteil vorliegt. Dieses gerichtliche Urteil ist grundsätzlich bei allen Grundeigentumsübertragungen notwendig, soweit nicht die schriftliche Zustimmung des bisherigen Eigentümers vorliegt ¹⁾. Sollte sich der bisherige Eigentümer innerhalb von zehn Jahren nach dem Tag der Eintragung in das Grundbuch melden, so muß der Staat den Wert des Grundstückes ersetzen ²⁾. Maßgebend für die Höhe der Entschädigung ist der Verkehrswert am Tage der Eintragung in das Grundbuch.

4. Sonstiges staatliches Grundeigentum. Hierunter fallen solche Böden, die durch Meliorationen, Trockenlegungen und Flußbegradigungen vom Staat gewonnen worden sind ³⁾.

5. Sollte das unter 1. bis 4. aufgeführte Grundeigentum des Staates nicht zur Verteilung ausreichen, so kann privates Grundeigentum herangezogen werden ⁴⁾:

- a) Alle Arten von Stiftungsböden. Sie können vollständig enteignet werden.
- b) Gemeindeeigentum, soweit es nicht im Gemeingebrauch steht.
- c) Die über 500 ha hinausgehenden Teile des gesamten Großgrundbesitzes von natürlichen und juristischen Personen.
- d) Die über 200 ha hinausgehenden Teile landwirtschaftlichen Eigentums, wenn die Fläche vom Besitzer nicht rationell bewirtschaftet wird.

hier bestehende Möglichkeit der Enteignung des Großgrundbesitzes wird noch wesentlich dadurch abgeschwächt, daß der

Türkisches ZGB, Art. 935; entspricht Art. 963 des schweizerischen ZGB.

Das Gesetz zur Landbeschaffung für die Bauern, Nr. 5618, Art. 9 und Einführungsverordnung vom 22.3.1957, Nr. 8751, Art. 7.

Das Meliorationsgesetz vom 23.1.1950, Nr. 5516.

Das Gesetz zur Landbeschaffung für die Bauern, Nr. 5618, Art. 14.

Eigentümer selbst bestimmen kann, welchen Teil seines Eigentums er abgeben will ¹⁾. In den wenigen Enteignungsfällen wurden deshalb meist nur Böden geringen Wertes enteignet.

In der ersten Fassung des Gesetzes zur Landbeschaffung für die Bauern wurde der Regierung die Möglichkeit eingeräumt, alles Grundeigentum mit mehr als 5 ha bis auf diesen Umfang zu enteignen ²⁾. Diese Bestimmung wurde 1950 durch das Gesetz Nr. 5618 aufgehoben.

Die Bestimmungen aus Art. 17, Nr. 4753 standen in schroffem Gegensatz nicht nur zu den sonst gemäßigten Bestimmungen des Gesetzes zur Landbeschaffung für die Bauern, sondern auch zum Rechtsempfinden des Bauerntums, dem das Privateigentum sehr am Herzen lag. Im türkischen Parlament wurden auch die nachteiligen Auswirkungen dieses Artikels auf die ökonomischen Verhältnisse der Bauernbetriebe zur Sprache gebracht. Die Verkleinerung aller Betriebe auf 5 ha, meinte man ferner, würde die Einführung des technischen Fortschrittes verzögern, wenn nicht gar verhindern ³⁾.

Das Gesetz Nr. 5618 legt eine Höchstgrenze von 50 ha für die Landzuteilung fest ⁴⁾. Aufgrund der unterschiedlichen natürlichen Verhältnisse war die Festlegung einer flächenmäßigen Höchstgrenze nicht besonders günstig. In einem Protokoll wurde deshalb festgelegt, daß eine fünfköpfige Bauernfamilie so viel Land erhalten solle, daß ein durchschnittliches Jahreseinkommen im Wert von zehn Tonnen Weizen gesichert wäre ⁵⁾.

1) Das Gesetz zur Landbeschaffung für die Bauern, Nr. 5618, Art. 18.

2) Art. 17 des Gesetzes vom 11.6.1945, Nr. 4753 wurde durch das Gesetz vom 22.3.1950, Nr. 5618 aufgehoben.

3) Sitzungsprotokoll des türkischen Parlaments vom 14.5.1945, S. 63 und vom 16.5.1945, S. 111.

4) Das Gesetz zur Landbeschaffung für die Bauern vom 22.3.1950, Nr. 5618, Art. 39.

5) Bodengesetze und Bodenverordnungen, in: Veröffentlichung der Boden- und Siedlungsgeneraldirektion, Ankara 1957, S. 73.

g) Enteignungs- und Entschädigungsverfahren

Da bei einer Enteignung an und für sich das Eigentumsrecht im weitesten Sinne verletzt wird, werden die Enteignungsmöglichkeiten eingeschränkt. Diese Einschränkung besteht darin, daß die Enteignung im Interesse der Allgemeinheit - also nicht des Einzelnen - zu erfolgen hat und daß eine dem tatsächlichen Wert des Grundstückes entsprechende Entschädigung gezahlt werden muß ¹⁾.

Obwohl diese Einschränkungen in der Verfassung verankert sind, wurde bei den vorbereitenden Arbeiten zum Landesbeschaffungsgesetz im Jahre 1937 dem Art. 74 der türkischen Verfassung ein neuer Absatz hinzugefügt. Danach sollte ein neues Gesetz die Entschädigungsfrage bei Enteignungen regeln, die zur Landesbeschaffung für die Bauern oder Verstaatlichung von Wald vorgenommen werden. Dort sollte bestimmt werden, daß der Wert des enteigneten Landes willkürlich festgelegt und die Höhe der Entschädigung ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Wert des Landes bestimmt werden. Dies geschah im Jahre 1945 im Landesbeschaffungsgesetz Nr. 4753, Art. 45. Die neuen Bestimmungen stellten eine Abweichung von der Enteignungsregelung dar, wie sie in der Verfassung niedergelegt war. Die Höhe der Entschädigung entsprach nun nicht mehr dem tatsächlichen Wert des enteigneten Landes.

Um den sozialen Erfordernissen Rechnung zu tragen, mußte der Preis der abgegebenen Böden so niedrig gehalten werden, daß die wirtschaftliche Existenz des Landübernehmers nicht zu

1) Vgl. Türkische Verfassung vom 9.7.1961, Nr. 334, Art. 38, entspricht dem alten abgeschafften Grundgesetz Art. 74. Forsthoff, E., Lehrbuch des Verwaltungsrechts, Bd. 1, 8. Auflage, München und Berlin 1961, S. 307 und 308. "Die volle Entschädigung umfaßt den Ersatz des objektiven Wertes, d.h. a) des gemeinen Wertes, b) des objektiven Sonderwertes." (Wert im Ausmaß der tatsächlichen nutzbringenden Verwendung seitens des Eigentümers sowie des subjektiven Sonderwertes - individueller Wert speziell für den Eigentümer.)

schwer belastet oder gar in Frage gestellt war. Es war klar, daß die Höhe des Preises, den der Bewerber für das neu erworbene Land zu bezahlen hatte, nicht der Höhe der Entschädigung für den enteigneten Boden entsprechen konnte. Die Differenz wurde dadurch gedeckt, daß man den Unterschiedsbetrag im Staatshaushalt teilweise einplante und damit auf den Steuerzahler abwälzte. Darüber hinaus erhielt die Regierung durch das Gesetz zur Landbeschaffung die Möglichkeit, für diesen Zweck Staatsanleihen aufzulegen ¹⁾.

Bei der Entschädigung wurde zur Bemessung der Grundsteuer der Einheitswert von 1944 zugrunde gelegt und für drei Enteignungsstufen verschiedene Preise angesetzt ²⁾. Für Güter von 500 ha galt der einfache Einheitswert von 1944, für die 200 - 500 ha großen Böden der zweifache und für Güter unter 200 ha der dreifache Einheitswert.

Im Jahre 1950 wurde die Entschädigung für die erste Enteignungsstufe auf das vierfache des Einheitswertes der Grundsteuer erhöht. Demzufolge erhöhten sich die Entschädigungen für zweite und dritte Enteignungsstufen auf das acht- bzw. zwölfwache des Einheitswertes der Grundsteuer von 1944.

Die Entschädigungsbeträge wurden nach dem Gesetz Nr. 4753, Art. 45 durch staatliche "Bodenwertpapiere" mit einer Laufzeit von zwanzig Jahren und einer Verzinsung von 4 % abgezahlt. Der Abzahlungsbetrag mußte im Laufe eines Jahres 1 000 türkische Pfund betragen; er wurde nach 1950 auf 3 000 türkische Pfund erhöht. Später wurde die Abzahlungsregelung dahingehend geändert, daß Wertpapiere nicht mehr als Zahlungsmittel genommen werden durften, sondern der Enteignungsbetrag voll in Geld ausgezahlt werden mußte ³⁾. Damit wurde die Entschädigungsfrage wieder im Sinne der Verfassung geregelt.

1) Das Gesetz zur Landbeschaffung für die Bauern vom 22.3.1950, Nr. 5618, Art. 45.

2) Das Gesetz zur Landbeschaffung für die Bauern vom 11.6.1945, Nr. 4753, Art. 21.

3) Das geänderte Gesetz zur Landbeschaffung für die Bauern vom 20.5.1955, Nr. 6603, Art. 45.

Die Bauern, die durch das Landbeschaffungsgesetz Boden erhalten haben, müssen den festgesetzten Kaufpreis innerhalb von zwanzig Jahren bezahlen. Dabei sind die ersten fünf Jahre tilgungsfrei. Zinsen werden nicht erhoben. Sollte die Schuld schon vor Ablauf der Frist getilgt sein, ermäßigt sich der Kaufpreis um 5 % ¹⁾.

Das Landwirtschaftsministerium, das mit der Durchführung des Landbeschaffungsgesetzes beauftragt ist, hat die Pflicht, dem Kabinett Vorschläge für die Enteignung und für die Neuzuteilung zu unterbreiten. Die Entscheidung erfolgt durch Beschluß des Kabinetts. Durch das Gesetz Nr. 5840 des Art. 1 wurden die Kompetenzen des Landwirtschaftsministeriums in diesem Punkt beschnitten. An die Stelle des Landwirtschaftsministeriums tritt jetzt die Boden- und Siedlungsgeneraldirektion, die unter der Kontrolle des Ministerpräsidenten steht. Nach wie vor hat jedoch das Landwirtschaftsministerium darüber zu befinden, ob ein Boden ausreichend bewirtschaftet wird oder nicht ²⁾.

3. Das türkische ZGB im Hinblick auf das Bodenrecht

Seit 1945, dem Jahr, in dem das Landbeschaffungsgesetz in Kraft getreten ist, gibt es in der Türkei zwei Formen von Grundeigentum in der Landwirtschaft: Das Eigentum, das im ZGB geregelt ist und das frei geteilt, belastet oder veräußert werden kann; das Eigentum, das im Landbeschaffungs-

1) Das Gesetz zur Landbeschaffung für die Bauern vom 22.3. 1950, Nr. 5618, Art. 45. Eine Ermäßigung von 5 % wird auch für jedes Kind des Bauern gewährt.

2) Das Gesetz zur Landbeschaffung für die Bauern vom 22.3. 1950, Nr. 5618, Art. 7; siehe hierzu auch: Köprülü, B., Bodenrecht, Bd. 1, Istanbul 1958, S. 224.

gesetz festgelegt ist und das erheblichen Beschränkungen unterliegt, die sich nicht im ZGB finden ¹⁾ und die nicht ins Grundbuch eingetragen werden müssen ²⁾.

Die Beschränkungen über das Grundeigentum des Landbeschaffungsgesetzes sind zeitlich begrenzt: 25 Jahre nach der Zuteilung laufen sie ab. Nach dieser Zeit findet das ZGB auf dieses landwirtschaftliche Grundeigentum Anwendung ³⁾. Im einzelnen bestehen folgende Beschränkungen:

1. Jede Veräußerung ist ausgeschlossen;
2. das Grundeigentum kann weder durch dingliche noch durch persönliche Rechte belastet werden;
3. es kann nicht gepfändet werden;
4. der Boden muß durch den Eigentümer selbst bewirtschaftet werden und darf nicht brachliegen;
5. im Erbfolge ist eine Realteilung ausgeschlossen.

Die Bestimmungen des türkischen ZGB über landwirtschaftlich genutztes Grundeigentum sind unvollständig. Der erste Grund liegt darin, daß die Schweiz ein Bundesstaat, die Türkei aber ein Zentralstaat ist, so daß die Bestimmungen des Schweizer ZGB, die auf die Kantone verweisen, nicht in das türkische ZGB übernommen werden konnten. Den türkischen Verhältnissen angemessene entsprechende Regelungen sind bis heute noch nicht getroffen worden. Der zweite Grund liegt darin, daß das Schweizer ZGB Änderungen unterworfen wurde, welche die Türkei nicht entsprechend nachgemacht hat, so daß das türkische ZGB gegenüber seinem Vorbild nun erhebliche Lücken aufweist. Zum Beispiel ist es nach dem von der Türkei übernommenen Art. 620 des schweizerischen ZGB möglich, einen landwirtschaftlichen Betrieb einem einzigen Erben zu hinterlassen, um eine Auf-

-
- 1) Türkisches ZGB, Art. 618, 644; entspricht Art. 641, 667 des schweizerischen ZGB.
 - 2) Türkisches ZGB, Art. 657; entspricht Art. 680 des schweizerischen ZGB und die Einführungsverordnung des Landbeschaffungsgesetzes vom 28.2.1957, Nr. 8751, Art. 56.
 - 3) Das Gesetz zur Landbeschaffung für die Bauern vom 11.6. 1945, Nr. 4753, Art. 54 und 59.

splitterung des Bodens zu verhindern; Voraussetzung ist, daß es sich bei dem landwirtschaftlichen Betrieb um eine wirtschaftliche Einheit handelt, die eine ausreichende Grundlage zum Erwerb des Lebensunterhaltes bildet. Das ist die objektive Voraussetzung für eine Zuweisung; darüber hinaus wird verlangt, daß sich einer der Erben zur Übernahme bereit-erklärt ¹⁾. Darin stimmen der Wortlaut des Art. 620 des schweizerischen ZGB mit dem des Art. 597 des türkischen ZGB überein.

Ein wesentlicher Unterschied ergibt sich erst zwischen Art. 621 des schweizerischen ZGB und Art. 598 des türkischen ZGB: Geregelt wird hier der Sachverhalt, wenn einer der Miterben Einspruch erhebt oder sich mehrere der Erben zur Übernahme bereiterklären.

Nach dem schweizerischen ZGB entscheidet dann die zuständige Behörde über die Zuweisung des ganzen Betriebes "unter Berücksichtigung des Ortsgebrauchs" oder subsidär "der persönlichen Verhältnisse der Erben", d.h. die zuständige Behörde kann lediglich über die Zuweisung des ganzen Betriebes entscheiden. Diese gesetzliche Regelung enthält also nur die Voraussetzungen, unter denen die Zuteilung an den einen oder den anderen Miterben zu erfolgen hat.

Art. 598 des türkischen ZGB dagegen gibt dem Richter (in diesem Fall die zuständige Behörde) nicht nur die Befugnis, den landwirtschaftlichen Betrieb unter den oben genannten Voraussetzungen einem der Miterben zuzuteilen, sondern er kann darüber hinaus in seinem Urteil auch festlegen, daß das Gut in seiner Gesamtheit verkauft wird oder geteilt wird.

Nach türkischem Recht können die Miterben sich vor oder nach dem Urteil untereinander verständigen, ob der landwirtschaftliche Betrieb geteilt oder in seiner Gesamtheit verkauft wird.

1) Vgl. Wöhrmann, C., Das Zuweisungsverfahren nach schweizer und nach deutschem Recht, in: Recht der Landwirtschaft, Nr. 9, Jg. 9, Berlin 1957, S. 230, Art. 620/I, Schweizer ZGB.

Aus diesem Vergleich wird ersichtlich, daß das schweizerische ZGB im Gegensatz zum türkischen ZGB die Erhaltung lebensfähiger landwirtschaftlicher Betriebe zum Ziel hat und dies auch gesetzlich normiert, während dem türkischen ZGB solche Regelungen nicht zu entnehmen sind.

Die Türkei hat vom schweizerischen ZGB einige jener Artikel nicht übernommen ¹⁾, die den Kantonen die Befugnis über die Beschränkungen im Grundeigentum zusprechen, weil die Türkei keine entsprechenden örtlichen Einrichtungen hat. Diese Lücken hätten aber durch entsprechende Regelungen geschlossen werden können. Dieses Versäumnis hat negative Auswirkungen auf die türkische Landwirtschaft genommen.

Der vom türkischen ZGB nicht übernommene Art. 218 des schweizerischen Schuldgesetzes enthält Bestimmungen, die verhindern, daß der Boden von Spekulanten, in kleine Teile aufgeteilt, mehrfach verkauft wird und daß so die Bodenpreise künstlich in die Höhe getrieben werden. Damit wird auch eine Überschuldung der Bauern verhindert, die sonst zu hohe Preise für den Boden bezahlen müßten.

Diese Situation zeigt, daß das schweizerische ZGB selbst zur Zeit der Übernahme noch besser war als das heutige ZGB der Türkei. Der schweizerische Gesetzgeber hat darüber hinaus seither eine Reihe von Bestimmungen und Verordnungen erlassen. So enthält das Bundesgesetz vom 12.12.1940 Bestimmungen über die Entschuldung landwirtschaftlicher Heimwesen und die Verordnung über die Verhütung der Überschuldung landwirtschaftlicher Betriebe ²⁾, dasjenige vom 12.6.1951 Regelungen zur Erhaltung des bäuerlichen Grundbesitzes ³⁾.

Die zuständigen türkischen Stellen sind auf diese Entwicklung nicht eingegangen und haben seit 1926 die entsprechenden Bestimmungen weder geändert noch irgendwelche neuen Regelungen

1) Das schweizerische ZGB vom 10.12.1907, Art. 695, 702, 703/II, III, 705 und 709.

2) Vgl. Rossel, v., Code civil et code Fédéral des Obligations, 8. Auflage, Lausanne 1957, S. 19.

3) Vgl. Rossel, v., a.a.O., S. 21.

hinzugefügt. Der absolute Eigentumsbegriff und die liberale Anschauung, die das Bild des türkischen ZGB bestimmen, stehen mit den heutigen Bodenproblemen im Widerspruch. Es wäre endlich an der Zeit, zusätzliche Bestimmungen herauszugeben, um den bäuerlichen Grundbesitz zu schützen.

II. Wassergesetzgebung

1. Allgemeines

Die ältesten gesetzlichen Bestimmungen der Türkei über das Wasser stehen im Allgemeinen Zivilgesetzbuch (Mecelle) des Osmanischen Reiches von 1876. Sie regeln die privaten und öffentlichen Verhältnisse in der Wassernutzung. Diese einheitliche Regelung hat nur eine teilweise Aufnahme in das türkische ZGB gefunden, das auf der anderen Seite die entsprechenden Bestimmungen des schweizerischen ZGB in wörtlicher Übersetzung übernahm, ohne die bis dahin bestehenden rechtlichen Verhältnisse irgendwie zu berücksichtigen. So finden sich heute im ZGB keine Bestimmungen über die öffentlichen Gewässer, dagegen werden die privaten Gewässer oder Quellen ausführlich in den Art. 679 - 685 behandelt.

Da die öffentlichen Gewässer weiter nicht behandelt werden, bestehen Schwierigkeiten in der Abgrenzung der Eigentumsverhältnisse zwischen Staat und Privatbesitzern. Diese Gesetzeslücke konnte bis heute durch Kassationsgerichtsurteile teilweise geschlossen werden ¹⁾, wobei vielfach auf die Bestimmungen des alten osmanischen Rechtes zurückgegriffen wurde ²⁾.

1) Die Entscheidungen des türkischen Kassationsgerichts (I.H.D.) vom 21.10.1948, Nr. 848/5406 und (I.H.D.) vom 27.3.1950, Nr. 949/10424, 1950/1419 und (VI.H.D.) vom 16.2.1956, Nr. 1004 und (VI.H.D.) vom 27.1.1956, Nr. 539 und vom 23.1.1956, Nr. 484.

2) Das türkische ZGB vom 4.4.1926, Art. 1 Abs. 2: Ermächtigung des Richters zur Ausfüllung der Lücken des Gesetzes.

Ferner ist die gesetzliche Terminologie unterschiedlich, ebenso die Regelung bezüglich der Rechtswirkung der Wassernutzungs- oder sonstiger Rechte. Es wird von Verleihung, Genehmigung, Ermächtigung oder Erlaubnis in ganz verschiedenem Sinne gesprochen. Vollkommen verschieden sind endlich auch die Vorschriften über Pflege und Erhaltung der Wasserläufe und ihrer Ufer sowie die Straftatbestände und die Entschädigungsfrage.

Das Gesetz Nr. 851 von 1926 verschlimmerte die schon bestehende Rechtszersplitterung auf dem Gebiet des Wasserrechts. Mit diesem Gesetz wurden die Nutzungsrechte an öffentlichen fließenden Gewässern geregelt, soweit sie zur Trinkwasserversorgung herangezogen wurden. Die Gemeinden waren mit der Durchführung beauftragt. Die Verordnung Nr. 7044 von 1928 gab Richtlinien zur Verwaltung dieser Gewässer heraus.

Im Gesetz Nr. 851 war jedoch die Frage nicht geregelt, welche Gewässer zur Trinkwasserversorgung von den Gemeinden herangezogen werden könnten.

Das Gesetz Nr. 2659 von 1934 räumte den Gemeinden das Recht ein, alle Gewässer in ihrem Bereich für die Trinkwasserversorgung nutzbar zu machen. Durch eine Entscheidung des Kassationsgerichtes wurde festgelegt ¹⁾, daß sich das Gesetz Nr. 2659 nicht nur auf die Verwendung von Trinkwasser, sondern auch auf die Verwendung von Nutzwasser bezieht.

Die erwähnten Gesetze haben nicht dazu beigetragen, die Kompetenzen in Fragen der Wassernutzung näher zu regeln. Die ungeklärte Frage der Zuständigkeiten hat bald zu einer völligen Undurchsichtigkeit im Wasserrecht geführt. Erst in neuerer Zeit - seit 1953 - ist es der Generaldirektion für Wasserwirtschaft gelungen, die Frage der Zuständigkeiten zu vereinheitlichen.

Neben den schon erwähnten Gesetzen befinden sich wasserrechtliche Bestimmungen noch in anderen Gesetzen. Sie regeln jeweils

1) Entscheidung des türkischen Kassationsgerichtes (I.H.D.) vom 31.12.1931, Nr. 3236.

spezielle Fragen zur Wassernutzung. Einige der wichtigsten Gesetze sind folgende:

1. Gesetz über die Aufgaben und Organisation der Generaldirektion für Wasserwirtschaft (Nr. 6200 vom 25.11.1953);
2. Gesetz zur Sicherung der dörflichen Trinkwasserversorgung (Nr. 7478 vom 9.5.1960);
3. Gesetz zur Sicherstellung der Wasserversorgung militärischer Einrichtungen (Nr. 178 vom 26.12.1960);
4. Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse hinsichtlich des Grundwassers (Nr. 167 vom 16.12.1960);
5. Gesetz über die Aufgaben und die Organisation des Industrieministeriums (Nr. 6973 vom 27.5.1957);
6. Etibank-Gesetz (Nr. 2805 vom 14.6.1935);
7. Gesetz über die Aufgaben der Elektrizitätsgeneraldirektion (Nr. 2819 vom 24.6.1935);
8. Gesetz über die Aufgaben und Organisation des Landwirtschaftsministeriums (Nr. 3203 vom 14.6.1937);
9. Gesetz über die Aufgaben der Boden- und Wassergeneraldirektion (Nr. 7457 vom 27.2.1960);
10. Gesetz über die Aufgaben und die Organisation der meteorologischen Anstalten (Nr. 3127 vom 19.11.1937);
11. Forstgesetz (Nr. 6831 vom 8.9.1956);
12. Gemeindebankgesetz (Illerbankasi kanunu) (Nr. 4759 vom 23.6.1945);
13. Kanalisationsgesetz für die Stadt Ankara (Nr. 4099 vom 8.8.1941);
14. Dorfgesetz (Nr. 442 vom 18.3.1924);
15. Hochwasser- und Überschwemmungsschutzgesetz (Nr. 4373 vom 14.12.1943);
16. Gesetz zur Regelung des im Eigentum von Stiftungen stehenden Wassers (Nr. 3913 vom 21.8.1940);
17. Allgemeines Gesundheitsgesetz (Nr. 1593 vom 6.5.1930).

2. Rechtsverhältnisse am Oberflächenwasser

Betrachtet man die Entwicklung und die immer mehr zunehmende Bedeutung der Wasserwirtschaft gerade in den letzten Jahrzehnten zusammen mit den durch die erhöhte Bevölkerungsdichte entstehenden Problemen, die eine verstärkte Nutzbarmachung der Wasserläufe und des vorhandenen Grundwassers notwendig machen und sieht man die Gefahren, die durch die Verschmutzung der Flüsse durch industrielle und kommunale Abwässer entstehen, so muß man eine möglichst einheitliche Regelung des Wasserrechts fordern.

Das heute so zersplitterte Wasserrecht umfaßt Rechtsnormen, die sich aus den Beziehungen zwischen Staat, Gemeinden und einzelnen Personen als Gebietsangehörige oder An- und Hinterlieger an Gewässern aller Art entwickelt haben. Es hat die Aufgabe, die Rechtsverhältnisse auf dem Gebiet der Wassernutzung zu ordnen.

Die räumliche Grenze zwischen den Anwendungsbereichen dieser besonderen Wasserrechtsordnung und der allgemeinen Privatrechtsordnung ist die Uferlinie, die die einzelnen Wassergesetze unter Zugrundelegung natürlicher Merkmale festgelegt hat. Häufig muß jedoch die Wasserrechtsordnung über diese natürliche Grenze hinweg in die allgemeine Privatrechtsordnung, nämlich in die an oder um Gewässern liegenden Grundstücke übergreifen, um eine möglichst ausgiebige Nutzung des Wassers zu erreichen. Umgekehrt erstreckt sich aber auch die allgemeine Privatrechtsordnung an vielen Stellen in den Bereich des Wasserrechts hinein. Deshalb gibt es zahlreiche Abweichungen von den oben angeführten Gesetzesnormen.

Das Eigentum am Wasser ist unmittelbar oder mittelbar dem Eigentum an Grundstücken, die das Wasser in der Gestalt von Oberflächen- oder Grundwasser berühren, zugeordnet. Insoweit fällt es in die Eigentumssphäre des Einzelnen. Auf der anderen Seite steht das Allgemeininteresse, das schon immer sehr groß war und das heute infolge der verschiedenen Verwendungszwecke und der zunehmenden Knappheit des Wassers

erst recht besteht.

Angesichts dieser Sachlage können drei verschiedene Rechtsbereiche zur Anwendung kommen:

1. das zwischenstaatliche Recht;
2. das Privatrecht;
3. das Verwaltungsrecht.

Diese Rechtsbereiche, vor allem das Privatrecht und das Verwaltungsrecht, greifen im Wasserrecht wie kaum auf einem anderen Gebiet ineinander, so z.B., wenn zur Nutzungsberechtigung durch den Eigentümer eine polizeiliche Unbedenklichkeitserklärung erforderlich ist oder wenn der Staat den Gemeingebrauch an Wasserläufen regelt, die im Privateigentum stehen.

Das türkische ZGB kennt keine Bestimmungen über die Rechte an öffentlichen Gewässern ¹⁾. Je nachdem das Recht die Beziehungen der Einzelnen im Verhältnis zueinander oder im Verhältnis zur Gesamtheit ordnet, ist es Privatrecht oder öffentliches Recht. Für beide Rechtsbereiche sind im Gebiet des Wasserrechts Voraussetzungen vorhanden. Es leuchtet ein, daß die Rechtsverhältnisse der großen Ströme in das Gebiet des öffentlichen Rechts weisen, die der kleineren Gewässer dagegen, an denen kein anderer als der Anlieger Interesse hat, mehr im Bereich privatrechtlicher Regelungen liegt. Das entscheidende Kriterium für die Abgrenzung liegt darin, ob bei einem Gewässer allgemeine Interessen bestehen, oder doch wenigstens solche, die über den Lebenskreis eines Individuums hinausgehen, oder nicht.

Das türkische ZGB, Art. 641 brachte folgende allgemeine Regelungen über die öffentlichen Gewässer ²⁾:

"(1) Die herrenlosen und die öffentlichen Sachen stehen unter der Hoheit des Staates, in dessen Gebiet sie sich befinden.

1) Vgl. Saymen, F.H., Türkisches Sachenrecht, Istanbul 1954, S. 360.

2) Türkisches ZGB vom 4.4.1926, Art. 641 und schweizerisches ZGB vom 10.12.1907, Art. 664 Abs. 1, 2 und 3.

(2) An den öffentlichen Gewässern sowie an dem der Kultur nicht fähigen Lande, wie Felsen und Schutthalden, Firnen und Gletschern und den daraus entspringenden Quellen besteht unter Vorbehalt anderweitigen Nachweises kein Privateigentum.

(3) (Das kantonale Recht stellt über) die Aneignung des herrenlosen Landes, die Ausbeutung und den Gemeingebrauch der öffentlichen Sachen, wie der Strassen und Plätze, Gewässer und Flußbetten, die erforderlichen Bestimmungen auf."

Der Artikel über die öffentlichen Gewässer ist dem schweizerischen ZGB wörtlich entnommen. Nach Absatz 3 sollen die besonderen Bestimmungen nach kantonalem Recht geregelt werden. Da es jedoch in der Türkei kein kantonales Recht gibt, konnten die kantonalen Bestimmungen nicht übernommen werden. Die Schaffung von Einzelbestimmungen, wie dies auch im türkischen Artikel vorgesehen ist, blieb jedoch bis heute aus. Deshalb konnte auch noch keine einheitliche rechtliche Abgrenzung öffentlicher Gewässer von Privatgewässern gefunden werden.

Das ZGB behandelt nur die Frage nach der Rechtsstellung der Gewässer und Quellen, die im Privateigentum stehen. An Quellen und geschlossenen Gewässern ist ein privatrechtliches Eigentum ohne weiteres möglich. Der durch Verdunstung und Niederschläge verursachte Substanzwechsel kann außer Betracht bleiben, da er im Verhältnis zur Gesamtmenge des Wassers gering ist und die Möglichkeit zur Nutzung in keiner Weise mindert. Dasselbe gilt von Seen, Teichen und Weihern, die zwar einen Zu- oder Abfluß haben, jedoch nicht zu einem oberirdischen Wasserlauf gehören.

3. Rechtsverhältnisse am Grundwasser

Über die Eigentumsverhältnisse am Grundwasser kennt das ZGB keine besonderen Bestimmungen ¹⁾. Nach Art. 679 Abs. 2 des türkischen ZGB entspricht die Regelung der Eigentumsverhältnisse am Grundwasser derjenigen an den Quellen. Die Quellen sind Bestandteil der Grundstücke und können deshalb mit ihnen erworben werden. Ein Recht an Quellen auf fremdem Boden stellt eine Dienstbarkeit dar, die eine Eintragung in das Grundbuch erfordert. Das Grundwasser steht danach im Eigentum des Grundstückseigentümers.

Die Regelung des türkischen ZGB widerspricht völlig den Bestimmungen des osmanischen Zivilgesetzbuches (Mecelle). Ein Privateigentum am Grundwasser kannte letzteres nicht ²⁾. Bei der Einführung des türkischen ZGB wurde auf die bis dahin bestehende rechtliche Regelung in Bezug auf das Grundwasser keine Rücksicht genommen.

Der türkische Gesetzgeber folgte dem Schweizer ZGB, nach welchem Privateigentum am Grundwasser möglich ist ³⁾. Als Ergänzung zu dieser gesetzlichen Regelung tritt die Entscheidung des schweizerischen Bundesgerichtshofes, wonach die großen Grundwasserströme den öffentlichen Gewässern zuzurechnen sind ⁴⁾.

1) Auch im schweizerischen ZGB fehlt eine solche Regelung. Schweizerisches ZGB, Art. 704 Abs. 3.

2) Osmanisches Zivilgesetzbuch (Mecelle) von 1876, Art. 1235.

3) Art. 704 des schweizerischen ZGB: "(1) Quellen sind Bestandteile der Grundstücke und können nur zugleich mit dem Boden, dem sie entspringen, zu Eigentum erworben werden.
(2) Das Recht an Quellen auf fremdem Boden wird als Dienstbarkeit durch Eintragung in das Grundbuch begründet.
(3) Das Grundwasser ist den Quellen gleichgestellt."

4) Entscheidungen des schweizerischen Gerichtshofes vom 3.3.1939, ATF 65 I-III, S. 143 Jdt. 28, Urteil der II. Zivilabteilung vom 3.3.1939 i.S. Bässler gegen Kanton Basel-Stadt. Inhalt des Grundeigentums, Quellenrecht Art. 667/2 und 704/3 ZGB: "Große Grundwasserströme, wie sie erst seit Ausarbeitung der quellenrechtlichen Bestimmungen des ZGB entdeckt worden sind, stehen außerhalb des Bereichs des Grundeigentums an den durchflossenen Landparzellen. Sie bilden den Gegenstand einer selbständigen rechtlichen Herrschaft und unterstehen dem öffentlichen Wasserrecht der Kantone."

Diese Entscheidung des schweizerischen Bundesgerichtshofes hatte auch auf das türkische Recht Einfluß. Der ständig steigende Wasserbedarf machte schließlich eine Neuregelung der Bestimmungen des ZGB über das Grundwasser notwendig. Diese Neuregelung erfolgte im Jahre 1960 in den Gesetzen Nr. 138 und 167. Durch das Gesetz Nr. 138 vom 23.11.1960 wurde Art. 679 Abs. 2 des türkischen ZGB dahingehend abgeändert, daß das Grundwasser nun dem öffentlichen Eigentum angehört. Der Eigentümer eines Grundstückes ist somit nicht mehr auch Eigentümer des Grundwassers.

Das Gesetz über das Grundwasser Nr. 167 vom 16.12.1960 regelt die einzelnen Fragen.

Jede Nutzung von Grundwasser bedarf der Genehmigung durch die Generaldirektion für Wasserwirtschaft ¹⁾. Jedoch steht jedem Grundeigentümer das Recht zu, für seinen eigenen Bedarf Grundwasser zu nutzen. Eine Genehmigung im Sinne des Art. 4 des Grundwassergesetzes ist dazu nicht erforderlich.

Art. 5 verleiht einem Privatbesitzer das Recht, Grundwasser für den persönlichen Bedarf zu nutzen. Bei einer Nutzung größeren Ausmasses gilt Art. 8. Danach ist für die Errichtung irgendwelcher Bauwerke und für die Durchführung größerer Bauarbeiten zur Nutzung des Grundwassers die Genehmigung der Generaldirektion für Wasserwirtschaft erforderlich. Art. 8 des Gesetzes Nr. 167 schränkt deshalb die Nutzungsbedürfnisse des Grundeigentümers in Bezug auf das Grundwasser erheblich ein.

Erschließt die Generaldirektion für Wasserwirtschaft Grundwasser auf einem Privatgrundstück, so ist eine Enteignung nicht erforderlich ²⁾. Die Generaldirektion für Wasserwirtschaft muß dem Grundeigentümer jedoch auf Antrag die Nutzung des Wassers übertragen.

1) Das Gesetz über das Grundwasser Nr. 167 vom 16.12.1960, Art. 4 und 5/1.

2) Das Gesetz über das Grundwasser Nr. 167 vom 16.12.1960, Art. 7 Abs. 1 und 2.

Die Türkei hat sich im Gesetz Nr. 167 eine detaillierte gesetzliche Regelung zur Frage der Grundwassernutzung geschaffen. Für den anderen Teil der öffentlichen Gewässer (z.B. Flüsse und Ströme) besteht dagegen keine einheitliche gesetzliche Regelung.

4. Grundgedanken zur Wassergesetzgebung

Der in der Realität einheitlichen Wasserwirtschaft steht eine uneinheitliche Regelung durch das Gesetz gegenüber. Um eine einheitliche Entwicklung in der Wasserwirtschaft sicherzustellen, sollte die Generaldirektion für Wasserwirtschaft für die gesetzliche Regelung in der gesamten Wasserwirtschaft zuständig sein.

Die stetige Weiterentwicklung des bestehenden Rechtsgutes und seine Ausformung durch die Rechtsprechung hat sich - wie die im Laufe eines Jahrhunderts gemachten Erfahrungen zeigen - besser bewährt als neue theoretische Überlegungen oder die Übernahme ausländischer Rechtseinrichtungen.

Die öffentlichen Gewässer bilden einen Teil der öffentlichen Sachen, die nicht als Privateigentum des Staates anzusehen sind, sondern allen Bürgern im Rahmen der Gesetze (auch im Rahmen der Tradition und des Gewohnheitsrechts) zum Gebrauche frei steht. Wer mit oder an einem Gewässer über den Gemeingebrauch hinaus etwas unternehmen will, bedarf einer wasserrechtlichen Genehmigung. Die Erfahrung hat gelehrt, daß auch Bauten der öffentlichen Hand der Bewilligungspflicht unterliegen sollten.

Bewirbt sich eine Person um eine wasserrechtliche Bewilligung, so hat sie Anspruch, daß ihr diese Bewilligung erteilt wird, wenn und soweit dadurch nicht fremde Rechte verletzt oder öffentliche Interessen beeinträchtigt werden. Die allgemeine Pflicht der Generaldirektion für Wasserwirtschaft, das öffentliche Interesse zu wahren und dabei auf ganz verschiedenartig gültiges Recht zu achten, zeigt sich in sämtlichen Rechtsnormen.

Weder ein bestehendes Recht noch die Anerkennung von Privatgewässern soll aber verhindern, daß für die Allgemeinheit nützliche wasserwirtschaftliche Vorhaben ausgeführt werden. Die Generaldirektion für Wasserwirtschaft sollte daher unter dem im Gesetz festgelegten Voraussetzungen in fremde Rechte eingreifen können.

Aus hygienischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gründen, zur Sicherung der Trink- und Nutzwasserversorgung, des Landschaftsbildes und der Fischerei gilt die Pflicht zur Reinhaltung für jedermann, besonders aber für Wasserberechtigte, gewerbliche Betriebsanlagen und Gemeinden.

Aber die Vielzahl und der Charakter der Wasserläufe (meist Gebirgsflüsse und -seen) sowie die mangelhaften Voraussetzungen innerhalb der Bevölkerung machen es unmöglich, jedem einzelnen eine Instandhaltungspflicht aufzuerlegen. Hinzu kommen die primitive Bodennutzung und die Vernichtung des Waldes, welche die Gefahren durch Erosion und Überschwemmung ständig erhöhen. Diesen Naturgefahren zu begegnen, muß zunächst den Besitzern der bedrohten Gebiete und Anlagen überlassen bleiben, denen jedoch nach Maßgabe des Bedarfs rechtliche, organisatorische und finanzielle Möglichkeiten offenstehen und Hilfeleistungen von seiten des Staates zukommen müßten.

Die Probleme der Wasserwirtschaft hängen eng zusammen, weshalb es unerläßlich ist, daß die verschiedenen zuständigen Stellen bzw. Beteiligten zusammenwirken. Vielfach führen Hochwassergefahren zu einer natürlichen Interessengemeinschaft; durch die Bildung von Wassergenossenschaften und Wasserverbänden wird den Beteiligten weitgehende Selbstverwaltung ermöglicht. Leider sind solche Verbände mit Ausnahme einzelner Bewässerungsverbände in der Türkei noch nicht bekannt. Die einzelnen Wassernutzungsstellen können nicht mehr unabhängig voneinander gesehen, sondern müssen im Zusammenhang mit der gesamten wasserwirtschaftlichen Situation des betreffenden Gebietes betrachtet werden.

Durch die Rahmenplanung soll die Entwicklung nach Abwägung der verschiedenen Interessen so gelenkt werden, daß größere Wasserschäden und Mangelercheinungen unterbunden werden können.

III. Forstgesetzgebung

1. Allgemeines

Die Demokratische Partei versprach nach ihrer Machtübernahme am 14.5.1950, unverzüglich ein neues Forstgesetz auszuarbeiten, um die Forstprobleme in der Türkei lösen zu können ¹⁾. In ihrem Programm (Art. 68 - 72), in welchem sie den Weg darlegte, den die türkische Forstwirtschaft gehen solle, gab die Demokratische Partei bekannt, daß sie in Bezug auf die forstwirtschaftlichen Probleme nicht den Standpunkt vollkommener Verstaatlichung vertrete, sondern einen Mittelweg der Verständigung zwischen Bauern und Staat einschlagen werde.

Sie vertrat den Standpunkt, daß die Staatsforsten der größte Reichtum der Nation seien und daß es deshalb zu ihrem Schutz erforderlich sei, der im Wald oder am Waldrand lebenden Bevölkerung in erster Linie soziale und wirtschaftliche Hilfe zukommen zu lassen.

Die gesamte Diskussion konzentrierte sich auf die vorher erlassenen Forstgesetze Nr. 3116 und besonders Nr. 4785. Aufgrund dieser Gesetze wurden die Wälder als Staatseigentum angesehen, was zur Folge hatte, daß die Waldbevölkerung gezwungen war, den Wald illegal zu nutzen.

Am 17.6.1950 wurde in Ankara eine forstwirtschaftliche Tagung abgehalten ²⁾. Dabei wurde die Lage der Forstwirtschaft in der Türkei erörtert. Danach sollte festgestellt werden, was in einem neuen Forstgesetz enthalten sein müsse. Die von den Tagungsteilnehmern gefaßten Beschlüsse stellten die türkische Regierung vor ein sehr großes Problem. Man forderte nämlich von ihr, sie solle sich stärker als bisher um die Erhaltung

1) Der ehemalige Ministerpräsident sowie Handels- und Wirtschaftsminister unter Kemal Atatürk, Celal Bayar, gründete im Dezember 1945 die Demokratische Partei. Bisher hatte es in der Türkei nur eine Partei, nämlich die Republikanische Volkspartei, gegeben. Bis dahin hatte die türkische Republik auf dem Einparteiensystem beruht. Unter Adnan Menderes kam die Demokratische Partei am 14. Mai 1950 durch allgemeine freie Wahlen an die Macht.

2) An welcher der Verfasser selbst teilgenommen hat.

des Waldes, die Verhinderung von Erosionen und den Schutz des Ackerlandes kümmern, ebenso um die Weidewirtschaft, die innere Umsiedlung, die Aufforstung, die katastermäßige Festlegung der Waldgrenzen und um den ständig steigenden Holzbedarf.

Die Regierung Menderes benötigte trotz der großen Eile immerhin fünf Jahre für die Ausarbeitung des neuen Forstgesetzes. Das neue Forstgesetz trat am 31.8.1956 unter der Nr. 6831 in Kraft, wobei der Inhalt weniger durch forstwissenschaftliche Erkenntnisse als durch die herrschenden parteipolitischen Verhältnisse bestimmt wurde.

Das jetzt geltende Forstgesetz Nr. 6831 umfaßt 119 Artikel, die in sieben Kapitel unterteilt sind. Bevor das heute geltende Forstgesetz Nr. 6831 ausführlich erläutert wird, ist es notwendig, das am 8.2.1937 in Kraft getretene erste Forstgesetz Nr. 3116 kurz zu berühren.

2. Inhalt des Forstgesetzes von 1937

Das türkische Forstgesetz Nr. 3116 war in sechs Kapitel gegliedert ¹⁾. Das erste Kapitel enthielt allgemeine Bestimmungen, Definitionen, Richtlinien zur Verwaltung und Kontrolle des Waldes. Der Wald wurde folgendermaßen definiert:

"Alle von der Natur erzeugten und durch Menschenhand angebauten Waldprodukte, jede Art von Baum- und Strauchkulturen sowie der Boden, auf dem sie wachsen, werden als Wald angesehen" (§ 1).

Das Gesetz kennt vier Waldeigentumsformen. Dies sind Staatswald, Stiftungswald, Privatwald und sonstige Wälder der öffentlichen Hand ²⁾.

1) Bernhard, R., Entwurf eines Forstgesetzes für die Türkei, in: Der deutsche Forstwirt, Bd. 10, Nr. 28, Berlin 1928, S. 149.

2) Das Forstgesetz vom 8.2.1937, Nr. 3116, Art. 3.

Alle Wälder, auch nichtstaatliche Wälder, werden der von der Forstverwaltung ausgeübten Aufsicht des Staates unterstellt.

Das zweite Kapitel hatte die Bestimmungen über die Staatswälder zum Inhalt ¹⁾. Hier wurde eingehend dargelegt, wie die Grenzfestlegungen, der Verkauf von Staatswäldern, die Wahrnehmung von Nutzungsrechten am Staatswald, die Einordnung der im Walde lebenden Bauern, die Möglichkeit der Aussiedlung von im oder am Wald liegenden Dörfern und die Einschränkung der verschiedenen Nutzungsrechte im Interesse des Waldschutzes zu erfolgen hatten. Als Hauptgrundsatz galt, daß in Zukunft "die Staatswälder vom Staate selbst bewirtschaftet werden" (§ 31). Daran anschließend war die Art des Holzeinschlages, das Nummerieren und Buchen des Holzes und die Kontrolle des Holztransportes näher gesetzlich geregelt. Sehr stark wurden die Waldweidrechte eingeschränkt. Ferner wurde die Möglichkeit eingeräumt, bestimmte Waldteile zu Schutzwald zu erklären.

Das dritte Kapitel behandelte die Verwaltung und die Bewirtschaftung der nichtstaatlichen Wälder; das vierte Kapitel die der Stiftungswälder; das fünfte Kapitel die der Privatwälder.

Das sechste Kapitel enthielt wieder mehr allgemeine Bestimmungen. An dieser Stelle waren Maßnahmen zur Aufforstung innerhalb und außerhalb der Staatswälder angeordnet. Außerdem waren dort die allgemeine Hilfspflicht bei Waldbränden, die Pflichten und Rechte der Forstbeamten und die bei Verletzungen des Forstgesetzes angedrohten Strafen aufgeführt.

In den folgenden Übergangsbestimmungen waren vor allem die Fristen angegeben, bis zu denen die Gesetzesbestimmungen durchgeführt sein sollten. Ferner wurde die Art der Holzentnahme in den Wäldern, die vom Staat später bewirtschaftet werden sollten, für die Übergangszeit geregelt (§ 4).

Das im Augenblick gültige Forstgesetz Nr. 6831 vom 31.8.1956 ist dem ersten Forstgesetz Nr. 3116 aus dem Jahre 1937 in vielen Bestimmungen ähnlich.

1) Das Forstgesetz vom 8.2.1937, Nr. 3116, Art. 5.

3. Inhalt des Forstgesetzes von 1956

a) Definition des Waldes, seine Auf- teilung, Verwaltung und Kontrolle

In Art. 1 des Forstgesetzes Nr. 6831 wird der Wald im allgemeinen beschrieben. Dabei wird abgegrenzt, was nicht zum Wald im Sinne des Gesetzes zählt:

"Röhricht, Steppenvegetation, jede Art Dornengesträuch, Parkanlagen, die busch- und baumbestandenen Friedhöfe der Städte, Gemeinden und Dörfer; Büsche und Bäume, die unter natürlichen Bedingungen nicht frei im Wald, sondern auf Privatböden wachsen; auf landwirtschaftlichem Privateigentum verstreut in Gruppen oder Reihen wachsende Bäume; alle Busch- und Waldflächen von nicht mehr als 3 ha, die auf Privatgrund stehen und nicht dem Staatswald benachbart sind; außerdem jede Art von Obstbäumen, Pinien und Kork-eichen, die sich in Privatbesitz befinden; in Privateigentum befindliche ungepfropfte und gepfropfte Olivenbäume, gepfropfte Pistazien, Mastix- und Johannisbrotbäume; mit Dornengebüsch oder Buschwald bedeckte Flächen, die keinen Waldcharakter tragen und nicht dem Schutz des Bodens dienen."

In Art. 2 des Gesetzes Nr. 6831 wird weiter festgelegt, daß diejenigen Waldflächen (Staats- oder Privatwald) vom Landwirtschaftsministerium dann zum "Nichtwald" erklärt werden können, wenn sie für Klima und Bodenschutz keine Bedeutung haben. Auf diese Weise wird die an sich schon ungenügende Waldfläche in der Türkei eingeengt und als Reserve für die landwirtschaftlichen Ackerflächen bereitgehalten ¹⁾.

Dieser Artikel gibt zur Sorge Anlaß, daß die Privatwaldbesitzer verlangen könnten, ihren Wald in landwirtschaftlich genutzte Flächen umwandeln zu dürfen oder daß die Regierung unter innenpolitischem Druck die überschüssige Bevölkerung

1) Sitzungsprotokoll des türkischen Parlaments vom 21.8.1956, S. 260.

im Wald ansiedeln und die Wälder in landwirtschaftlich genutzte Flächen umwandeln könnte. Art. 2 erlaubt nun auf legalem Wege Rodungen, die früher illegal waren.

Es ist zu berücksichtigen, daß der Art. 2 des Forstgesetzes Nr. 6831 aufgrund des türkischen Grundgesetzes vom 9.7.1961, Nr. 334, Art. 37/2 heute nicht mehr rechtswirksam ist, weil nach diesem neuen Artikel die Verteilung des Bodens an die Bauern nicht die Verkleinerung des Waldes zur Folge haben darf.

In der Türkei sollten zuerst Bodenkarten hergestellt werden, damit man feststellen könnte, welche Böden für Wald und welche für Ackerbau geeignet sind. Diese Forderung müßte in einem neuen Gesetz verankert werden. Tatsächlich sind in der Türkei bis heute noch keine Bodenkarten angelegt worden, so daß man z.B. nicht weiß, welcher Baum auf welchem Gelände angepflanzt werden soll. Genaue Bodenkarten sind einfach die unbedingte Grundlage für eine erfolgreiche Forstwirtschaft. Ihr Fehlen bereitet bei der Anwendung des Art. 2 heute Schwierigkeiten ¹⁾.

Das Forstgesetz Nr. 6831 kennt drei Formen von Waldeigentum ²⁾:

1. Staatswälder;

2. Waldbesitz von juristischen Personen des öffentlichen Rechts (Gemeinde usw.);

3. Privatwälder.

Alle mit dem Wald zusammenhängenden Arbeiten werden von der an das Landwirtschaftsministerium angegliederten Generalforstdirektionen vorgenommen. Alle Wälder, die nicht dem Staat gehören, unterliegen nach den Bestimmungen des Gesetzes der Kontrolle der Generalforstdirektion.

1) Vgl. Zeitschrift für Wald und Jagd (türk: Orman ve Av), Bd. 27, Ankara 1955, S. 224.

2) Das Forstgesetz vom 31.8.1956, Nr. 6831, Art. 4. Im selben Artikel wird die Waldfläche in Bezug auf Qualität und Charakter des Waldes gegliedert: Schutzwälder, Nationalparks und Produktionswälder.

b) Katastermäßige Festlegung der Waldgrenzen
für den Staatswald

Die Grenzen von Staatswäldern werden von Forst-Katasterkommissionen katastermäßig festgelegt und die in oder an diesen liegenden Böden (Sommerweiden, Winterweiden und Tränken) und jede andere Art von Böden und Waldarten erfaßt und bestätigt ¹⁾. Eine derartige Kommission besteht aus sieben Personen und ist wie folgt zusammengesetzt: 1 Vorsitzender (Oberforstmeister, der vom Landwirtschaftsministerium bestellt ist), 1 juristisches Mitglied (abgestellt vom Justizministerium), 2 Forstmeister (Landwirtschaftsministerium), 1 Diplomlandwirt (Landwirtschaftsministerium), 2 Volksvertreter (durch Gemeindebeschluß gewählt).

Zuerst wird festgestellt, wo sich Staatswald befindet und welche Böden dazu gerechnet werden können. Dann werden die Grenzen der Privatwälder und der privaten landwirtschaftlichen Böden durch Grenzmarkierungen gekennzeichnet.

In den Art. 8 - 12 des Forstgesetzes Nr. 6831 wird die Arbeitsweise der Kommission bestimmt (Beschlüßfassung, die Einspruchsmöglichkeiten gegen die gefaßten Beschlüsse); ferner wird die Eintragung der Staatswälder in das Grundbuch geregelt.

Der Schutz des Waldes, seine Nutzung, seine Ausbreitung und das Funktionieren der Verwaltung hängen von der Kenntnis der Waldgrenzen ab. Seit 30 Jahren konnte die Festlegung der Waldgrenzen noch nicht beendet werden und die bis heute auf einem Gebiet von 3,8 Mill. ha - das sind 33 % der gesamten Waldfläche - sind größtenteils strittig. Die Streitigkeiten, die sich aus der Tätigkeit dieser Kommission ergeben, kann man wie folgt zusammenfassen:

Da sich bei der Kommission mehr Forstmeister als andere Mitglieder befinden, glaubt man, daß Streitfälle immer zugunsten der Forstverwaltung entschieden werden. Im Zusammenhang damit werden einige schlechte Beispiele in den Vordergrund geschoben

1) Das Forstgesetz vom 31.8.1956, Nr. 6831, Art. 7.

und die Forstverwaltung heftig beschuldigt. In Wirklichkeit verhielt sich aber die Forstverwaltung immer neutral. Die Waldbegrenzungskommission ist von der Generalforstdirektion abhängig, in ihren technischen und verwaltungsmäßigen Beschlüssen jedoch selbständig. Gegen manche Beschlüsse der Kommission erheben nicht nur Privatpersonen Einspruch; selbst die Forstverwaltung erhebt gelegentlich Einspruch vor Gericht. Die bisherigen Streitigkeiten entstanden jedoch nicht durch die Zusammensetzung der Kommission, sondern aufgrund der Definition des Begriffes "Wald" ¹⁾.

Die Kriterien zur Abgrenzung des Waldes haben sich im Laufe von zwanzig Jahren fünfmal geändert, dadurch kamen die einzelnen Kommissionen zu nicht miteinander übereinstimmenden Ergebnissen. In der Folge wurden auf manchen Böden, selbst nach der Festlegung der Waldgrenzen, Wälder gerodet. Der von der Kommission als Staatswald festgelegte Boden wurde später oft von den Bauern als Ackerboden bezeichnet und eine Abänderung der festgelegten Grenzen gefordert.

Die Arbeit der Waldbegrenzungskommission geht sehr langsam vorwärts, weil die Forstverwaltung diesen Problemen nicht immer die notwendige Beachtung geschenkt hat. Wenn die türkischen Wälder wenigstens in ihrem heutigen Zustand und Umfang erhalten bleiben sollen, dann muß die Festlegung der Grenzen für die am Wald liegenden Ländereien in einem kurzen Zeitraum beendet sein.

Die Behinderung der Kommission zur Waldbegrenzung durch die wiederholten Gesetzesänderungen und die daraus entstehenden Unsicherheiten und Unklarheiten zeigen sich in den Statistiken über die Tätigkeit der Kommission in den Jahren 1938 - 1961. Während von 1938 - 1949 jährlich ca. 350 000 ha Wald vermessen wurden, kam die Kommission in der Zeit von 1950 - 1953 nur auf insgesamt 255 460 ha. Danach wurde die Arbeit nicht mehr weitergeführt ²⁾.

1) Sitzungsprotokoll des türkischen Parlaments vom 21.8.1956, S. 288.

2) Republic of Turkey, Ministry of Agriculture General Directorate of Forestry, Forestry Statistics 1955 - 1959, Publ. No. 358/18, Ankara 1962, S. 29.

Zur Beschleunigung der Grenzfestlegung war in Art. 5 des Forstgesetzes Nr. 3116 eine Bestimmung aufgenommen worden, nach der die Arbeit in fünf Jahren hätte bewältigt werden sollen. Leider wurde eine ähnliche Bestimmung im heutigen Forstgesetz Nr. 6831 von 1956 nicht aufgenommen.

Die Waldbegrenzungscommission macht ihre Beschlüsse durch öffentlichen Aushang bekannt. Diese Art der Bekanntmachung ist wirkungslos und die Einspruchsfrist viel zu kurz bemessen. Es wird deshalb behauptet, daß der betroffene Bürger aus diesem Grunde sein Recht nicht wahrnehmen kann. Die Bekanntmachung erfolgt in den vermessenen Gemeinden und Dörfern in Form von Listen und Landkarten, die man an einer Moschee oder auf dem Dorfplatz aushängt ¹⁾. Wenn man die große Zahl der Analphabeten berücksichtigt, dann ist es klar, daß diese Art von Bekanntmachung nicht von Erfolg sein kann. Vor allem zeigen die Bauern keinerlei Interesse für solche Bekanntmachungen. Außerdem liegen die Dörfer und auch die einzelnen Häuser weit voneinander entfernt; es gibt keine Verbindungswege und die Nachrichtenübermittlung ist sehr schwierig. Auf diese Weise haben die meisten Dorfbewohner keine Ahnung von den festgelegten Waldgrenzen. Sie werden praktisch vor vollendete Tatsachen gestellt: die Erhebungen werden gemacht, die Bekanntmachung erfolgt, die Einspruchsfrist verstreicht meist ungenutzt, der Beschluß wird rechtskräftig und die Felder und Weidegründe des Bauern werden zum Staatswald erklärt und in das Grundbuch eingetragen. Dann sagt man den Bauern, daß sie ihren Hof verlassen sollen, weil er im Staatswald liege und nicht weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden könne. So nehmen die Streitigkeiten immer mehr zu und es kommt zu mutwilligen Zerstörungen des Waldes (etwa in Form von Brandstiftungen) und zu versteckten Ausschreitungen gegen die Regierung. Viele Bauern weigern sich ihren Hof zu verlassen.

Die Einspruchsfrist betrug früher drei Monate; im letzten Forstgesetz Nr. 6831 ist diese Frist auf ein Jahr verlängert und die Einspruchsgebühren sind aufgehoben worden.

1) Das Forstgesetz vom 31.8.1956, Nr. 6831, Art. 11.

Um diese Schwierigkeiten zu umgehen, ist es notwendig, den betroffenen Personen die Grenzfestlegung persönlich bekannt zu geben und den Bauern, die ihren Hof räumen müssen, an einem anderen Ort eine entsprechende Tätigkeit zu verschaffen.

Alle Personen, die Boden oder Immobilien in oder an einem Wald besitzen, dessen Grenzen festgelegt werden sollen, müssen sich am Tage der Grenzfestlegung einfinden oder durch einen anderen vertreten lassen. Sollte kein Vertreter vorhanden sein, dann wird die Festlegung der Grenzen in Abwesenheit vorgenommen. Die anwesenden Grundeigentümer oder deren Vertreter müssen die Grenzen ihres Grundeigentums persönlich zeigen und die Dokumente über ihren Grundbesitz vorlegen ¹⁾.

Was geschieht nun, wenn die betroffenen Personen keine Dokumente vorweisen können? Im Gesetz Nr. 6831 ist keine Antwort auf diese Frage enthalten. Die meisten Bauern haben nämlich keinerlei Papiere über ihren Grundbesitz in Händen und können deshalb bei der Durchführung der Grenzfestlegung keine solchen vorweisen. Sie können nur vorbringen, daß sie seit Jahren diesen Boden bearbeiten oder ihn vom Vater oder Großvater übernommen haben. Auf der anderen Seite roden die Bauern den Wald Tag für Tag und erweitern somit ihre Felder. Dadurch werden die Staatswälder stillschweigend in landwirtschaftlich genutzte Flächen umgewandelt. Um diese Entwicklung aufzuhalten, muß in das Forstgesetz unbedingt die Bestimmung aufgenommen werden, daß widerrechtlich gerodete Waldflächen nicht mehr durch Ersitzung Eigentum des Bauern werden können.

1) Das Forstgesetz vom 31.8.1956, Nr. 6831, Art. 9.

c) Behandlung der Walddörfer

Die Personen, die im Staatswald oder am Rande des Staatswaldes in einsam liegenden Höfen wohnen und deren Lebensunterhalt nicht durch die Nutzung des Waldes gesichert werden kann, sind in Art. 13 des Gesetzes Nr. 6831 in zwei Gruppen eingeteilt:

1. Bauern, die sich ihren Lebensunterhalt nicht durch die Nutzung des Waldes verdienen, sichert das Forstgesetz Kredite zur wirtschaftlichen Entwicklung zu, wenn die örtlichen Verhältnisse eine Nutzung des Waldes für angebracht erscheinen lassen.

2. Bauern, denen sich an Ort und Stelle keine wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten bieten, können durch Regierungsbeschluß mit ihrem Einverständnis an anderen Orten angesiedelt werden.

Für die Umsiedlung der Waldbauern bereitet das Landwirtschaftsministerium Pläne vor, die dazu bestimmt sind, der Zerstörung des Waldes Einhalt zu gebieten und den Menschen bessere Beschäftigungs- und Lebensbedingungen zu schaffen.

Um den Lebensunterhalt der an Ort und Stelle Verbliebenen zu sichern, fügt die Regierung für die Dauer von zwanzig Jahren dem Budget des Landwirtschaftsministeriums jährlich mindestens 50 Mill. türkische Pfund hinzu. Der Betrag wird vom Ministerium der Agrarbank zur Verfügung gestellt. Der Anteil jeder Familie am Entwicklungskredit, der Zinssatz, die Laufzeit des Kredits und die sonstigen Bedingungen werden gemeinsam vom Landwirtschafts-, Wirtschafts- und Handelsministerium und von der Agrarbank festgelegt ¹⁾.

Nach den Ausführungen des Art. 13 können die Personen der ersten Gruppe an Ort und Stelle bleiben; ihnen wird ein Entwicklungskredit gegeben. Dagegen erhalten die Bauern der zweiten Gruppe keinen Entwicklungskredit; sie werden mit ihrem Einverständnis umgesiedelt. Wenn diese Bauern ihr Land nicht verlassen wollen, kann keine zwangsweise Umsiedlung erfolgen.

1) Das Forstgesetz vom 31.8.1956, Nr. 6831, Art. 13.

Als Art. 13 im Parlament diskutiert wurde, wurden zwei Vorschläge vorgebracht: eine Seite verlangte die Zwangsumsiedlung im Sinne des Forstgesetzes Nr. 3116 von 1937; eine andere lehnte die Zwangsumsiedlung ab und schlug eine Umsiedlung mit Einverständnis des Waldbewohners vor ¹⁾. Im Ergebnis wurde die Zwangsumsiedlung abgelehnt. Heute aber sieht man ein, daß die Bestimmungen des Art. 13 kaum durchführbar sind, weil dem einen Teil der Bauern Familienkredite gegeben werden, während dem anderen Teil nahegelegt wird, sich umsiedeln zu lassen.

Es ist bezeichnend, daß dieser Artikel seit dem Tage seines Inkrafttretens kein einziges Mal angewendet worden ist. Es wollte niemand in Verlegenheit kommen. Eine Anwendung des Artikels hätte wahrscheinlich eine große Beunruhigung unter den Bauern hervorgerufen und die Regierung hätte weiter an Ansehen verloren.

Um die vorsätzlich gelegten Waldbrände und die willkürlichen Rodungen zu verhindern, wurde die Zwangsumsiedlung der Walddörfer - auch gegen den Druck der Innenpolitik - in andere landwirtschaftliche Gebiete seit 1937 immer wieder gewünscht. Man erließ zwar entsprechende Bestimmungen, aber in keinem Walddorf wurden die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse wirklich untersucht. Als 1956 dann dieses Gesetz im Parlament behandelt wurde, lagen keine Statistiken über die Verhältnisse in den Walddörfern vor. Man verabschiedete den Art. 13, ohne daß man die Lebensbedingungen und örtlichen Bräuche berücksichtigt hätte. Ja, man wußte nicht einmal, wieviele Bauern im Wald wohnten und wieviele dort eine ausreichende Existenzgrundlage hatten.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß der türkische Bauer sehr mit der Gemeinschaft verbunden ist; manchmal sind alle Bewohner eines Dorfes miteinander verwandt. Deshalb können sie sich nicht leicht von der gewohnten Umgebung und der Familie trennen. In den Dörfern gibt es außerdem Gemeinschaftsarbeiten und Gemeinschaftshilfen. Ohne auf eigenen Vorteil bedacht zu sein und ohne gesetzlichen Zwang helfen alle Bewohner

1) Sitzungsprotokoll des türkischen Parlaments vom 21.8.1956, S. 340.

gemeinsam einem Hilfsbedürftigen. All dies macht es sehr schwer, Familien aus einem Dorf einer Provinz in ein Dorf einer anderen Provinz umzusiedeln.

Man könnte das Problem lösen, wenn man alle im Wald verstreut liegenden einzelnen Häuser und kleinen Siedlungen, die keinen dörflichen Charakter tragen, allmählich zwangsweise umsiedelte, jedoch nicht so, daß die Familien getrennt würden, sondern daß alle in der Nähe eines großen Dorfes in der gleichen Provinz oder im gleichen Gebiet zusammen weiterleben könnten. Auf diese Weise würden die kleinen Dörfer zu einer dauerhaften Gemeinschaft zusammenwachsen. Durch gruppenweise Zusammenfassung der verstreut liegenden Walddörfer könnte man außerdem die öffentliche Versorgung erleichtern und das Gesundheitswesen verbessern; weiterhin würde diese Regelung zu einer Erhöhung des bäuerlichen Lebensstandards führen, denn die erweiterten wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten ließen eine Konzentrierung des Handels mit Agrarprodukten und einen damit verbundenen günstigeren Absatz zu.

Außerdem könnte dadurch eine gute Grundlage zur Ausbildung des Waldarbeiterstandes geschaffen werden. Manche Bauern würden auch ihr Nomadentum aufgeben müssen und würden sesshaft werden. Hauptsächlich im Taurusgebirge und im Schwarzmeerrandgebiet leben heute noch Tausende von Familien als nomadisierende Hirten, die noch heute auf dem gleichen Niveau leben wie vor vielen hundert Jahren, als sie in diese Gegend zogen.

Unerläßliche Voraussetzung für eine konstruktive Planung auf diesem Gebiet wäre die wissenschaftliche Ausarbeitung von Raumnutzungsplänen, denen die oben erwähnten Gesichtspunkte zugrunde gelegt werden müßten.

d) Regelung des Waldschutzes

In den Staatswäldern ist es verboten, junge Bäume zu beschädigen, Zweige abzubrechen, trockene Zweige zu sammeln, Bäume zu schlagen, Harz abzapfen, Schnittholz, Rinde oder Pech zu gewinnen oder umgestürzte Bäume zu behauen und abzutransportieren, Wurzeln zu sammeln, Holzkohle zu gewinnen, Waldboden zu entfernen, Eicheln, Lindenblüten, Arzneipflanzen und Waldsamen zu sammeln, Gruben zur Sand- und Kiesgewinnung anzulegen und in Wildbächen, Flüssen oder Seen mit Dynamit oder Gift zu fischen. Diese Verbote können von der Forstverwaltung aufgehoben werden ¹⁾.

Weiterhin ist es verboten, im Wald Feuer anzuzünden, abgebrannte Waldflächen in landwirtschaftlich genutzte Flächen umzuwandeln oder zu besiedeln oder im Wald Vieh weiden zu lassen. Auch hier sieht das Gesetz für Ausnahmefälle eine Sondergenehmigung vor ²⁾.

Es ist verboten, in Staatswäldern irgendwelche Gebäude (z.B. Ställe für das Vieh) zu errichten. Ausgenommen sind die Einrichtungen für den Schutz, die Erhaltung und die Gestaltung des Waldes. Außerdem ist der Bau von Fabriken im Wald und in einem Umkreis von 4 km vom Wald an die Genehmigung des Landwirtschaftsministeriums gebunden. Die Einrichtung von Sägewerken, Steinbrüchen, Kohlebergwerken, Kalk- und Pechgruben, die nicht weiter als 1 km vom Wald entfernt sind, muß von der Forstverwaltung genehmigt werden ³⁾.

Die oben angeführten Bestimmungen waren von sehr geringen Abweichungen abgesehen - auch im ersten Forstgesetz enthalten ⁴⁾.

Das Ergebnis der angestellten Untersuchungen zeigt, daß das Waldschutzproblem in der Türkei noch immer nicht gelöst ist

1) Das Forstgesetz Nr. 6831 von 1956, Art. 14/A, B, C und 15.

2) Das Forstgesetz Nr. 6831 von 1956, Art. 17 und 19.

3) Das Forstgesetz Nr. 6831 von 1956, Art. 17 und 18.

4) Das Forstgesetz Nr. 3116 von 1937, Art. 23.

und daß alle Maßnahmen ohne Erfolg geblieben sind. Die gesetzlichen Bestimmungen haben den Wald nicht vor weiteren Schäden und Zerstörungen schützen können. Dies liegt hauptsächlich daran, daß das Forstgesetz keinerlei Rücksichten auf die sehr unterschiedlichen örtlichen Traditionen nimmt. Es ist noch kein Anzeichen dafür vorhanden, daß die seit Jahrhunderten währende primitive oder illegale Nutzung des Waldes nachgelassen hätten. Nicht überall wird der Mangel an Holz gleich stark empfunden, so werden die Verbote an den einzelnen Orten unterschiedlich aufgenommen. Öfters ist überhaupt kein Verständnis für Verbote der Waldnutzung vorhanden.

Der Waldbauer fühlt sich bei der Nutzung des Waldes nicht an die gesetzlichen Verbote gebunden; für ihn ist der Wald die natürlichste Quelle für seinen Brennholz- und sonstigen Holzbedarf.

Nach der fatalistischen Anschauung der Mohammedaner stellt Gott die gesamte Natur dem Menschen unbegrenzt zur Verfügung. Gott läßt den Wald wachsen, damit der Mensch sich seiner bediene. Danach kann es nicht Aufgabe des Menschen sein, in die göttliche Natur schützend und pflegend einzugreifen. Wenn es bestimmt ist, daß der Wald untergeht, dann kann der Mensch daran nichts ändern. Gegen diese Haltung muß natürlich der Staat, wenn er den Waldbestand wirkungsvoll schützen will, gesetzlich vorgehen. Eine gesetzliche Regelung allein - wie die oben erwähnten Mißstände zeigen - genügt aber nicht; vielmehr muß zunächst das Verständnis eines jeden Waldbauern dafür geweckt werden, daß der Wald ein wertvolles Geschenk der Natur ist, das Pflege und Rücksichtnahme verlangt. Dann würde der Ausnutzung des Waldes durch die Waldbauern zu steuern sein. Anstelle des einseitigen Schutzes des Waldes durch den Staat könnte ein kollektiver Waldschutz treten. Natürlich ist dazu, wie gesagt, ein grundlegendes Umdenken im Bewußtsein vieler Bauern notwendig.

Die erwähnten Tatsachen verdeutlichen, daß die im Wald lebenden Bauern als ein untrennbarer Teil des Waldes betrachtet werden müssen. Aus diesem Grunde muß man das Nutzungsrecht

des Bauern am Wald auf eine möglichst für den Wald unschädliche Weise einplanen. Nach dem Gesetz Nr. 6831 ist z.B. das Sammeln von Lindenblüten im Wald verboten, da die Bauern die Bäume fällen, um die Blüten einsammeln zu können. Auf die gleiche primitive Art wird im Wald Pech und Harz gewonnen. Man kann durch das Gesetz diese Art von Waldnutzung nicht verhindern. Nach wie vor werden die gleichen Methoden angewandt. Wenn die Forstverwaltung die Bauern durch beweiskräftige und eindringliche Argumente von ihrer primitiven und schädlichen Art des Nutzens von Wäldern abbringen könnte und ihnen anstelle der vielen Verbote z.B. moderne und unschädliche Nutzungsmethoden beibrächte, wäre schon viel gewonnen.

Nach dem Gesetz ist grundsätzlich jede Art von Waldweide verboten ¹⁾. Gleichzeitig läßt das Gesetz jedoch Ausnahmeregelungen für alle Haustiere zu ²⁾. Wenn man aber die Viehhaltung der armen Landbevölkerung nicht völlig unmöglich werden lassen will, wird wegen des dauernden Futternotstandes die allgemeine Erteilung von Ausnahmegenehmigungen nicht zu umgehen sein. Man müßte die Bauern dazu anleiten, Futter anzubauen und die Stallfütterung einzuführen.

Forstgesetze, die die Waldweide verbieten, ohne gleichzeitig Möglichkeiten vorzusehen, das Vieh auch außerhalb des Waldes weiden zu lassen, entsprechen nicht der Wirklichkeit und sind daher nicht durchführbar.

e) Bestimmungen über die Schutzwälder und Nationalparks

Nach dem Gesetz unterscheidet man in der Türkei zwei Arten von Schutzwäldern ³⁾:

1. Dauernde Schutzwälder sind solche, die den Boden vor Senkung und Erosion schützen, der Volksgesundheit dienen,

1) Das Forstgesetz Nr. 6831 von 1956, Art. 19.

2) Das Forstgesetz Nr. 6831 von 1956, Art. 20 und 21.

3) Das Forstgesetz Nr. 6831 von 1956, Art. 23.

die öffentlichen Wege und Eisenbahndämme festigen oder an Flußufern Überschwemmungen verhüten sollen. Weiterhin rechnen zu den Schutzwäldern: Waldflächen, die der Landesverteidigung dienen.

2. Schutzwälder vorübergehender Art sind zerstörte oder verbrannte Staatswälder. Diese Wälder werden so lange geschützt, bis sie wieder zu produktivem Wald herangewachsen sind. Das Landwirtschaftsministerium legt fest, welche Staatswälder zum Schutzwald erklärt werden sollen; für die Privatwälder ist in dieser Frage der Ministerrat zuständig. Die Generalforstdirektion kann einen Wald zum Nationalpark erklären. Die Grenzen der als Schutzwald bezeichneten Wälder müssen den in der Nähe liegenden Ortschaften bekannt gemacht werden ¹⁾.

Wie schon erwähnt wurde, sind 6,7 Mill. ha (64 %) der türkischen Wälder unproduktiver Wald. Wenn man die Bestimmungen über den zu schützenden Wald streng durchführen würde, wären vom unproduktiven Wald (einschließlich der Buschwälder) 3 Mill. ha zu dauerndem und 3,7 Mill. ha zu vorübergehendem Schutzwald zu erklären. In Wirklichkeit aber sind bis heute nur 182 883 ha Wald (in den zwölf verschiedenen Gebieten) zu Schutzwald deklariert worden ²⁾. Das liegt daran, daß die forstwirtschaftlichen Verhältnisse noch recht undurchsichtig sind. Man müßte zuerst die Boden- und Waldbesitzerverhältnisse bei der im Wald lebenden Bevölkerung ordnen. In dieser Beziehung aber weist das Forstgesetz erhebliche Lücken auf.

Die Artikel über die schützenden Wälder bringen zum Ausdruck, daß der Wald nicht nur als Wirtschaftsbetrieb, sondern gleichzeitig auch als Wohlfahrtseinrichtung behandelt werden muß, da der Wald neben seiner sozialpolitischen Funktion als Erholungsstätte auch landeskulturelle Aufgaben, die ebenfalls der Allgemeinheit zugute kommen, zu erfüllen hat.

1) Das Forstgesetz Nr. 6831 von 1956, Art. 24 und 25.

2) Statistischer Jahresbericht der Generalforstdirektion der Türkei, Ankara 1963, S. 47.

Die Wälder sind ein wesentlicher Faktor zur Reinigung der Luft, zur Geltung der Landschaft, zum Schutze der Natur und zu Problemen der Wasserwirtschaft. Von all dem profitiert die Allgemeinheit kostenlos, aber sie steht dem Wald gleichgültig gegenüber und weder die Öffentlichkeit noch die Waldbewohner selbst erkennen die große Bedeutung des Waldes.

f) Bewirtschaftung und Holzverkauf

Die Bewirtschaftung der Staatswälder wird in den Grundzügen vom Landwirtschaftsministerium festgelegt und zwar in Form von Forsteinrichtungsplänen ¹⁾. Daneben besteht nach dem Forstgesetz Nr. 6831, Art. 40 die Möglichkeit, daß die Bewirtschaftung der Wälder an private Unternehmen in Form eines Dienstvertrages vergeben wird.

Im Forstgesetz Nr. 3116 von 1937 dagegen war festgelegt, daß die Staatswälder nur durch den Staat bewirtschaftet werden dürften, weil die türkischen Wälder von 1856 - 1937 planlos privat bewirtschaftet und dadurch schwer geschädigt worden waren. Obwohl dies allgemein bekannt war, kam die Regierung Menderes im Jahre 1956 zu dem Schluß, die Zerstörung des Waldes hätte nicht an der privaten Bewirtschaftung als solcher, sondern an einem fehlenden Kontrollsystem gelegen, das die Arbeit der Privatunternehmer zu überwachen gehabt hätte ²⁾.

Tatsächlich ist es aber in der Türkei so, daß die Privatpersonen oder privaten Körperschaften bei der Bewirtschaftung des Waldes nur den eigenen Profit und nicht seine Erhaltung im Auge haben. Jeder, wer es auch sein mag, handelt nach dem gleichen Prinzip: aus dem Wald in möglichst kurzer Zeit den möglichst größten Nutzen zu ziehen. Um diese Mißstände zu beseitigen, muß dem Grundsatz des Forstgesetzes (planvolle

1) Das Forstgesetz Nr. 6831 von 1956, Art. 26.

2) Sitzungsprotokoll des türkischen Parlaments vom 24.8.1956, S. 387.

Nutzung bei gleichzeitigen Schutz- und Aufforstungsmaßnahmen) unbedingt die Treue gehalten werden. Das kann nur erreicht werden, wenn die Bewirtschaftung des Waldes in den Händen des Staates liegt.

Die Generalforstdirektion ist gesetzlich nicht befugt, Holzverarbeitungs- und Verwertungsanlagen, Depots und Verkaufsstellen in den Städten oder Dörfern außerhalb des Waldes einzurichten. Sollte dies aber infolge der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung notwendig werden, dann kann durch Beschluß des Ministerrats die Generalforstdirektion ermächtigt werden, die Errichtung solcher Anlagen in eigener Aufgabe zu übernehmen ¹⁾.

Mit Ausnahme von 14 Holzfabriken, die vom Staat betrieben werden, ist jede Art von Holzverarbeitung Privatunternehmern vorbehalten. Man sollte aber dem Staat mehr Möglichkeiten in der Holzwirtschaft einräumen. Es wird behauptet, daß die Holzverarbeitung in den Händen der Privatwirtschaft besser aufgehoben sei, weil die staatlichen Holzfabriken ihr Rohmaterial oft auch aus Wäldern minderer Qualität bezögen, um das Jahres-soll an verarbeitetem Holz erfüllen zu können, wodurch eine Menge von Holz verschwendet werde; die Privatwirtschaft hingegen sei darauf bedacht, nur gutes Rohmaterial zu verarbeiten. Es ist nicht richtig, daß die Holzverarbeitung nur in den Händen der Privatwirtschaft liegen sollte, weil oft Rohmaterial auf illegale Weise herangeschafft wird, um mehr Gewinne zu erzielen.

Der Staat sollte in zweifacher Weise auf dem Gebiet der Holzverarbeitung tätig sein: einmal sollte er dafür sorgen, daß in seinen Fabriken weniger Holz verschwendet wird, zum anderen sollte er mehr Fabriken zur Holzverarbeitung errichten, um der Privatwirtschaft ein modernes Vorbild zu sein. Außerdem müßte verhindert werden, daß die Privatwirtschaft auch auf illegale Weise Holz bezieht. Doch leider gibt es auf dem Gebiet der Holzverarbeitung bis heute keine gesetzlichen Regelungen.

1) Das Forstgesetz Nr. 6831 von 1956, Art. 28.

Die Generalforstdirektion stellt in den einzelnen Gebieten Grundpreise für das geschlagene Holz und andere Waldprodukte auf. Der Verkauf findet in Form von öffentlichen Versteigerungen statt. Die Angebote der Käufer gehen oft weit über den Grundpreis hinaus, so daß die Preise allgemein zu hoch liegen und uneinheitlich sind. Man kennt in der Türkei keinen verbindlichen Einheitspreis. Die durch Versteigerungen künstlich hochgehaltenen Preise bringen den Normalverbraucher in Bedrängnis. Dies führt zu illegaler Holznutzung. Lediglich in einigen Fällen, etwa für öffentliche Institutionen, wird das Holz in freiem Verkauf ausgehandelt ¹⁾.

Den Bauern, die im Staatswald oder in einer Entfernung von 10 km davon wohnen, wird von seiten der Forstverwaltung Holz für den Eigenbedarf, für den gemeinnützigen Bedarf und den Marktbedarf zugebilligt ²⁾. Unter den persönlichen Bedarf wird gerechnet: Holz für Hausbau, Ställe, Scheunen, Heustadel, Kornkisten, Schuppen für landwirtschaftliche Geräte, für Fahrzeuge und Brennholzbedarf. Dieses Holz wird nur mit einem Zehntel des Grundpreises bezahlt ³⁾.

Für den gemeinnützigen Bedarf, wie Moscheebauten, Dorfwegesbau, Wasserwegebau und Brückenbau wird das Holz unentgeltlich abgegeben (§ 31/1).

Der Bauer darf 25 % des Holzes, welches er für den Staat einschlägt und abtransportiert, zum Grundpreis erwerben und frei auf dem Markt verkaufen. Das, was der Bauer selbst aus dem Staatswald für den Markt schlägt - wie z.B. für Brennholz, Kohle, landwirtschaftliche Geräte, Gemüsekörbe usw. - kann er frei verkaufen, dem Staat bezahlt er nur den Grundpreis des Holzes (§ 34).

Wie bereits oben in anderem Zusammenhang erwähnt wurde, gibt der Staat Bedürftigen kleiner Städte und Dörfer von weniger als 2 500 Einwohner, die innerhalb der Grenzen des Staats-

1) Das Forstgesetz Nr. 6831 von 1956, Art. 29.

2) Das Forstgesetz Nr. 6831 von 1956, Art. 31/I.

3) Das Forstgesetz Nr. 6831 von 1956, Art. 31/IV.

waldes liegen, für ihren Eigenbedarf Holz zum halben Grundpreis und für den Gemeinnutz dieser Städte oder Dörfer das Holz unentgeltlich ab. Außerdem wird an alle Flüchtlinge oder an Umgesiedelte oder durch Feuer, Überschwemmungen, Erdbeben und ähnliche Naturkatastrophen Geschädigte unentgeltlich Holzmaterial abgegeben (§ 32 und 33). Daneben stellt die Forstverwaltung das Holz für die Einrichtung von Brennöfen für Kalk, Ziegel und Dachziegel zum Grundpreis zur Verfügung. Wenn die in diesen Brennöfen hergestellten Produkte an Ort und Stelle verbraucht werden, dann wird das Holz sogar kostenlos abgegeben (§ 35). Solange der persönliche Bedarf der Bauern oder der gemeinnützige Bedarf der Städte oder Dörfer durch den jährlichen Einschlag nicht gedeckt ist, darf der Staat kein Holz verkaufen (§ 39).

Die wichtigen Nutzungsrechte des Bauern am Staatswald sind oben dargelegt worden. Diese Rechte wurden bei der mehrmaligen Änderung des Forstgesetzes noch zugunsten des Bauern erweitert.

g) Stellung der Körperschaftswälder

Die Art. 45 - 49 des Forstgesetzes Nr. 6831 enthalten die Bestimmungen über Bewirtschaftung, Pflege, Verwaltung und Schutz der Wälder, die öffentlich-rechtlichen Körperschaften, vorwiegend Gemeinden, gehören. Das sind etwa 2 % des türkischen Waldes. Die Festlegung der Grenzen dieser Wälder fällt ebenfalls in den Bereich der Waldbegrenzungscommission (§ 45).

Die Ausgaben der Kommission trägt der Staat, jedoch müssen für die Grenzzeichen die öffentlichen Institutionen selbst aufkommen. Die Karten und Pläne dieser Wälder werden von der Forstverwaltung kostenlos angefertigt. Die öffentlich-rechtlichen Körperschaften bewirtschaften ihre Wälder selbst oder lassen sie durch dritte Personen bewirtschaften.

Es gelten die gleichen Waldschutzbedingungen wie im Staatswald. Die Regierung hat das Recht, die Verwaltungs- und Schutz-

maßnahmen zu überwachen. Die Zersplitterung dieser Wälder oder die Veräußerung einschließlich des Bodens ist nicht möglich (§ 47).

Die Wälder, die öffentlich-rechtlichen Körperschaften gehören, sollen nicht nur materiellen Gewinn abwerfen, sondern auch Aufgaben der allgemeinen Wohlfahrt dienen. Im Gesetz wird jedoch nicht erklärt, auf welche Art die öffentlich-rechtlichen Körperschaften den Wald nützen dürfen und welcher Art die Aufgaben der allgemeinen Wohlfahrt sein sollen. Außerdem ist das Ausmaß der staatlichen Kontrolle über diese Wälder nicht festgelegt, so daß eine Einmischung des Staates in die Besitzverhältnisse möglich erscheint.

h) Stellung der Privatwälder

Die Art. 50 - 54 des Forstgesetzes Nr. 6831 enthalten Bestimmungen über Bewirtschaftung, Verwaltung, Pflege und Schutz der Privatwälder. Die Privatwaldbesitzer, deren Wälder durch die Waldbegrenzungskommission festgelegt worden sind, sind verpflichtet, bestimmte Grenzzeichen selbst anzubringen. Die Privatwaldbesitzer müssen die Einrichtungspläne und Karten ihrer Wälder selbst anfertigen und von der Forstverwaltung bestätigen lassen. Schutz und Verwaltung der Privatwälder obliegen dem Waldeigentümer. Die Pflege des Waldes wird durch den Staat kontrolliert. Jagd- und Weidebetrieb in Privatwäldern ist von der Genehmigung der Eigentümer abhängig.

Die Veräußerung, Vererbung und Aufteilung von Privatwäldern in Teile unter 500 ha ist nicht möglich. Wenn der Privatwald vom Besitzer selbst gesät oder gepflanzt wurde, fallen diese Beschränkungen fort, d.h. daß solche Wälder geteilt, veräußert und in kleinen Teilen vererbt werden können (§ 52).

1) Allgemeine Bestimmungen

Die allgemeinen Bestimmungen des Forstgesetzes Nr. 6831 sind in fünf Teile aufgegliedert. Der erste Teil behandelt die Frage der Aufforstung und die Verbesserung des Verhältnisses der Menschen zum Wald. Die Forstverwaltung nimmt die Propaganda dafür in ihr Kulturprogramm auf.

Nach diesem Gesetz wird der Forstverwaltung die Aufgabe auferlegt, im Jahr mindestens 5 000 ha Wald aufzuforsten. Außerdem ist die Forstverwaltung beauftragt, in der Umgebung von Dörfern und Städten Bäume anzupflanzen. Die daraus entstehenden Wälder übergibt sie der öffentlichen Hand als Gemeinde- und Dorfwälder (§ 57). Die Privatwaldbesitzer können außerhalb ihres Privatgrundstückes liegende unbewaldete Flächen, die dem Staat gehören, aufforsten. Voraussetzung dafür ist aber, daß der Privatwaldbesitzer einen bestimmten Aufforstungsplan, der von der Forstverwaltung kostenlos ausgearbeitet wird, anerkennt. Nach fünf Jahren Schutzzeit, kann die aufgeforstete Fläche als Privateigentum in das Grundbuch eingetragen werden.

Den Landbesitzern wird außerdem noch dadurch Anreiz zum Aufforsten ihres Bodens geboten, daß aufgeforstete Grundstücke 50 Jahre lang von der Grundsteuer befreit sind (§ 63).

Der zweite Teil der allgemeinen Bestimmungen behandelt das Löschen der Waldbrände. Die Bevölkerung hat bei der Bekämpfung von Waldbränden mitzuwirken. Diejenigen, die einen Waldbrand entdecken, müssen diesen sofort der nächsten staatlichen Behörde melden. Für die Meldung des Brandes stehen den Betreffenden sämtliche Nachrichtenmittel ohne Wartezeit und unentgeltlich zur Verfügung. Alle in der Nähe des Brandes wohnenden männlichen Personen zwischen 18 und 50 Jahren sind verpflichtet, beim Löschen des Brandes mitzuhelfen. Alle Provinzgouverneure, Landräte, Bezirksleiter, Bürgermeister, die Kommandanten der in der Nähe stationierten Einheiten und die Beamten der Forstdirektionen müssen im Brandfalle zur Verfügung stehen (§ 86).

Der dritte Teil der allgemeinen Bestimmungen behandelt die Berechtigung der Forstbeamten, Waffen zu tragen und zu gebrauchen. Nach diesem Gesetz dürfen die Forstbeamten in drei Fällen die Waffen gebrauchen:

1. In den in Art. 49 des türkischen Strafgesetzes beschriebenen Fällen (Notwehr);
2. im Falle, daß der Forstbeamte Forstfrevler oder Wilderer zum Niederlegen der Waffe auffordert und der Aufforderung nicht Folge geleistet, sondern zum Angriff übergegangen wird, dem der Forstbeamte sich nicht durch die Flucht entziehen kann;
3. in den Fällen, in denen die Frevler die vorher übergebenen Waffen, illegal erworbenes Holzmaterial oder dazu benötigte Transportmittel gewaltsam zurücknehmen oder die Waffe dem Forstbeamten entwenden wollen; außerdem, wenn in forstliche Dienststellen mit Gewalt eingedrungen wird, aber nur, wenn es nicht möglich ist, dem Angriff auf eine andere Art oder mit anderen Mitteln zu begegnen (§ 77 und 78).

Die Fälle, in denen die Beamten vom Gewehr Gebrauch machen dürfen, gleichen denen, die der Art. 49 des türkischen Strafgesetzes vorsieht. Art. 49 gilt im Falle der Notwehr für jeden Staatsbürger, ganz gleich, ob er Beamter ist oder nicht. Es wäre notwendig, den Forstbeamten außer diesen Befugnissen die gleichen Rechte wie der Polizei, der Gendarmerie und den Feldhütern zu verleihen und ihnen nicht zuzumuten, sich einem Angriff durch Flucht zu entziehen. Nach den heute geltenden Bestimmungen kann der Forstbeamte nicht schießen, wenn seiner Aufforderung zum Stehenbleiben nicht Folge geleistet wird. Dadurch ist es ihm nicht möglich, seine Pflicht zu erfüllen. Der Wald muß dadurch geschützt werden, daß man den Forstbeamten polizeiliche Befugnisse zugesteht, solange sie ihrem Dienst im Walde nachgehen. Der Forstbeamte muß die Möglichkeit haben, den Waldfrevler bei jeder Art von Handlungen, die sich gegen das Forstgesetz richten, festzunehmen und der nächsten Polizeidienststelle zu übergeben.

Der vierte Teil der allgemeinen Bestimmungen handelt von der Verfolgung der Waldfrevler. Die Forstbeamten stellen in einem Protokoll die Beweismittel gegen den Waldfrevler sicher; sie beschlagnahmen das gestohlene Holz und die Transportmittel und nehmen den Frevler fest. Wenn es der Forstbeamte fordert, müssen ihm Polizei, Gendarmerie, Dorfbürgermeister und Feldhüter Hilfe leisten (§ 79).

Wie eben schon erwähnt, kann der Forstbeamte seiner Pflicht nicht nachkommen, wenn ihm keine weiteren polizeilichen Befugnisse zugestanden werden. Denn ohne die Möglichkeit, nötigenfalls mit Waffengewalt gegen den ertappten Frevler vorzugehen, ist es in der Praxis fast aussichtslos, diesen so lange festzuhalten, bis er der Polizei oder dem nächstliegenden Dorfbürgermeister übergeben werden kann.

Nach dem Gesetz ist das Recht, Waldfrevler in Haft zu nehmen, den Bürgermeistern und Gemeinderäten vorbehalten, deren Dörfer sich innerhalb des Gebietes von Staatswäldern befinden (§ 81). Darüber hinaus wurde durch einen in das Gesetz aufgenommenen Zusatz den Gemeindeverwaltungen aufgetragen, mit dem Forstschutz zusammenzuarbeiten (§ 81). Danach sind die Gemeindeverwaltungen verpflichtet, die an diese Gemeinde angrenzenden Staatswälder von sich aus vor Waldfrevel zu schützen. In der Praxis aber fühlen sich die ehrenamtlichen Dorfbürgermeister und die Gemeinderäte zur Wahrnehmung dieser Aufgabe in keiner Weise verpflichtet. Ihnen scheint es weitaus wichtiger, die Bewohner der Gemeinde nicht zu verärgern. Zur Durchführung eines wirksamen Waldschutzes ist es in erster Linie notwendig, konkret verpflichtende Bestimmungen zu erlassen, deren Nichtbefolgung durch die Bürgermeister oder Gemeinderäte Strafen zur Folge hat. Will man das Übel aber an der Wurzel packen, dann empfiehlt es sich, den Staatswald in Gemeindeforest zu wandeln oder die Gemeinden an den Einkünften zu beteiligen, damit die Gemeinden schon aus materiellen Gesichtspunkten heraus an der Verfolgung von Waldfrevlern interessiert sind.

Die Protokolle, welche die Forstbeamten nach Begehen eines Waldfrevels anfertigen, müssen von diesen selbst, vom Wald-

frevler und - wenn möglich - von zwei Zeugen unterschrieben werden. Diese Protokolle werden nach der Prüfung durch die zuständige Forstdienststelle dem Staatsanwalt übergeben. Sie haben vor Gericht so lange Beweiskraft bis der Angeklagte Gegenbeweis erbringen kann. Auf diese Weise wird verhindert, daß die Forstbeamten wegen jedem Protokoll ihre Arbeit im Stich lassen und vor Gericht erscheinen müssen.

In den allgemeinen Bestimmungen des Forstgesetzes wird ebenfalls angegeben, wie die beschlagnahmten Fahrzeuge und das Holzmaterial verwahrt und verkauft werden sollen (§ 82 und 84). Danach wird jedes Fahrzeug enteignet, welches dazu benutzt wird, illegal Waldprodukte abzutransportieren. Lediglich die Zug- und Lasttiere und die Fahrzeuge, welche die Bauern für die Landwirtschaft benötigen, sind davon ausgeschlossen. Sollten jedoch dieselben Tiere oder Fahrzeuge zu einem weiteren Waldfrevel benutzt werden, dann gibt es keine Ausnahme mehr und sie werden beschlagnahmt (§ 85).

Der fünfte Teil der allgemeinen Bestimmungen handelt von den Strafen für Waldfrevel. In der Türkei werden folgende Strafen für Waldfrevel verhängt:

Gefängnis von mindestens einem Tag bis zu drei Monaten, Geldstrafen von mindestens drei, höchstens 1 000 T.L. In manchen Fällen werden diese Strafen verschärft, z.B. für die Erschließung von Erzgruben im Wald ohne Genehmigung wird eine Geldstrafe von 500 - 2 500 T.L. verhängt und außerdem die Grube geschlossen. Daneben werden die Holzhändler mit Gefängnisstrafen von einem bis fünf Jahren und Geldstrafen von 1 000 - 10 000 T.L. belegt, wenn sie wissentlich Holz aufkaufen, welches illegal eingeschlagen wurde. Die Strafen für Waldfrevel werden verdoppelt, wenn sie in einem Schutzwald oder Nationalpark begangen worden sind (§ 111).

Die Häufigkeit der Straftaten soll an Zahlen deutlich gemacht werden. Von 1937 - 1959 wurden 1 001 126 Urteile gegen Waldfrevler ausgesprochen, davon 400 000 wegen illegalen Einschlags, ebenso viele wegen verbotener Holzabfuhr; 150 000 Urteile ergingen wegen gesetzeswidriger Rodungen. Jahresdurchschnittlich kam es in den letzten Jahren zu 90 000 Verurteilungen wegen

eines dieser Delikte ¹⁾. Man schätzt, daß die Zahl der nicht bekannt gewordenen oder nicht bestraften Fälle von Waldfrevel auf etwa der gleichen Höhe liegt. Man darf annehmen, daß in der Türkei jährlich ca. 200 000 Fälle von Waldfrevel begangen werden, die nicht bekannt oder nicht bestraft worden sind ²⁾. Die Hauptursache für das Überhandnehmen der Waldfrevel liegt darin, daß die Strafverfolgung zu unwirksam ist und daß den Gründen, die zum Waldfrevel führen, zu wenig Gewicht beigegeben wird.

Man kann in der Türkei drei Arten von Waldfrevlern unterscheiden:

1. Solche, die aus dem Waldfrevel ein Geschäft machen;
2. solche, deren Existenzgrundlage mit dem Wald eng verbunden ist und die deshalb zwangsweise Handlungen begehen müssen, die nach dem Gesetz ein Vergehen sind;
3. Waldfrevler, die weder zur Gruppe 1 noch 2 gehören, die sogenannten "Gelegenheitsfrevler".

Diese drei Gruppen sind dem Gesetz nach jedoch nicht voneinander getrennt. Die Strafen für jene Waldfrevler, die den Waldfrevel als Geschäft betreiben, müßten jedoch schärfer ausfallen als für die anderen. Auf der anderen Seite sollte man für die Bauern, deren Existenz allein vom Wald abhängt, die Grenzen des Nutzungsrechtes am Wald eindeutig festlegen und die Tatbestandsmerkmale des Waldfrevels erklären.

1) Republic of Turkey, Ministry of Agriculture General Directorate of Forestry, Forestry Statistics 1955 - 1959, Publ. No. 358/18, Ankara 1962, S. 57.

2) Nach den Angaben des türkischen Parlaments werden 400 000 unbekannte oder unbestrafte Waldfrevel begangen. Sitzungsprotokoll des türkischen Parlaments vom 24.8.1956, S. 436.

j) Übergangsbestimmungen

Durch die Übergangsbestimmungen des Forstgesetzes soll die Einheit der Staatswälder gesichert werden. Die Übergabe von Staatswäldern an Privatpersonen oder an juristische Personen ist nur durch Gesetz möglich. Die Belastung und Nutznießung hängt von der Zustimmung des Landwirtschafts- und Finanzministeriums ab (§ 115 und 116). Außerdem wird in diesen Bestimmungen erklärt, wie die Besitzer ein mit Bäumen und Büschen bewachsenes Gelände, das jedoch nicht als Wald zählt, nutzen dürfen.

Bis zur Grenzfestlegung entscheidet das Landwirtschaftsministerium bei Unklarheiten darüber, wann eine Bodenfläche als Waldfläche zu gelten hat.

Art. 1 des Forstgesetzes, in welchem der Begriff "Wald" bestimmt ist, kann nicht allein als Kriterium dienen, weil die Definition nur auf den morphologischen und klimatischen Bedingungen aufbaut. Da in der Bestimmung von Art. 1 die wirtschaftlichen und soziologischen Aspekte außer acht gelassen worden sind, bestimmt das Landwirtschaftsministerium, welche Bodenflächen als Wald zu gelten haben, wenn bei Anwendung von Art. 1 Meinungsverschiedenheiten auftreten.

Nach Erlaß des Gesetzes haben Tausende von denen, die durch diese gesetzlichen Bestimmungen betroffen wurden und Parteipolitiker, die Interesse am Wald haben, über die dem Landwirtschaftsministerium überlassene Entscheidungsgewalt diskutiert. Man behauptete, die Entscheidungen des Richters und die Gutachten eines Sachverständigen reichten bei den Streitigkeiten aus.

Zusammenfassung:

Man kann sagen, daß die Zerstörungen am Wald und damit eine fortschreitende Entwaldung in der Türkei durch die Forstgesetze Nr. 3116 und 6831 nicht aufgehalten oder eingeschränkt werden konnten. Obwohl diese beiden Forstgesetze in ihren Grundprinzipien für die türkische Forstwirtschaft anerkannt notwendige Maßnahmen beinhalten, führten sie zu keinem Er-

folg. Als Gründe kann man anführen: die Formen der Boden- und Waldnutzung in der Türkei waren in den Zeiten des Osmanischen Reiches und sind heute noch geprägt von Fatalismus und Tradition und haben einen parasitären Charakter angenommen.

Die heute in der Türkei herrschenden primitiven Nutzungsformen der Land-, Vieh- und Forstwirtschaft erlauben keinen wirksamen Schutz des Waldes. Deshalb sind der Waldbestand und die natürliche Vegetation des Landes ständig in Gefahr.

Die in der Türkei praktizierte Boden- und Waldnutzung ist nur bei geringer Bevölkerungsdichte und unter Verzicht auf Ansprüche jeglicher Art an die moderne Zivilisation möglich. Will man aber bei gleichzeitigem Bevölkerungszuwachs einen gehobenen Lebensstandard erreichen, müssen die heutige Nutzungsform des Waldes und die betreffenden rechtlichen Bestimmungen grundlegend geändert werden.

Es ist im Rahmen der heutigen Forstgesetze nicht möglich, das ökologische Gleichgewicht in der Türkei wieder herzustellen, welches zu 70 % zerstört ist. Ja, es ist in dieser Hinsicht für die Staatsautorität schädlich, wenn diese Gesetze nicht angewendet werden können, und man kann sagen, daß die bis zum heutigen Tage erlassenen und geänderten Forstgesetze nur aus innenpolitischen Gründen gemacht wurden. Dem Beobachter bleibt nur übrig, die erschreckende Folge der heutigen passiven, fatalistischen Nutzungsformen, nämlich die fortschreitende Entwaldung, festzustellen.

B. Vorschläge für eine Neuordnung

I. Bodengesetzgebung

1. Allgemeines

Bei der Darstellung der landwirtschaftlichen Verhältnisse wurde festgestellt, daß die türkische Landwirtschaft einer Reform bedarf, damit der Lebensstandard gehoben werden kann. Diese Agrarreform muß sich - wie alle Agrarreformen - primär mit der Neuordnung der rechtlichen und sozialen Verhältnisse im Bereich der Landwirtschaft befassen ¹⁾.

Es geht also um eine Änderung der Agrarverfassung, wobei der Begriff nicht nur die rechtliche Ordnung, sondern auch die soziale Ordnung umfassen sollte ²⁾.

Die Bodenreformen befassen sich deshalb mit der Änderung aller Rechte und Beziehungen, welche "die Menschen durch die Beherrschung ihrer Verhältnisse zum Boden schaffen" ³⁾. Eine Bodenreform umfaßt "jene Aktionen auf dem Gebiete der Landwirtschaft, die die gegebenen Bodenbesitz-, Benutzungs- oder Bewirtschaftungsverhältnisse den geänderten sozialen oder wirtschaftlichen Anschauungen oder Bedürfnissen entsprechend einer planmäßigen Neuordnung oder Regulierung unterziehen wollen" ⁴⁾. Die Bodenreform sollte also nicht aus einer bloßen Enteignung des Großgrundbesitzes bestehen, wie sie oft durchgeführt wird.

1) Vgl. Ringer, K., Agrarreformen und wirtschaftliche Entwicklung, Sonderdruck aus: Kulturen im Umbruch, Freiburg i.Br. o.J., S. 48.

2) Vgl. Raup, Ph., Der Beitrag von Bodenreformen zur landwirtschaftlichen Entwicklung. Eine analytische Rahmendarstellung, in: Zeitschrift für Ausländische Landwirtschaft, Jg. 2, Heft 3, Frankfurt/M. 1963, S. 3 und vgl. Dietze, C.v., Artikel: Agrarpolitik, in: Staatslexikon, Bd. 1, 6. Auflage, Freiburg i.Br. 1957, S. 124 und vgl. Ringer, K., Agrarverfassungen im tropischen Afrika. Zur Lehre von der Agrarverfassung: Veränderungen zur Hebung der Agrartechnik, Freiburg i.Br. 1963, S. 14.

3) Raup, Ph., a.a.O., S. 3.

4) Amtliche Sammlungen der Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes, Jg. 1931, Wien, Slg. Nr. 1390, darauf verweist: Adamovich, L., Grundriß des österreichischen Verwaltungsrechts, 4. Auflage, Wien 1948, S. 280, Anm. 1.

Mit Raup unterscheidet man zweckmäßigerweise zwei Aufgaben-
gruppen, nämlich die Bodenbesitzreformen und die Bodenbewirt-
schaftungsreformen ¹⁾:

"1. Maßnahmen, die sich direkt auf die Struktur des Land-
besitzes beziehen (entsprechend "Bodenbesitzreform"):

- a) Förderung von Eigentumsrechten der selbstwirtschaft-
tenden Besitzer und Beschränkung des Absentismus;
- b) Regelung der Pachtverträge (Pachtanteile, Vertrags-
abschluß, Erlaß von Pachtschutzgesetzen);
- c) Zusammenlegung der "Handtuch-Parzellen" und zersplit-
terten Fluren zu arbeitswirtschaftlichen Schlägen;
- d) Unterteilung der großen Besitzungen;
- e) Kontrolle der Bodenvererbung, um übermäßige Unter-
teilung von Gütern zu verhüten oder die Anhäufung großer
Besitztümer zu erschweren und
- f) Verbesserung der Landvermessungen und der Systeme,
Besitzansprüche zu registrieren.

2. Der Agrarstrukturverbesserung verwandte Maßnahmen, die
für einen Erfolg wesentlich sind (entsprechend "Bodenbe-
wirtschaftungsreform"):

- a) Aufbau eines wirksamen landwirtschaftlichen Bera-
tungsdienstes;
- b) Verbesserung der kommerziellen und genossenschaft-
lichen Marktsysteme, soweit der Absatzmarkt für land-
wirtschaftliche Produkte durch die Besitzstruktur be-
einflußt wird;
- c) Verbesserung der Landarbeiterbedingungen unter Be-
sitzsystemen, in denen die Grundherrschaft einen gewis-
sen Anspruch auf Dienstleistungen seitens der auf dem
Lande lebenden Bevölkerung einschließt;
- d) Verbesserung der landwirtschaftlichen Kreditstruk-
tur für den Fall, daß die Besitzreform durch eine un-

1) Raup, Ph., Der Beitrag von Bodenreformen zur landwirtschaft-
lichen Entwicklung, a.a.O., S. 3 und 4.

genügende Kreditversorgung gehemmt wird;

e) Verbesserung der Anordnungen für den Grundstücksverkehr und

f) Reform der Bodenbesteuerung und der Finanzpolitik."

Die Bodenreform muß parallel zu Reformen in anderen Bereichen vorgenommen werden, in erster Linie im Erziehungs- und Ausbildungswesen. Der Erfolg einer Bodenreform hängt jedoch nicht nur von den angestrebten Maßnahmen ab, sondern auch von der Größe der Anstrengungen, die durch die sozialen Verbesserungen hervorgerufen werden, welche die Bodenreformen mit sich bringen.

Vergleicht man die Ziele, die Raup zur Bodenreform im allgemeinen aufstellt, mit denen, welche sich eine zukünftige türkische Bodenreform stellen dürfte, zeigt sich, daß der Umfang der Aufgaben, die in der Türkei durchzuführen sind, sehr gering ist.

Die Behandlung des Gesetzes zur Landbeschaffung für die Bauern Nr. 4753 von 1945 hat ergeben, daß sich das türkische Agrarrecht nur mit Fragen der Verteilung von Boden an Landarme befaßt. Wie schon erwähnt wurde, ist dies nur ein Aspekt der Agrargesetzgebung. Deshalb werden die Reformvorschläge nach zwei Gesichtspunkten getrennt:

1. Rechtliche Bestimmungen, die die Eigentumsverhältnisse von landwirtschaftlichem Grundbesitz behandeln;
2. rechtliche Regelungen, die sich auf die Bewirtschaftung des landwirtschaftlichen Eigentums beziehen.

2. Bedeutung und Aufgaben der Bodenreform

a) Ziele

Die Notwendigkeit einer Agrarreform wird in der Türkei allgemein eingesehen. Die Meinungen über Ziel und Umfang der zu ergreifenden Maßnahmen gehen allerdings weit auseinander. Deshalb soll zunächst einmal zusammengestellt werden, welche Voraussetzungen geschaffen und welche Maßnahmen ergriffen wer-

den müssen, damit eine bessere Agrarstruktur erreicht werden kann.

Jede Agrarreform muß deutlich trennen zwischen Ziel und Mitteln. Zunächst sollen deshalb die Ziele dargestellt werden, die sich in drei Gruppen zusammenfassen lassen.

1. Die in der Landwirtschaft Tätigen sollten ein Einkommen beziehen können, das dem durchschnittlichen Lebensstandard der Bevölkerung angeglichen ist. Dieses Einkommen sollte so hoch sein, daß es die Bauern teilweise wieder für Investitionen verwenden können.

2. Die Bedingungen für die landwirtschaftliche Produktion müssen so verbessert werden, daß die Versorgung einer wachsenden Bevölkerung gesichert werden kann. Dabei ist darauf hinzuwirken, daß die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten sinkt. Großes Gewicht ist auf den Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu legen, da er für den Stand der Zahlungsbilanz entscheidende Bedeutung hat.

3. Weiterhin muß die Landwirtschaft als ein bis heute weitgehend autarker Wirtschaftsbereich eng mit der gesamten Volkswirtschaft verflochten werden.

b) Mittel und Wege

Es ist nicht möglich, die verschiedenen Mittel einer zukünftigen Agrarreform jedem Ziel direkt zuzuordnen, weil alle zu ergreifenden Maßnahmen von der Sache her ineinander greifen. Die durchzuführenden Maßnahmen kann man in zwei Gruppen einteilen. Die erste Gruppe bezieht sich auf den Bodenbesitz, die zweite auf die Bodenbewirtschaftung. Daneben sind noch Maßnahmen anzuführen, die die Wirtschaftskraft des flachen Landes fördern sollen.

ba) Maßnahmen, die sich auf den Bodenbesitz
beziehen

Die türkische Landwirtschaft ist durch eine äußerst ungleichmäßige Verteilung des Grundeigentums charakterisiert. Neben den Betrieben der Großgrundbesitzer finden sich völlig unzureichende Kleinbetriebe. Deshalb besteht eine der wichtigsten Maßnahmen in einer Neuverteilung des Bodens, damit für den Großteil der Bauern größere Betriebe geschaffen werden können, die es ihnen erlauben, sich einen angemessenen Lebensunterhalt selbst zu verdienen.

Die Neuverteilung des Bodens sollte nicht ausschließlich auf Kosten des Großgrundbesitzers vor sich gehen, etwa durch eine völlige Enteignung, sondern es sollten dazu alle Gruppen (Stiftung, Staat, Gemeinden und Großgrundbesitz) entsprechend dem Umfang ihres Besitzes beitragen. Dabei darf der regionale Aspekt der Grundeigentumsverteilung nicht außer acht gelassen werden. So haben in manchen Gebieten weder der Staat noch die Gemeinden noch die religiösen Stiftungen einen nennenswerten Grundbesitz, während die Großgrundbesitzer dort über weite Ländereien verfügen. Hier läßt es sich nicht vermeiden, daß die Großgrundbesitzer einen relativ großen Teil ihres Eigentums abtreten müssen.

Die schlechte Lage der Bauern rührt aber auch daher, daß das ZGB die völlige Verfügungsfreiheit des Bodeneigentümers sicherstellt. Hier ist besonders die Realteilung und die Verschuldung zu nennen. Zum Schutze der Bauern sollten in beiden Punkten gewisse Beschränkungen oder Sicherungen in das Gesetz eingefügt werden.

Als Folge der Realteilung war eine Verkleinerung der Betriebe und eine umfangreiche Flurzersplitterung festzustellen. Durch die Beschränkung der Realteilung kann zwar eine Zunahme der Mißstände verhindert werden; jedoch müssen auch zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden, welche die augenblickliche Zersplitterung verringern (Flurbereinigung).

Die Pacht, insbesondere die Teilpacht, spielt eine erhebliche Rolle. Dabei genießt der Pächter keinen besonderen Schutz. Aufgrund des großen Landmangels ist der Pächter in den meisten Fällen gezwungen, Pachtbedingungen einzugehen, die er nachher nur unter äußersten Entbehrungen erfüllen kann. Deshalb muß das neue Bodenreformgesetz die Stellung des Pächters stärken.

Obwohl die dargestellten Maßnahmen von dringender Wichtigkeit sind, muß ihnen eine Reform besonders des Kataster- und Grundbuchwesens vorausgehen. Die großen Mängel hierin haben schon beim Bodenreformgesetz von 1945 zu erheblichen Unkorrektheiten geführt. Da bei großen Flächen die Eigentumsverhältnisse damals nicht klar waren, haben zahlreiche Großgrundbesitzer diese Flächen als ihr Eigentum angegeben, so daß nach der Enteignung von 1945 ihr wirklicher Besitz meist größer war als vorher. Deshalb muß vor Erlass eines neuen Bodenreformgesetzes eine genaue Klärung der Eigentumsverhältnisse erfolgen. Bei dem geringsten Zweifel an der Rechtmäßigkeit eines Eigentumsanspruches müßte das umstrittene Gebiet an den Staat fallen. Soweit diese Maßnahmen nicht mit dem ZGB zu vereinbaren sind, müssen entsprechende gesetzliche Grundlagen geschaffen werden. Denn die Anwendung eines Bodenreformgesetzes, das die Verteilung von Böden vorsieht, bei denen die Rechtsverhältnisse nicht geklärt sind, ruft in dieser Situation Mißtrauen und Unruhe hervor ¹⁾.

Im Gesetz zur Landbeschaffung für die Bauern Nr. 4753 von 1945 waren die Quellen angeführt, aus denen die landarmen Bauern eine Zuteilung erhalten sollten. Wie oben ausgeführt wurde, hat die Verpflichtung der Großgrundbesitzer zur Abgabe von Land in dem Falle, daß aus Staats- und Stiftungseigentum keine Zuteilung mehr vorgenommen werden kann, dazu geführt, daß das Landbeschaffungsgesetz in der Praxis versagte. Die vom Gesetzgeber erwarteten Ergebnisse blieben aus.

1) Vgl. Barkan, Ö.L., Das Gesetz zur Bodenreform und Grundprobleme einer Agrarreform in der Türkei, in: Revue de la Faculté des Sciences Économiques de l'Université d'Istanbul, hrsg. von Neumark, Bd. 6, Nr. 1 - 2, Istanbul 1945, S. 131.

Die soziale und ökonomische Abhängigkeit wurde nicht beseitigt.

Für eine neue Bodenreformgesetzgebung muß deshalb gefordert werden, daß die im alten Landbeschaffungsgesetz bestehende Reihenfolge in Bezug auf die Enteignung nicht mehr beibehalten wird.

Zur Lösung der sozialen Probleme der Bodenreform wäre es angebracht, in den rechtlichen Bestimmungen eine regional unterschiedliche Behandlung der Bodeneigentümergruppen zu verankern. In den Gebieten, in denen der Großgrundbesitz gegenüber den anderen Eigentümergruppen überwiegt, wird die soziale Ungleichheit besonders drückend empfunden. Hier müßten die Großgrundbesitzer relativ mehr Land abgeben als die anderen Eigentümergruppen. In diesen Gegenden wäre sogar zu empfehlen, wieder eine Reihenfolge im Sinne des alten Landbeschaffungsgesetzes einzuführen. Staats- und Stiftungsbesitz soll überhaupt nur dann zur Landabgabe herangezogen werden, wenn aus Enteignungen des Großgrundbesitzes nicht genügend Land zur Verfügung steht.

In zahlreichen Bodenreformgesetzen, so etwa in den Bodenreformgesetzen, die nach 1945 von den Alliierten in Deutschland erlassen worden sind, wurden hinsichtlich des bäuerlichen Privatbesitzes Höchstgrenzen festgelegt. Alles Grundeigentum, das diese Höchstgrenze überschritt, konnte enteignet werden ¹⁾. Eine solche Begrenzung wäre in der Türkei nicht zweckmäßig, weil die natürlichen Voraussetzungen der Landwirtschaft unterschiedlich sind. Hingegen schiene es sehr günstig, für die einzelnen Landesteile Grenzen von unterschiedlicher Höhe festzulegen.

Es wäre in diesem Zusammenhang wichtig, die Festlegung einer Höchstgrenze beim landwirtschaftlichen Grundeigentum nicht so sehr von den natürlichen Gegebenheiten des jeweiligen Gebietes abhängig zu machen; maßgebend sollte vielmehr der Landbedarf in den jeweiligen Landesteilen sein. Beim augenblicklichen Entwicklungsstand des Landes kann die ökonomische und

1) Vgl. Abel, W., Agrarpolitik, 2. Auflage, Göttingen 1962, S. 208.

soziale Versorgung der landlosen und landarmen Bauern nur durch eine verstärkte Enteignung des Großgrundbesitzes im Verhältnis zu den anderen Gruppen erreicht werden.

Eine Regelung der Entschädigungsfrage bezüglich der enteigneten Großgrundbesitzer müßte es natürlich aus rechtsstaatlichen Gesichtspunkten wie bisher geben.

Im Pachtrecht der Türkei spielt die Teilpacht (Teilbau) eine dominierende Rolle. Der Pachtzins ist bei dieser Form als relativer Anteil am jährlichen Ertrag festgelegt. Je mehr sich der Pächter bemüht seinen Ertrag zu steigern, umso größer ist der Pachtzins, den er abführen muß. Dadurch wird die Initiative der Bauern weitgehend gedämpft, ohne daß ihnen auf anderen Gebieten ein besonderer Vorteil durch diese Form der Verpachtung entstünde. Diese Form des Pachtrechtes sollte deshalb abgelöst werden. Der Pachtzins sollte in einem festen Geldbetrag festgesetzt werden.

Ebenso sind auch Wertsicherungsklauseln auszuschließen, weil sich in der wirtschaftlichen Entwicklung die Kostenstruktur nicht mehr entsprechend den Agrarpreisen entwickelt ¹⁾.

Als eine Sicherung für den Pächter ist eine langfristige Verpachtung anzustreben. Hier sollte im Gesetz eine Mindestpachtdauer festgesetzt werden. Daneben könnte der Landwirtschaftsbehörde ein Einspruchsrecht zugebilligt werden, wenn die Pachtdauer im Verhältnis zum bewirtschafteten Gebiet eine Rentabilität des landwirtschaftlichen Betriebes nicht gewährleistet ²⁾.

Die Ablösung der Teilpachtverträge sollte nicht in der Weise erfolgen, daß die Pacht dem Eigentümer gegen seinen Willen aufgezwungen werden kann. Vielmehr sind Lösungen anzustreben, bei denen Eigentümer und Pächter das zwischen ihnen bestehende Rechtsverhältnis neu gestalten können ³⁾. Außerdem

1) Im Rahmen der heutigen wirtschaftlichen Entwicklung sinken die Agrarpreise im Verhältnis zu den Preisen der Güter aus den anderen Wirtschaftsbereichen. Eine Bindung an einen Agrarpreisindex wäre allerdings denkbar.

2) Vgl. Kroeschell, K., Landwirtschaftsrecht, Köln 1963, S. 110.

3) Vgl. Blanckenburg, P.v., Der Teilbau; Berichte über Landwirtschaft, Bd. 33, Hamburg und Berlin 1955, S. 457.

sollten Kündigungsfristen und Termine grundsätzlich frei vereinbart werden. Bei Verträgen mit unbestimmter Laufzeit oder bei vorzeitiger Kündigung aus wichtigem Grund sollte die Kündigung jedoch - wie das deutsche BGB in § 595 festgelegt - nur auf den Schluß des Pachtjahres mit halbjähriger Frist zulässig werden.

Nach Ablauf der Pacht dürfte der Pächter das Grundstück nicht ohne weiteres zurückgeben; er sollte vielmehr darüber hinaus verpflichtet sein, das Grundstück in einem Zustand zurückzugeben, wie es sich bei dauernder ordnungsgemäßer Bewirtschaftung ergibt. Daraus würde nämlich indirekt eine Bewirtschaftungspflicht des Pächters folgen. Außerdem sollte die privatrechtliche Regelung des Pachtverhältnisses durch Pachtschutzvorschriften ergänzt werden.

Die rechtliche Regelung des Erbanges begünstigte die Zersplitterung des bäuerlichen Eigentums. Eine Reform des Erbrechts muß darauf zielen, die landwirtschaftlichen Betriebe nicht zu verkleinern. Die völlig liberale Auffassung hinsichtlich der Vererbung bedarf deshalb einer Beschränkung, wie sie etwa im deutschen Recht anzutreffen ist.

Eine Realteilung des Erbgutes im landwirtschaftlichen Bereich sollte nur dann erlaubt sein, wenn die Teile noch groß genug sind, eine Bauernfamilie zu ernähren. Diese Bedingung könnte auch dadurch erfüllt werden, daß der Erbberechtigte neben seinem Erbteil noch andere Grundstücke zur Bewirtschaftung heranzieht. Dies könnte durch Zukauf von Grund und Boden, aber auch durch Hinzunahme des Erbteils des anderen Ehegatten erreicht werden. Auch die Zupacht, soweit sie langfristig ist, könnte als ausreichende Bedingung angesehen werden.

Bei Grund und Boden, der dem Erblasser aus dem Landbeschaffungsgesetz zugeflossen ist, scheint eine abweichende Regelung angebracht zu sein. Mit der Zuteilung dieses Bodens sollte gleichzeitig die Teilung im Erbange ausgeschlossen werden.

Für den Fall, daß der Erbteil keine ausreichende Existenzmöglichkeit bietet und bei Land aus dem Landbeschaffungsgesetz müßte den Gerichten eine Zuweisungsmöglichkeit eingeräumt

werden. Dieses Zuweisungsverfahren könnte in Anlehnung an die Art. 620 ff. des schweizerischen ZGB geregelt werden ¹⁾.

Das türkische ZGB hat die Art. 620 ff. des Schweizer ZGB übernommen. Da es aber in der zentralistischen Türkei keine Kantone gibt, konnten die entsprechenden Bestimmungen nicht in gleichem Sinne Aufnahme finden. Man sollte das Zuweisungsverfahren durch moderne Bestimmungen regeln.

Es genügt nicht, künftigen Schäden durch eine Änderung des Erbrechts vorzubeugen, sondern man muß auch die Mängel beseitigen, die bis heute entstanden sind. Hierzu ist in erster Linie erforderlich, daß ein Flurbereinigungsgesetz erlassen wird.

Durch die Flurbereinigung sollen die zersplitterten Grundstücke zu wirtschaftlich rentablen Flächen zusammengelegt und wenn möglich, in sinnvolle Beziehung zu den vorhandenen Wegen und Bewässerungsanlagen gebracht werden. Darüber hinaus sollen Zufahrten, Gräben und andere gemeinschaftliche Anlagen geschaffen werden, welche die rationelle Nutzung des Bodens erleichtern können ²⁾. Wie sich aus § 37 des Flurbereinigungsgesetzes ergibt, hat die Flurbereinigung die Aufgabe, eine grundlegende Neuordnung der ganzen Flur zu erreichen.

1) Das schweizerische Zuweisungsrecht (Art. 620 ff. ZGB). Falls nur einer der Erben das "Landwirtschaftliche Gewerbe" übernehmen will, ist es ihm zuzuweisen. Diese obligatorische Zuweisung hat im Jahre 1947 die frühere Soll-Vorschrift abgelöst. Erhebt jedoch ein anderer Miterbe Einspruch oder erklären sich mehrere zur Übernahme bereit, so ist in erster Linie derjenige zu berücksichtigen, der das Gewerbe selbst betreiben will. Wollen es mehrere selbst betreiben, so gehen Söhne den Töchtern vor - ein Recht alter Erbsitten, das jedoch nicht einen allgemeinen Mannesvorzug ausdrückt. Bei weiteren Zweifeln über die Zuweisung ist der Ortsgebrauch maßgebend, der im Kanton Zug den ältesten, im alten Gebiet des Kantons Bern sowie im Kanton Freiburg den jüngsten Sohn begünstigt.

2) Vgl. Bochalli, A., Besonderes Verwaltungsrecht. Ein Studienbuch, 2. Auflage, Köln und Berlin 1963, S. 194 und 195.

Mit der Flurbereinigung zugleich könnten Siedlungs- und Umsiedlungsverfahren durchgeführt werden, wodurch gleichfalls die Agrarstruktur verbessert werden kann ¹⁾. Eine wirksame Flurbereinigung ist jedoch nur möglich, wenn eine erneute Zersplitterung der Grundstücke verhindert wird. Dies könnte durch ein Gesetz, welches eine Teilung grundsätzlich untersagt oder nur in Ausnahmefällen gestattet, geschehen. Diesen Weg haben verschiedene europäische Länder bereits beschritten ²⁾.

Träger der Flurbereinigung sollte, ähnlich dem deutschen Flurbereinigungsgesetz, die Teilnehmergeinschaft sein (§ 18 FlurBG). Über der Aufsicht der Flurbereinigungsbehörde hat die Teilnehmergeinschaft bestimmte Aufgaben: die Schaffung gemeinschaftlicher Anlagen, die Durchführung von Bodenverbesserungen und die Regelungen von Ausgleichszahlungen. Die Teilnehmergeinschaft sollte in erster Linie die im Grundbuch eingetragenen Eigentümer von Grund und Boden umfassen, der in ein Flurbereinigungsverfahren einbezogen ist ³⁾. Als Körperschaft des öffentlichen Rechts kann die Teilnehmergeinschaft auch Verwaltungsbestimmungen aufstellen. Durch eine zusätzliche Regelung könnte gesichert werden, daß die Eigentümer der von der Flurbereinigung betroffenen Grundstücke die Einleitung des Verfahrens nicht behindern und sie sollten in jedem Falle an der Durchführung beteiligt werden.

Durch die Einführung einer solchen Teilnehmergeinschaft in das neu zu schaffende türkische Flurbereinigungsgesetz könnte das Mißtrauen bekämpft werden, das die Bauern bei staatlichen

1) Vgl. Kroeschell, K., Landwirtschaftsrecht, Köln und Berlin 1963, S. 25.

2) Vgl. Abel, W., Agrarpolitik, 2. Auflage, Göttingen 1958, S. 271.

3) Vgl. Bohte, H.G., Ländliches Siedlungs-, Flurbereinigungs- und Agrarrecht in Rheinland-Pfalz, in: Schriften der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation, Heft 2, Bonn 1955, S. 8; Bohte, H.G., Die Verbesserung der Agrarstruktur in der Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Länder, in: Schriften der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation, Heft 14, Bonn 1961, S. 17.

Eingriffen in ihr Privateigentum haben. Darüber hinaus könnte die Teilnehmergeinschaft, die von den Bauern selbst getragen wird, die Initiative der Bauern erheblich fördern ¹⁾.

bb) Maßnahmen, die sich auf die Bodenbewirtschaftung beziehen

Die zweite Gruppe enthält solche Maßnahmen, welche die inneren Verhältnisse der bäuerlichen Betriebe betreffen. Hier sind an erster Stelle Reformen der Landarbeitsverhältnisse erforderlich. Bis heute stehen die Landarbeiter nicht unter dem Schutz der Arbeits- und Sozialgesetze. Das bedeutet, daß die Landarbeiter oft völlig der Willkür der Großgrundbesitzer ausgeliefert sind. Um ihre Stellung zu verbessern, ist es insbesondere erforderlich, die Sozialversicherung auch auf den Bereich der Landarbeiter auszudehnen. Daneben wäre es angebracht, die Landwirtschaft in den Kündigungsschutz einzubeziehen, um die erheblichen jahreszeitlich bedingten Schwankungen, die bei der Beschäftigung von Landarbeitern auftreten, abzumildern. Dies wäre insbesondere für die Waldarbeiter von großer Bedeutung, da bei ihnen die Schwankungen am stärksten sind.

Die Bewirtschaftungsmethoden, insbesondere der Kleinbetriebe, sind in der Türkei sehr primitiv. Dies liegt nicht nur an der geringen Kapitalausstattung der Betriebe, sondern in nicht unerheblichem Maße an dem äußerst niedrigen Ausbildungsstand der türkischen Landbevölkerung. Deshalb muß die zukünftige Agrarreform ebenfalls Maßnahmen umfassen, die eine Beseitigung dieses Mißstandes herbeiführen können. Hier ist vor allen Dingen an den Aufbau eines wirksamen Beratungswesens zu denken, das sich jedoch nicht nur auf die Beratung bei technisch-naturwissenschaftlichen Fragen beschränken soll, sondern das die

1) Vgl. Nonhoff, F., Das neue Grundstücksverkehrsgesetz, insbesondere seine siedlungsrechtlichen Vorschriften, in: Bodenordnung in der modernen Gesellschaft, Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 34, Hannover 1961, S. 77.

Landwirte auch mit den modernen Fragen der Vermarktung bekannt macht.

Mit steigender Produktion erhält die Frage des Absatzes eine größere Bedeutung als bisher. Dabei muß vor allem dafür Sorge getragen werden, daß die Stellung der Landwirte im Handel wesentlich verbessert wird. Der Umfang dieses Problems wird besonders deutlich, wenn man die große Zahl der Betriebe betrachtet, die nur eine geringe Größe haben. Eine wirksame Hilfe, die Stellung der Kleinbetriebe gegenüber dem Markt zu verbessern, läge im Aufbau eines Genossenschaftswesens.

Bei der Agrarreform des Jahres 1945 wurde schon großes Gewicht auf die Ausstattung der Betriebe mit Kapital gelegt. Dies ist auch bei der künftigen Bodenreform unbedingt notwendig. Hier geht es vor allen Dingen darum, die Betriebe vor Verschuldung zu schützen. Deshalb sollten die Maßnahmen der jetzigen Bodenreform zu diesem Punkte in die zukünftige Bodenreform übernommen werden.

Bei der Verbesserung der Verhältnisse in der Landarbeit geht es nicht in erster Linie um die Schaffung einer Arbeitsverfassung für die Familie. Traditionelle Bräuche bestimmen die Beziehungen der Familienmitglieder untereinander. Beim augenblicklichen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung ist diese Tradition durchaus in der Lage, anfallende Probleme zu lösen. Anders ist die Situation bei den nicht selbstständigen Lohnarbeitern. Das Fehlen fast jeglicher anderer Verdienstmöglichkeiten liefert diese Menschen dem Großgrundbesitzer aus. Hier ist die Schaffung einer Landarbeiterordnung dringend erforderlich.

Wenn auch die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen im landwirtschaftlichen Betrieb gesetzlich untersagt ist, ist die Regelung des gesetzlichen Arbeitsschutzes für junge Menschen in der türkischen Landwirtschaft weiterhin fremd geblieben. Wie schon erwähnt wurde, sind rd. 96 % der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte mithelfende Familienmitglieder, die weder dem gesetzlichen Arbeitsschutz, noch der Arbeitszeitregelung, noch den Tarifverträgen, noch der Sozialversicherungspflicht unterliegen. Außerdem sind die Land- und Waldarbeiter nicht in das allgemeine türkische Arbeitsgesetz Nr. 3008 vom 25.1.1950

aufgenommen worden. Es wäre notwendig, daß das Gesetz auch sie mit einschließen würde.

Nur durch den Erlaß gesetzlicher Bestimmungen ist die Landarbeiterfrage nicht zu lösen. Da die Entwicklung in der Industrie relativ rasch vorangeht, wird es für die Landarbeiter immer verlockender, eine Tätigkeit in der Industrie aufzunehmen. Angesichts der augenblicklichen Standortsverteilung der Industrie würde eine Abwanderung der Landarbeiter aus der Landwirtschaft noch zu einer Ballung und dem Anwachsen der Elendsviertel in den Industriezentren führen. Um dies zu verhindern, müßte man einmal Maßnahmen ergreifen, um eine möglichst gleichmäßige Verteilung industrieller Orte zu erreichen, zum anderen sollte man Siedlungen und Bauernhöfe aufbauen, um den Landarbeitern eine feste Bleibe zu schaffen. Es wäre zu begrüßen, wenn in der künftigen Bodenreform die Errichtung solcher Siedlungen, die zugleich bevölkerungs-, wirtschafts- und sozialpolitische Aufgaben erfüllt, vorgesehen würde ¹⁾.

Die im Rahmen der bisherigen Bodenreform gegebenen Kredite wurden mit Hilfe der Agrarbank gewährt. Die Vergabe dieser Kredite durch die Agrarbank erfolgt nach rein bankkommerziellen Gesichtspunkten. Dies wirkt sich besonders in der Weise aus, daß nicht geprüft wird, zu welchem Zweck sich der Bauer einen Kredit einräumen läßt. Es scheint also gleichgültig zu sein, ob die geplante Investition für den betreffenden Betrieb sinnvoll ist oder nicht. Hier müßte eine Reform ansetzen. Für die Vergabe der Kredite im Rahmen der Bodenreformgesetzgebung muß entscheidend sein, ob die Verwendung des Kredites dem Betrieb ökonomische Vorteile bringt oder nicht. Die Agrarbank müßte deshalb verpflichtet werden, den angeforderten Kredit prüfen zu lassen, bevor sie ihn gewährt.

Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung in der Türkei ist der Kredit in der Landwirtschaft immer mehr zum unentbehrlichen Mittel der Bauern geworden. Dabei haben sich so zahl-

1) Poser, K., Siedlungspolitik, in: Staatslexikon, 6. Auflage, Bd. 7, Freiburg i.Br. 1962, S. 69.

reiche Formen von Agrarkrediten herausgebildet, daß man ihre Verwendung nicht mehr wirksam kontrollieren kann.

Die Regelung des Agrarkreditwesens bereitet solche Schwierigkeiten, daß selbst die Agrarbank der türkischen Republik nicht mit ihnen fertig geworden ist ¹⁾. Zunächst sollte die Agrarbank die Kredite entsprechend über die Verwendung festlegen. Folgende Verwendungsarten der Kredite sollten durch den Beratungsdienst geprüft werden:

1. Betriebskredit zum Ankauf von Betriebsmitteln (Vieh, Maschinen, Saatgut, Düngemittel usw.);
2. Kredit für die Durchführung von Bodenverbesserungen;
3. Besitzkredit, der in Erscheinung tritt, wenn das Grundeigentum unter Zuhilfenahme fremder Mittel durch Kauf oder im Erbgang übernommen werden;
4. Kredite zur Finanzierung der Verarbeitung, der Lagerung und des Verkaufs von Agrarprodukten.

Nach der Agrarbank der Türkischen Republik sind die wichtigsten Kreditinstitute die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften, die heute die Zahl von 1 500 erreicht haben. Sie sollten ihre Aufgaben mit denen des landwirtschaftlichen Beratungsdienstes koordinieren.

1) Die Agrarbank der Türkischen Republik wurde im Jahre 1863 zusammen mit den unter ihrer Schirmherrschaft (Mithat Paşa) ins Leben gerufenen Kreditgenossenschaften gegründet. Die Agrarbank ist laut Gesetz Nr. 3202 jene Instanz, welche die Agrarkreditpolitik der Regierung durchführt. Mit einem Nominalkapital von 750 Mill. türkische Pfund, von denen 375 Mill. türkische Pfund einbezahlt sind, verfügt das Institut im ganzen Land über 520 Zweigstellen und Filialen. Im Jahre 1963 beliefen sich die den Bauern gewährten Kredite auf 1 407 Mill. türkische Pfund.

II. Wassergesetzgebung

1. Allgemeines

Dem Wasser kommt mit fortschreitender wirtschaftlicher Entwicklung eine immer stärkere Bedeutung zu. Dabei ist nicht nur an den ständig steigenden Trinkwasserbedarf zu denken, sondern auch an die zunehmende Tätigkeit im Bau von Bewässerungsanlagen und Kanälen. Nicht nur die Nutzung des Wassers stellt schwierige Fragen, sondern auch die fortlaufend stärker werdende Belastung der Wasserläufe durch Abwässer. Hier ist insbesondere auf die großen Gefahren durch Verschmutzung hinzuweisen, die unter anderem durch den Bau von Pipelines hervorgerufen wird.

2. Rechtliche Ordnung des Wasserhaushaltes

Unter der rechtlichen Ordnung des Wasserhaushaltes versteht man "die gesetzliche Ordnung der Einwirkungen des Menschen auf den Wasserhaushalt" ¹⁾.

Die zunehmende Bedeutung des Wassers für die türkische Landwirtschaft hat den mit dem Wasser zusammenhängenden Fragen ein großes Gewicht verliehen, die nur wirksam gelöst werden können, wenn das Wassergesetz den Anforderungen der Wirklichkeit gerecht wird, exakt formuliert ist und integraler Bestandteil der öffentlich-rechtlichen Ordnung wird. Soweit Wassergesetze bestehen, behandeln sie - wie festgelegt wurde - nur solche Gewässer, die sich im Eigentum der öffentlichen Hand befinden oder über die die öffentliche Hand Hoheitsrechte ausübt (öffentliche Gewässer). In der Tat ist eine möglichst saubere Trennung des türkischen Wasserrechts vom Privatrecht notwendig ²⁾.

1) Witzel, G., Wasserhaushaltsgesetz, Kommentar, 4. Auflage, Berlin und Frankfurt/M. 1962, S. 5.

2) Vgl. für das deutsche Recht Witzel, G., a.a.O., S. 8.

Die Zuordnung des Wasserrechts zum öffentlichen Recht scheint auch deshalb angebracht, weil bei gerichtlichen Entscheidungen technische und naturwissenschaftliche Fragen eine erhebliche Rolle spielen. So wird man, wie Witzel erwähnt, "beim Richter der Zivilgerichtsbarkeit selbst bei Zuziehung technischer Sachverständiger nicht voraussetzen können, daß er die Materie so beherrscht, daß ihm eine meist schwierige Sachentscheidung zuzumuten ist" ¹⁾.

Der öffentlich-rechtliche Charakter des hier vorgeschlagenen Wasserrechts sollte sich indes nur auf die Nutzung des Wassers und auf den Schutz der Gewässer beziehen. Die Frage der Eigentumsverhältnisse an den Gewässern selbst, sollte weiterhin dem Privatrecht unterworfen sein. Das Wasserrecht in der Türkei brauchte somit keine Bestimmungen etwa über die Eigentumsverhältnisse, Nachbarschafts- und Zwangsrechte zu enthalten ²⁾.

Entsprechend dem deutschen Wasserhaushaltsgesetz sollte in der Türkei zunächst die Bestimmung eingeführt werden, daß jede größere Nutzung des Wassers einer öffentlichen Erlaubnis bedarf ³⁾. Das zukünftige türkische Wasserrecht sollte folgende Punkte umfassen:

1. Wassernutzung (oberirdisches und unterirdisches Wasser);
2. Reinhaltung des Wassers;
3. Wasserschutzgebiete;
4. Schutz vor Wassergefahren, Hochwasserschutz und Überschwemmungsgebiete;
5. alte Rechte und Befugnisse, Überwachung der Nutzung und Buchführung;
6. Wasserverbände.

1) Witzel, G., Wasserhaushaltsgesetze, Kommentar, 4. Auflage, Berlin und Frankfurt/M. 1962, S. 8.
2) Vgl. Wüsthoff, A., Einführung in das deutsche Wasserrecht, 3. Auflage, Kapitel 4 (Landeswassergesetze), Berlin 1962, S. 25.
3) Deutsches Wasserhaushaltsgesetz vom 27.7.1957, § 2 (BGBl. I, S. 1110).

Diese Regelungen sollten sich sowohl auf die öffentlichen als auch auf die privaten Gewässer jeder Art beziehen. Die rechtlichen Bestimmungen im türkischen Wasserrecht sind auf viele Rechtsgebiete verstreut. Es wäre der Lage angemessen, wenn das Gesetz genauere Bestimmungen über den sachlichen Geltungsbereich enthielte. Hierbei kommt es weniger darauf an, welche Arten von Nutzungen einer Erlaubnis bedürfen, sondern vielmehr auf eine in der Praxis wirksame Abgrenzung. Ferner müßte die Frage nach dem Weiterbestehen alter Rechte, insbesondere der Rechte aus dem osmanischen Rechtsbereich, eine genaue Regelung finden. Auch hier ist es nicht so bedeutsam, ob alte Rechte weiterbestehen sollen oder ob man sie aufhebt; vielmehr wären genaue Definitionen von entscheidender Bedeutung.

Der oberirdische und unterirdische Wasserschutz ist für die türkische Landwirtschaft und damit für die Ernährung des Volkes unentbehrlich. Das zukünftige Wasserrecht sollte die Entwässerung und Bewässerung, die Nutzung und den Schutz des Grundwassers regeln. Zur Melioration (Verbesserung des landwirtschaftlichen Bodens) gehört auch die Regulierung von Fluß- und Bachläufen. Das Wasserrecht sollte vor allem bestimmen, wer zu solchen Maßnahmen befugt ist und wem die alten und neuen Wasserlaufteile gehören. Solche Regelungen würden eine fruchtbare Grundlage für die Aufgaben der Wasser- und Bodenverbände abgeben.

III. Forstgesetzgebung

1. Allgemeines

Um die wirtschaftlichen und kulturellen Ziele der Forstwirtschaft zu erreichen, sind den Waldbesitzern drei Aufgaben gestellt: den Wald zu schützen, zu bewirtschaften und seinen Ertrag zu mehren.

Die Forstgesetzgebung muß mit Blickpunkt auf diese Ziele, die für die jeweilige volkswirtschaftliche Situation günstigsten Maßnahmen normieren. Dabei ist von der grundsätzlichen Fragestellung auszugehen, ob und in welchem Umfang eine privatwirtschaftliche, körperschaftliche oder staatliche Bewirtschaftung gesetzlich geregelt werden soll. Diese Grundentscheidung, die sich allein an der Durchführbarkeit der oben genannten forstwirtschaftlichen Ziele auszurichten hat, muß durch die jeweilig konkret zu regelnde forstwirtschaftliche Lage bestimmt werden. Für eine strenge staatliche Organisation spricht die Tatsache, daß die langen Produktionszeiträume der Forstwirtschaft eine privatwirtschaftliche Nutzung im Rahmen der allgemeinen volkswirtschaftlichen Prinzipien ausschließen.

Ein weiteres Argument zur Bewirtschaftung des Waldes durch den Staat ist das am Wald bestehende öffentliche Interesse. Der Wald hat eine erhebliche Bedeutung für das Klima, die Reinhaltung der Luft und das Grundwasser; außerdem erfüllt der Wald noch kulturelle, ethische und hygienische Aufgaben.

Dagegen führen die Vertreter privatrechtlicher Interessen an, daß der Staat sich grundsätzlich nicht in die Privatwirtschaft einzumischen habe und bestenfalls die Aufsicht über den Privatwald übernehmen dürfe.

Willkürlichen und allzu umfangreichen Eingriffen des Staates in den Privatwald kann nicht zugestimmt werden. Doch wenn allgemeine Interessen es fordern, sollten dem Staat Eingriffe, wie Lenkung und Aufsicht, erlaubt sein; außerdem sollte der Staat fiskalische Aufgaben übernehmen, die der Einzelne ihres Umfanges wegen nicht tragen kann.

Bei der Beurteilung des Waldes wird häufig von der falschen Voraussetzung ausgegangen, daß der Wald ein wirtschaftliches Unternehmen wie jedes andere sei. Die Übernahme von Aufgaben, die das Interesse des Gemeinwohls betreffen, wird auch von Vertretern dieser Richtung anerkannt. Daß es sich beim Wald um eine hauptsächlich im öffentlichen Interesse liegende Angelegenheit handelt, kann nicht bestritten werden.

Gegen das Bestehen von Privatbesitz ist dann nichts einzuwenden, wenn die Staatsaufsicht so straff ist, daß der Privatbesitzer das Gemeinwohl in großem Rahmen berücksichtigen muß und die Wirtschaftlichkeit garantiert ist.

Schwierig ist die Frage zu beurteilen, ob der Wald als Staatswald im engeren Sinne oder als Körperschaftswald zu bewirtschaften ist. Hierbei ist im allgemeinen jeweils die konkrete Situation ins Auge zu fassen. Staatstheoretische Erwägungen sind hier fehl am Platze. Auf diese Unterscheidungen wird im folgenden Abschnitt zurückzukommen sein, in dem die konkrete volkswirtschaftliche Situation in der Türkei behandelt wird.

Von grundsätzlicher Bedeutung ist auch noch die Frage, wie weit der Bevölkerung Nutzungsrechte am Wald zu gewähren sind. Zur Beantwortung dieser Frage wird man vom Schutz und der Erhaltung - beides Ziele der türkischen Forstwirtschaft - auszugehen haben.

Nutzungen sind daher nur in einem Rahmen zulässig, der den Wald in seiner Leistungsfähigkeit nicht beeinträchtigt.

2. Änderungen zum Forstgesetz

Aus den obigen Ausführungen zu den türkischen Forstgesetzen Nr. 3116 und 6831 ist zu ersehen, daß die Hauptziele jeder Forstwirtschaft, nämlich Schutz, Bewirtschaftung und Aufzucht des Waldes durch die heute in der Türkei gültigen gesetzlichen Normen nicht annähernd erreicht werden konnten. Die Gründe für den mangelhaften Schutz des türkischen Waldes gegen parasitäre Ausnützungen werden - wie oben schon ausgeführt - in der allgemeinen Notlage der Bevölkerung gesehen, die im oder am Wald lebt.

Wirksame Maßnahmen gegen diesen Zustand verlangen eine Übertragung des Staatswaldes in die Hände der Gemeinden ¹⁾. Um

1) Zu den Regelungen nach deutschem Recht siehe Mantel, K., Forstliche Rechtslehre, Freiburg i.Br. 1964, S. 38 f.

dies durchführen zu können, müssen den Gemeinden erst einmal Rechte der Selbstverwaltung verliehen werden, die in der Verfassung fest zu verankern wären, etwa in der Form, wie dies im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in Art. 28 Abs. 2 geschehen ist ¹⁾. Außerdem könnten die Gemeinden als selbständige Verwaltungskörperschaften auch freiwillig Aufgaben übernehmen, die nicht gesetzlich geregelt sind - etwa im Rahmen einer gesetzessfreien Verwaltung - wie z.B. Errichtung von Kranken- und Erholungsstätten, Anlegen von Sportplätzen, Bau von Badeanstalten, Einrichtungen für den Fremdenverkehr oder wirtschaftliche Einrichtungen, die der ganzen Gemeinde nützlich sind. Zum letztgenannten Punkt würden z.B. gemeinnützige Weideplätze oder Forstbetriebe gehören. Um die Koordinierung der Aufgaben von Staat und Gemeinden sicherzustellen, sollte dem Staat (Zentralstaat) das Aufsichtsrecht über die Gemeinden verliehen werden. Die Frage, welche Wälder den Gemeinden in eigener Verwaltung und Nutzung überlassen werden sollen, sollte entsprechend der Lage der einzelnen Gemeinden beantwortet werden. Gemeinden, die im oder am Wald liegen und die vorwiegend von den Erzeugnissen des Waldes leben, sollten in angemessenem Umfange Wald zur selbständigen Bewirtschaftung erhalten.

Der Staat sollte das Aufsichtsrecht über das Vermögen haben und örtliche Beratungsstellen für technische und wirtschaftliche Fragen einrichten. Die entsprechenden Einzelbestimmungen hinsichtlich der vom Staat den Gemeinden überlassenen Wälder sollten in einem neuen Forstgesetz geregelt werden.

1) Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949, (BGBl., S. 1), Art. 28 Abs. 2:

"(2) Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Auch die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabebereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht der Selbstverwaltung."

Ein gut bewirtschafteter und vom Zentralstaat kontrollierter Gemeindewald hätte gegenüber dem bisher bestehenden zentral gelenkten Staatswald folgende Vorteile zu bieten:

Ein großer Teil der Einnahmen fließt den waldbesitzenden Gemeinden zu. Jede Gemeinde ist an den Einkünften aus Holzverkauf und Nebennutzungen beteiligt. Dadurch würden die Gemeinden ein persönliches Interesse an der Erhaltung und dem Schutz des Waldes bekommen.

Diese Maßnahme wäre auch im psychologischen Sinne klug. Die Gemeinden würden den Wald als "ihren" Wald mit viel freundlicheren Augen betrachten. Dem Staat (Zentralstaat) stehen die Bauern mißtrauisch, ja, oft sogar feindlich gegenüber. Alles, was dem Staat gehört oder was er verwaltet, wird von den Bauern meist nur wenig respektiert. Durch die Überlassung von Teilen des Staatswaldes an die Gemeinden würden die Bewohner ein persönliches Interesse an der Verhütung von Waldbränden und Waldfreveln jeder Art haben. Außerdem würde auch die kulturelle und ethische Bedeutung des Waldes im Bewußtsein des Einzelnen lebendig werden.

Der Aufgabenbereich der gemeindlichen Forstverwaltung sollte sich auf die gesamte Bewirtschaftung des Waldes erstrecken, alle Maßnahmen des betrieblichen Ablaufes und die Betreuung der im Forstdienst tätigen Personen umfassen. Die Gemeinde sollte die Anweisungen der Forstdirektionen als eigene Angelegenheiten durchführen.

Die Aufsichtsrechte, die dem Staat unbenommen bleiben sollen, umfassen:

Die technische Betriebsaufsicht; darin ist die großflächige Planung und die Überwachung der Ausführung der in diesem Plan festgelegten forstlichen Tätigkeit der Gemeinden enthalten.

Die Vermögensaufsicht würde in den einzelnen Gemeinden vom Staat durchgeführt werden. Aufgabe des Staates ist es, einen Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben auszuarbeiten und den Gemeinden vorzulegen. Bei der Aufstellung der Pläne ist auf die Leistungsfähigkeit, die Bedürfnisse und die Wünsche der Gemeinde Rücksicht zu nehmen. Die Pläne sollten von der Zustimmung der Gemeinden abhängig gemacht werden.

Die Aufforstung von Ödland sollte zu den Aufgaben im eigenen Wirkungskreis der Gemeinde gehören. Die Durchführung der Aufforstung sollte durch staatliche Forstaufsichtsbeamte überwacht werden.

Die Gemeindewälder sind für jede Gemeinde katastermäßig festzulegen. Dabei ist auf die Größe der Gemeinde Rücksicht zu nehmen. In keinem Falle darf die Nutzungsrechtsgrenze durch Generalklauseln festgelegt werden, wie dies in § 18 des Forstgesetzes Nr. 3116 von 1937 oder in § 31 des Forstgesetzes Nr. 6831 von 1956 geschehen ist.

Die Nutzungsrechte sind in der Gemeindeverfassung im Rahmen des vom Staat aufgestellten Wirtschaftsplanes festzulegen. Die entsprechenden Bestimmungen in der Gemeindeverfassung dürfen die waldbauliche Leistungsfähigkeit und die nachhaltige flächenmäßige Bewirtschaftung nicht beeinträchtigen. Einmalige Sonderbestimmungen, die eine erhebliche Belastung des Waldvermögens beinhalten, bedürfen der Zustimmung durch die Aufsichtsbehörde.

Allgemeine Nutzungsrechte in diesem Sinne sind Brennholz-, Bauholz- und Holzverkaufsrecht. Die Nutzungsrechte müssen gegenüber den bisher im Gesetz Nr. 6831 gewährten weitgehend eingeschränkt werden, da sie mit der oben angeführten Forderung nach Abstimmung der Nutzungsrechte auf die pflichtmäßige und nachhaltige Bewirtschaftung nicht in Einklang zu bringen sind.

Wie erwähnt wurde, wird der Wald hauptsächlich durch nomadisierende Waldbauern, Köhler, Sammler, Jäger und durch die primitiven Ackerbau und Viehzucht treibenden Bewohner von Walddörfern ausgebeutet. Wirksame Maßnahmen gegen diese schädlichen Nutzungen kann man sich von einer Forstgesetzgebung allein nicht erhoffen. Damit verbunden oder parallel dazu muß eine umfassende Sozialgesetzgebung für die Bewohner der Walddörfer geschaffen werden. Dazu gehört im einzelnen eine Regelung über:

Die Zusammenlegung von einsam liegenden Waldgehöften zu wirtschaftlich lebensfähigen Dorfgemeinden; die Verlegung von In-

dustrie in die wirtschaftlich unterentwickelten Gebiete, die Erschließung landschaftlich schöner Waldgebiete für den Fremdenverkehr; die Einführung moderner landwirtschaftlicher Methoden; die Entwicklung von Heimwerkstätten; die Ausbildung eines Teils der Waldbevölkerung zu Waldarbeitern; die Aufklärung der Bevölkerung in Schulen und Betrieben über die Bedeutung und die wirtschaftliche Nutzung des Waldes.

Wie erwähnt wurde, ist der Wald in der Türkei überwiegend Staatswald. Die forstlichen Probleme können nur durch eine Dezentralisierung der Eigentumsverhältnisse am Wald, d.h. durch Übertragung von Eigentumsrechten am Wald auf die Gemeinden gelöst werden. Die vorherigen Ausführungen sollen aber nicht bedeuten, daß der Staatswald völlig beseitigt werden soll. Gemeindewald und Staatswald müssen nebeneinander bestehen.

S c h l u ß b e m e r k u n g

Die Landwirtschaft ist das Rückgrad der türkischen Wirtschaft; sie ist die Grundlage zu jeder wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung und damit zur Hebung des Lebensstandards.

Die sprunghaft ansteigende Bevölkerung - ca. 740 000 Menschen im Jahr, was etwa 2,95 % entspricht - hat auf die Landwirtschaft negative Folgen. Da die Industrie noch am Anfang ihrer Entwicklung steht, können nur wenige dort eine Tätigkeit finden, so daß sich immer mehr Menschen einer Arbeit in der Landwirtschaft zuwenden. In der türkischen Landwirtschaft verzeichnet man daher heute zu viele Arbeitskräfte. Darin liegt der wichtigste Grund, daß die Produktion in der Landwirtschaft rückläufig ist. Die mangelhafte Nutzung der landwirtschaftlichen Anbaufläche, das Fehlen moderner landwirtschaftlicher Geräte und die schlechte Ausbildung sind weitere Gründe.

Die Landwirtschaft in der Türkei wird vorwiegend in Form von Familienbetrieben kleinen Umfanges ausgeübt. Jeder Familienzuwachs führt bei Gleichbleiben der Ackerfläche zu einer Abnahme des Marktbeitrages, da immer mehr Mäuler zu ernähren sind. Ein Großteil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wird von den Bauernfamilien selbst aufgebraucht, so daß relativ wenige Erzeugnisse auf den Markt gelangen. Die Landbevölkerung ist zu großen Teilen verarmt.

Die Lage in der Wasserwirtschaft hängt eng mit den in der Landwirtschaft gegenwärtig bestehenden Probleme zusammen. Die Nutzung der vorhandenen Wassermenge ist mangelhaft: nur ein Achtel wird genutzt. Die bewässerten Flächen umfassen 1,3 Mill. ha von insgesamt 23,1 Mill. ha bewässerungsbedürftiger Ackerfläche.

Daneben besteht ein weiteres Problem: die durch starke Regenfälle verursachten Überschwemmungen, die zu einer Bodenerosion führen. Die Wasserläufe sind zu großen Teil-

len unzureichend ausgebaut. Es fehlt an Auffangbecken in regenreichen Gebieten und besonders an Kanälen.

Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung sind unzureichend geregelt, da diese beiden Gebiete der Wasserwirtschaft in die Aufgabenbereiche der Gemeinden gehören, denen die erforderlichen Geldmittel fehlen.

Die Türkei ist eines der waldärmsten Länder Europas: sie besitzt 10,5 Mill. ha Wald, das sind 13,5 % der Landesfläche.

Um die gegenwärtig in der Land-, Wasser- und Forstwirtschaft bestehenden Probleme zufriedenstellend zu lösen, sind Maßnahmen zur Veränderung der gegenwärtigen Landbesitzverhältnisse notwendig: zu kleine Landbetriebe müssen aufgelöst, zu große umverteilt werden.

Ferner muß die nach dem ZGB mögliche Zersplitterung des Grundbesitzes durch Einschränkung der Realteilung und Verfügungsfreiheit des Grundeigentümers unterbunden werden. Die bestehende Parzellierung muß durch eine neue Bodenreform bereinigt werden.

Die Stellung des Pächters muß gegenüber dem Eigentümer gestärkt werden, damit jener nicht gezwungen ist, seinen Lebensunterhalt durch rigorose Ausnutzung des Pachtlandes zu bestreiten.

Zu den Maßnahmen, die sich auf die Bodenbewirtschaftung beziehen, gehört in erster Linie die Einführung von Tarifverträgen für die - größtenteils nicht seßhaften - Landarbeiter. Um die mißliche Wirtschafts- und Soziallage der vielen türkischen Landarbeiter zu verbessern, wäre es dringend erforderlich, das türkische Arbeitsgesetz auf die Landarbeiter auszudehnen. Ferner sind Schulen und Beratungsstellen für Landwirte notwendig.

Die Ausführungen über die historische Entwicklung des osmanischen bzw. des türkischen Bodenrechts und über das Landbeschaffungsgesetz Nr. 4753 ergaben, daß sich die Agrarreform überwiegend nur mit Fragen der Verteilung

von Boden an landarme Bauern befaßte. Dieser eine Aspekt ist für eine durchgreifende Reform unzureichend. Kommende Reformen sollten sowohl rechtliche Bestimmungen, welche die Eigentumsverhältnisse behandeln, als auch gesetzliche Regelungen enthalten, die sich auf die Bewirtschaftung beziehen. Ferner sollte man in Zukunft die Großgrundbesitzer zugunsten der landarmen Bauern nur in dem Maße enteignen, in welchem die regionalen Verhältnisse es erlauben. Regelungen über eine Entschädigung dürfen aus rechtsstaatlichen Gründen nicht fehlen.

Die Agrarbank sollte vor der Vergabe von Krediten in jedem Falle die örtlichen Stellen des noch zu errichtenden landwirtschaftlichen Beratungsdienstes befragen, ob die angeforderten Kredite wirklich nutzbringend angewendet werden können.

Zur gesetzlichen Regelung der Wasserwirtschaft ist es von grundsätzlicher Bedeutung, daß das Wasserrecht in die öffentlich-rechtliche Ordnung einbezogen wird. Der öffentlich-rechtliche Charakter des neu zu ordnenden Wasserrechtes sollte sich sowohl auf die Nutzung als auch auf den Schutz der Gewässer beziehen.

Die Eigentumsverhältnisse an den Gewässern können weiterhin im Rahmen des Privatrechts, dem ZGB, geregelt werden. Es ist aber notwendig, eine genaue Trennung des öffentlichen Nutzungsrechts von den privaten Eigentumsrechten zu machen.

Wirksame Maßnahmen zum Schutz der Wälder setzen als Grundlage die Einrichtung des Körperschaftswaldes voraus, der im Hinblick auf Verwaltung und Bewirtschaftung in den Aufgabenbereich der Gemeinden gestellt werden sollte. Dabei sollen dem Staat die Hoheitsaufgaben der Rechts-, Fach- und Vermögensaufsicht unbenommen bleiben. Die Gemeinden werden auf diesen Gebieten im Rahmen der vom Staat, nämlich der Forstdirektion, zu erlassenden Verwaltungsordnungen tätig.

In den Rahmenplänen sollte bestimmt werden, daß die Gemeindegemeinschaften auf die waldbauliche Leistungsfähigkeit Rücksicht zu nehmen haben. In ihnen müßten ferner auch die bis jetzt im Gesetz Nr. 6831 gewährten Nutzungsrechte weitgehend eingeschränkt werden.

Da die oben vorgeschlagenen gesetzlichen Bestimmungen eine Strukturänderung herbeiführen, ist es im Gegensatz zur gesetzgeberischen Einzelmaßnahme erforderlich, den gesamten Komplex von Agrar-, Forst- und Wasserwirtschaft in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht gesetzlich zu umgrenzen. Andernfalls wird aufgrund der Interdependenz dieser Bereiche die Gesetzgebung an der wirtschaftlichen Undurchführbarkeit und Wirkungslosigkeit der normierten Maßnahmen scheitern.

- Abel, Wilhelm: Agrarpolitik, 2.Aufl., Göttingen 1962
- Acil, F.: Landwirtschaftliche Betriebe und ihre Eigenschaften in der Türkei (türk: Zirai İşletmelerimiz ve özellikleri), Ankara 1958
- Adamovich, L.: Grundriß des österreichischen Verwaltungsrechts, 4. Aufl., Wien 1948
- Aktan, Reşat: Die Produktivität in der türkischen Landwirtschaft (türk: Türkiye Ziraatında Produktivite), in: Ankara Üniversitesi Siyasal Bilgiler Fakültesi Dergisi, Ankara 1958
- Avcioglu, D.: Ist das Wachstum? (türk: Kalkiniyormuyuz?), in: Forum, Ankara 1959
- Aschoff, Günther: Agrarpolitik und landwirtschaftliche Genossenschaften in der EWG; Quellen und Studien des Instituts für Genossenschaftswesen an der Universität Münster, Bd. 13, Karlsruhe 1961
- Baade, Fritz: Die deutsche Landwirtschaft im Gemeinsamen Markt, Schriftenreihe zum Handbuch für Europäische Wirtschaft, Heft 4, Bonn 1958
- ders.: Die Strukturprobleme der Entwicklungsländer am Beispiel der Türkei, in: Wasser und Nahrung, Heft 3, Düsseldorf 1959
- ders.: Die Beziehungen zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Entwicklung, in: Landwirtschaft und Industrialisierung in den Entwicklungsländern, Beihefte der Konjunkturpolitik, Heft 6, Berlin 1960
- ders.: Brot für ganz Europa, Grundlagen und Entwicklungsmöglichkeiten der europäischen Landwirtschaft, Hamburg und Berlin 1952
- Barkan, Ö.L.: Die rechtlichen und finanzpolitischen Grundlagen der Agrarwirtschaft im Osmanischen Reich des XV. und XVI. Jahrhunderts (türk: XV. ve XVI. Asirlarda Osmanlı İmparatorluğunda Zirai Ekonominin Hukuki ve Mali esasları), Istanbul 1945

- Barkan, Ö.L.: Das Gesetz zur Bodenreform und Grundprobleme einer Agrarreform in der Türkei (türk: Ciftciyi Topraklandırma Kanunu ve Türkiyede Zirai bir Reformun ana meseleleri), in: Revue de la Faculté des Sciences Economiques de l'Université d'Istanbul hrsg.v. F.Neumark, Bd. 6, Nr. 1 - 2, Istanbul 1945
- ders.: Reform in der Bodenrechtsgeschichte und Bodengesetz von 1858 (türk: Türk Toprak Hukuku Tarihinde Tanzimat ve 1858 tarihli arazi kanunnamesi), in: Tanzimat, Istanbul 1940
- Bernhard, R.: Entwurf eines Forstgesetzes für die Türkei, in: Zeitschrift für Weltforstwirtschaft, Berlin 1933
- ders.: Entwurf eines Forstgesetzes für die Türkei, in: Der deutsche Forstwirt, Bd. 10, Nr. 28, Berlin 1928
- Bismarck-Osten, F.v.: Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der türkischen Volkswirtschaft, in: Kieler Studien, Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Bd. 16, Kiel 1951
- Blanckenburg, P.v.: Der Teilbau: Berichte über die Landwirtschaft, Bd. 33, Hamburg und Berlin 1955
- Bochalli, Alfred: Besonderes Verwaltungsrecht; ein Studienbuch, 2. Aufl., Köln und Berlin 1963
- Boeker, Peter: Futterbau und Viehwirtschaft in der Türkei, in: Zeitschrift für Ausländische Landwirtschaft, 3. Jg., Heft 4, Frankfurt/M. 1964
- Bodur, Süleyman: Agrargeographische und wirtschaftliche Verhältnisse der türkischen Landwirtschaft, Diss. Gießen 1962
- Bohte, H.G.: Ländliche Siedlungs-, Flurbereinigungs- und Agrarrecht in Rheinland-Pfalz, in: Schriften der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation, Heft 2, Bonn 1955

- Bohte, H.G.: Die Verbesserung der Agrarstruktur in der Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Länder, in: Schriften der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation, Heft 14, Bonn 1961
- Çakman, Akif: Zehnjähriger Entwicklungsplan der Landwirtschaft (türk: On Yıllık Ziraî Kalkınma Programı), in: Siyasal Bilgiler Fakültesi Yayınları, Nr. 41, Ankara 1961
- Calgüner, C.: Die Arbeiter in der türkischen Landwirtschaft (türk: Türkiyede Ziraat İşçileri), Ankara 1943
- Canko, Kamuran: Die Agrarverfassung und die Bodenreform der Türkischen Republik, Diss. Freiburg i.Br. 1962
- Christiansen-Weniger, F.: Gefährdung Anatoliens durch Trockenjahre und Dürrekatastrophen, in: Zeitschrift für Ausländische Landwirtschaft, Jg. 3, Heft 2, Frankfurt/M. 1964
- Darkot, Besim: Wirtschaftsgeographie der Türkei (türk: Türkiye İktisadi Coğrafyası), 3. Aufl., Istanbul 1963
- Demirel, Süleyman: Bewässerungssymbiosum und Erosionsseminar, in: Veröffentlichung der Generaldirektion für Wasserwirtschaft (DSİ) (türk: Sulama Sempozyumu ve Erozyon Semineri), Nr. 106/VI, Ankara 1959
- Dietze, Constantin v.: Agrarreformen und Agrarrevolutionen, in: Staatslexikon, Bd. 1, Freiburg i.Br. 1957
- Diker, M.: Die Forstwirtschaft in der Türkei, gestern, heute, morgen (türk: Türkiyede Ormancılık, dün, bugün, yarın), Ankara 1947
- FAO: Turkey Country Report, FAO Mediterranean Development Project, Rom 1959
- Forsthoff, E.: Lehrbuch des Verwaltungsrechts I, 8. Aufl., Berlin und München 1961

- Inal, Selahattin: Vorträge über die türkische Forstwirtschaft, gehalten in Deutschland, hrsg. von der Forstlichen Fakultät der Universität Istanbul, Nr. 986/84, Istanbul 1962
- Jung, L.: Bodenkunde und Bodenerhaltung, in: Zeitschrift für Kulturtechnik, Heft 6, Gießen 1962
- ders.: Beobachtungen und Untersuchungen über Bodenerosion in Thrazien und West-Anatolien, in: Zeitschrift für Kulturtechnik, Jg. 3, Berlin und Hamburg 1962
- Karatekin, N.: Die wasserwirtschaftliche Aufgabe, in: Groß-Wasserkongreß, Übersetzung von: (Büyük Su Kongresi), hrsg. von der Generaldirektion für Wasserwirtschaft (DSI), Nr. 16, Ankara 1955
- Kienitz, F.K.: Türkei, Anschluß an die moderne Wirtschaft unter Kemal Atatürk, Hamburg 1959
- Köprülü, Bülent: Bodenrecht I (türk: Toprak Hukuku Dersleri), Ankara 1958
- Kroeschell, Karl: Landwirtschaftsrecht, Köln und Berlin 1963
- Kutluk, Halil: Historisches Dokument der türkischen Forstwirtschaft (türk: Türkiye Ormancılığı ile ilgili tarihi vesikalar), hrsg. v. T.C. Tarım Bakanlığı Orman Genel Müdürlüğü, Nr. 56, Istanbul 1948
- ders.: Forstspezialisten in der Türkei: Tassy, Bricogne (türk: Ormanci Specialistleri Tassy ve Bricogne Türkiye), in: Orman ve Av, Ankara 1943
- Levy, R.: The social Structure of Islam, Cambridge 1957
- Mantel, Kurt: Die Forst- und Holzwirtschaft in der EWG und EFTA, Baden-Baden und Bonn 1960
- ders.: Forstliche Rechtslehre, Freiburg i. Br. 1964

- Mardin, Ebül'ula: Bodenrecht (türk: Toprak Hukuku Dersleri), Istanbul 1947
- Mayer-Wegelin, H.: Waldnutzung und Forstwirtschaft in der Türkei, in: Forstarchiv, Hannover 1942
- ders. Entwicklung und Stand der türkischen Forstwirtschaft, Jg. 21, Heft 4/6, Hannover 1950
- Nonhoff, F.: Das neue Grundstücksverkehrsgesetz - insbesondere seine siedlungsrechtlichen Vorschriften, in: Bodenordnung in der modernen Gesellschaft, Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Veröffentlichungen der Agrar-sozialen Gesellschaft e.V. Göttingen, Hrsg. Prof. Dr. W. Abel, Heft 34, Hannover 1961
- Oakes, H.: The Soils of Turkey, (FAO Ankara 1954), Ankara 1957
- OECD: Economic Surveys by the OECD, "Turkey", Paris 1963
- OECD: Economic Surveys by the OECD, "Turkey", Paris 1964
- OECD: Problem of Development, Exports and Invisible Receipts in Turkey, A Report by Prof. Dr.H.C. Fritz Baade, Paris 1961
- OECD: Education and Development, Country Reports, The Mediterranean Regional Project "Turkey", Paris 1965
- OEEC: Handbuch, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn 1959
- OEEC: Trends in Agricultural Policies since 1955, Fifth Report on Agricultural Policies in Europe and North America, Paris 1961
- OEEC: Zwölfter Jahresbericht, Bd. 2 (Länderkapital), Bonn 1963
- OEEC: Zwölfter Jahresbericht, Bd. 1, Bonn 1963
- OEEC: Agrarstruktur, Marktregelung, Preisstützung in Europa und Nordamerika, dritter Bericht, Bonn 1959

- OEEC: Ausgewählte Probleme der Agrarwirtschaft, Bd. 1, vierter Bericht, Bonn 1961
- Ökmen, Nedim: Die Sicherung der Ernährung hängt vom Wasser ab, in: Wasser und Nahrung, Heft 3, Düsseldorf 1959
- Öztunali, Ismet: Die Buschwälder in unserem Lande, ihre Bedeutung und die Möglichkeit, sie in den Begriff "Wald" mit einzuschließen (türk: Memleketimizde Makilikler, önemleri ve orman rejimine alinma imkanlari), in: Orman ve Av, Nr. 2, Ankara 1959
- Parlandt: BGB, 20. Auflage, Berlin und München 1961
- Poser, K.: Siedlungspolitik, in: Staatslexikon, 6. Aufl., Bd. 7, Freiburg i.Br. 1962
- Price, M.P.: Die Türkei; Vergangenheit und Gegenwart, Nürnberg 1958
- Raschid: Die türkische Landwirtschaft als Grundlage der türkischen Volkswirtschaft, Berlin und Leipzig 1932
- Raup, Ph.: Der Beitrag von Bodenreformen zur landwirtschaftlichen Entwicklung, eine analytische Rahmendarstellung, in: Zeitschrift für Ausländische Landwirtschaft, Jg. 2, Heft 3, Frankfurt/M. 1963
- Ringer, K.: Agrarreformen und wirtschaftliche Entwicklung, Sonderdruck aus: Kulturen im Umbruch, Freiburg i.Br. o.J.
- ders.: Agrarverfassungen im tropischen Afrika, zur Lehre von der Agrarverfassung: Veränderungen zur Hebung der Agrartechnik, Freiburg i.Br. 1963
- Rossel, v.: Code civil et code Fédéral des Obligations, 8. Aufl., Lausanne 1957
- Saatçioğlu, F.: Der Kampf zwischen Wald und Ackerbau in unserem Lande und die Notwendigkeit der Binnensiedlung (türk: Memleketimizde Ziraatla Orman arasındaki mücadele ve iç iskan zarureti), Ankara 1951

- Savaş Kemal: Die Waldweide in der Türkei, Mittl. Institut für Forstpolitik, Tharandt und Dresden 1941
- Saymen, Ferit, H.: Türkisches Sachenrecht (türk: Türk Eşya Hukuku), Istanbul 1954
- Schmidt, H.: Die Errichtung einer Musterprovinz zur Umgestaltung der türkischen Land- und Forstwirtschaft, in: Wasser und Nahrung, Heft 3, Düsseldorf 1959
- Schmidt-Colinet, W.: Türkei zwischen Steppe und Wald, der Wald ist der Hüter der Landwirtschaft, in: Sonderdruck aus: Holz-Zentralblatt, Nr. 139, Stuttgart 1957
- Schmitschek, E.: Allgemeine Fragen des Forstgesetzes der Türkei, in: Zeitschrift für Weltforstwirtschaft, Berlin 1952
- Schroeder, K.: Türkei, Bonn 1958
- Şentürk, F.: Die Bewässerungsanlagen in Anatolien, in: Wasser und Nahrung, Heft 3, Düsseldorf 1959
- Sering, M.: Die agrarischen Umwälzungen im außer-russischen Osteuropa, Leipzig 1930
- Sevig, V.R.: Bodenrecht (türk: Toprak Hukuku Dersleri), Ankara 1953
- Sözeri, S.: Der Wirtschaftsbau der Türkei nach dem zweiten Weltkrieg, Kiel 1955
- Tanoglu, A.: Das Problem des Landbevölkerungswachstums der Türkei (türk: Türkiye Gıftçi Nüfus Yoğunluğu Meselesi), in: Revue de la Faculté des Sciences Economiques de l'Université d'Istanbul, hrsg.v.F.Neumark, Bd. 6, Nr. 1-2, Istanbul 1945
- ders.: Türkische geographische Zeitschrift. (türk: Türk Coğrafya Dergisi), Nr. IX - X, Istanbul 1947
- Tinbergen, J.: Probleme der modernen Türkei, in: Bustan, Heft 4, Wien 1964
- Turegg-Kraus: Lehrbuch des Verwaltungsrechts, 4. Aufl., Berlin 1962

- Türkay, O.: Ländliche Bevölkerung und Siedlung in der Türkei (türk: Türkiye Ziraat Nüfus ve Yerleşme), in: Siyasal Bilgiler Fakültesi Dergisi, Bd. 12, Nr. 1, Ankara 1957
- Tümertekin, E.: Landwirtschaft in den trockenen Gebieten (türk: Kurak Bölgelerde Ziraat), Istanbul 1957
- Uhrenbacher, : "Türkei"; ein wirtschaftliches Handbuch, Berlin 1957
- Uslu, Selman: Untersuchungen zum anthropogenen Charakter der zentralanatolischen Steppe, hrsg. vom Institut für kontinentale Agrar- und Wirtschaftsforschung der Justus Liebig-Universität Gießen, Bd. 12, Reihe I, Gießen 1960
- Uyanik, M.: Naturschutz in der Türkei, in: Natur und Landschaft, Jg. 34, Heft 1, Köln 1959
- Yamanlar, Orhan: Untersuchung der Erosion, in: Veröffentlichung der Generaldirektion für Wasserwirtschaft (DSI), Flußeingangsgebiet Gediz und Sakarya (türk: Fırat, Gediz ve Sakarya havzalarında vuku bulan erozyon ve Keban, Demir-köprü barajlarının Siltasyondan korunma çalışmaları), Ankara 1957
- Weniger, F.C.: Äcker und Steppe von Vernichtung bedroht, katastrophale Folgen der Erosion in Anatolien, in: Das Parlament, Ausgabe vom 24.8.1960, Bonn 1960
- Witzel, Gustav: Wasserhaushaltsgesetz, Kommentar, 4. Aufl., Berlin und Frankfurt/M. 1962
- Wöhrmann, C.: Das Zuweisungsverfahren nach Schweizer und nach deutschem Recht, in: Recht der Landwirtschaft, Jg. 9, Nr. 9, Berlin 1957
- Wöhrmann, Ö.: Das Reichserbhofgesetz, 2. Aufl., Berlin 1934
- Wüsthoff, A.: Einführung in das deutsche Wasserrecht, 3. Aufl., Berlin 1962

Die verschiedenen Gesetze, Verordnungen, Protokolle, Statistiken, Zeitschriften und Zeitungen:

Das osmanische Bodengesetz (türk: Osmanlı Arazi Kanunnamesi) von 1858, Bd. 1, Istanbul 1873

Die osmanische Grundbuchverordnung von 1849 (türk: Osmanlı Tapu Nizamnamesi), Istanbul 1849

Osmanische Gerichtshofentscheidung (türk: Osmanlı Mahkeme İctihatları) vom 4. August 1908 und 18. September 1891

Osmanisches Zivilgesetzbuch (türk: Mecelle) von 1876

Türkisches ZGB vom 4. April 1926 (türk: Türk Medeni Kanunu), Ankara 1926

Schweizerisches ZGB vom 10. September 1907

Türkische Gerichtshofentscheidungen (türk: Türk İctihatları) von 1934 - 1951, Ankara

Das Gesetz zur Landbeschaffung für die Bauern (türk: Çiftçiyi Topraklandırma Kanunu) vom 11.6.1945, Nr. 4753, Ankara 1945

Das Gesetz zur Landbeschaffung für die Bauern (türk: Çiftçiyi Topraklandırma Kanunu) vom 22.3.1950, Nr. 5618, Ankara 1950

Bodengesetze und Einführungsverordnungen (türk: Toprak Kanunları ve Nizamnameleri) vom 22.3.1957, Nr. 8751, Ankara 1957

Das Gesetzblatt der Türkischen Republik (türk: T.C. Resmi Gazetesi) Nr. 9566, Ankara 22.3.1957

Das Siedlungsgesetz (türk: Türk İskan Kanunu) vom 14.6.1934, Nr. 2510, Ankara 1934

Türkisches Grundbuchgesetz (türk: Türk Tapu Kanunu) vom 22.12.1934, Nr. 2644, Ankara 1934

Das geänderte Gesetz zur Landbeschaffung für die Bauern (türk: Çiftçiyi Topraklandırma Kanununun degistirilmesi hakkında Kanun) vom 20.5.1955, Nr. 6603, Ankara 1955

Das Gesetz über das Grundwasser (türk: Yer alti sulari kanunu) vom 16.12.1960, Nr. 167, Ankara 1960

Das Meliorationsgesetz (türk: Toprak Islah Kanunu) vom 23.1.1950, Nr. 5516, Ankara 1950

Das Gründungsgesetz der Generaldirektion für Wasserwirtschaft vom 25.12.1953, Nr. 6200 (türk: Devlet Su İşleri Genel Müdürlüğünün Kuruluşu hakkında Kanun), Ankara 1953

Entscheidungen des schweizerischen Gerichtshofes vom 3.3.1939, ATF 65 I-III. Teil, Lausanne, Geneve, Neuchatel 1939

Grundgesetz für die Türkische Republik von 1924 (türk: Türk Anayasa Kanunu), Ankara 1924

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949 (BGBI. S.1)

Grundgesetz für die Türkische Republik vom 9.7.1961, Nr. 334 (türk: Türkiye Cumhuriyeti Anayasası), Ankara 1961

Das Gesetzblatt der Türkischen Republik (türk: T.C. Resmi Gazetesi), Nr. 11329, Ankara 1963

Türkisches Arbeitsgesetz vom 25.1.1950, Nr. 5518 (türk: Türk İş Kanunu), Ankara 1950

Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz) vom 27.7.1957, (BGBI I. S. 1110)

Forstgesetz vom 8. Februar 1937, Nr. 3116 (türk: Orman Kanunu), Ankara 1937

Forstgesetz vom 25. Juni 1938, Nr. 3444 (türk: Orman Kanunu), Ankara 1938

Forstgesetz vom 8. September 1956,
Nr. 6831 (türk: Orman Kanunu), Ankara
1956

Protokoll des türkischen Parlaments
(türk: Türkiye Büyük Millet Meclisi
Müzakere Zabıtları) vom 14.5.1945
bis 11.6.1945

Sitzungsprotokoll des türkischen
Parlaments (türk: Türkiye Büyük Millet
Meclisi Müzakere Zabıtları) vom 21.8.
1956

République Turque, Présidence du Con-
seil, Institut National de la Statistique
de la Turquie, Publication No. 490,
Ankara 1965

Republic of Turkey, State Institute
of Statistics, 1941 - 1962, The Summary
of Agricultural Statistics, Publication
No. 447, Ankara 1963

Republic of Turkey Prime Ministry
Central Statistical Office, 1936 -
1958, The Summary of Agricultural
Statistics, Publications No. 388,
Ankara 1959

République Turque, Présidence du Conseil,
Office Central de Statistique: "Annuaire
Statistique 1959", Publication No. 380,
Ankara 1961

Republic of Turkey, Prime Ministry,
State Institute of Statistics, Agri-
cultural Structure and Productions
(1961 - 1963). Publication No. 469,
Ankara 1965

Statistical Resumés, No. 12, Ankara 1953

Republic of Turkey Ministry of Agri-
culture of Forestry, Forestry Statistics
1955 - 1959, No. 358, Ankara 1962

Statistischer Jahresbericht der General-
forstdirektion der Türkei (türk: Orman
Genel Müdürlüğü Yıllık Çalışmaları),
Ankara 1963

Kartographisches Bulletin der General-
direktion für Wasserwirtschaft (türk:
Devlet Su İşleri Faaliyetlerini göster-
ir harita Bülteni), Ankara 1962

Generaldirektion für Wasserwirtschaft (DSI), Das Überschwemmungsjahr 1959, (türk: Devlet Su İşleri Genel Müdürlüğü, Taşkin Yilligi 1959), Nr. 15-5, Ankara 1961

Generaldirektion für Wasserwirtschaft (DSI), Das Überschwemmungsjahr 1960 (türk: Devlet Su İşleri Genel Müdürlüğü, Taşkin Yilligi 1960), Nr. 413, Heft 15/16, Ankara 1963

Zeitschrift Wald und Jagd (türk: Orman ve Av), Bd. 27, Ankara 1955

Die türkische Zingal-AG. Beitrag zur Holzindustrie und Waldexploration in der Türkei, in: Zeitschrift für Weltforstwirtschaft, Berlin 1933

Der Wald der Türkei, seine Geschichte und Bewirtschaftung, in: Zeitschrift für Weltforstwirtschaft, Berlin 1934

Erster fünfjähriger Entwicklungsplan der Türkei 1963 - 1967 (türk: Kalkinma Planı, Birinci beşyıl 1963 - 1967), Ankara 1963

GATT Programme for Expansion of International Trade, Trade in Agricultural Projects, Report of Committee II on Country Consultations, Geneva 1962

Nach dem Besuch des jetzigen Bundeskanzlers Erhard (türk: Dr. Erhard'ın ziyaretinden sonra), in: Forum, Nr. 131, Ankara 1. September 1959

Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 29. Dezember 1964, Bd. 4, S. 3685

Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Weltwirtschaft am Jahreswechsel 1964/65, Bd. 1 (Europa-Amerika), Köln 1965

Agra Europe, EWG/Türkei, Assoziierungsabkommen mit der Türkei unterzeichnet, Jg. 4, Nr. 37/III, Bonn-Paris-London-Rom, 16. September 1965

Europäisches Parlament, zur Assoziation Türkei-EWG, in: Europäische Dokumentation, Jg. 5, Nr. 10. Bonn 1963

Lebenslauf

Am 24. März 1925 wurde ich als Sohn des Bürgermeisters Raşit Akalin und seiner Ehefrau Ismet Akalin in Mudurnu (Türkei) geboren.

Nach sechzehnjährigem Besuch der Volksschule, der Mittelschule, eines Gymnasiums und einer forstlichen Ingenieurschule bestand ich die erforderlichen Abschlußprüfungen und das staatliche Examen. Nach dem Examen war ich in den Jahren 1947/48 bei der forstlichen Generaldirektion Ankara praktisch tätig. Zwischen 1949 und 1950 erfüllte ich meine einjährige Militärdienstpflicht als Reserveoffizier. Anschließend war ich in der forstlichen Generaldirektion des Landwirtschaftsministeriums angestellt.

Zwischen 1953 und 1958 studierte ich weiter an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät zu Ankara, wo ich 1958 das juristische Staatsexamen ablegte.

Nach Abschluß des rechtswissenschaftlichen Studiums war ich als rechtskundiger Beamter in der Generaldirektion für Wasserwirtschaft des Ministeriums für Öffentliche Arbeiten in Ankara tätig.

Seit dem Wintersemester 1961/62 beschäftigte ich mich an der Universität Freiburg mit wissenschaftlichen Untersuchungen über das Thema "Probleme der Neuordnung des Boden-, Wasser- und Forstrechtes in der Türkischen Republik unter Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Entwicklung".

